

Nachhaltigkeitsbericht Stadt Konstanz 2004



Ökologie



Ökonomie



Gesellschaft
Soziales
Chancengleichheit



Partizipation
Bürgerbeteiligung

Impressum

Herausgeber:

Stadt Konstanz
Amt für Stadtplanung und Umwelt
- Fachbereich Umwelt und Lokale Agenda 21 -
Untere Laube 24
78459 Konstanz

Fon: 07531/900-506 oder 538
Fax: 07531/900-526
Internet: www.konstanz.de/stadtinfo/agenda21/

Konzeption, Text und Datenerhebung:

Oliver Finus, Amt für Stadtplanung und Umwelt – Agenda-Büro

Auf der Grundlage von LfU, FEST [Hrsg.]: Nachhaltigkeitsbericht, Mustervorlagen – Indikatoren für eine Lokale Agenda 21 (Textelemente aus der Mustervorlage wurden mit ausdrücklicher Erlaubnis verwendet).

Die an der Datenrecherche und Texterstellung beteiligten MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung Konstanz und weiterer externer Organisationen finden Sie unter der Danksagung am Ende des Berichts.

Indikatorenauswahl und redaktionelle Bearbeitung:

Projektgruppe Lokale Agenda 21 der Stadt Konstanz:
Andreas Baur, Elke Bork, Oliver Finus, Irene Jun.
Martin Wichmann – verantwortliche Projektleitung.

Grafische Gestaltung:

a2r:media, Konstanz

Fotos:

- a2r:media, Konstanz
- LfU, FEST [Hrsg.]: Nachhaltigkeitsbericht, Mustervorlagen – Indikatoren für eine Lokale Agenda 21
- Stadt Konstanz: Amt für Stadtplanung und Umwelt (Projektarchiv Agenda-Büro), Sozial- und Jugendamt, Wirtschaftsförderung
- Oliver Hanser, Fotojournalist
- Patuca e.V.
- BIOPRO/Heppner (Titelfotografie Thema Ökonomie)

Druck:

Jacob Druck GmbH, Konstanz

Papier:

gedruckt auf 100 % Recyclingpapier

Alle Rechte vorbehalten.

Konstanz, im Oktober 2004
Schutzgebühr: 5 €

Inhaltsübersicht

2 - 19	Einführung	
	• Vorwort.....	2-3
	• Lokale Agenda 21 und der zentrale Begriff der Nachhaltigkeit	4-6
	• Der Prozess der Lokalen Agenda 21 in Konstanz	7-11
	• Nachhaltigkeit messen – Die Bedeutung von Nachhaltigkeitsindikatoren u. Indikatorensystemen....	12-13
	• Das Indikatorensystem für Konstanz im Überblick	14-19
20 - 51	Nachhaltigkeitsdimension A – Ökologie	
	Zielbereiche:	
	• Geringe Abfallmengen	22-23
	• Möglichst geringe Luftverschmutzung	24-25
	• Schonender Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen	26-31
	• Möglichst geringe Entnahme erneuerbarer Ressourcen	32-35
	• Möglichst geringer Energieeinsatz - Einsatz erneuerbarer Energien	36-43
	• Stärkung umwelt- und sozialverträglicher Mobilität	44-49
	• Erhaltung der biologischen Vielfalt	50-51
52 - 71	Nachhaltigkeitsdimension B – Ökonomie	
	Zielbereiche:	
	• Gerechte Verteilung von Arbeit	54-55
	• Hoher regionaler Selbstversorgungsgrad	56-59
	• Gesunde Wirtschaftsstruktur.....	60-63
	• Lokale Preisniveaustabilität	64-65
	• Gesunde Struktur öffentlicher Haushalte	66-69
	• Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes	70-71
72 - 109	Nachhaltigkeitsdimension C – Gesellschaft, Soziales, Chancengleichheit	
	Zielbereiche:	
	• Bekämpfte Armut	74-75
	• Hohes Bildungs- und Ausbildungsniveau	76-83
	• Gelungene Integration in das Bildungssystem	84-87
	• Attraktivität von Konstanz als Wohnort	88-91
	• Hohe kulturelle Vielfalt	92-97
	• Hohes Sicherheitsniveau	98-101
	• Integration von behinderten Menschen	102-105
	• Förderung familienfreundlicher Strukturen	106-107
	• Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen	108-109
110 - 133	Nachhaltigkeitsdimension D – Partizipation, Bürgerbeteiligung	
	Zielbereiche:	
	• Hohes ehrenamtliches Engagement	112-115
	• Hohes demokratisches Engagement	116-117
	• Internationale Kooperation	118-121
	• Förderung der Gleichberechtigung von Frauen	122-123
	• Verstärkter Einsatz kinder- und jugendspezifischer Beteiligungsformen	124-125
	• Förderung der Teilhabe von SeniorInnen am öffentlichen Leben	126-127
	• Förderung der Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess u. an komm. Bürgerbeteiligungsprozessen	128-133
134 - 147	Tabellarische Zusammenstellung der Indikatorergebnisse	
148 - 155	Ausblick	
	• Zusammenfassung und Ausblick	150
	• Kontakt	151
	• Literatur	151-153
	• Danksagung	154-155

Vorwort



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger!

Ich freue mich, Ihnen den ersten Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Konstanz präsentieren zu können.

Die Agenda 21, das Hauptdokument der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992, hat nicht nur die Kommunen der Welt dazu aufgerufen, ihre BürgerInnen konkret in die Gestaltung einer nachhaltigen Zukunftsentwicklung in den Städten und Gemeinden mit ein zu beziehen.

Neben den Nationalstaaten und Regionen wurde auch an die Kommunen die Empfehlung ausgesprochen, geeignete und nachprüfbare Kenngrößen zu entwickeln, mit Hilfe derer die nachhaltige Entwicklung vor Ort abgebildet werden kann.

In einer ersten Phase der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 in Konstanz wurde die Bevölkerung über die Durchführung von Zukunftswerkstätten in allen Stadtteilen umfassend an der Diskussion um eine zukunftsfähige Weiterentwicklung der Stadt beteiligt. Mit dem vorliegenden Nachhaltigkeitsbericht für Konstanz erhalten wir die Möglichkeit, uns die Entwicklung der Stadt in den letzten zehn Jahren anhand verschiedener Eckdaten zu vergegenwärtigen. Dabei wurde in Konstanz auf einen Satz von Nachhaltigkeitsindikatoren zurückgegriffen, den die Forschungsstätte der evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg im Auftrag des Landesamtes für Umweltschutz Baden-Württemberg erstellt hat. Der daraus im Jahr 2000 hervorgegangene Leitfaden war für eine erhebliche Zahl von Gemeinden in Baden-Württemberg Grundlage für die Erstellung von ersten Nachhaltigkeitsberichten. An diesem Leitfaden orientiert sich auch der erste Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Konstanz, wurde aber um wichtige Kennzahlen in den Bereichen Ökologie, Ökonomie, Soziales und Beteiligung ergänzt, so dass das Profil unserer Stadt stärker sichtbar gemacht werden konnte.

Wie Sie dem Bericht entnehmen können, ist Konstanz bereits auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft, wenn man sich am Verlauf bestimmter Indikatorenwerte orientiert. In anderen Zielbereichen müssen weitere Verbesserungen in Richtung Nachhaltigkeit noch eingeleitet werden.

In jedem Fall besitzen wir mit dem ersten Nachhaltigkeitsbericht eine spannende Analyse und Bilanzierung der letzten Jahre, was die Schritte in Richtung Nachhaltigkeit in unserer Stadt anbelangt.

Darüber hinaus bildet der Bericht den Ausgangspunkt, die Entwicklung der Nachhaltigkeit zukünftig regelmäßig nachvollziehen, um bei Bedarf bestimmten Entwicklungen entgegensteuern zu können oder sie bewusst zu unterstützen.

Dabei darf nicht ausgeblendet werden, dass die örtliche Politik nicht alle im Bericht genannten Faktoren für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung direkt beeinflussen kann.

Nachhaltigkeitsberichte mit ihren Indikatoren sind keine starren, unveränderlichen Systeme, auch wenn der Grundbegriff der Nachhaltigkeit auf bestimmten Notwendigkeiten wie dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, daraus hervorgehend dem schonenden Umgang mit Ressourcen, der Schaffung sozialer Chancengleichheit und dem Ausgleich zwischen Generationen sowie reichen und armen Ländern der Erde basiert.

Die Daten, anhand derer Nachhaltigkeit verdeutlicht und beschrieben werden soll, leiten sich folglich von definierten Leitgedanken und -zielen einer zukunftsfähigen Entwicklung ab. Sie sind nicht beliebig und dennoch muss man sich bei allen vorliegenden Zahlen fragen, welchen Beitrag zur Nachhaltigkeit sie tatsächlich erkennen lassen und ob zukünftig andere Kennzahlen verfügbar sind, mit denen Sachverhalte noch präziser darstellbar sind.

Der vorliegende Bericht fordert also zur Weiterarbeit und zur Diskussion bezüglich der bestehenden Indikatoren auf.

In jedem Fall wird deutlich, dass die Darstellung von zentralen Kenngrößen und deren Entwicklung eine Grundlage für die Auseinandersetzung mit den Zukunftsperspektiven von Konstanz bietet.

Ich hoffe, dass sich die Kommunalpolitik, die Verwaltung aber vor allem auch die Konstanzer Bürgerschaft in diesen Diskussionsprozess einbringt und wir gemeinsam auf der Grundlage dieses ersten Berichts die spannenden und wichtigen Fragen der Weiterentwicklung unserer Stadt erörtern können.

Die dargestellten Indikatoren können für uns ein Instrument sein, den Weg in eine nachhaltige Stadtentwicklung zu prüfen, gezielt zu verfolgen und Maßnahmen im Sinne der Zukunftsfähigkeit von Konstanz zu ergreifen, an denen die BürgerInnen von Konstanz möglichst umfassend teilhaben können. Gleichzeitig zeigt die Gesamtschau der Indikatoren aber auch, in welchen Handlungsfeldern wir alle aktiv werden können, um das Konzept der Nachhaltigkeit stärker in unseren Alltag zu integrieren.

Mit den Zukunftswerkstätten in unserer Stadt am See haben wir das Prinzip der Nachhaltigkeit in die Stadtteile gebracht. Jetzt ermöglicht uns der Nachhaltigkeitsbericht die weitere inhaltliche Diskussion dieses Themas.

Konstanz hat sich schon vielfach als lebendige Stadt gezeigt, in der die Bereitschaft zur Mitgestaltung in der Bürgerschaft und das Interesse an zentralen Entscheidungen für die Stadt deutlich wurde. Aus diesem Grund erhoffe ich mir auch eine breite öffentliche Diskussion über den ersten Konstanzer Nachhaltigkeitsbericht und die Entwicklung unserer Stadt zur nachhaltigen Bürgerkommune.

Ich würde mich freuen, wenn wir gemeinsam über die Ziele unserer Stadtentwicklung nachdenken und uns auf den Weg in eine lebenswerte Zukunft machen.

Horst Frank
Oberbürgermeister

Lokale Agenda 21 und der zentrale Begriff der Nachhaltigkeit

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ wurde schon Ende des 18. Jahrhunderts von der deutschen Forstwirtschaft geprägt. Georg Ludwig Hartig, Oberforstmeister aus Dillenburg, schrieb vor über 200 Jahren, dass die Wälder so genutzt werden sollen, „dass die Nachkommenschaft ebensoviel Vorteile daraus ziehen kann, als sich die jetzt lebende Generation zueignet“.

Eine ähnliche Definition der „Nachhaltigen Entwicklung“ verwendet auch der [Brundtland-Bericht von 1987](#); hier heißt es: „Unter dauerhafter Entwicklung verstehen wir eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.“

Durch die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED), die im Jahr 1992 in Rio de Janeiro abgehalten wurde, ist „sustainable development“ als Leitbegriff weltbekannt geworden; er bildet einen Bezugspunkt für integrative Politik auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene.

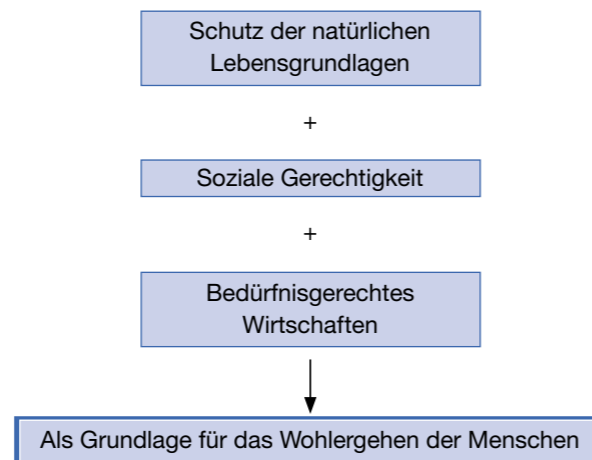
Ob „nachhaltig“, „dauerhaft umweltgerecht“ oder „zukunfts-fähig“ – der Begriff lässt viele alternative und abstrakte Auslegungen zu. Ihnen allen gemeinsam ist die Auffassung, dass Nachhaltigkeit nicht auf den Bereich der Ökologie zu beschränken ist, sondern dass auch wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Aspekte zu berücksichtigen sind. Nicht nur auf internationaler, sondern auch auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene müssen Schutz der Umwelt, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Belange und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger integriert werden. Grundsätzlich wird ein Gleichgewicht der verschiedenen Aspekte angestrebt. Übergeordnete Zielsetzungen sind jedoch die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen so wie die Gerechtigkeit im Hinblick auf nachkommende Generationen.

In den letzten zwölf Jahren des Rio-Nachfolge-Prozesses, sind unzählige Versuche unternommen worden, den Begriff der Nachhaltigkeit genauer zu fassen und zu definieren. Eine aktuelle Definition, die die zentrale Funktion des natürlichen Kapitals herausstellt, entspricht dem verabschiedeten Leitziel des Umweltberichts 2003 und dient gleichzeitig als Grundlage für das in Bearbeitung befindliche Stadtentwicklungsprogramm (STEP) ¹

Nachhaltige Entwicklung:
 „Nachhaltige Entwicklung bedeutet, dass jede Generation so handeln muss, dass das natürliche Kapital (Quantität und Qualität der natürlichen Lebensmedien und Ressourcen) soweit erhalten bleibt, dass für zukünftige Generationen die Lebensgrundlagen nicht gefährdet werden und ein Zusammenleben aller Menschen in wirtschaftlicher und sozialer Stabilität möglich ist.“

Eine grafische Darstellung kann nochmals die Dimensionen der Nachhaltigkeit und die primären Zielsetzungen innerhalb dieser Dimensionen verdeutlichen:

Abbildung 1
 Bedeutung Nachhaltige Entwicklung



Quelle:
 B.U.N.D Landesverband Ba-Wü. [Hrsg.]: Lokale Agenda-Leitfaden für Bund-Aktive bei Beteiligungsprozessen. Radolfzell Januar 2002.

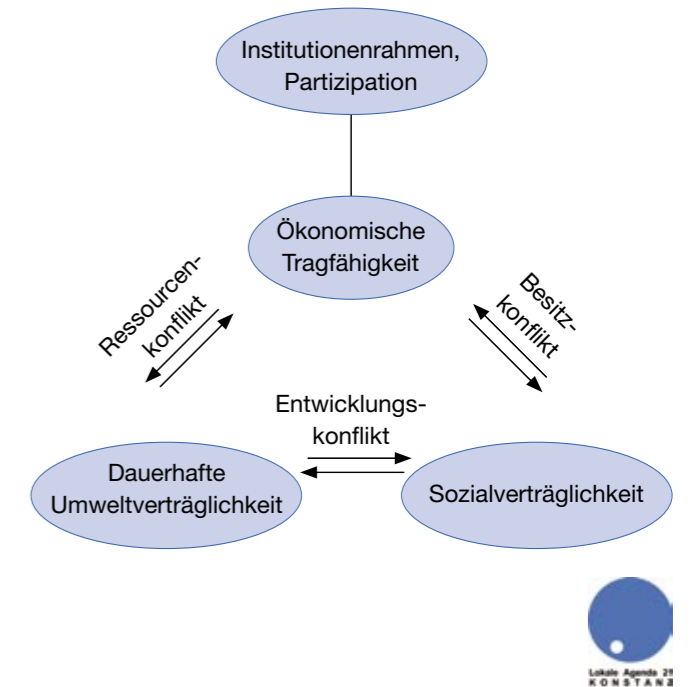
¹ Die Definition stammt von Prof. Dr. Rolf Kreibich, Direktor des IZT - Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung - Berlin Entnommen aus : solarcomplex GmbH [Hrsg.]: Erneuerbare Energien in der Region Hegau/Bodensee. Singen Januar 2002.

Auf der bereits mehrfach erwähnten Konferenz in Rio unterzeichneten 179 Staaten „ein Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert“ die so genannte Agenda 21. In dem mehrere hundert Seiten umfassenden Dokument werden Handlungsmaßnahmen beschrieben, die zur Umsetzung einer globalen nachhaltigen Entwicklung beitragen sollen. Die 40 Kapitel enthalten unter anderem Instrumente für die Bereiche Klima- und Energiepolitik, Armutsbekämpfung sowie Bevölkerungs- und Landwirtschaftspolitik. Die Ziele können in diesen Politikfeldern nur dann erreicht werden, wenn neben internationalen und nationalen Bemühungen auch vor Ort, auf der regionalen und lokalen Ebene, eine nachhaltige Entwicklung verfolgt wird.

Selbstverständlich beinhaltet die Berücksichtigung der Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales in möglichst gleichrangiger Weise, dass Zielkonflikte entstehen, die sich auch auf der lokalen Ebene aus den unterschiedlichen Bedürfnissen und Ansprüchen der jeweiligen Dimension ergeben. Das Postulat der Nachhaltigkeit ruft die Kommunen dazu auf, in der Kooperation mit der Bürgerschaft zukünftig nach intelligenten Lösungen zu suchen, die dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen dienen und eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Weiterentwicklung genauso zulassen und fördern. Die Entwicklung in den Dimensionen Ökonomie und Soziales hat dabei die Tragfähigkeitsgrenzen der begrenzten Ökosysteme der Erde zu berücksichtigen, bzw. wird zukünftig nur innerhalb dieser Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit möglich sein.

Bei der Debatte um die bestmöglichen Lösungen im Sinne der Nachhaltigkeit bei Planungen und Entscheidungen dürfen die Zielkonflikte, die in der nachfolgenden Darstellung ersichtlich werden, nicht ausgeblendet sondern müssen transparent gemacht werden.

Abbildung 2
 Zielkonflikte nachhaltiger Entwicklung



Quelle:
 Scholles, Frank: Kommunale Nachhaltigkeitsindikatoren auf dem Prüfstand. In: UVP-report 15 (5) 2003, S. 201.

Bereits im Vorfeld der UNCED-Verhandlungen konnten sich die vom Internationalen Council for Local Environmental Initiatives (ICLEI) vertretenen Kommunen mit ihrer Forderung durchsetzen, nicht nur als ausführende Organe nationaler Politik, sondern als eigenständige Akteure bei der Umsetzung des Aktionsprogramms berücksichtigt zu werden. Daher fordert Kapitel 28 der Agenda 21 in Rio explizit weltweit die Beteiligung der Kommunen: „Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine ‚kommunale Agenda 21‘ beschließen.“

Dieser Aufruf soll Kommunen dazu bewegen, einen Lokale-Agenda-21-Prozess in Gang zu setzen und mit allen gesellschaftlichen Gruppen vor Ort ein Handlungsprogramm zu erarbeiten. Jede Kommune muss dabei unter Beachtung ihrer jeweiligen Rahmenbedingungen ihren eigenen Weg finden.

Das bedeutet: Kommunen sind aufgerufen, ihre Stärken, aber auch ihre Schwächen im Blick auf das Ziel der nachhaltigen Entwicklung zu ermitteln. Sie können sich Ziele setzen und ihren Weg mit Hilfe von Indikatoren zu den verschiedenen Problembereichen sichtbar machen. Vor allem aber können sie Maßnahmen und Projekte entwickeln, die dazu beitragen, diese Ziele zu verwirklichen.

Die Entwicklung von Nachhaltigkeitsindikatoren für die Stadt Konstanz ist als ein Meilenstein im Projektauftrag der verwaltungsinternen Projektgruppe Lokale Agenda 21 (siehe nächstes Kapitel) definiert. Die Ausarbeitung eines Indikatorenatzes erfolgte dabei in mehreren Zwischenschritten und findet im Zuge der Erstellung des Stadtentwicklungsplans „Zukunft Konstanz 2020“ (STEP) Anwendung, um einen Ist-Zustand unter dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit ermitteln zu können. Im STEP ist der Einsatz von Nachhaltigkeitsindikatoren als Leitprojekt formuliert. Die vorliegenden Ergebnisse zu Einzelindikatoren in Konstanz sind folglich als eine Grundlagenarbeit für den STEP zu verstehen und sollen als solche erste Hinweise darauf geben, in welchen Bereichen zukünftiger Handlungsbedarf im Hinblick auf eine zukunftsfähige Stadtentwicklung besteht. Damit werden sie eine Entscheidungsgrundlage für die weitere Ausarbeitung und Konkretisierung des STEP sein.

Der Bericht stellt auch eine auf weitere Handlungsfelder übertragene Weiterentwicklung der im Umweltbericht 2003 der Stadt Konstanz bereits umfassend erfolgten Anwendung von Indikatoren dar. Verschiedene Umweltindikatoren werden im vorliegenden Nachhaltigkeitsbericht ergänzend beleuchtet.

Grundlage für die Auswahl der Indikatoren für Konstanz ist ein Leitfaden der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg (LfU), der von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) erarbeitet wurde, bzw. ein daraus abgeleiteter Musterbericht (siehe Kapitel Nachhaltigkeit messen).

Textbausteine aus diesem Leitfaden und aus den von der LfU zur Verfügung gestellten Mustervorlagen sind in den ersten Konstanzer Nachhaltigkeitsbericht eingeflossen.

„Nur innerhalb des Spielraumes, den die Natur als Lebensgrundlage bereitstellt, ist wirtschaftliche Entwicklung und damit Wohlfahrt dauerhaft möglich.“¹

Gleichermaßen Berücksichtigung fanden bei der Ausarbeitung des vorliegenden Berichts die von elf Institutionen (u.a. Agenda-Büro der LfU) gemeinsam empfohlenen und von Agenda-Transfer (Nationale Agentur für Nachhaltigkeit in Bonn) im Juli 2003 veröffentlichten Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit.

Die Zielsetzungen für die einzelnen Zielbereiche des gesamten Indikatoren-Sets für Konstanz können dabei nicht bis ins Detail, sondern jeweils nur in groben Umrissen beschrieben werden.

Der Bericht beinhaltet auch eine erste Einschätzung der festgestellten Trends, die den unmittelbaren Bezug zur Nachhaltigkeit herzustellen versucht. Selbstverständlich liefern diese Einschätzungen nur eine grundlegende Orientierung, auf welchem Niveau Konstanz sich in Bezug auf die Nachhaltige Entwicklung zum jetzigen Zeitpunkt befindet. Sie sind somit Grundlage für die weitere Diskussion innerhalb der politischen Gremien und in der interessierten Öffentlichkeit.

Der jeweilige Handlungsbedarf mit Blick auf eine zukünftige Entwicklung von Konstanz, die sich an Nachhaltigkeit ausrichtet, wird nach der Darstellung der Einzelindikatoren abschließend tabellarisch zusammengefasst.

¹ Zitat entnommen aus: Umweltbundesamt (UBA) [Hrsg.]: „Johannesburg Spezial – Nachhaltige Entwicklung in Deutschland.“ In: „punkt.um 4/2002“. München April 2002 ökom Verlag.

Der Prozess der Lokalen Agenda 21 in Konstanz

Im Juli 1998 wurde der Gemeinderatsbeschluss zur Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 in Konstanz gefasst. In der gesamten Bundesrepublik besitzen 19% (1.7.2004: 2.471 Kommunen) und in Baden-Württemberg 31% der Kommunen (Juni 2002: 346 Kommunen, 14 Landkreise, entspricht 63% der Landesbevölkerung) einen solchen Beschluss.

Gestartet wurde der Prozess mit einem von der Stadt Konstanz zusammen mit dem Südkurier ausgeschriebenen Kreativ-Wettbewerb. Konstanzer Bürgerinnen und Bürger hatten in der Zeit von Dezember 1998 bis März 1999 die Gelegenheit erste Projektideen für eine nachhaltige Stadtentwicklung einzubringen, die nach Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit zum Ende des Wettbewerbs prämiert wurden.

1. Beteiligungsebene

Bewusst hatte man sich in Konstanz bei der Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 dafür entschieden, die BürgerInnen über die Ebene der einzelnen Stadtteile in die Diskussion um eine zukunftsfähige Entwicklung einzubinden, so wie es das Kapitel 28 der Agenda 21 vorschlägt. Die Stadtteilebene wurde ausgesucht, um eine hohe Identifikation mit den erörterten Fragen sicher zu stellen.

Als Möglichkeit der Bürgerbeteiligung wurde hierzu das vom österreichischen Zukunftsforscher Robert Jungk entwickelte Verfahren der Zukunftswerkstatt ausgewählt, um in den einzelnen Konstanzer Stadtteilen zusammen mit den Einwohnern die Diskussion um die Bedeutung von Nachhaltigkeit vor Ort zu beginnen.

Diese Methode zur Bürgerbeteiligung gliedert sich in 3 Schritte:

1. Kritikphase

Kritik am Bestehenden soll geübt werden

2. Utopiephase

Unabhängig von den Einschränkungen der Realität wird die Kritik ins Positive gewendet und es entstehen konkrete Utopien für die Zukunft der jeweiligen Stadtteile

3. Realisierungsphase

Die utopischen Gedanken werden in realisierbare Projektideen verwandelt.

Die genaue Beschreibung der Verfahrensschritte und ihre Bedeutung für eine gelungene Beteiligung von BürgerInnen kann in den Dokumentationen zu den einzelnen Konstanzer Zukunftswerkstätten nachgelesen werden. Die erste Zukunftswerkstatt wurde am 8. und 9. Oktober 1999 im Stadtteil Peterhausen durchgeführt. Bis zum Herbst 2003 fanden in allen Konstanzer Stadtteilen Zukunftswerkstätten im Rahmen der Lokalen Agenda 21 statt:

- Paradies am 4. und 5. Februar 2000
- Fürstberg/Wollmatingen am 26. und 27. Oktober 2001
- Allmannsdorf/Staad mit Egg am 22. und 23. Februar 2002
- Litzelstetten am 11. Oktober 2003
- Zukunftsforum Innenstadt am 19. Oktober 2003 (mit einer angepassten Methodik)
- Dettingen-Wallhausen am 22. November 2003

Die Ergebnisse dieser Beteiligungsverfahren wurden jeweils in Dokumentationen festgehalten, die im Internet unter www.konstanz.de/stadinfo/agenda21/zukunftswerkstatt2/index.htm heruntergeladen werden können.

Im Rahmen der sogenannten bürgerorientierten ländlichen Entwicklungsplanung und vor dem Hintergrund der Lokalen Agenda 21 fand in Dingelsdorf vom 7. bis 14. April 2000 eine komplette Projektwoche unter dem Motto „Unser Dorf isch unser Sach“ statt. Insgesamt haben 415 Personen an den Zukunftswerkstätten teilgenommen (siehe Ergänzungsindikator 1 zu D 7).

Aus den aufgeführten Zukunftswerkstätten heraus entwickelten sich sogenannte Agenda-Gruppen. Diese Gruppen versuchen, ihre in den großen Bürgerbeteiligungsverfahren angestoßenen Projektideen zur nachhaltigen Entwicklung der jeweiligen Stadtteile weiter voran zu bringen.

Die folgende Übersicht bietet einen kurzen Abriss über noch laufende oder bereits abgeschlossene Projekte von Agenda-Gruppen in Konstanz:

Gruppen in Konstanz:

Agenda-Gruppe	Projekt/Thema
Zukunftswerkstatt Petershausen	
Agenda-Gruppe Herosé	Neue städtebauliche Nutzung des ehemaligen Geländes der Textilfirma Herosé auf dem früheren Industrieareal am Seerhein, das in Teilen von der Stadt Konstanz erworben wurde.
Agenda-Gruppe Bahnhof Petershausen	Die Gruppe befasst sich mit der künftigen Nutzung des Gebietes am Bahnhof Petershausen bzw. nördlich der von Emmichstraße. Die Stadt Konstanz ist nur zum Teil Eigentümer der betroffenen Grundstücke. Ziel ist es z.T. brachliegendes Gelände nutzbar und attraktiv zu machen.
Agenda-Gruppe Petershauser Park	Wohnumfeldverbesserung durch Umgestaltung der Innenhoffläche des Hindenburg-Blockes, der als „Petershauser Park“ bezeichnet wird, unter Einbeziehung der Ideen der Anwohner. Kinder und Erwachsene waren an der Umsetzung beteiligt. Projekt ist abgeschlossen.
Agenda-Gruppe Radwegenetz	Verbesserung des Radwegenetzes in Petershausen. Mitglieder der Gruppe wurden in den verwaltungsin-ternen Arbeitskreis „Radfahren“ aufgenommen.

Zukunftswerkstatt Paradies

Agenda-Gruppe Palmenhaus	Erhalt des Palmenhausareals, das durch die Planfeststellung der Grenzbachstraße als Ausgleichsfläche zur Naherholung (Stadtteilpark) festgelegt ist. Das denkmalgeschützte Palmenhaus (Gärtner- und Schauhaus) ist nicht nur als ein Teil der Stadtgeschichte von Bedeutung sondern auch als belebendes Zentrum des Stadtteilparks und als zukünftiger Quartierstreff.
Agenda-Gruppe Gottlieber Straße	Der Rückbau der Gottlieberstraße ist als Ausgleichsmaßnahme Bestandteil der Planfeststellung Grenz-bachstraße und B 33. Die Umplanung des Straßenverlaufes und die Auftei-lung sollen optimiert werden. Kooperatives Planungs-verfahren zwischen BürgerInnen und Verwaltung.

Zukunftswerkstatt Fürstenberg/Wollmatingen

Agenda-Gruppe Naherholung Fürstenberg	Der Fürstenberg ist landschaftsprägend für den Stadt-teil. Das Gebiet droht durch landschaftspflegerische Vernachlässigung zu verbuschen und somit seinen Wert für die Freizeitnutzung der Anwohner sowie seinen einzigartigen Charakter als ökologisch bedeut-sames Gebiet zu verlieren. Entwicklung eines eigenen Pflegekonzepts durch die Gruppe.
Agenda-Gruppe Verkehr - Alternative Mobilität	Der immer noch zunehmende motorisierte Indivi-dualverkehr in bestimmten Quartiersstraßen wird als sehr problematisch angesehen. Die Gruppe möchte den ÖPNV und den Radverkehr in ihrem Stadtteil weiter voranbringen und eine Verbesserung der Verkehrssituation für die Bewohner erzielen. Im April 2004 ist die Zusammenlegung mit der Agen-da-Gruppe „Ortsmitte Wollmatingen“ zur Agenda-Gruppe Wollmatingen erfolgt.
Agenda-Gruppe Ortsmitte Wollmatingen	Als Ortsmitte Wollmatingen wird von der Agen-da-Gruppe der Bereich Urisberg, zum Teil der Bereich Längerbohl, umspannend der Bereich der Gärtnerei Degen, der ehem. Sägerei Bau-er, der Bereich Gerstäcker, den Kern Wollmatin-gens bis inkl. Dettingerstraße, Hafner umrissen. Bei Betrachtungen der Naherholungsgebiete wird der Kreis erweitert z.B. bis zum Tabor(turm), das Schwa-ketental etc. verstanden. Die Gruppe befasst sich mit den Themen Wasser, Bür-gertreff, Naherholung, Verkehr und Verkehrssicherheit, Wohnbebauung, Gewerbebebauung und Obstbaum-gürtel. Im April 2004 erfolgte die Zusammenlegung mit der Agenda-Gruppe „Verkehr – Alternative Mobilität“ zur Agenda-Gruppe Wollmatingen.

Zukunftswerkstatt Allmannsdorf/Staad und Egg

Agenda-Gruppe Umfeld Fährehafen	Die Gruppe befasst sich mit dem gesamten Umfeld Fähre, d.h. mit dem Bereich Vorplatz Fähre, Ländebauten und William-Graf-Platz im Zuge des Fährehafenumbaus.
Agenda-Arbeitskreis Bolzplatz GS Allmannsdorf	Vor allem jugendliche Beteiligte hatten bei der Zu-kunftswerkstatt Allmannsdorf/Staad den schlechten Zustand des Bolzplatzes bei der Grundschule in All-mannsdorf zum Thema gemacht. Prozess der Co-Planung mit Jugendlichen, Eltern und Anwohnern. Projekt ist abgeschlossen.

Agenda-Gruppe Egg

Die Agenda-Gruppe befasst sich mit der Dorfentwicklung Egg, Schwerpunkt Dorferweiterung, Dorfmitte, Dorfplatz, öffentliche Einrichtungen (dörfliche Infrastruktur) und der örtlichen Verkehrskonzeption.

Zukunftswerkstatt Litzelstetten

Initiative Mittagstisch

Einführung eines Mittagstisches für Schüler der Grundschule Litzelstetten zur Entlastung berufstätiger Eltern. Versorgung mit regionalen Lebensmitteln. Idee entstand in der Zukunftswerkstatt Litzelstetten. Projekt läuft mittlerweile unabhängig von der Lokalen Agenda.

Zukunftswerkstatt Dettingen-Wallhausen

Agenda-Gruppe Schulhofumgestaltung

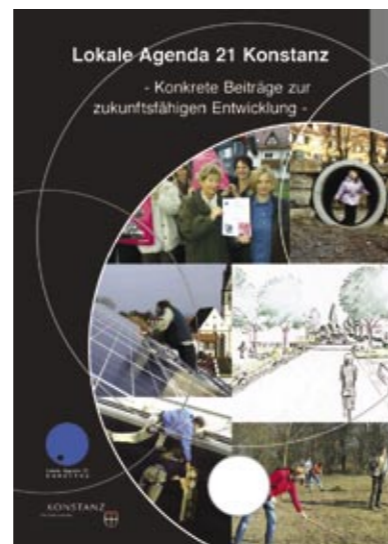
Aufwertung des Schulhofes der GHS in Dettingen und damit Schaffung eines attraktiven Ortes der Bewegung und Begegnung unter Berücksichtigung der Multifunktionalität (Dorffest/Flohmarkt, Parkplatz bei Sportfesten, Nutzung als Aufenthaltsfläche für Kinder außerhalb der Schulzeit). Thema ist dabei auch Entsiegelung von Flächen und Verbesserung des Regenwassermanagements.

Agenda-Gruppe Klein Venedig

(nicht aus einer Zukunftswerkstatt hervorgegangen)

Zukünftige Entwicklung des Areals auf „Klein Venedig“

Neben der Aktivität in Agenda-Gruppen besteht eine Vielzahl von Projekten im Sinne der Nachhaltigkeit in Konstanz, über die Sie sich u.a. auf der Internetseite der Lokalen Agenda 21 Konstanz unter www.konstanz.de/stadinfo/agenda21/projekte/index.htm oder in der Broschüre **Lokale Agenda 21 Konstanz – Konkrete Beiträge zur zukunftsfähigen Entwicklung**, die im Juni 2003 von der Projektgruppe Lokale Agenda 21 der Stadt Konstanz herausgegeben wurde, informieren können.



Zusammen mit den bürgerschaftlich engagierten Gruppen im Stadtmarketing haben die SprecherInnen der Agenda-Gruppen und alle interessierten BürgerInnen seit November 2002 die Möglichkeit, sich gezielt über zentrale Themen einer nachhaltigen Stadtentwicklung im Plenum „Nachhaltiges Konstanz“ auszutauschen. Die von Oberbürgermeister Horst Frank geleiteten Treffen finden 3 bis 4 mal im Jahr statt und bieten die Plattform für die Diskussion über die Ergebnisse der Gruppenarbeit und zu speziellen Themen. Bis zum Sommer 2004 haben folgende sieben Plenumsveranstaltungen stattgefunden:

1. Plenum „Nachhaltiges Konstanz“ am 8. November 2002
Hauptthema: Verbindliche Regeln für die Bürgerbeteiligungsprozesse in Konstanz
2. Plenum am 31. März 2003
Hauptthema: Nachhaltigkeitskriterien für Agenda-Projekte
3. Plenum am 1. Juli 2003
Hauptthema: Stadtentwicklungsplan „Zukunft Konstanz 2020“ (STEP)
4. Plenum am 18. September 2003
Hauptthema: Beitrag der Agenda- und Stadtmarketing-Gruppen zum Stadtentwicklungsplan „Zukunft Konstanz 2020“ und Diskussion über Zielsetzungen der Nachhaltigkeit im STEP
5. Plenum am 12. November 2003
Hauptthema: Gesellschaftliche Integration von MigrantInnen in Konstanz und Möglichkeiten der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in bestehende Prozesse der Bürgerbeteiligung
6. Plenum am 31. März 2004
Hauptthema: Verkehrsentwicklung in Konstanz und Verkehrsentwicklungsplanung der Stadt Konstanz
7. Plenum am 23. Juni 2004
Hauptthemen: Die Arbeit des Rates für Nachhaltige Entwicklung Deutschland; Vorstellung eines Indikatorensystems zur Beschreibung und Überprüfung nachhaltiger Entwicklung in Konstanz.

Die Protokolle zu den einzelnen Veranstaltungen des Plenums „Nachhaltiges Konstanz“ finden Sie auf der Internetseite: www.konstanz.de/stadinfo/agenda21/organisation/plenum/index.htm.

2. Verwaltungsebene

Mit dem Gemeinderatsbeschluss vom 29. März 2001 obliegt die Koordination des Agenda-Prozesses in Konstanz von Verwaltungsseite aus einer sechsköpfigen Projektgruppe der Stadtverwaltung.

Diese Projektgruppe ist mit Mitgliedern aus allen 3 Dezernaten so wie eines Mitglieds der Stadtmarketing GmbH besetzt.

Die Zusammensetzung aus MitarbeiterInnen des Amtes für Stadtplanung und Umwelt, des Sozial- und Jugendamtes, der Wirtschaftsförderung und des Stadtmarketing wurde bewusst so gewählt, um alle Dimensionen der Nachhaltigkeit einzubeziehen und auch innerhalb der Verwaltung eine breite Diskussion des Themas anzustoßen.

Die grundsätzliche Steuerung des Prozesses der Lokalen Agenda 21 auf Verwaltungsseite hat mit dem genannten Beschluss des Gemeinderats ein 3-köpfiges Lenkungsgremium unter Vorsitz von Oberbürgermeister Frank übernommen. Der Lenkungsgruppe gehören außerdem die Bürgermeister Maas und Fouquet an. Diese Organisationsform sichert den umfassenden Austausch zwischen verschiedenen im Agenda-Prozess agierenden Gruppen. Durch die Einrichtung eines Agenda-Büros mit der Funktion einer Geschäftsstelle und dementsprechender personeller Besetzung wurde es möglich, extern moderierte Verfahren der Bürgerbeteiligung zu organisieren und dokumentieren und gezielte Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung zu betreiben (u.a. Internetseite zur LA 21).

Hauptfunktion dabei bleibt die Unterstützung der ehrenamtlich engagierten Personen, die mit ihren Projekten einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit von Konstanz leisten wollen. Entscheidend in diesem Zusammenhang sind ein professionelles Projektmanagement für Einzelprojekte als auch ein Qualitätsmanagement für den gesamten Prozess der nachhaltigen Stadtentwicklung.

Mit der Erarbeitung des neuen Stadtentwicklungsplans „Zukunft Konstanz 2020“ und der Einbeziehung der Lokalen Agenda 21 in die Erstellung des sogenannten Arbeitsbuches in einer ersten Ausarbeitungsphase übernahmen Mitglieder der Projektgruppe Lokale Agenda 21 auch Aufgaben der konzeptionellen Integration des Nachhaltigkeitskonzepts in die übergeordneten Planungen der Stadt Konstanz.

Die Zusammenstellung von Nachhaltigkeitskriterien für Agenda-Projekte und die Aufstellung eines Indikatorensatzes zur Messung von Nachhaltigkeit in Konstanz waren weitere Meilensteine in der Arbeit der Projektgruppe, die der besseren Strukturierung der Debatte um die Ausrichtung der weiteren Stadtentwicklung auf das Konzept der Nachhaltigkeit dienen.

Der vorliegende Nachhaltigkeitsbericht ist ein umfassendes Ergebnis dieser konzeptionell ausgerichteten Tätigkeit der Projektgruppe Lokale Agenda 21.

Kontaktadressen finden Sie im Anhang.

Nachhaltigkeit messen – Die Bedeutung von Nachhaltigkeitsindikatoren und Indikatorenssystemen

Indikatoren sind Mess- oder Kenngrößen für die Bewertung und Trendbeschreibung zentraler Problemfelder einer nachhaltigen Entwicklung. Mit ihrer Hilfe möchte man Aussagen darüber gewinnen, wie weit man von gesetzten Zielen entfernt ist. Werden mehrere Indikatoren in systematischer Art und Weise zusammengefasst, so spricht man von einem Indikatorensystem. Das hier eingeführte Indikatorensystem bezieht sich auf Leitlinien und Kriterien, die für das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung in Kommunen und bei der Lokalen Agenda eine zentrale Rolle spielen.

Das in diesem ersten Nachhaltigkeitsbericht für Konstanz verwendete Indikatorensystem orientiert sich dabei vorrangig an einem [Leitfaden zu Indikatoren im Rahmen der Lokalen Agenda 21, der im Jahr 2000 von den Fachministerien der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Thüringen herausgegeben wurde](#). Erarbeitet wurde dieser Leitfaden von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST) in Heidelberg. Eine Weiterentwicklung stellt der im Herbst 2001 von der Landesanstalt für Umweltschutz (LfU) herausgegebene sogenannte Musternachhaltigkeitsbericht dar, an dem sich Kommunen orientieren können.

Dabei werden vier Bereiche angesprochen: Ökologie, Ökonomie, der soziale Bereich mit dem wichtigen Aspekt der Chancengleichheit und der Bereich der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Diese Bereiche werden in der folgenden Darstellung als **Nachhaltigkeitsdimensionen** bezeichnet.

In jeder dieser Nachhaltigkeitsdimensionen werden jeweils Zielbereiche nachhaltiger Entwicklung formuliert, die wiederum mit je einem zentralen Indikator (Kernindikator) beschrieben werden. Einige der aufgeführten Zielbereiche werden über sogenannte Ergänzungsindikatoren eingehender beschrieben. Ergänzungsindikatoren dienen folglich der vertieften Betrachtung von bestimmten Sachverhalten und Zielsetzungen.

Für Konstanz wird der Zeitraum von **1993-2003** abgebildet, wenn diese Zeitreihe für die einzelnen Indikatoren zur Verfügung stand. Auf Abweichungen wird jeweils hingewiesen.

Mit den vier Nachhaltigkeitsdimensionen sind die Handlungsfelder genannt, um die es bei dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung geht; die Zielbereiche und damit verbundene Leitlinien benennen einzelne Problemfelder; die Indikatoren schließlich können im

Rahmen der Kommunalpolitik verschiedene Funktionen übernehmen:

- Sie können verdeutlichen, wo möglicherweise Handlungsbedarf in der Kommune besteht, an welchen Stellen und in welcher Richtung Verbesserungen möglich sind; die Auswertung und Interpretation der eingesetzten Indikatoren dient folglich den kommunalen Handlungsträgern aus Politik und Verwaltung als Grundlage für Entscheidungen. Außerdem können Agenda-21-Aktive ihre Zielsetzungen für Projekte an den Aussagen, die durch die Anwendung eines Indikatorensystems möglich werden, ausrichten (**Orientierungsfunktion**).
- Die Indikatoren können zu einem kommunalen Steuerungsinstrument insbesondere für die Verwaltung werden. Die Arbeit mit einem Indikatorensystem ermöglicht Aussagen über die Handlungswirkung in Bezug auf gesetzte Nachhaltigkeitsziele oder den Erfolg einzelner Maßnahmen. Es wird ablesbar, wo in der letzten Zeit etwas erreicht wurde, wo kommunalpolitische Maßnahmen oder die Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern erfolgreich waren. Ein klassischer Managementzyklus mit den Elementen Planen-Durchführen-Prüfen-Anpassen kann über die Arbeit mit den Nachhaltigkeitsindikatoren angestoßen werden (**Evaluierungs- und Kontrollfunktion**).
- Information der kommunalen Akteure und der Bevölkerung über das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung anhand von nachvollziehbaren Kenngrößen wird über den Nachhaltigkeitsbericht möglich. Mit der Veröffentlichung dieser Kenngrößen und ihrer ortsspezifischen Ausprägung kann eine Bewusstseinsbildung für die Bedeutung von Nachhaltigkeit initiiert werden (**Informations- und Kommunikationsfunktion**).
- Sie erlauben (mit Einschränkungen) einen Vergleich mit anderen Kommunen, der aber nicht im Vordergrund steht.
- Und sie können Lücken in den vorhandenen Daten identifizieren und so Verbesserungen in der Kommunalstatistik anregen.

Mit anderen Worten: Indikatoren und Indikatorenssysteme können dabei helfen, die richtigen Maßnahmen zu finden, um die Lebensqualität in der Kommune zu erhöhen oder sicherzustellen. Wie die Lokale Agenda 21 auch, so richtet sich das Indikatorensystem keineswegs nur an die Kommunalpolitik oder an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunalverwaltung.

Eine breite Diskussion der Entwicklungen, die durch die Zeitreihen der Indikatoren deutlich zutage treten, kann dazu beitragen, Projekte zur Kommunalentwicklung zu finden, die schließlich das „Herz“ jeder Lokalen Agenda sind. (Siehe Informations- und Kommunikationsfunktion).

Folgende grundlegende Anforderungen werden dabei an Indikatoren gestellt:

- **Wissenschaftliche Aussagefähigkeit**
- **Handlungsleitend für politische Entscheidungen**
- **Angemessene Informationsdichte**
- **Messbarkeit**
- **Trennschärfe (Entwicklung gut oder schlecht)**
- **Vergleichbarkeit**
- **Leichte Erhebbarkeit (Daten müssen mit vertretbarem Aufwand zu erheben sein)**
- **Verständlichkeit**

Diese Voraussetzungen sollten gegeben sein, wenn Nachhaltigkeitsindikatoren als ein sinnvolles Steuerungsinstrument zur Kommunalentwicklung eingeführt werden sollen.

Bestimmte wünschenswerte Indikatoren (z.B. aussagekräftiger Artenschutzindikator, Indikator zum Lärmschutz, Gesundheitsindikator oder Repräsentativumfrage zum Wohlbefinden in einer Kommune) sind aufgrund unzureichender Datenlage oder eines nicht zu leistenden Erhebungsaufwandes zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht in die Darstellung zu integrieren gewesen.

Der vorliegende erste Nachhaltigkeitsbericht für Konstanz ist ein Anfang. Wichtig ist weniger der Vergleich der Kommunen untereinander, sondern die Betrachtung der Entwicklung der eigenen Kommune im Zeitablauf. Wo stand Konstanz vor zehn Jahren – wo steht die Stadt heute? Haben eigene Anstrengungen, Maßnahmen und Projekte erkennbare Wirkungen?

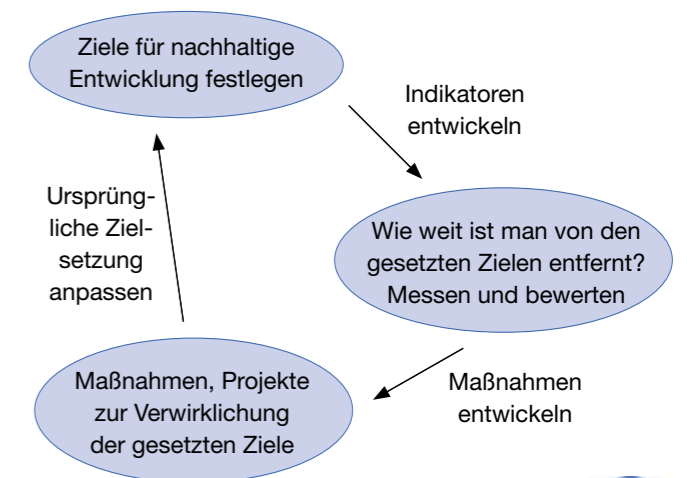
Die Diskussion darüber und über die Aussagekraft von Kern- und Ergänzungsindikatoren ist auch und gerade ein Thema der Lokalen Agenda 21.

Somit kann der Bericht auch als erster Schritt zur Weiterentwicklung des Agenda-Prozesses in Konstanz verstanden werden. Nachdem der Schwerpunkt in den zurückliegenden Jahren auf der Bürgerbeteiligung lag, rücken mit der Anwendung eines Indikatorensystems konkrete materielle Handlungsziele in den Vordergrund der Betrachtung und lassen ein stärkeres strategisches Vorgehen zu.

Vor der Hoffnung, dass Indikatoren in der Lage sind, allein den Weg zur nachhaltigen Kommunalentwicklung zu ebnet, muss allerdings gewarnt werden. Statistische Daten sind immer interpretationsbedürftig. D.h. dass rein quantitative Messungen immer die Gefahr der Einseitigkeit und unzulässigen Verkürzung eines umfassenden Verständnisses von Nachhaltigkeit in sich bergen. Deshalb sind sie durch qualitative Bewertungsmethoden zu ergänzen.

Gerade aus diesem Grund ist darauf zu achten, dass die vorliegenden Daten die Grundlage für eine möglichst breite Diskussion in der Öffentlichkeit darstellen. Um die Qualität und den Organisationsstand von Agenda-Prozessen insgesamt beurteilen zu können, bedarf es umfassender Prozessindikatoren, die bereits in ausgearbeiteter Form vorliegen, aber bis jetzt in den Kommunen kaum Anwendung finden.

Abbildung 3
Bedeutung von Indikatoren für die nachhaltige Kommunalentwicklung



Quelle:
Stadt Konstanz, Amt für Stadtplanung und Umwelt, Agenda-Büro nach einer Präsentation der Landesanstalt für Umweltschutz (LfU) Baden-Württemberg.



Das Indikatoren-system für Konstanz im Überblick

Nachhaltigkeitsdimension A - Ökologie		
Zielbereich	Kernindikator	Ergänzungsindikator(en)
Geringe Abfallmengen	A 1: Abfallmengen in kg je Einwohner und Jahr (Restmüllmengen ausschlaggebend)	
Möglichst geringe Luftverschmutzung	A 2: Jahresmittelwerte und Grenzwertüberschreitungen der Luftschadstoffe Stickstoffdioxid (NO ₂), Ozon (O ₃) und Schwebstaub bzw. Feinstaub (PM 10)	
Schonender Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen	A 3: Bodenflächen nach Nutzungsarten in Prozent der Gesamtfläche (Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche)	Siedlungsdichte – Einwohnerzahl in Bezug zur Siedlungs- und Verkehrsfläche
Möglichst geringe Entnahme erneuerbarer Ressourcen	A 4: Wasserverbrauch der privaten Haushalte in Liter pro Einwohner und Tag	Reinigungsleistung der Kläranlage nach Schadstoffen
Möglichst geringer Energieeinsatz – Einsatz erneuerbarer Energien	A 5: Stromverbrauch der privaten Haushalte in Mio. kWh absolut und in kWh je Einwohner	Energieverbrauch kommunaler Liegenschaften Einsatz erneuerbarer Energien – Anteil erneuerbarer Energien am eigenerzeugten Strom in Prozent im Jahr 2002

		Einsatz erneuerbarer Energien – potentieller Anteil des eingespeisten Stroms aus Fotovoltaik-Anlagen am Stromverbrauch privater Haushalte
Stärkung umwelt- und sozialverträglicher Mobilität	A 6: Anzahl der PKW je 1.000 Einwohner	
		Beförderungsfälle im ÖPNV
		Länge des Radverkehrsnetzes in Konstanz in km absolut und bezogen auf Siedlungs- und Verkehrsfläche
Erhaltung der biologischen Vielfalt	A 7: Anzahl und Größe der gemeldeten Flächen an Natura 2000-Gebieten	

Nachhaltigkeitsdimension B - Ökonomie		
Zielbereich	Kernindikator	Ergänzungsindikator(en)
Gerechte Verteilung von Arbeit	B 1: Arbeitslosenzahlen nach bestimmten Bevölkerungsgruppen absolut und in Prozent aller Arbeitslosen und lokale Nichtbeschäftigtenquote in Prozent	
Hoher regionaler Selbstversorgungsgrad	B 2: Anteil der Anbieter überwiegend regionaler Lebensmittel auf dem Wochenmarkt	Verwendung regional erzeugter Lebensmittel in der Gastronomie
Gesunde Wirtschaftsstruktur	B 3: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen	Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in kleinen und mittleren Betrieben im Vergleich zur Anzahl in Großbetrieben im Landkreis Konstanz
Lokale Preisniveaustabilität	B 4: Preisindex der Mieten	
Gesunde Struktur öffentlicher Haushalte	B 5: Kommunale Schulden je Einwohner in Euro	Zuführungsrate vom Verwaltungszum Vermögenshaushalt
Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes	B 6: Anzahl der Unternehmen mit Öko-Audit	

Nachhaltigkeitsdimension C - Gesellschaft, Soziales, Chancengleichheit		
Zielbereich	Kernindikator	Ergänzungsindikator(en)
Bekämpfte Armut	C 1: Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt – absolut und Anteil an der Gesamtbevölkerung in Prozent	
Hohes Bildungs- und Ausbildungsniveau	C 2: Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Auszubildenden je 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	Jugendarbeitslosigkeit absolut und Anteil in Prozent an der Gesamtarbeitslosigkeit
		Kommunale Ausgaben für Bildungseinrichtungen absolut und in Prozent des städtischen Haushalts
		Weiterbildung – Anzahl der TeilnehmerInnen an den Fortbildungseinrichtungen vhs Konstanz-Singen und Gewerbeakademie Konstanz
Gelungene Integration in das Bildungssystem	C 3: Zahl der SchulabgängerInnen ohne Hauptschulabschluss an Konstanzer Haupt- und Realschulen absolut und in Prozent aller SchulabgängerInnen an den genannten Schularten	
		C 4: Anteil von ausländischen SchülerInnen an weiterführenden Schulen
Attraktivität von Konstanz als Wohnort	C 5: Zahl der Zu- und Fortzüge je 1.000 Einwohner und Wanderungssaldo	Altersgliederung der Bevölkerung

Hohe kulturelle Vielfalt	C 6: Kommunale Ausgaben für Kultur je 1.000 Einwohner	
	C 7: Anzahl kultureller Einrichtungen	Anzahl der verkauften Theater- und Kinokarten in Relation zum Sitzplatzangebot
Hohes Sicherheitsniveau	C 8: Bekannt gewordenen Straftaten je 1.000 Einwohner	
		Verkehrsunfälle mit Personenschäden je 1.000 Einwohner
Integration von behinderten Menschen	C 9: Anteil der Beschäftigten der Stadt Konstanz mit mindestens 50% Minderung der Erwerbsfähigkeit und gleichgestellter Personen an der Gesamtzahl städtischer Beschäftigter	
		Arbeitslose Schwerbehinderte absolut und Arbeitslosenquote der Beschäftigten mit mindestens 50% Minderung der Erwerbsfähigkeit
Förderung familienfreundlicher Strukturen	C 10: Versorgungsquote bei Krippen, Kindergärten und Ganztageseinrichtungen nach Altersgruppen in Prozent	
Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen	C 11: Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit absolut und in Prozent des kommunalen Haushalts	

Nachhaltigkeitsdimension D - Partizipation, Bürgerbeteiligung		
Zielbereich	Kernindikator	Ergänzungsindikator(en)
Hohes ehrenamtliches Engagement	D 1: Zahl der eingetragenen Vereine je 1.000 Einwohner	Kommunale Zuschüsse an Vereine, Verbände und Selbsthilfegruppen je 1.000 Einwohner
Hohes demokratisches Engagement	D 2: Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen und Bürgerentscheiden in Prozent der Wahlberechtigten	
Internationale Kooperation	D 3: Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in Prozent des kommunalen Haushaltes	Fairer Handel – Entwicklung der Absatzzahlen des fair gehandelten Kaffees „Konstanzer Mischung“
Förderung der Gleichberechtigung von Frauen	D 4: Anzahl von Frauen im Kommunalparlament absolut und Anteil in Prozent aller Mandatsträger	
Verstärkter Einsatz kinder- und jugendspezifischer Beteiligungsformen	D 5: Spezifischer Einsatz von Beteiligungsformen in der Kinder- und Jugendarbeit (beschreibend)	
Förderung der Teilhabe von Seniorinnen am öffentlichen Leben	D 6: Wahlbeteiligung bei der Wahl zum Stadtseniorenrat in Prozent der Wahlberechtigten	
Förderung der Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess und an kommunalen Bürgerbeteiligungsprozessen	D 7: Im Rahmen der Lokalen Agenda 21 geleistete ehrenamtliche Arbeit in Stunden pro Jahr und Anzahl der Agenda-Interessierten	TeilnehmerInnen an Zukunftswerkstätten im Rahmen der Lokalen Agenda 21 – nach verschiedenen Gruppen Bürgerbeteiligung im Stadtmarketing nach Mitgliedern in Themengruppen

Nachhaltigkeitsdimension A

Ökologie



Zielbereich: Geringe Abfallmengen

INDIKATOR A 1:
Abfallmengen in kg je Einwohner und Jahr

Definition des Indikators:

Zu den Siedlungsabfällen gehören Haus- und Sperrmüll einschließlich hausmüllähnlicher Gewerbeabfälle, ferner Grün- und Bio-Abfälle, Wertstoffe aus kommunalen Wertstoffsammlungen sowie Fäkalien, Rückstände aus der Kanalisation, Wasserreinigungsschlämme aus öffentlichen Anlagen und kommunale Klärschlämme. Produktionsabfälle und Sondermüll zählen ebenso wenig zu den Siedlungsabfällen wie Bodenaushub, Bauschutt oder Straßenaufbruch.

Für die kommunalen Entsorgungsbetriebe spielt vor allen Dingen das Restmüllaufkommen eine entscheidende Rolle, da der anfallende Restmüll keiner weiteren Verwertung zugeführt werden kann und folglich verbrannt oder deponiert werden muss (ab 2005 Verbrennung vorgeschrieben). Abhängig von der zu transportierenden Restmüllmenge kann dies sehr kostenintensiv sein und schlägt sich dementsprechend auf die allgemeinen Müllgebühren in den Kommunen nieder.

Zielsetzungen im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Eine möglichst niedrige Abfallmenge ist Anhaltspunkt für eine ressourcenschonende Wirtschaft: Die Stoffströme sind gering, der mit der Entsorgung der Abfälle verbundene Energie- und Transportaufwand ist niedrig, der endgültige Verbrauch natürlicher Ressourcen ebenfalls.

Dies gilt in erster Linie für die nicht weiter verwertbare Menge an Restmüll. Bei anderen Arten von Müll muss die Verwertungs- und Recyclingquote mit in die Gesamtbilanz einbezogen werden, um ein realistisches Bild des absoluten Abfallaufkommens zu erhalten.

Leitgedanken der Abfallwirtschaft müssen auch in Zukunft die drei V sein :

Vermeiden – Vermindern – Verwerten

So wenig wie möglich Abfälle sollen entstehen. Durch gezielte Trennung der Abfälle kann die zu verbrennende oder zu deponierende Menge des Mülls vermindert werden. Nicht zuletzt müssen Produktionsprozesse und Produkte immer stärker darauf ausgerichtet sein, dass nicht nur möglichst wenig Abfall entsteht, sondern dieser auch vermehrt als Rohstoff für die Produkte von morgen eingesetzt werden kann.



Um das Qualitätsziel einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft anzustreben, muss die noch bestehende Praxis der Abfallbeseitigung zusehends in eine umfassende Abfallverwertung überführt werden, so wie dies in Grundzügen bereits durch das Kreislauf- und Abfallgesetz von 1996 als rechtlichem Rahmen für die Abfallwirtschaft festgehalten ist.

Ziel muss in diesem Zusammenhang außerdem sein, den Anteil an langlebigen, reparaturfreundlichen und müllvermeidenden Produkten generell zu steigern.

Kommunen haben hier allerdings nur einen sehr beschränkten Einfluss insbesondere auf das Kauf- und Konsumverhalten ihrer BürgerInnen.

Entwicklung in Konstanz:

Mit Einführung der Biomülltonne und Ausbau der verschiedenen Wertstoffsammlungen konnte das Aufkommen an Restmüll stark reduziert werden, stagniert seit der Einführung aber auf einem Niveau um 130 kg/Ew/a.

Das Gesamtmüllaufkommen in kg pro Einwohner in Konstanz ist jedoch steigend (2002: 428 kg/EW), wobei das Volumen immer noch deutlich unter den durchschnittlichen Vergleichsmengen der kommunalen Siedlungsabfälle in Baden-Württemberg für die Jahre 1990, 1996, 1999 und 2002 liegt.

Hierbei gilt es allerdings zu bedenken, dass in den statistischen Angaben für Konstanz die Baustellen- und Gewerbeabfälle nicht separat erfasst sind. (Einheitliche Erhebungskriterien wären wünschenswert, siehe Fußnoten).

Einschätzung des Trends:

Obwohl Konstanz im Landesvergleich die durchschnittlichen Werte der kommunalen Siedlungsabfälle pro Kopf klar unterschreitet, zeigt sich der Trend zu einem in den letzten Jahren wieder ansteigenden Gesamtmüllaufkommen auch in Konstanz.

Darüber hinaus stagnieren die Restmüllmengen je Einwohner und Jahr auf noch immer beachtlichem Niveau.

Um einer nachhaltigen Entwicklung in diesem Zielbereich zu entsprechen, muss das Abfallaufkommen mit

besonderer Beachtung des nicht wieder verwertbaren Restmülls weiter reduziert werden.

Hierzu bedarf es sicher weiterer gesamtgesellschaftlicher Aufklärung und Diskussionen über nachhaltige Produktionsweisen sowie einen ressourcenschonenden Lebens- und Konsumstil.

Die Handlungsmöglichkeiten in Konstanz bestehen wie in anderen Kommunen primär in der Optimierung der Verwertung und Sammlung von Abfall.

Jedoch können eine öffentliche Debatte zu diesem Thema vor Ort und anschauliche Beispiele dazu beitragen, dass nachhaltiges Konsumverhalten abseits der „Wegwerfmentalität“ ohne Einbußen in der Lebensqualität möglich wird.

- 1) Beinhaltet Restmüll, Biomüll, Sperrmüll, Altglas, Altpapier, Grünabfälle, Gelbe Säcke und Dosen und sonstige Wertstoffe
- 2) Beinhaltet Haus- und Sperrmüll, Wertstoffe sortenrein erfasst und gemischt, Bio- und Grünabfälle, Gewerbe- und Baustellenabfälle und sonstige Abfälle; ohne nicht verunreinigten Bodenaushub, Bauschutt und Straßenaufbruch sowie Problemstoffe.

Datenquellen: Stadt Konstanz, Amt für Stadtplanung und Umwelt (ASU), Abteilung Umwelt nach Angaben der Entsorgungsbetriebe Konstanz (EBK) und Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (LIS).

Weiterführende Literatur:

Stadt Konstanz, Amt für Stadtplanung und Umwelt [Hrsg.]: **Umweltbericht 2003 – Kapitel 11: Abfallwirtschaft.**

Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg [Hrsg.]: **Umweltplan Baden-Württemberg.** Stuttgart Dezember 2000. Kapitel Abfallwirtschaft, S. 180-195.

Fachstelle für Stadtentwicklung, Präsidialdepartement der Stadt Zürich [Hrsg.]: **Zürich – Stadt mit Weitsicht – Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich.** Zürich April 2004, S. 32/33.

Projektgruppe Lokale Agenda 21: **Ein Lachs zieht um die Welt oder: Ist nachhaltiger Konsum möglich?** In: **Konstanzer Weg – Rathauszeitung für Reform und Information.** Ausgabe 31 November/Dezember 2002, S. 11-13.

Scherhorn, Gerhard; Weber, Christoph [Hrsg.]: **Nachhaltiger Konsum – Auf dem Weg zu gesellschaftlicher Verankerung.** München 2003, ökom Verlag.

Abbildung A 1 - 1
Gesamtabfallaufkommen und Restmüllaufkommen in kg je Einwohner 1990 - 2002

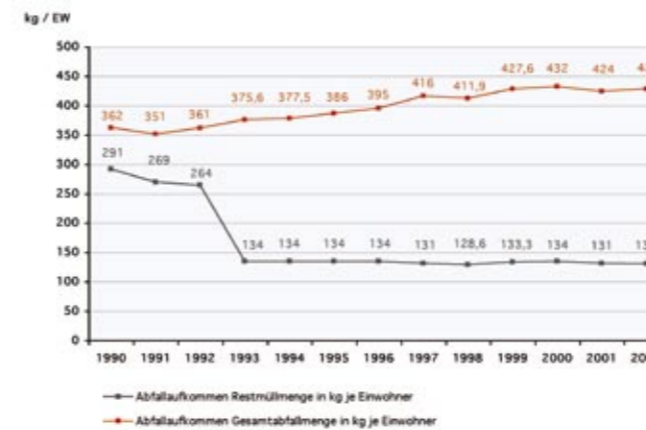
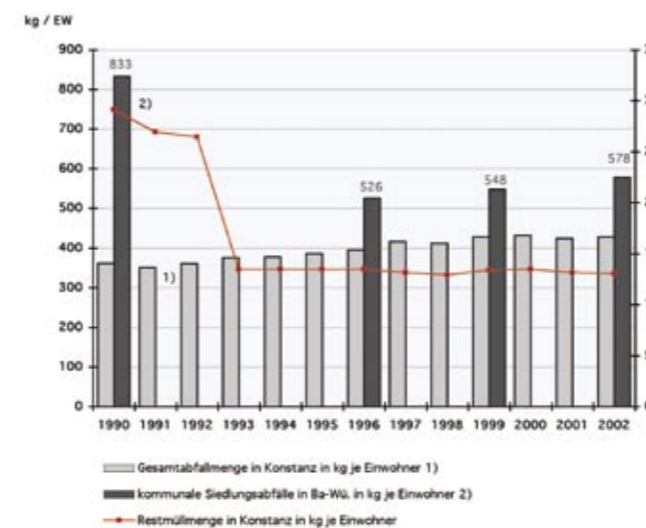


Abbildung A 1 - 2
Gesamtabfallaufkommen in kg je Einwohner in Konstanz im Vergleich zu kommunalen Siedlungsabfällen in Ba-Wü 1990 - 2002



Zielbereich: Möglichst geringe Luftverschmutzung

INDIKATOR A 2:

Jahresmittelwerte und Grenzwertüberschreitungen der Luftschadstoffe Stickstoffdioxid (NO₂), Ozon (O₃) und Schwebstaub bzw. Feinstaub (PM 10)

Definition des Indikators:

Folgende für die Luftqualität maßgebliche Schadstoffe werden im Zeitverlauf von 1993-2002 (bzw. 1999-2002 für PM 10) dargestellt bezogen auf

- den Jahresmittelwert
- Überschreitung von festgelegten Grenzwerten

Stickstoffdioxid – NO₂

wird gemessen in µg/m³

NO₂ entsteht in Verbrennungsprozessen und ist häufig für Atemwegserkrankungen mitverantwortlich. Zusammen mit flüchtigen organischen Kohlenwasserstoffen (VOC) ist NO₂ Vorläufersubstanz des Reizgases Ozon (O₃).

Ozon – O₃

wird gemessen in µg/m³

So wichtig die Ozonschicht in der Erdatmosphäre zum Schutz des Menschen vor UV-Strahlung ist, so gefährlich ist das Reizgas Ozon ab Konzentrationen von 400 µg/m³ Luft für die menschlichen Atemwege. Bodennahes Ozon sammelt sich primär in einer Höhe von 80-120 cm über dem Erdboden und ist damit besonders für Kinder höchst problematisch. Pflanzenschäden entstehen bereits ab 100 µg/m³.

Lungengängiger Fein- oder Schwebstaub – PM 10

wird gemessen in µg/m³

PM 10 ist keine chemische Formel, sondern bezeichnet die Staubpartikelgröße. Es handelt sich dabei um kleinste Ruß- und Staubpartikel, die bis in die Lunge vordringen können. Sie führen zu Entzündungen der Atemwegsorgane, in der Folge zu Erkrankungen des Herz-Kreislaufsystems und stehen in Verdacht krebserregend zu wirken.

Die dargestellten Werte für Konstanz sind den UMEG-Luftmessdaten der ehemaligen Konstanzer Luftmessstation entnommen.

Zielsetzungen im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Je niedriger die Immissionen sind, desto besser sind die Luftgütewerte. Die Luftqualität hat spürbare Auswirkungen auf die Gesundheitssituation, insbesondere auf die Häufigkeit von Atemwegserkrankungen.



Wenn Menschen nach Beeinträchtigungen der Umweltsituation befragt werden, steht die Luftqualität ganz oben auf der Rangliste. Sie hat unmittelbare Auswirkungen auf die Lebensqualität gerade in größeren Städten und Ballungszentren. Darüber hinaus bestehen durch Schadstoffeintrag in die Böden zum Teil sehr langfristige Folgewirkungen. Die Luftqualität wird beeinflusst durch spezifische Belastungen aus dem Verkehrs-, dem Industrie- und dem Raumwärmebereich und ist damit auch direkt mit dem Verbrauch nicht erneuerbarer, fossiler Energieträger gekoppelt. Eine nicht zufriedenstellende Situation bei der Luftgüte erfordert eine genauere Ursachenanalyse und danach die Arbeit an Projekten, die zu einer Entlastung führen können.

Entwicklung in Konstanz:

Für Konstanz zeigen sich in der dargestellten Zeitreihe keine signifikanten Überschreitungen der schadstoffbezogenen Grenz- und Schwellenwerte.

Lediglich beim Ozon gab es im Jahr 1996 an 3 Tagen eine Überschreitung des Schwellenwertes von 180 µg/m³. Bei Stickstoffdioxid kam es zu keiner einzigen Überschreitung des Wertes von 200 µg/m³ (1h) (d.h. der Wert muss länger als eine Stunde über dem Richtwert liegen). Ebenfalls wurde der nach der 22. Bundes-Immissionschutzverordnung (22 BimSchV) bei 40 µg/m³ für das Jahresmittel liegende Grenzwert im dargestellten Zeitraum nicht erreicht.

Ebenso hat der lungengängige Feinstaub in den Jahren 1999-2002 im Jahresmittel nicht den festgelegten Grenz-/Richtwert von 40 µg/m³ (22 BimSchV) überschritten. Ähnlich wie beim Stickstoffdioxid befinden sich die Messergebnisse für Feinstaub allerdings in relativer Nähe zum festgelegten Grenzwert.

Einschätzung des Trends:

Die folgenden Abbildungen zeigen, dass die Qualität der Luft in Konstanz insgesamt gut ist.

Die Stadt mit ihrer großen Anziehung für Touristen hat bezogen auf die Luftqualität den Vorteil, keine industri-

ellen Großemittenten von Schadstoffen zu besitzen. Zu beachten ist allerdings, dass trotz dieses Umstandes überregionale Schadstoffemissionen je nach Wind- und Wetterlage zur Belastung der Luft in Konstanz beitragen. Außerdem sind gerade die Verkehrsemissionen in den Sommermonaten in Konstanz wie auch in anderen Städten bei starker Sonneneinstrahlung Ursache für die vermehrte Bildung von Ozon. Hierbei ist allerdings der besondere Sachverhalt zu beachten, dass die Ozonkonzentrationen unmittelbar an vielbefahrenen Straßen geringer sein können, da die Abgase der Fahrzeuge Stickstoffmonoxid (NO) enthalten, welches Ozon abbaut. Gerade in der Sommerzeit aber auch allgemein sollte die Bevölkerung dazu aufgerufen werden, verstärkt den gut ausgebauten Konstanzer ÖPNV zu benutzen, um generell die Schadstoffbelastung durch Ozonbildung so gering wie möglich zu halten.

Technische Verbesserungen (z.B. Einführung des Katalysators) haben zwar zur Reduzierung der Schadstoffbelastung der Luft beigetragen, werden aber durch die ständige Ausweitung der Verkehrsmengen im Personen- und Güterverkehr wieder zunichte gemacht. Besonders aus diesem Grund muss die Stärkung des ÖPNV weiter gezielt verfolgt werden.

Abbildung A 2-1

Stickstoffdioxid (NO₂) – Jahresmittelwert und Grenzwertüberschreitung 1993-2002

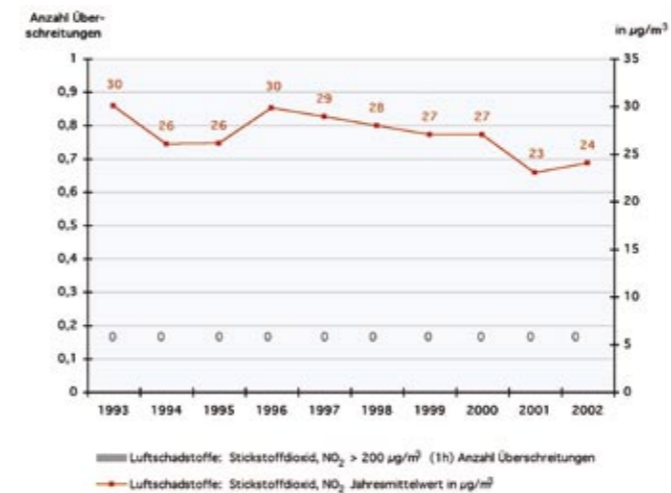


Abbildung A 2-2

Ozon (O₃) – Jahresmittelwert und Schwellenwertüberschreitung 1993-2002

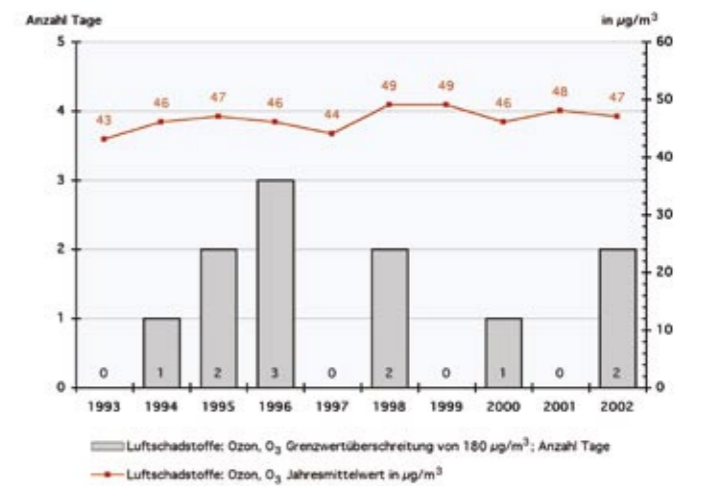
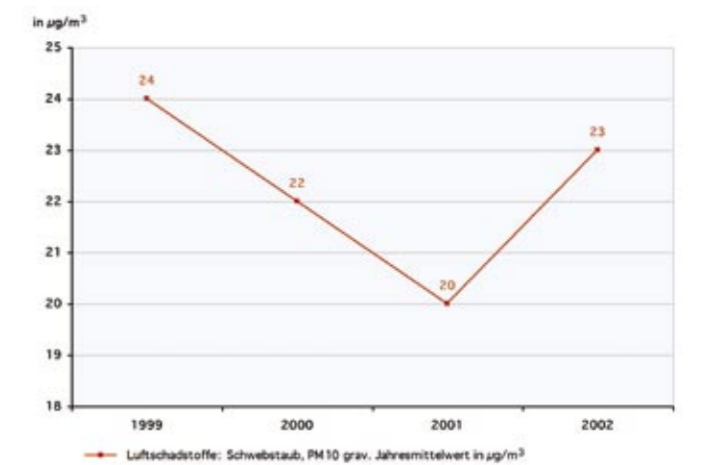


Abbildung A 2-3

Lungengängiger Fein- oder Schwebstaub (PM 10) – Jahresmittelwert 1999-2002



Datenquelle: Stadt Konstanz, Amt für Stadtplanung und Umwelt (ASU), Abteilung Umwelt nach UMEG-Luftmessdaten für Konstanz UMEG= Gesellschaft für Umweltmessung und Umwelterhebung in Karlsruhe.

Weiterführende Literatur:

Stadt Konstanz, Amt für Stadtplanung und Umwelt [Hrsg.]: Umweltbericht 2003 – Kapitel 8: Luft.

Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg: Umweltplan Baden-Württemberg. Stuttgart Dezember 2000. Kapitel Luftreinhaltung, S. 80-107.

Fachstelle für Stadtentwicklung, Präsidialdepartement der Stadt Zürich [Hrsg.]: Zürich – Stadt mit Weitsicht – Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich. Zürich April 2004, S. 34/35.

Simonis, Udo E. [Hrsg.]: Öko Lexikon. München März 2003, Verlag C.H. Beck, S. 155/156.

Internet:

www.lfu.baden-wuerttemberg.de/lfu/abt2/umweltdaten2003/kap_o/kap_o.html#ab

Zielbereich: Schonender Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen

INDIKATOR A 3:

Bodenflächen nach Nutzungsarten in Prozent der Gesamtfläche (Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche)



Definition des Indikators:

Die laufenden Flächenerhebungen der Statistischen Landesämter weisen unter anderem die folgenden wichtigsten Kategorien aus: Die Siedlungs- und Verkehrsfläche setzt sich zusammen aus Gebäudeflächen und unbebauten Freiflächen, die den Zwecken der Gebäude untergeordnet sind, den Betriebsflächen, die überwiegend gewerblich oder industriell genutzt werden, den Erholungsflächen, etwa Sportplätzen, und den unbebauten, aber versiegelten Flächen, die dem Straßen-, Schienen- und Luftverkehr dienen. Landwirtschaftliche Flächen werden für Ackerbau, Wiesen- oder Weidewirtschaft, Garten- oder Weinbau genutzt. Als natürliche Flächen werden Wasser- und Waldflächen getrennt ausgewiesen. Unter Flächen anderer Nutzung werden schließlich Übungsgelände, Schutzflächen wie Deiche, Dämme und Lärmschutzwälle, historische Flächen, Friedhöfe und das sogenannte „Unland“ zusammengefasst: Letzteres sind unbebaute Flächen, die nicht geordnet genutzt werden, wie Felsen oder stillgelegtes Abbauand.

Zielsetzungen im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Der nach wie vor ungebremsste Flächenverbrauch durch menschliche Siedlungsaktivität ist eines der zentralen Themen der ökologischen Dimension der nachhaltigen Entwicklung. Die Kapitel 7 und 10 der Agenda 21 befassen sich ausführlich mit den Themen einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung und Bewirtschaftung von Bodenressourcen.

In § 1a des Baugesetzbuches (BauGB) ist der Grundsatz „Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden...“ festgehalten.

In Baden-Württemberg hat die Flächeninanspruchnahme durch Siedlung und Verkehr innerhalb der letzten 100 Jahre um 350.000 Hektar zugenommen. Im Durchschnitt hat die Siedlungs- und Verkehrsfläche im Land in den letzten 20 Jahren täglich um ca. 11 Hektar und jährlich um 4.000 Hektar zugenommen.

Im Jahr 1900 waren 3,3 % der Landesfläche von Baden-Württemberg als Siedlungs- und Verkehrsfläche ausgewiesen. Im Jahre 2003 belief sich der Anteil auf 13,5 %.

1999 betrug die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche in der BRD 129 Hektar pro Tag.

Dies bedeutet die Versiegelung einer Fläche von 150 Fußballfeldern pro Tag. Die Siedlungsfläche in den alten Bundesländern hat sich seit 1950 damit annähernd verdoppelt.

Diese Explosion des Flächenverbrauchs ist in die Zukunft projiziert nicht nachhaltig. Der Nachhaltigkeitsbeirat der Landesregierung Baden-Württemberg, der sich in einem im Februar 2004 erschienenen Sondergutachten mit nachhaltigem Flächenmanagement auseinandergesetzt hat, macht 4 wesentliche Faktoren für diesen nach wie vor ungebrochenen Trend aus:

- **Fehlendes Problembewusstsein der Bevölkerung und z. T. der politischen Akteure**
- **Veränderte Lebensstile, Anspruchshaltungen und Bevölkerungsentwicklung** (Durchschnittliche pro-Kopf-Wohnfläche 1965 = 22,3 qm, heute = 41,8 qm). Auflösung des klassischen Familienverbandes, Einpersonenhaushalte nehmen zu, damit steigt die pro-Kopf-Wohnfläche weiter an
- **Ökonomische Fehlanreize** Eigenheimzulage, Pendlerpauschale
- **Defizite im geltenden Planungsrecht**

Allerdings verfolgt auch die aktuelle Novelle des BauGB von 2004 die Zielsetzung eines schonenden Umgangs mit der endlichen und nicht vermehrbaren Ressource „Boden“.

In § 1a, Absatz 3 ist die nachhaltige städtebauliche Entwicklung konkret festgehalten. In § 1a, Absatz 2 werden die Kommunen dazu angehalten, „die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen, sowie Bodenversiegelung auf das notwendige Maß zu beschränken“.

Der Nachhaltigkeitsrat Ba-Wü. formuliert in seinem Bericht die Maßgabe, den Flächenverbrauch im Land bis zum Jahr 2020 auf 3 Hektar pro Tag zu senken.

Um dem Ziel einer Reduzierung der Flächeninanspruchnahme näher zu kommen und es konkret umzusetzen und um für die Einführung eines kommunalen Flächenmanagements zu werben, hat die Landesregierung Ba-Wü. das Aktionsprogramm „Flächen gewinnen in Baden-Württemberg“ ins Leben gerufen. Das Umwelt- und Verkehrsministerium (UVM) versucht, die in diesem Zusammenhang wichtigsten Kooperationspartner für die Ziele des verminderten Flächenverbrauchs zu gewinnen und Zielvorgaben zu formulieren.

Die Bundesregierung geht in ihrer im April 2002 veröffentlichten nationalen Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektiven für Deutschland“ von einer für das Jahr 2020 anzustrebenden Reduzierung von 30 ha täglich für die gesamte BRD aus.

Um die genannten Zielvorstellungen zu erreichen, sind gerade die Kommunen aufgerufen, Wege zu einem nachhaltigen Flächenmanagement einzuschlagen.

Entwicklung in Konstanz:

Die Entwicklung seit Ende der achtziger Jahre zeigen die nachfolgenden Tabellen. Die für das Jahr 2001 vorliegenden Daten zeigen einen Gesamtanteil von 29,9 % der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der gesamten Gemarkungsfläche von Konstanz. Dies ergibt eine Zunahme um 0,2 % im Vergleich zum Jahr 1997 und um 1,6 % verglichen mit dem Jahr 1993. Seit 1989 ist ein Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche um 4,5 % in Bezug zur Gesamtfläche zu verzeichnen. Dabei zeigt sich ein schwach rückläufiger Trend bei den Verkehrsflächen, bzw. eine Stagnation, die in den nächsten Jahren aber aufgrund größerer Straßenbaumaßnahmen und -planungen wahrscheinlich nicht zu halten sein wird.

Einschätzung des Trends:

Konstanz hatte in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts einen moderaten Anstieg der Flächeninanspruchnahme durch Siedlung und Verkehr zu verzeichnen.

Auch im Vergleich mit anderen Städten im Bodensee-raum zeigen sich keine signifikanten Unterschiede.

Von einer Trendwende im Sinne der nachhaltigen Siedlungsentwicklung kann jedoch auch in Konstanz nicht gesprochen werden, die Zuwachsraten liegen leicht über dem Landesdurchschnitt (Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche von 1993-2001 in Ba-Wü. um 0,9 % der Landesfläche).

Die Stadt Konstanz versucht die Flächenzuwächse durch ihr Siedlungsleitbild zu begrenzen.

Im Zeitraum von 1979-1996 konnte die Siedlungsentwicklung zu 57 % (80,3 ha) im Innenbereich erzielt werden.

Mit der Revitalisierung von Industriebrachen wie z. B. dem Herosé-Areal leistet Konstanz bereits heute einen wichtigen Beitrag, die Flächeninanspruchnahme in der Peripherie zu minimieren.

Das Zentrenkonzept soll großflächigen Einzelhandel auf der „grünen Wiese“ verhindern und das Leitbild „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ ist im Stadtentwicklungsprogramm „Zukunft Konstanz 2020“ verankert.

Gemeinsam mit der Stadt Überlingen und den österreichischen Gemeinden Dornbirn und Wolfurt hat Konstanz von 2001-2004 am Modellprojekt ECOLUP (ecological land use planning) der Bodenseestiftung teilgenommen. Eine endgültige Beschlussfassung des Gemeinderats steht noch aus.

Ziel des Projekts war es, das EU-Ökoaudit EMAS II auf die Bauleitplanung zu übertragen. Ein entscheidende Dimension des Umweltprogramms und eine Komponente des Umweltmanagementsystems ist dabei die Reduzierung des Flächenverbrauchs.

Abbildung A 3-1

Veränderung Bodenflächen nach Nutzungsarten 1989-2001 in Prozent der Gesamtfläche

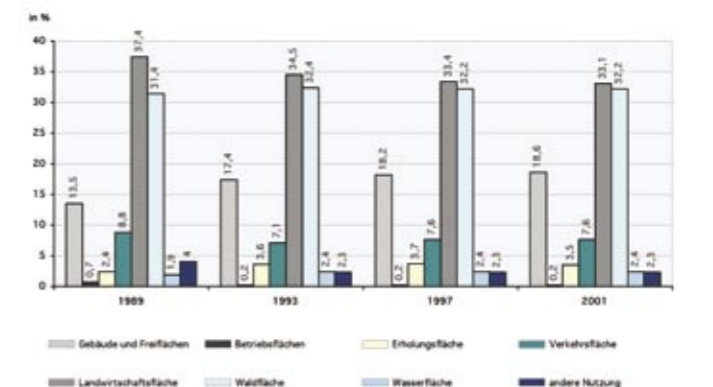
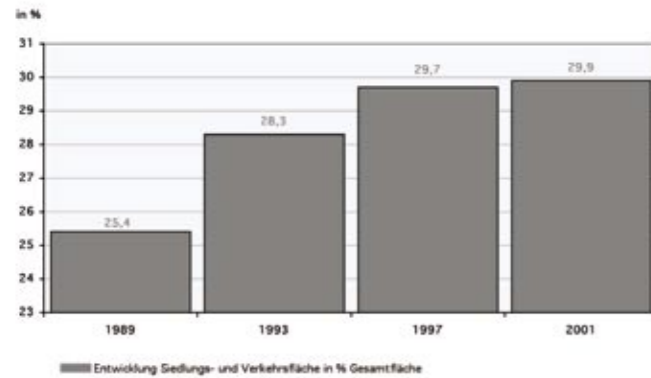


Abbildung A 3 - 2

Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche 1989-2001 in Prozent der Gesamtfläche

Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (LIS).

Weiterführende Literatur:

Der Nachhaltigkeitsbeirat der Landesregierung Baden-Württemberg [Hrsg.]: **Neue Wege zu einem nachhaltigen Flächenmanagement**. Sondergutachten Stuttgart Februar 2004.

Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg [Hrsg.]: **Landesentwicklungsplan 2002**, Stuttgart Juli 2002.

Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg: **Umweltplan Baden-Württemberg**. Stuttgart Dezember 2000. Kapitel Schonung natürlicher Ressourcen, S. 43-45 und Kapitel Bodenschutz, S. 146-163.

Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg [Hrsg.]: **Kommunales Flächenmanagement - Arbeitshilfe**. Karlsruhe 2003, 2. veränderte Auflage.

Bayrisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen [Hrsg.]: **Kommunales Flächenressourcenmanagement**. München Februar 2002.

Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg, Agenda-Büro [Hrsg.]: **Boden und Fläche in der Lokalen Agenda 21**. Arbeitsmaterialie 22, Karlsruhe Dezember 2001.

Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg [Hrsg.]: **Wege aus dem Landschaftsverbrauch**. In: **Fachdienst Naturschutz – Naturschutzinfo 2/2002**. Karlsruhe Oktober 2002, S. 7-15.

Internationale Bodenseekonferenz (IBK) [Hrsg.]: **Flächenmanagement in der Regio Bodensee**. Konstanz, Tübingen Juli 2003.

Landeshauptstadt Stuttgart, Amt für Umweltschutz u. a. [Hrsg.]: **Flächenmanagement Stuttgart – Zukunftskonzept zur Lokalen Agenda 21**. Stuttgart September 2000.

Niedersächsisches Landesamt für Ökologie [Hrsg.]: **Vom Brachflächenkataster zum Flächenmanagement**. Hildesheim August 2004. Aus der Reihe: Nachhaltiges Niedersachsen – dauerhaft umweltgerechte Entwicklung Nr. 29.

Bodensee-Stiftung [Hrsg.]: **ECOLUP-Leitfaden – Umweltmanagement für die kommunale Bauleitplanung**. Konstanz März 2004.

Stadtgespräche – Nachrichten zur Lokalen Agenda 21 / Thema Bodenversiegelung. In: „punkt. um 7/2002“. München Juli 2002 ökom Verlag, S. 11-13.

Zielbereich: Schonender Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen

ERGÄNZUNGSINDIKATOR ZU A 3:

Siedlungsdichte – Einwohnerzahl in Bezug zur Siedlungs- und Verkehrsfläche

Definition des Indikators:

Um die Siedlungsdichte in Konstanz abzubilden, wird die Einwohnerzahl im Zeitverlauf in Bezug gesetzt zu der sich ebenfalls verändernden Siedlungs- und Verkehrsfläche in km². Die hier dargestellte Siedlungsdichte darf dabei nicht verwechselt werden mit der Bevölkerungsdichte, die in statistischen Erhebungen häufig zum Standard der Darstellung gehört.

Die Bevölkerungsdichte bezieht sich in einer Kommune immer auf die gesamte Gemarkungsfläche bzw. in größeren Einheiten auf die Gesamtfläche eines Landes. Zur Einschätzung der „Kompaktheit“ einer Kommune ist es jedoch sinnvoller, die Einwohnerzahl auf die jeweils gültige Siedlungs- und Verkehrsfläche zu beziehen. Auf diese Weise erhält man einen Siedlungsdichtewert, der auch Vergleiche mit anderen Kommunen zulässt. Bei einem solchen Vergleich ist jedoch zum einen die spezifische geografische Lage im Einzelfall zu berücksichtigen, zum anderen sind Siedlungsdichten von Gemeinden mit stark unterschiedlicher Bevölkerungszahl schwer vergleichbar, da Oberzentren wie Konstanz Funktionen für das Umland zur Verfügung stellen und damit auch über eine umfassendere Infrastrukturausstattung verfügen.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Die Flächeninanspruchnahme durch Siedlungsaktivität findet überwiegend im Außenbereich der Städte und Gemeinden an den Siedlungsrändern statt.

Dadurch entsteht Landschaftszerschneidung in einem immer größeren Ausmaß, d.h. unzerschnittene, verkehrsarme Räume werden immer kleiner bzw. seltener. Diese auch mit einer Zunahme des motorisierten Individualverkehrs einhergehende Entwicklung beinhaltet zum einen eine ständig steigende Verkehrsbelastung und gleichzeitig eine Minderung der Erholungsqualität für die Menschen. Zum anderen werden durch die Ausdehnung der bebauten Flächen und durch die Verdichtung des Verkehrsnetzes auch die Lebensräume vieler Tier- und Pflanzenarten zunehmend verkleinert, zerteilt und isoliert. Diese Effekte gelten heute als wesentliche Ursachen des Artenverlustes in Europa.



Obwohl die Bedeutung unzerschnittener Landschaftsräume unbestritten ist, konnte die Zerschneidung bis heute nicht entscheidend eingedämmt werden, sondern hat deutschlandweit in den letzten 15 Jahren unvermindert zugenommen.

Die Entkopplung von Bevölkerungs- und Siedlungswachstum zeigt sich deutlich allerdings bereits in der Nachkriegszeit. Der Anstieg der Siedlungsfläche liegt schon zum damaligen Zeitpunkt wesentlich höher als es dem Bevölkerungszuwachs entsprechen würde.

Umso entscheidender ist es für eine nachhaltige Raumentwicklung, die Siedlungsaktivität in Städten und Gemeinden auf das Leitziel der Kompaktheit auszurichten, um die Ressource Boden zu schonen und gleichzeitig der soeben beschriebenen fortlaufenden Landschaftszerschneidung entgegenzuwirken. „Kompakte Städte“ ermöglichen kurze Wege und somit auch den Rückgriff auf umweltfreundliche Verkehrsmittel (siehe Indikator A6).

Eine hohe Siedlungsdichte und städtische Kompaktheit werden individuell unterschiedlich erlebt, d.h. auch kompakte Städte müssen ihren Bewohnern in Zukunft Möglichkeiten zur ausreichenden Naherholung bieten. Außerdem ist bei Neuplanungen und Stadterneuerungsprozessen zu bedenken, dass innerstädtische Grünbereiche auch eine hohe stadtoökologische Bedeutung besitzen.

Entwicklung in Konstanz:

Im Vergleich zum Siedlungsdichtewert von 1989 hat sich die Siedlungsdichte in Konstanz wieder verringert. Dabei gilt es allerdings zu berücksichtigen, dass Konstanz sich bereits als sehr kompakte Stadt mit kurzen Wegen auszeichnet. Für 2001 kann ein Siedlungsdichtewert von 4.480 Einwohnern je km² Siedlungs- und Verkehrsfläche festgehalten werden. Diagramm 3 zeigt jedoch, dass – wenn man die prozentuale Entwicklung von Bevölkerungswachstum und den Anstieg der Siedlungsfläche verfolgt – die Flächeninanspruchnahme gegenüber dem Bevölkerungszuwachs überproportional gestiegen ist: Die Bevölkerung von Konstanz ist seit 1989 um 7,3 % gewachsen, die Siedlungs- und

Verkehrsfläche jedoch hat um 17,9 % des Wertes von 1989 zugenommen.

Einschätzung des Trends:

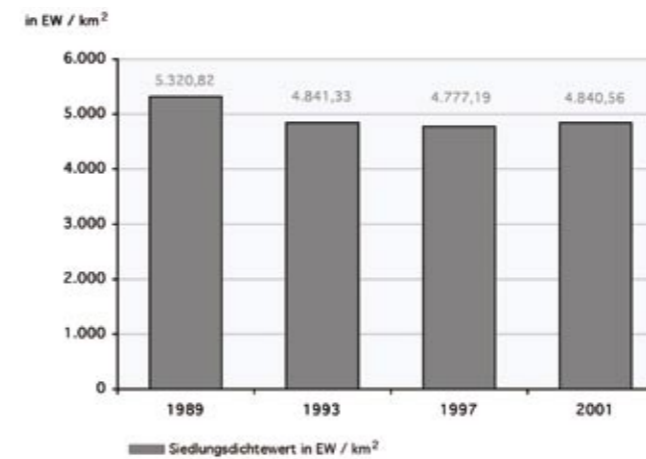
Konstanz ist mit einer relativ hohen Siedlungsdichte bereits heute ein Modell der „kompakten Stadt“. Der Vergleich des prozentualen Anstiegs der Bevölkerung mit der Flächenentwicklung seit 1989 zeigt jedoch, dass eine nachhaltige Siedlungsentwicklung noch nicht verwirklicht werden konnte und weiterer richtungsweisender Entscheidungen bedarf.

Gerade in diesem Handlungsfeld kann die kommunale Bauleitplanung die Weichen in Richtung einer dauerhaft umweltgerechten Siedlungsentwicklung stellen.

Ansätze zu einer flächensparenden Entwicklung für Konstanz finden sich im Stadtentwicklungsprogramm, das die Nutzung des Nachverdichtungspotentials hervorhebt. Ein Modell diesbezüglich liefert z. B. auch die „Forschungsgruppe Bodenseestadt“ an der Fachhochschule Konstanz (siehe Literaturangabe).

Abbildung Ergänzungsindikator A 3-1

Veränderung des Siedlungsdichtewertes in Einwohner je km² Siedlungs- und Verkehrsfläche 1989-2001



Weiterführende Literatur:

Stadt Konstanz, Amt für Stadtplanung und Umwelt [Hrsg.]. Umweltbericht 2003 – Kapitel 6: Boden- und Grundwasserschutz.

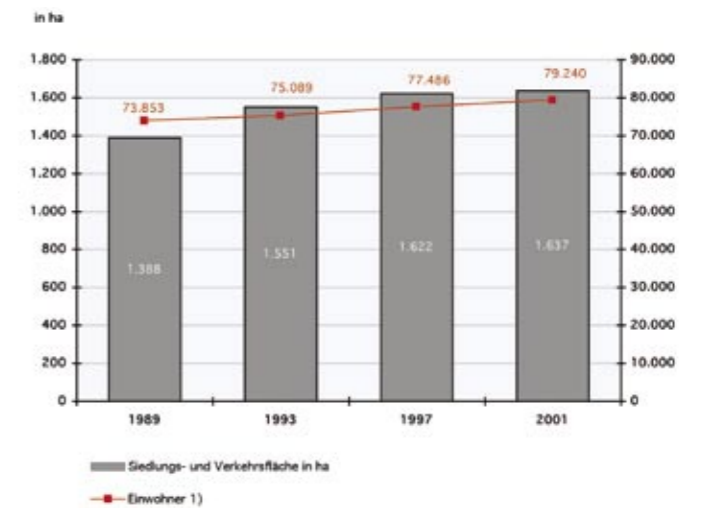
Jaeger, Jochen u.a.: Landschaftszerschneidung in Baden-Württemberg – Ergebnisse einer landesweiten räumlich differenzierten quantitativen Zustandsanalyse.

In: Naturschutz und Landschaftsplanung – Zeitschrift für angewandte Ökologie. Heft 10/2001. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart.

Forschungsgruppe Bodenseestadt an der FH Konstanz [Hrsg.]: Vision Bodenseestadt – Städtebauforschung zwischen Utopie und Machbarkeitsstudie. Weimar 2003 VDG, S. 120-127.

Abbildung Ergänzungsindikator A 3-2

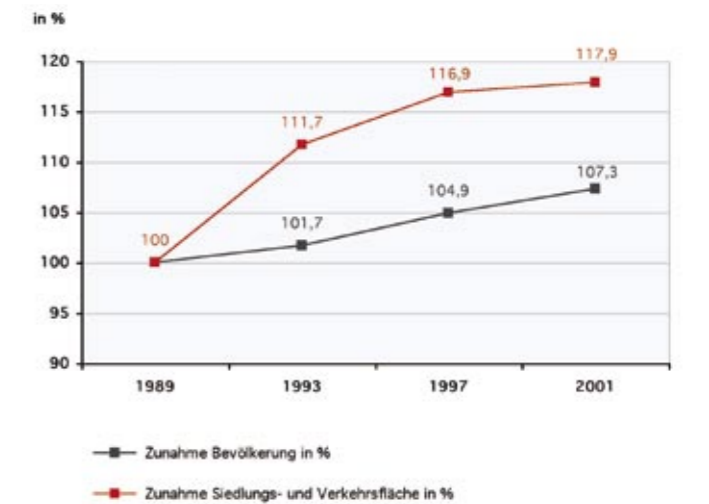
Entwicklung Siedlungs- und Verkehrsfläche in ha und Bevölkerungsentwicklung im Vergleich 1989-2001



1) Einwohnerzahlen am 31.12. des jeweiligen Jahres.

Abbildung Ergänzungsindikator A 3-3

Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche und Bevölkerungswachstum seit 1989 (100%) im prozentualen Vergleich



Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.

Politische Ökologie Heft 71: NeuHausen – Nachhaltig bauen und wohnen. München August 2001 Ökom Verlag.

Wirtschaftsministerium/Ministerium für Umwelt und Verkehr/Ministerium für Ernährung und ländlichen Raum des Landes Baden-Württemberg [Hrsg.]: Ökologische Stadt- und Gemeindeentwicklung. Ludwigsburg November 2001.

Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg [Hrsg.]: Landschaftsplanung Merkblatt 1: Flächenverbrauch verringern auf kommunaler Ebene. Fachdienst Naturschutz – Naturschutz-Praxis 1/04.

Zielbereich: Möglichst geringe Entnahme erneuerbarer Ressourcen

INDIKATOR A 4:

Wasserverbrauch der privaten Haushalte in Liter pro Einwohner und Tag

Definition des Indikators:

Erfasst wird hier der spezifische Wasserbedarf in Liter je Einwohner und Tag (l/Ew*d). In der Statistik ist der Verbrauch von Haushalten, Kleingewerbe und Dienstleistungsunternehmen enthalten, nicht aber der Verbrauch öffentlicher Einrichtungen und von Industriebetrieben.

Zielsetzungen im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Grundsätzliche Zielsetzung im Sinne der nachhaltigen Entwicklung muss der schonende Umgang auch mit erneuerbaren Ressourcen sein. Dies bedeutet, die Nutzung soll die natürliche Erneuerungsrate der Ressource nicht überschreiten. Ein steigender Wasserverbrauch im Bereich privater Haushalte kann durch eine Veränderung der Verhaltensmuster und Konsumgewohnheiten verursacht werden. Beim Wasserverbrauch ist jedoch derzeit trotz Verbrauchsreduzierungen keine eindeutige Tendenz auszumachen – Haushalte, Dienstleistungsunternehmen und Kleingewerbe verbrauchen heute etwa so viel wie vor zwanzig Jahren, wobei es Schwankungen von Jahr zu Jahr bis zu 20% gibt. Auch gibt es von Kommune zu Kommune große Unterschiede; die zum Teil auf Sondereffekte zurückzuführen sind, die beispielsweise in Kurstädten und Fremdenverkehrsregionen wie in Konstanz zum Tragen kommen. Eine Stabilisierung des Wasserverbrauchs auf 100 l/Ew*d wird von der Landesanstalt für Umweltschutz als eine vertretbare Größe angesehen.

Der unterschiedliche Trinkwasserverbrauch in Städten und Regionen muss auch vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Formen der Wasserentnahme abgebildet werden. In den Städten und Gemeinden, die Bodenseewasser zu Trinkwasser aufbereiten, spielt die Entnahme aus dem Grundwasserkörper und die damit verbundene Neubildungsrate (im Zeitraum von Jahrzehnten bis Jahrhunderten) keine Rolle.

Trotzdem ist auch bei der Entnahme aus dem Bodensee darauf zu achten, dass die Trinkwassermengen in l/Ew*d möglichst gering gehalten werden, da die Trinkwasseraufbereitung mit Energieaufwand und



Materialeinsatz verbunden ist. Ebenso ist bei hohem Trinkwasserverbrauch der erhöhte Energieaufwand für die Warmwasserbereitung (Duschen, Baden etc.) einzubeziehen.

Um den Trinkwasserbedarf der Haushalte auf dem unten dargestellten Niveau zu stabilisieren, bedarf es sicher weiterer Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit, um z.B. hohen Verbrauch durch überzogene Hygienevorstellungen zu verändern.

Entwicklung in Konstanz:

In Konstanz ist, wie aus der dargestellten Tabelle ersichtlich wird, durch die gesamten neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts hinweg ein klarer Trend zu weniger Trinkwasserverbrauch zu verzeichnen gewesen, der sich auch 2001 bestätigt hat.

Einschätzung des Trends:

Dieser Trend liegt im Zielbereich der nachhaltigen Nutzung der nur langfristig erneuerbaren Ressource „Wasser“. Konstanz liegt mit 111 l/Ew*d im Jahr 2001 noch um 13 l unter dem Jahresdurchschnitt von 124 l/Ew*d in Baden-Württemberg (BRD 1998: 128 l/Ew*d; 2001: 127 l/Ew*d). Dieses Ergebnis konnte erzielt werden, obwohl Konstanz zu den ausgewiesenen Ferienregionen in Baden-Württemberg zählt und damit zumindest in den Sommermonaten ein potentiell höherer Trinkwasserverbrauch unterstellt werden kann.

Wie bereits angesprochen, wird durch die Entnahme des Trinkwassers für Einwohner und Gäste der Stadt Konstanz nicht auf den Grundwasserkörper sondern auf Wasser direkt aus dem Bodensee zurückgegriffen. Überlegungen zur Neubildungsrate des Grundwassers sind also zu vernachlässigen.

Jedoch ist gerade die Aufbereitung von Trinkwasser sehr aufwändig und damit kostenintensiv.

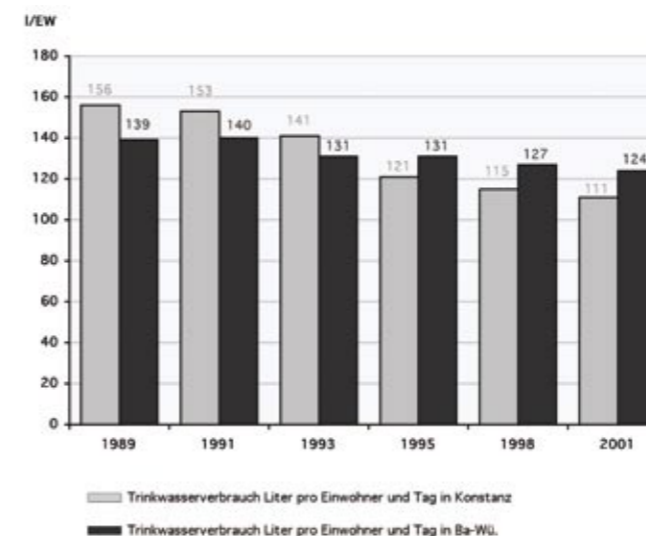
Schon aus diesem Grund ist der sparsame Umgang mit Trinkwasser erforderlich.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist ebenso die mit dem Trinkwasserverbrauch unmittelbar korrelierende Abwassermenge bzw. der damit zusammenhängende

Eintrag von Schadstoffen in den Bodensee. Unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit ist dem Schutz des Bodensees als überregionaler Trinkwasserspeicher besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Um diesem Zusammenhang Rechnung zu tragen, wurde dem Zielbereich „Möglichst geringe Entnahme erneuerbarer Ressourcen“ der Ergänzungsindikator „Reinigungsleistung der Kläranlage“ zugeordnet, der im Anschluss dargestellt wird.

Abbildung A 4 - 1

Trinkwasserverbrauch in Konstanz in l/Ew*d 1989-2001 und Vergleich zu Baden-Württemberg



Weiterführende Literatur:

Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg [Hrsg.]: **Umweltplan Baden-Württemberg**. Stuttgart Dezember 2000. Kapitel Schonung natürlicher Ressourcen, S. 45 - 47 und Kapitel Gewässerschutz, S. 122 - 145.

Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg [Hrsg.]: **Wasser**. Stuttgart August 2001, 7. überarbeitete Auflage.

Geberit, BUND: **Ja zum Wasser. Ja zum Leben – 53 Tipps zum nachhaltigen Umgang mit Wasser**. März 2004.

Zielbereich: Möglichst geringe Entnahme erneuerbarer Ressourcen

ERGÄNZUNGSINDIKATOR ZU A 4:

Reinigungsleistung der Kläranlage nach Schadstoffen

Definition des Indikators:

Dargestellt wird die Reinigungsleistung der Kläranlage auf dem Gelände der Entsorgungsbetriebe Konstanz unterschieden nach den Schadstoffen:

- CSB – chemischer Sauerstoffbedarf
- N_{ges} – Stickstoff gesamt
- P – Phosphor

Dabei wird der Zulauf sowie der nach Abwasserreinigung erfolgende Ablauf der jeweiligen Frachten in Tonnen pro Jahr (t/a) angegeben. Außerdem ist für das jeweilige Jahr die Eliminationsrate der betreffenden Schadstoffe in % dargestellt.

Zielsetzungen im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Der Bodensee ist Trinkwasserspeicher für 4,5 Millionen Menschen.

Wie zuvor dargestellt, ist die Trinkwasseraufbereitung aus Uferfiltrat energieaufwändig. Je weniger Schadstoffe mit den Abwässern aus Konstanz wieder in den Bodensee gelangen, desto weniger aufwendig gestaltet sich somit die Trinkwasseraufbereitung. Gleichzeitig wird das sensible Ökosystem des Sees geschont, wenn die Reinigungsleistung der kommunalen Kläranlagen am See optimal ist.

In diesem Handlungsfeld hat die internationale Zusammenarbeit der Seeanrainerstaaten in den letzten 30 Jahren wesentliche Verbesserungen erbracht.

Folgende Parameter sind relevant, um die Reinigungsleistung der Konstanzer Kläranlage zu bewerten:

1. CSB

CSB steht für chemischen Sauerstoffbedarf und ist ein Maßstab für die Verschmutzung des Abwassers mit leicht und schwer abbaubaren Stoffen. (Details siehe Stadt Konstanz, Umweltbericht 2003, Kapitel 5: Gewässerschutz).

2. N_{ges} – Stickstoff gesamt

N_{ges} steht für die Summe der gesamten Stickstoffverbindungen im Abwasser ohne die organischen Stickstoffverbindungen.



Die Angaben beinhalten die Verbindungen Ammonium, Nitrat und Nitrit. Die Stickstoffverbindungen tragen in erster Linie zur Eutrophierung (Überdüngung) von Gewässern bei. Sie sind stark sauerstoffzehrend und können toxisch wirken. (Details siehe Stadt Konstanz, Umweltbericht 2003, Kapitel 5: Gewässerschutz).

3. P – Phosphor

P ist die chemische Formel für Phosphor.

Dieser Stoff übernimmt in Gewässern eine wachstumsbegrenzende Funktion und ist mit den Stickstoffverbindungen zusammen hauptverantwortlich für die oben angesprochene Eutrophierung von Gewässern.

Entwicklung in Konstanz:

Im dargestellten Zeitraum von 1995-2002 spiegelt sich der eindeutige Trend zur Verringerung der belasteten Abwässer.

Sowohl die relative prozentuale Reinigungsleistung der Kläranlage im Vergleich von Zu- und Ablaufmengen konnte verbessert werden. D.h. die Eliminationsrate bezogen auf die Schadstofffracht wurde kontinuierlich verbessert. Ebenso wurde eine signifikante Verringerung der Gesamtmenge des Abwassers, das dem Bodensee wieder zugeführt wird, erzielt. Aus den dargestellten Diagrammen ist der Ausbau der Kläranlage 1999 mit einer dementsprechenden weiteren Entlastungswirkung herauszulesen.

Einschätzung des Trends:

Der beschriebene Trend ist als sehr positiv zu bewerten, da nicht nur die Eliminationsraten der Kläranlage sehr hoch liegen.

Wie zu sehen, werden alle für die Schadstoffeliminierung entscheidenden international und national vorgeschriebenen Grenzwerte eingehalten.

Noch entscheidender aber ist, dass die absoluten Mengen der Schadstofffrachten in t/a, die tatsächlich wieder in den Bodensee zurück gegeben werden, in den letzten Jahren verringert werden konnten.

In Zusammenhang mit geringeren Mengen an Gesamtabwasseraufkommen, die mit einem ressourcenschonenden Verbrauch zusammenhängen, ist die Entwicklung als zukunfts-fähig zu bewerten, wenn der derzeitige Reinigungsstandard gehalten wird.

Abbildung Ergänzungsindikator A 4 - 1

Eliminationsrate CSB, N_{ges}, P in Prozent im Zeitverlauf 1995-2002

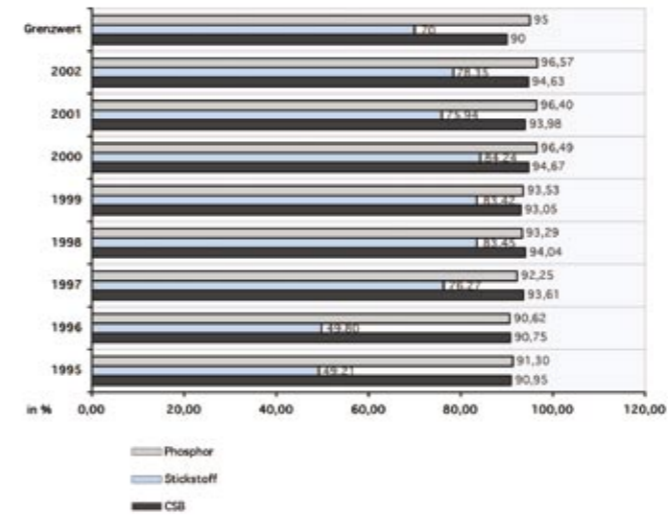


Abbildung Ergänzungsindikator A 4 - 2

CSB-Fracht in Tonnen pro Jahr im Zeitverlauf 1995-2002

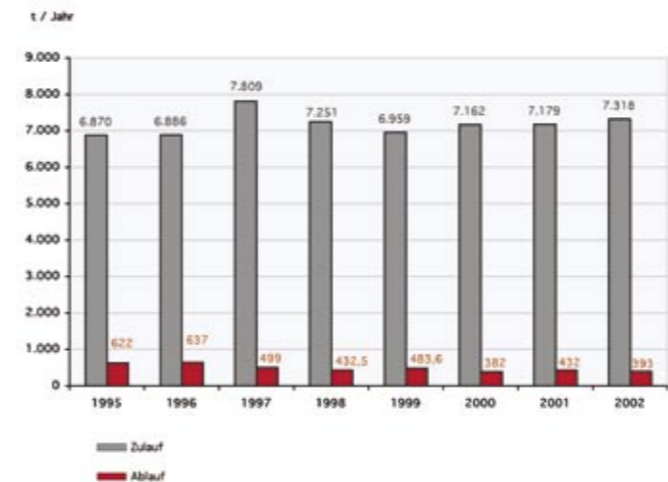


Abbildung Ergänzungsindikator A 4 - 3

Stickstoff-Fracht (N_{ges}) in Tonnen pro Jahr im Zeitverlauf 1995-2002

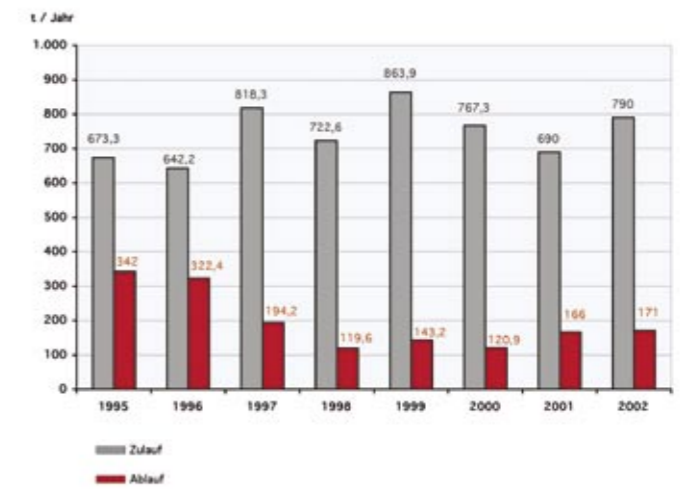
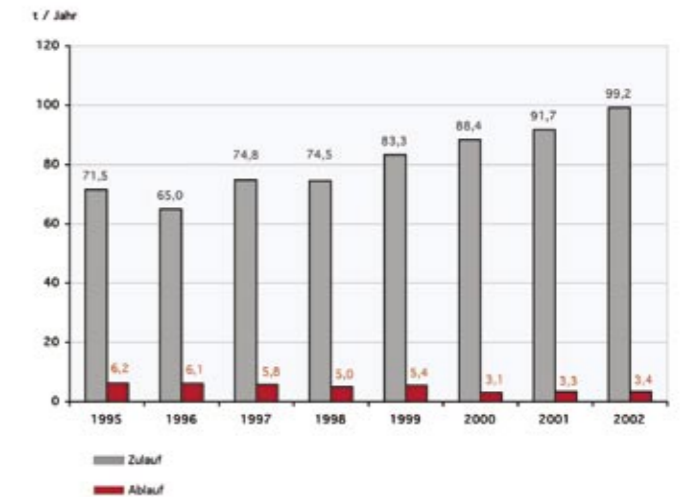


Abbildung Ergänzungsindikator A 4 - 4

Phosphor-Fracht (P) in Tonnen pro Jahr im Zeitverlauf 1995-2002



Datenquelle: Stadt Konstanz, Amt für Stadtplanung und Umwelt (ASU), Abteilung Umwelt nach Angaben der Entsorgungsbetriebe Konstanz (EBK).

Weiterführende Literatur:

Stadt Konstanz, Amt für Stadtplanung und Umwelt [Hrsg.]. Umweltbericht 2003 – Kapitel 5: Gewässerschutz.

Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee (igkb) [Hrsg.]: Der Bodensee. Zustand – Fakten – Perspektiven. Bregenz Januar 2004.

Internet:

www.igkb.org

Zielbereich: Möglichst geringer Energie- einsatz

INDIKATOR A 5:

Stromverbrauch der privaten Haushalte in Mio kWh absolut und in kWh je Einwohner

Definition des Indikators:

Erfasst wird hier der spezifische Stromverbrauch in kWh je Einwohner und Jahr. Dargestellt wird ebenfalls der Gesamtstromverbrauch durch die Tarifkunden der **Stadtwerke Konstanz GmbH** in Mio. kWh.

In der Statistik enthalten ist der Verbrauch von Haushalten, Kleingewerbe und Dienstleistungsunternehmen, nicht aber der Verbrauch öffentlicher Einrichtungen und von Industriebetrieben.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Der durchschnittliche Stromverbrauch ist in der Bundesrepublik von 1.524 kWh pro Einwohner im Jahr 1992 auf 1.638 kWh pro Einwohner im Jahr 1998 angestiegen und lag 2000 wieder bei 1.567 kWh. Dieser Anstieg ist zu einem gewissen Teil durch eine Verlagerung von anderen Energieformen auf den Stromverbrauch zu erklären. Mit der Liberalisierung der Energiemärkte kam es anfänglich zu einer starken Verbilligung der Strompreise, die natürlich nicht zur Energieeinsparung aufgefordert hat. Doch diese Entwicklung macht auch deutlich, dass Energieeinsparung in absehbarer Zeit die beste Energiequelle bleiben wird. Im Rahmen von Lokalen Agenda-Prozessen ist die Formulierung lokaler Energieversorgungskonzepte ein wichtiges Instrument zur Gestaltung eines zukunftsfähigen Energiesystems. Eine Absenkung des Stromverbrauchs (um etwa 30%) wäre jedoch machbar und in jedem Fall ein Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung.

Eine nachhaltige Energieversorgung (Strom- und Wärmeerzeugung) wird in Zukunft vor allem vier Aspekte besonders zu beachten haben:

- Reduzierung des übermäßigen Verbrauchs begrenzter Energieressourcen
- Die Möglichkeit einer globalen Klimaveränderung (und damit die Verringerung des CO₂-Austoßes) Die von der Bundesregierung verabschiedete Verpflichtungserklärung zum Kyoto-Protokoll sieht hierbei eine Reduktion der Treibhausgasemissionen in der BRD um 21 % bis 2008/2012 bezogen auf 1990 vor.
- Die begrenzte Aufnahmefähigkeit unserer Umwelt für Abfallprodukte der Energieerzeugung



- Das starke Gefälle des Energieverbrauchs zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.

Entwicklung in Konstanz:

In Baden-Württemberg lag der Stromverbrauch der privaten Haushalte im Jahr 2001 bei 1.705 kWh je Einwohner und damit um 12 % über dem Wert von 1990 (1.519 kWh), der für den Umweltplan Baden-Württemberg als Basisjahr gilt. Zieht man die Berechnungen der Stadtwerke GmbH für Konstanz heran, so lagen die Werte in Konstanz im dargestellten Zeitraum unter den Durchschnittswerten für Baden-Württemberg und bewegten sich zwischen ca. 1.250 und 1.350 kWh je Einwohner. Die Entwicklung verläuft leicht schwankend, der höchste Verbrauch ist mit 1.352,8 kWh aber für das Jahr 2003 festzuhalten.

Dies bedeutet, dass sich auch in Konstanz in den letzten Jahren wieder ein Trend zu stagnierenden bis leicht steigenden Stromverbrauchszahlen zeigt.

Einschätzung des Trends:

Im Hinblick auf eine Verbrauchsreduzierung im Sinne der Nachhaltigkeit ist die Entwicklung dieses Indikators in Konstanz kritisch zu betrachten.

Im Vergleich zum Beginn der 90er Jahre steigt der Stromverbrauch je Einwohner wieder an. Nur im Jahr 2002 blieb der Verbrauch unter der Marke von 1.300 kWh. Die Vermittlung von Energiesparpotentialen in der Bevölkerung ist somit auch eine wichtige lokale Zielsetzung, der es durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit gerecht zu werden gilt.

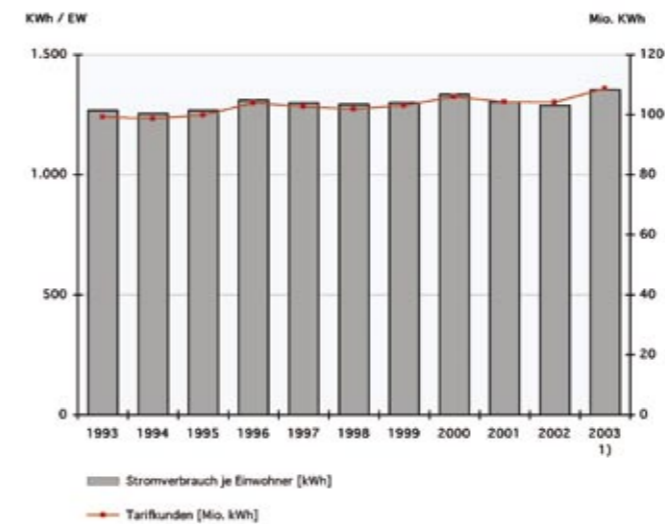
Die Energieberatung der Stadtwerke GmbH versucht bereits, ihre Arbeit in diesem Sinne auszurichten.

Für eine zukunftsfähige Entwicklung unter dem Primat der Schonung von nicht erneuerbaren Ressourcen sind auch in Konstanz die beiden wesentlichen Aspekte zu stärken:

- Senkung des Energieverbrauchs
- Ausbau der Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien (siehe Ergänzungsindikatoren 2 und 3).

Abbildung A 5 - 1

Stromverbrauch der privaten Haushalte in Mio. kWh absolut und in kWh je Einwohner 1993-2003



1) Einwohnerzahlen 2003 zum 30.06.

Datenquelle: Stadt Konstanz, Amt für Stadtplanung und Umwelt (ASU), Abteilung Umwelt nach Angaben der Stadtwerke Konstanz GmbH (SWK) und Statistisches Landesamt (LIS) im Abgleich mit den Einwohnerzahlen aus dem Statistischen Taschenbuch der Stadt Konstanz 03/04, S. 24.

Weiterführende Literatur:

Stadt Friedrichshafen Amt für Umwelt und Naturschutz [Hrsg.] (Stottele, T., Engel, T. R., Schmidt, B. und Schock, J.): **Umwelt- und Nachhaltigkeitsbericht 2003 der Stadt Friedrichshafen**. Friedrichshafen Dezember 2003, S. 70/71.

Stadt Radolfzell Umweltamt [Hrsg.] (bearbeitet durch Steffen Jenner): **Nachhaltigkeitsbericht für die Gemeinde Radolfzell – 2002**. Radolfzell September 2002, S.16/17.

Umweltbundesamt (UBA) [Hrsg.]: **Globaler Klimawandel – Klimaschutz 2004**. Berlin Mai 2004.

Zielbereich: Möglichst geringer Energie- einsatz

ERGÄNZUNGSINDIKATOR 1 zu A 5: Energieverbrauch kommunaler Liegenschaften

Definition des Indikators:

Erfasst werden mit diesem Ergänzungsindikator der **Wärmeenergieverbrauch und der Stromverbrauch** definierter kommunaler Liegenschaften in **kWh pro Jahr** (kWh/a).

Dabei werden die Verbrauchswerte in zwei Kategorien kommunaler Gebäude dargestellt:

- **Schulen und Sporthallen**
- **Verwaltungsgebäude und Kindergärten.**

In der zweiten Kategorie sind dabei nicht alle kommunalen Liegenschaften vollständig enthalten, jedoch die größten Verwaltungsgebäude mit den potentiell höchsten Energieverbrauchswerten (siehe Zusammenstellung unten).

Die Daten zum Wärmeenergieverbrauch liegen von 1996-2003 vor, wobei erst seit 2001 alle definierten Gebäude vollständig erfasst werden.

Für die Stromverbrauchswerte lässt sich nur der kurze Zeitraum von 2001-2003 darstellen.

Die genannten Wärmeenergieverbräuche sind dabei **klimabereinigt**, d.h. sie sind auf einen langjährigen Jahres-Mittelwert für Konstanz korrigiert. In der Praxis bedeutet dies ein Faktor über 1,00 für „warme“ Jahre, ein Faktor unter 1,00 für „kalte“ Jahre.

Beispielsweise beträgt der Faktor für das 2001: 1,09 und für das Jahr für 2002: 1,18.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Der Anteil der Gebäude am Energieverbrauch in Deutschland liegt bei ca. 40% und ist damit höher als der des Verkehrs oder der Industrie. Das bedeutet, dass mit der energetischen Sanierung des Gebäudebestandes (Sanierung der Gebäudehüllen, Wärmedämmung, Fensteraustausch, effiziente Haustechnik, solare Warmgewinne wo möglich, etc.) ein enormes Potential der Energieeinsparung verbunden ist.

Sanierungsmaßnahmen an bestehenden Gebäuden können somit deren Heizwärmebedarf deutlich senken und tragen in der Folge zu einer klimawirksamen CO₂-Reduktion bei (siehe Indikator A 5).

Außerdem ist der immense Bedarf an energetischer Sanierung im Altbaubestand eine Chance für das sich seit Jahren in der Krise befindende Bauhandwerk.



Kommunen können hierbei Vorbildfunktion auch für private Investoren übernehmen, in dem sie ihren Gebäudebestand – dort wo möglich – der Forderung nach möglichst geringem Energieverbrauch anzupassen versuchen.

Entwicklung in Konstanz:

Beim Stromverbrauch der definierten kommunalen Liegenschaften kann aufgrund des sehr kurzen Erhebungszeitraums keine Tendaussage gemacht werden. Im Jahr 2003 belief sich der **Stromverbrauch** der erfassten Gebäude auf 2.683.663 kWh.

Der **Wärmeenergieverbrauch** der erfassten Liegenschaften ist im Zeitverlauf angestiegen. Wobei auch hier eine verlässliche Erfassung erst mit dem Jahr 2001 vorliegt, ab dem die Gebäudegruppen einheitlich zusammengestellt wurden.

Der Wärmeenergieverbrauch für beide erfassten Gebäudegruppen ist dabei von 17.675.599 im Jahr 2001 auf 19.018.173 kWh im Jahr 2003 angestiegen.

Hierbei gilt es allerdings zu berücksichtigen, dass z. B. die Inbetriebnahme neuer Gebäude oder Gebäudeteile Einfluss auf die Nutzungsintensität hat. Ebenso können der Wegfall von Liegenschaften in der Erhebung aufgrund veränderter Modalitäten bei der Abrechnung oder ein stark abweichendes Nutzerverhalten in verschiedenen Jahren die Verbrauchsstatistik beeinflussen. Am Beispiel des Anstiegs des Wärmeenergieverbrauchs im Verwaltungsgebäude Laube als bedeutender kommunaler Liegenschaft um 13% im Zeitraum von 1996-2003 zeigt sich die eingeschränkte Aussagefähigkeit der Statistik, denn ab dem Jahr 2000 wurde hier ein Nebengebäude mit in die Abrechnung einbezogen. Um eine Vergleichbarkeit der jährlichen Energieverbrauchswerte zu gewährleisten, müssen sie in Bezug zur Bruttogeschossfläche gesetzt werden, was allerdings mit einem erheblichen Mehraufwand verbunden ist.

Einschätzung des Trends:

Grundsätzlich sollte in Zukunft darauf geachtet werden, die Energieverbräuche in den kommunalen

Liegenschaften nicht weiter ansteigen zu lassen. Dort wo wirtschaftlich vertretbar, gilt es, Gebäude energieeffizienter zu machen.

Der Energiebericht 2002 des Hochbau- und Liegenschaftsamts der Stadt Konstanz gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang Verbesserungen denkbar sind und wo die allgemeine Forderung nach energetischer Sanierung an ihre Grenzen stößt.

Beispielsweise ist eine nicht unerhebliche Zahl von Verwaltungsgebäuden in Konstanz denkmalgeschützt, was eine umfassende Energieeinsparung durch Vollwärmeschutz nicht zulässt.

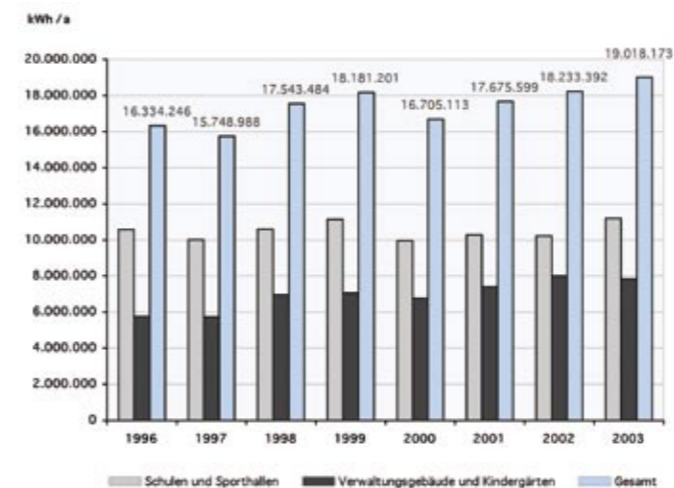
Der Energiebericht kommt zum Schluss, dass bei den bereits durch Maßnahmen der vergangenen Jahre erzielten Energiestandards der städtischen Gebäude, „weitere Energieeinspareffekte durch technische Maßnahmen (Haustechnik und Gebäudehülle) nur mit hohem finanziellen Aufwand zu realisieren [s]ind.“¹

Vielmehr werden Einsparpotentiale und wirksame Effizienzsteigerungen primär in Verbindung mit veränderten Betriebskonzepten oder einem geänderten Nutzerverhalten gesehen (Details siehe Energiebericht, Literaturangabe).

Folglich gilt es hier in Zukunft anzusetzen, will man weitere Einsparpotentiale erschließen.

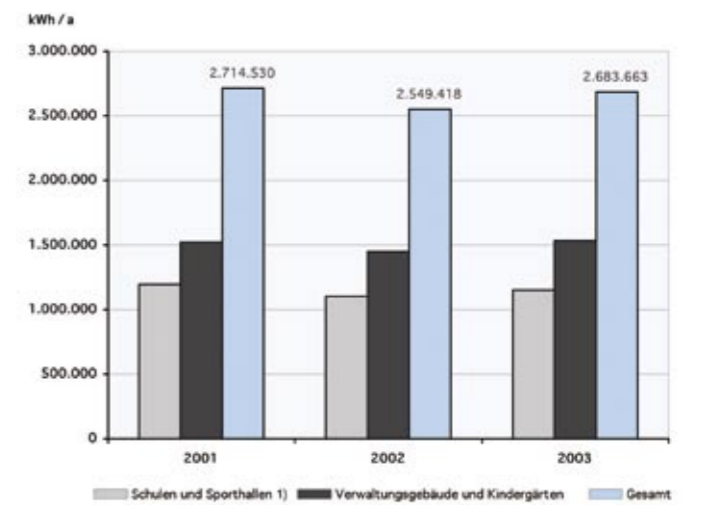
Zukünftig kann in diesen Ergänzungsindikator zusätzlich der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energien am Stromverbrauch der kommunalen Liegenschaften einbezogen werden (siehe Handlungsziel Umweltbericht 2003: Ökostrom-Bezug bis 2010 bei 40%).

Abbildung Ergänzungsindikator A 5 - 1 Wärmeenergieverbrauch von definierten kommunalen Liegenschaften in kWh/a 1996-2003



¹ Stadt Konstanz, Hochbau und Liegenschaftsamtsamt [Hrsg.]: Energiebericht 2002, S. 11.

Abbildung Ergänzungsindikator A 5 - 2 Stromverbrauch von definierten kommunalen Liegenschaften in kWh/a 2001-2003¹⁾



1) In Litzelstetten und Dingelsdorf beinhaltet der Stromverbrauch der Sporthallen jeweils auch die Kindergärten, die in der zweiten Gebäudekategorie nicht berücksichtigt wurden (analog zum Wärmeenergieverbrauch).

Datenquelle: Stadt Konstanz Hochbau- und Liegenschaftsamtsamt (HLA).

Weiterführende Literatur:

Stadt Konstanz, Amt für Stadtplanung und Umwelt [Hrsg.]: **Umweltbericht 2003 – Kapitel 9: Energie und Klimaschutz.**

Stadt Konstanz, Hochbau und Liegenschaftsamtsamt [Hrsg.]: **Energiebericht 2002.**

In den beiden Gebäudekategorien wurden folgende städtischen Gebäude erfasst:

Schulen und Sporthallen:

Ellenrieder-Gymnasium Turnhalle/WW-Bereitung, Geschw.-Scholl-Schule Geschw.-Scholl-Schule Turnhalle/WW-Bereitung, GHS Berchen, GHS Berchen Turnhalle/WW-Bereitung, GHS Dettingen Turnhalle/WW-Bereitung, GHS Stephan+Comenius-Turnhalle/WW-Bereitung, GS Allmannsdorf Turnhalle/WW-Bereitung, GS Dingelsdorf, GS Haidelmoos Turnhalle/WW-Bereitung, GS Litzelstetten Turnhalle/WW-Bereitung+KiGa, GS Sonnenhalde Turnhalle/WW-Bereitung, GS Wallgut+Turnhalle, GS Wollmatingen, GS Wollmatingen Pavillon-Turnhalle/WW-Bereitung, Humboldt-Gymnasium Turnhalle/WW-Bereitung, Suso-Gymnasium Turnhalle/WW-Bereitung, Th.-Heuss und Gebardschule Turnh./WW-Bereitung, MZH Dingelsdorf WW-Bereitung+KiGa, Rheingut Sporthalle/WW-Bereitung.

Verwaltungsgebäude und Kindergärten:

Konventbau (Stadtarchiv, Museum), Feuerwehr Dettingen und Whg., Feuerwehr Gerätehaus Allmannsdorf, Kindergarten Urisberg, Feuerwehrhaus Urisberg, Mehrzweckhalle Jägerkaserne, Berchengruppe, Vereinsräume (nur Wärme), Feuerwehr-Hauptwache, Feuerwehrgerätehaus und Schulräume Dingelsdorf, Feuerwehrgerätehaus und Wohnung Litzelstetten, Kinderkulturzentrum „KiKuz“, Haus zur Mühle in Dingelsdorf, Jugendzentrum „JuZe“, Kindergarten/Kinderhaus am Rhein, Kindergarten Rheingut, Kindergarten Wallhausen, Kinderhaus am See und Wohnung, Kinderhaus Paradies, Kulturzentrum „KuK“, OV Dingelsdorf, OV und Wohnung Dettingen, OV und Wohnung Litzelstetten, Rathaus Kanzlei-/Hussenstraße, Rathaus Allmannsdorf, Rosgartenmuseum, Sozialzentrum Stockacker, Spiegelhalle/Jugendtheater, Stadttheater und Werkstatt, Verwaltungsgebäude Laube, Verwaltungsgebäude Torkel, Feuerwehr, Sportzentrum Wollmatingen, Sprachheilkindergarten, Tourist-Information/BSO/Verw.

Zielbereich: Möglichst geringer Energie- einsatz – Einsatz erneuerbarer Energien

ERGÄNZUNGSINDIKATOR 2 zu A 5:

Einsatz erneuerbarer Energien – Anteil erneuerbarer Energien am eigenerzeugten Strom in Prozent im Jahr 2002.

Definition des Indikators:

Dieser Indikator kann nur als Hilfsgröße angesehen werden, da der in Anlagen auf dem Stadtgebiet Konstanz erzeugte Strom nur einen Anteil von insgesamt 1,4 % des gesamten Strombezuges, der zur Versorgung von Konstanz 2002 benötigt wurde, ausmacht. Der Anteil erneuerbarer Energien am gesamten Strombezug ist nicht verlässlich quantifizierbar, da u. a. mit der Liberalisierung der Strommärkte und dem verstärkten Stromhandel die Lieferanten und damit die Quellen nicht mehr klar zuzuordnen sind. Unter diesen Vorzeichen kann auch der Anteil erneuerbarer Energien am Fremdbezug von Strom in Konstanz nicht zuverlässig berechnet werden. Wünschenswert wäre den Anteil erneuerbarer Energien am gesamten Fremdbezug von Strom genau ablesen zu können. Diese Darstellung ist jedoch wegen der genannten Beschränkungen nur für den eigenerzeugten Strom möglich.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Die gesamte Weltwirtschaft funktioniert zum jetzigen Zeitpunkt nach wie vor zum überwiegenden Teil auf der Basis von fossilen Energieträgern wie Erdöl, Ergas oder Kohlevorkommen. Hierbei handelt es sich um gespeicherte und über Millionen von Jahren umgewandelte Sonnenenergie. Erneuerbare Energieträger gehen direkt oder indirekt auf die Sonneneinstrahlung zurück. Hierzu zählen: Wasserkraft, Windkraft, Biomasse, direkte Sonnenenergie (Fotovoltaik und Solarthermie) und Geothermie (Erdwärme). Aufgrund der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung von großen Ländern der Erde wie z. B. China wird der „Energiehunger“ der Menschheit insgesamt immer größer. Die Reserven an fossilen Energieträgern werden weltweit von Jahr zu Jahr geringer.



Auch wenn der Anteil von erneuerbaren Energien an der Energieerzeugung gerade in Europa in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen ist, so ist er im Vergleich zur Energieerzeugung aus nicht erneuerbaren Ressourcen immer noch verschwindend gering. Hinzu kommt, dass der Verbrauch an fossilen Energieträgern absolut gesehen von Jahr zu Jahr weiter steigt. Das bedeutet zum einen, dass die bestehenden Reserven schneller aufgebraucht werden. Zum anderen steigt aber auch der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre immer weiter an und der sogenannte Treibhauseffekt verstärkt sich, mit unvorhersehbaren Folgen für das Weltklima und die menschliche Entwicklung. Um diesem Trend entgegenzuwirken bedarf es einerseits weiterer Strategien – gerade in den Kommunen – zum Ausbau der erneuerbarer Energien, aber andererseits auch deutlicher Bestrebungen, Energie einzusparen und Anwendungen energieeffizienter zu machen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist aber auch ein Beitrag zum Weltfrieden, weil die Auseinandersetzung um die knapper werdenden nicht erneuerbaren Ressourcen längst begonnen hat.

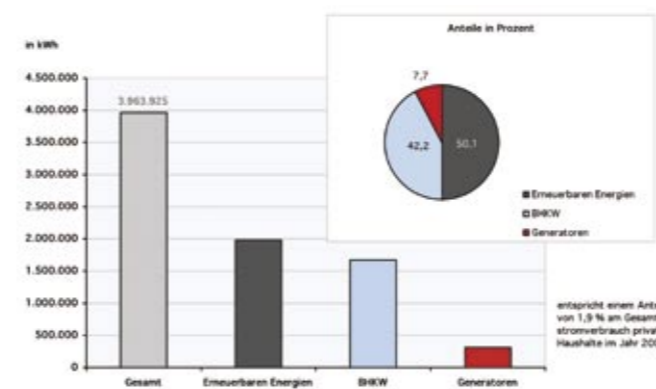
Entwicklung in Konstanz:

Eine Zeitreihe kann nicht dargestellt werden. Im Jahr 2002 wurden 50,1 % des auf dem Stadtgebiet von Konstanz erzeugten Stroms aus erneuerbaren Energieträgern gewonnen. Die dabei erzeugte Menge entspricht einem Anteil von 1,9 % am Gesamtstromverbrauch privater Haushalte im Jahr 2002. Immerhin 42,2 % des Stroms aus Eigenerzeugung wurde in umweltschonenden Blockheizkraftwerken (Stromerzeugung und Nutzung der Abwärme) erzeugt, die restlichen 7,7 % über herkömmliche Stromgeneratoren. In Deutschland stammten 2003 7,9 % des verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Energiequellen.

Einschätzung des Trends:

Erfreulich ist der hohe Anteil von knapp über 50 % erneuerbarer Energien an der Eigenerzeugung von Strom in Konstanz. Errechnet man allerdings den Anteil von eigenerzeugtem Strom aus erneuerbarer Quellen am Gesamtstromverbrauch für 2002, so zeigt sich dass dieser Anteil mit 1,9 %¹ gering ist. Das Entwicklungspotential liegt hier im Aufbau weiterer dezentraler Anlagen. Aber insgesamt ist zu bedenken, dass der Eigenanteil an der Stromerzeugung vorerst in geringem Maße zur Gesamtstromversorgung von Konstanz beitragen wird.

Abbildung Ergänzungsindikator A 5 - 3 Anteil erneuerbarer Energien am eigenerzeugten Strom in Konstanz 2002 in kWh und Prozent



Datenquelle: Stadt Konstanz, Amt für Stadtplanung und Umwelt (ASU), Abteilung Umwelt nach Angaben der Stadtwerke Konstanz GmbH (SWK).

Weiterführende Literatur:

Stadt Konstanz, Amt für Stadtplanung und Umwelt [Hrsg.]: Umweltbericht 2003 – Kapitel 9: Energie- und Klimaschutz.

solarcomplex GmbH [Hrsg.]: Erneuerbare Energien in der Region Hegau/Bodensee. Singen Januar 2002.

Klima-Bündnis Europa [Hrsg.]: Erneuerbare Energien – Mit gutem Beispiel voran. 16 Vorzeigeprojekte aus ganz Deutschland. Frankfurt am Main 2004.

Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg (LfU) [Hrsg.]: Regenerative Energien in Deutschland und in Baden-Württemberg. Karlsruhe 2001, 1. Auflage.

LfU [Hrsg.]: Umweltdaten 2003 Baden-Württemberg. Daraus Kapitel Energie, S. 33-41 Karlsruhe Oktober 2003.

¹ Da die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen nicht gleichzusetzen ist mit dem direkten Verbrauch vor Ort in Konstanz, handelt es sich um einen rein rechnerischen Wert (siehe auch Ergänzungsindikator 3 zu A 5). Deutlich wird das Potential.

Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg (UVM) [Hrsg.]: Energie und Klimaschutz in der Lokalen Agenda 21 – Leitfaden. Karlsruhe Oktober 2004 (Bearbeitet durch LfU, Agenda-Büro und KEA).

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) [Hrsg.]: Erneuerbare Energien und nachhaltige Entwicklung – natürliche Ressourcen, umweltgerechte Energieversorgung. Berlin April 2002.

BMU [Hrsg.]: Studie: Klimaschutz durch Nutzung erneuerbarer Energien. Bonn, Münster, Stuttgart, Wuppertal 1999.

BUND, Landesverband Baden-Württemberg [Hrsg.]: Fahrplan Energiewende Baden-Württemberg. Stuttgart/Radolfzell 2003.

Heinrich Böll-Stiftung [Hrsg.]: Energiewende 2020 – Der Weg in eine zukunftsfähige Energiewirtschaft. Berlin Juli 2000, 1. Auflage.

Eurosolar-Leitfaden: Erneuerung von Städten und Gemeinden durch Erneuerbare Energien. In: Solarzeitalter 4/2003, S. 7-13.

Internet:

www.erneuerbare-energien.de/800/

Zielbereich: Möglichst geringer Energie- einsatz – Einsatz erneuerbarer Energien

ERGÄNZUNGSINDIKATOR 3 zu A 5:

Einsatz erneuerbarer Energien – potentieller Anteil des eingespeisten Stroms aus Fotovoltaik-Anlagen am Stromverbrauch privater Haushalte

Definition des Indikators:

Dargestellt wird der prozentuale Anteil des aus Fotovoltaik gewonnenen und ins Netz eingespeisten Stroms am Gesamtstromverbrauch der privaten Haushalte in Konstanz.

In einer separaten Grafik wird der Zuwachs der Anlagenzahl sowie der installierten Leistung in kWp seit 1991 dargestellt.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Wie zuvor bereits erläutert, ist nur eine Umorientierung von fossilen auf erneuerbare Energieträger als dauerhaft umweltgerecht anzusehen.

Hierbei sind langfristig gesehen in erster Linie regenerierbare Energieträger einzusetzen, die CO₂-neutral sind, folglich während ihrer Herstellung und ihres Einsatzes keine Treibhausgase freisetzen und somit nicht zu einem von menschlichen Aktivitäten hervorgerufenen Klimawandel beitragen.¹

Der Einsatz von Fotovoltaikanlagen (PV-Anlagen) zur Gewinnung von Strom aus Sonnenlicht hat dabei verglichen mit anderen erneuerbaren Energieträgern wie Wind- und Wasserkraft oder Biomasse in Bezug auf die tatsächliche nachgefragte Strommenge bis jetzt einen zu vernachlässigenden Stellenwert.

Nach wie vor stammen trotz hoher Zuwachsraten nur ganz geringe Anteile des jährlich in Deutschland verbrauchten Stroms aus Fotovoltaikanlagen (siehe oben). Andererseits bietet diese Form der dezentralen Stromerzeugung ein hohes Maß an Flexibilität und Unabhängigkeit von großen Stromanbietern, so dass sie auch für Privatpersonen eine interessante ökologische und ökonomische Alternative zu dem in Großkraftwerken erzeugten Strom darstellt.

Wirtschaftlich von Bedeutung ist die Eigenversorgung mit Strom für den Einzelnen u. a. durch die gesetzlich

¹ z.B. gilt Biodiesel nicht als CO₂-neutral, da zu seiner Herstellung Methanol fossilen Ursprungs eingesetzt wird und die Düngung von Rapspflanzen mit Lachgas (N₂O)-Emissionen verbunden ist.



geregelte Einspeisevergütung für den Strom, der nicht für den Eigenbedarf benötigt wird und deshalb ins Netz eingespeist werden kann. Für den Bereich der Stromproduktion aus Fotovoltaikanlagen ergeben sich durch die Novellierung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) im Jahr 2004 verbesserte Bedingungen (Stichwort: „Fotovoltaikvorschalt-Gesetz“).

Entwicklung in Konstanz:

Die Anzahl der Fotovoltaikanlagen in Konstanz ist seit Beginn des Erhebungszeitraums stark angestiegen und damit hat sich dementsprechend auch die Gesamtleistung sowie die ins Netz eingespeiste Strommenge erhöht.

Allein im Zeitraum vom 31. 12. 2003 bis zum 27.04.2004 (letzte Erfassung für Bericht) ist die Anzahl von 128 Anlagen auf 163 Anlagen gestiegen.

Schon an der reinen Zahl der Anlagen zeigen sich die enormen Zuwächse.

Zum 27. 04. 2004 belief sich die Leistung aller Anlagen zusammen auf 806,6 kWp. Im Jahr 2003 belief sich der Anteil der eingespeisten Strommenge aus Fotovoltaikanlagen am Stromverbrauch privater Haushalte rein rechnerisch auf 0,3 % (siehe Anmerkung Grafik).

Einschätzung des Trends:

Der Trend zur Deckung einer größeren Menge an Strom durch Fotovoltaikanlagen ist positiv zu bewerten. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, dass der Anteil am Gesamtstromverbrauch privater Haushalte in Konstanz trotz der enormen Steigerungsraten in den zurückliegenden Jahren mit einem rechnerischen Wert von 0,3 % im Jahr 2003 immer noch sehr gering ist.

Zieht man den Vergleich zur gesamten BRD, wo Fotovoltaik im Jahr 2003 zu 0,1 % zum Bruttostromverbrauch beigetragen hat, so sind die vorliegenden Ergebnisse für Konstanz zufriedenstellend.

Allerdings haben gerade die Kommunen in der Bereitstellung von Wärme und Strom aus erneuerbaren Energien weiteres Entwicklungspotential.

In den folgenden Grafiken ist die Schubwirkung für die Installation von Fotovoltaikanlagen in Konstanz durch das 100.000 Dächer-Programm der Bundesregierung 1999 und die Verabschiedung des EEG im Jahr 2000 ablesbar.

Mit den Projekten solarplan I und II versuchen auch die Stadtwerke Konstanz Stromgewinnung aus fotovoltaischer Erzeugung zu unterstützen und interessierte BürgerInnen für eine finanzielle Beteiligung zu gewinnen.

Abbildung Ergänzungsindikator A 5 - 4

Anteil der eingespeisten Strommenge aus Fotovoltaikanlagen in Prozent des Stromverbrauchs privater Haushalte 1993 - 2003¹⁾

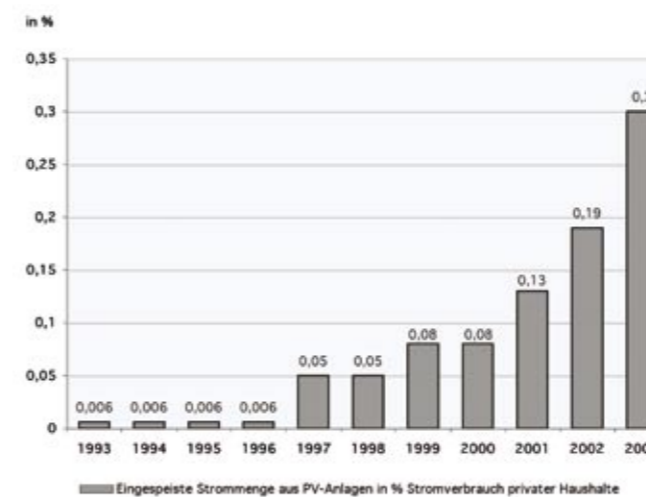
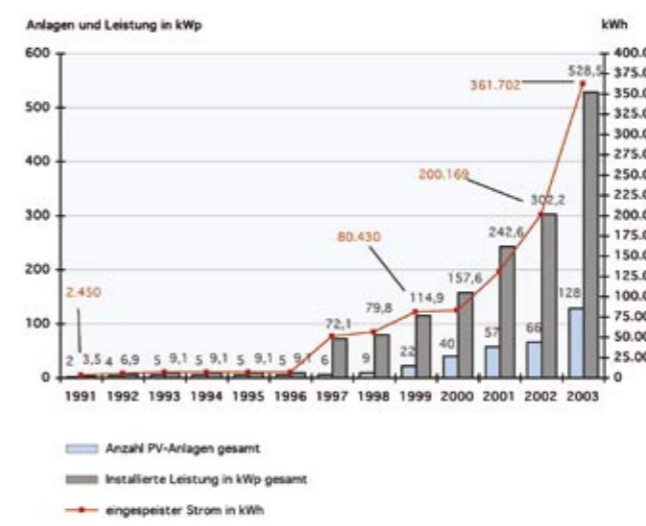


Abbildung Ergänzungsindikator A 5 - 5

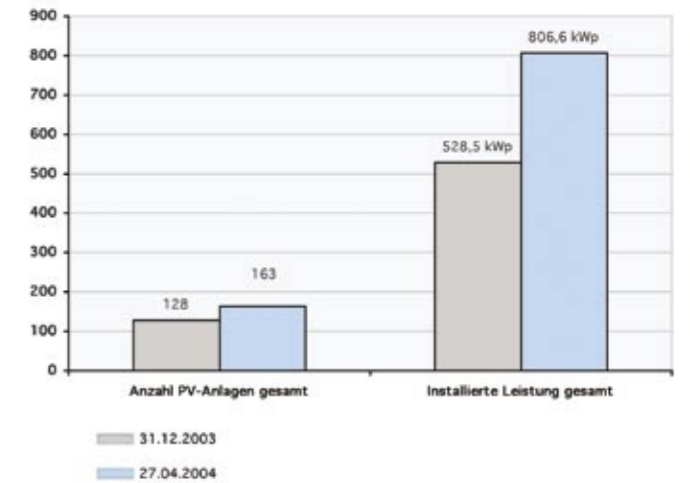
Anzahl Fotovoltaikanlagen, installierte Leistung in kW_p und eingespeiste Strommenge in kWh 1991-2003



¹ Die dargestellten Werte sind rein rechnerisch zu verstehen, da die ins Netz eingespeiste Strommenge aus PV-Anlagen in Konstanz nicht wieder direkt vor Ort verbraucht wird. Dargestellt werden soll das bisher vorhandene Potential.

Abbildung Ergänzungsindikator A 5 - 6

Anzahl der Fotovoltaikanlagen und installierte Leistung zum 31.12.2003 und 27.04.2004



Datenquelle: Stadt Konstanz, Amt für Stadtplanung und Umwelt (ASU), Abteilung Umwelt nach Angaben der Stadtwerke Konstanz GmbH (SWK).

Weiterführende Literatur:

Stadt Konstanz, Amt für Stadtplanung und Umwelt [Hrsg.]: Umweltbericht 2003 – Kapitel 9: Energie- und Klimaschutz.

solarcomplex GmbH [Hrsg.]: Erneuerbare Energien in der Region Hegau/Bodensee. Singen Januar 2002.

Bundesministerium für Umwelt Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU): Erneuerbare Energien in Zahlen – nationale und internationale Entwicklung. Stand März 2004. Berlin März 2004.

Neue Energie – das Magazin für Erneuerbare Energien, Ausgabe 04 April 2004, S. 15 - 20.

Hermann Scheer: Solare Weltwirtschaft – Strategie für die ökologische Moderne. München 1999 Verlag Antje Kunstmann, 3. Auflage.

Wir hängen am seidenen Faden. Hermann Scheer im Gespräch. In: Freitag Nr. 27 vom 25.06.2004, S. 5.

Christian Schittich: Solares Bauen – Strategien, Visionen, Konzepte. Birkhäuser Edition Detail, 2003 Basel Birkhäuser Verlag für Architektur.

Zielbereich: Stärkung umwelt- und sozial- verträglicher Mobilität

INDIKATOR A 6:

Anzahl der PKW je 1.000 Einwohner

Definition des Indikators:

Erfasst wird der Bestand an PKW je 1.000 Einwohner im jeweiligen Jahr in Konstanz, wobei nicht zwischen angemeldeten und vorübergehend stillgelegten Fahrzeugen unterschieden wird. Mopeds und Krafträder bleiben unberücksichtigt. Aus methodischen Gründen sind Fahrzeuge, deren Eigentümer nicht einer Gemeinde zugeordnet werden können, nicht nachgewiesen. Datenquelle für diesen Indikator ist das Kraftfahrzeugbundesamt.

Abrufbar sind die Daten über das Landesinformationssystem (LIS).

Als Vergleichswert wird die Zahl der PKW je 1.000 Einwohner in Baden-Württemberg dargestellt.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Der motorisierte Individualverkehr (MIV) stellt in Deutschland einen bedeutenden und mittlerweile den prozentual größten Mobilitätsfaktor dar.

Ausgeprägte Mobilitätsbedürfnisse zählen zu den wesentlichen Eckpfeilern im Grundverständnis moderner Zivilisationen.

Auf der anderen Seite führt gerade der MIV zu zahlreichen Belastungen für Mensch und Umwelt.

Der Flächenverbrauch für Verkehrsflächen ist enorm und hält unvermindert an. Damit einher gehen die Zerschneidung natürlicher Lebensräume von Pflanzen und Tieren (siehe Ergänzungsindikator zu A 3). Städte und Landschaften werden durch den „autogerechten“ Ausbau lebensfeindlich umgestaltet.

„Weitere verkehrsinduzierte Belastungen entstehen durch den Energieverbrauch, Lärmbelastungen, den Ausstoß von Schadstoffen und Treibhausgasen wie zum Beispiel CO₂“.¹

Neben den Heizungs- und Feuerungsanlagen der Privathaushalte und der Industrie ist der motorisierte Verkehr der größte Emittent des Gases CO₂, das wesentlich für den Treibhauseffekt und die Erderwärmung verantwortlich gemacht wird.

¹ Bodensee-Stiftung [Hrsg.]: ECOLUP-Leitfaden – Umweltmanagement für die kommunale Bauleitplanung. Konstanz März 2004, Kapitel 4.7 Umweltaspekt Verkehr und Mobilität, S. 48.



Es gibt kein anderes Techniksystem, das in so vielen Bereichen Schäden anrichtet wie der motorisierte Verkehr.

Den globalen Trend zu steigendem motorisiertem Individualverkehr können die Kommunen nur bedingt beeinflussen. Wichtig sind in diesem Zusammenhang vor allen Dingen kontinuierliche Investitionsleistungen in öffentliche Verkehrsmittel und Verkehrsinfrastrukturen, durch die Fahrradfahrer und Fußgänger gefördert werden.

Es gilt attraktive Alternativen anzubieten, um überflüssige Fahrten mit dem privaten PKW im innerstädtischen Verkehr zu vermeiden.

Entwicklung in Konstanz:

Die grafische Darstellung zeigt, dass die PKW-Zahl je 1.000 EW in Konstanz in den letzten 10 Jahren stabil geblieben ist.

Zu bedenken gilt es dabei, dass der studentische Anteil der Bevölkerung in Konstanz rund 15 % beträgt und viele studentische Fahrzeuge über die Eltern in den Herkunftsgemeinden gemeldet sind (Erfassung siehe oben). Hier ist also von einer gewissen Unschärfe auszugehen, da sicher nicht jeder Studierende ein eigenes Fahrzeug besitzt, aber die existierenden Fahrzeuge direkt zur Verkehrsbelastung in Konstanz beitragen.

Einschätzung des Trends:

Zieht man die Vergleichszahlen des Landes Baden-Württemberg heran oder stellt man einen Vergleich mit den PKW-Zahlen je 1.000 Einwohner der größeren Städte im deutschen Bodenseeraum an, fällt auf, dass die Zahl der PKW in Konstanz zum einen erheblich unter den Vergleichszahlen liegt und zum anderen keine auch nur annähernd so hohen Zuwachsraten aufweist.

(Verwaltungsinternes Informationssystem Konzil: Statistische Daten zum Verkehr, Städte- und Kreisvergleich).

Konstanz liegt auch unter dem Wert des Landkreises Konstanz (01.01.2003: 528 PKW je 1.000 EW).

Die vorliegenden Zahlen sind als positiv zu bewerten, wobei mit diesem Indikator nichts darüber ausgesagt wird, dass verschiedene Verkehrsarten wie Berufspendlerverkehr, Durchgangsverkehr, Quell- und Zielverkehr oder Park-Suchverkehr in bestimmten Stadtteilen von Anwohnern subjektiv als belastend wahrgenommen werden.

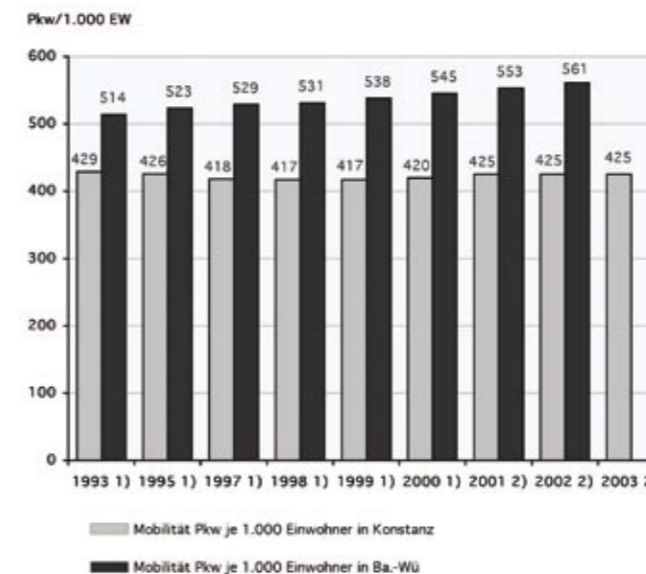
Stadt Friedrichshafen Amt für Umwelt und Naturschutz [Hrsg.] (Stottele, T., Engel, T. R., Schmidt, B. und Schock, J.): Umwelt- und Nachhaltigkeitsbericht 2003 der Stadt Friedrichshafen. Friedrichshafen Dezember 2003, S.77-78.

Stadt Radolfzell Umweltamt [Hrsg.] (bearbeitet durch Steffen Jenner): Nachhaltigkeitsbericht für die Gemeinde Radolfzell – 2002. Radolfzell September 2002, S. 18.

Abbildung A 6 - 1

PKW je 1.000 Einwohner und Vergleich zu Baden-Württemberg 1993-2003

(Werte Ba-Wü. nur bis 2002)



1993-1997 zweijährlich. Ab 1998 jährlich.

1) Juli

2) Januar

Datenquelle: Kraftfahrzeugbundesamt über Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (LIS).

Aus methodischen Gründen sind Fahrzeuge, deren Eigentümer nicht einer Gemeinde zugeordnet werden können, nicht nachgewiesen.

Weiterführende Literatur:

Stadt Konstanz, Amt für Stadtplanung und Umwelt [Hrsg.]: Umweltbericht 2003 – Kapitel 12: Verkehr.

Stadt Konstanz [Hrsg.]: Verkehrsentwicklungsplan 1996.

Bodensee-Stiftung [Hrsg.]: ECOLUP-Leitfaden – Umweltmanagement für die kommunale Bauleitplanung. Konstanz März 2004, Kapitel 4.7 Umweltaspekt Verkehr und Mobilität, S. 48-54.

Stadt Konstanz, Hauptamt Abteilung Statistik und Wahlen [Hrsg.]: Statistisches Taschenbuch 2003/2004. Kapitel 8: Verkehr, S. 97-110.

Zielbereich: Stärkung umwelt- und sozial- verträglicher Mobilität

ERGÄNZUNGSINDIKATOR 1 zu A 6: Beförderungsfälle im ÖPNV

Definition des Indikators:

Angegeben werden die absoluten Beförderungszahlen des Konstanzer ÖPNV (Stadtbusverkehr) nach Jahren.

Die Zahlen sind nachzulesen im Statistischen Taschenbuch der Stadt Konstanz Ausgabe 03/04, S.100.

Die Stadtwerke Konstanz GmbH erheben die notwendigen Daten.

Dabei basieren die dargestellten Beförderungszahlen auf den tatsächlichen Verkaufszahlen im Busticketverkauf.

Zielsetzungen im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist im Vergleich zum motorisierten Individualverkehr (MIV) die eindeutig umweltverträglichere Verkehrsart. ÖPNV-Angebote werden jedoch nur genutzt, wenn sie in den Städten und Gemeinden in ausreichender Zahl vorhanden sind und Umsteigemöglichkeiten so aufeinander abgestimmt sind, dass verschiedene Stadtteile problemlos ohne lange Wartezeiten und häufiges Umsteigen erreichbar sind. In ländlichen Gebieten ist die ausreichende Anbindung an Mittel- und Oberzentren Voraussetzung dafür, dass die Menschen auf die Nutzung des eigenen Kfz verzichten, um etwa zu ihrem Arbeitsplatz zu gelangen oder Dienstleistungsangebote in größeren Gemeinden wahrzunehmen. Dabei geht es nicht darum den eigenen PKW grundsätzlich zu verdammen. Der starke MIV ist eine faktische Gegebenheit.

Ziel einer wirklich nachhaltigen Entwicklung muss allerdings sein, den sogenannten **modal split** (Anteile aller Verkehrsarten am Gesamtverkehrsaufkommen) in Richtung einer Stärkung des ÖPNV zu verändern. Der Trend zu mehr Individualverkehr ist momentan ungebrochen und scheint auch durch Aufklärungsinitiativen über dessen problematische Begleiterscheinungen nicht aufzubrechen zu sein.

Städten und Kommunen bleibt in dieser Situation nur die Möglichkeit, ihren BürgerInnen ein gut ausgebautes ÖPNV-System wie in Konstanz zur Verfügung zu stellen und in Kombination mit einem ausreichen-



den Rad- und Fußwegenetz (siehe nächstes Kapitel) Alternativen zum motorisierten Verkehr in den Innenstädten anzubieten.

Dabei müssen selbstverständlich die Beförderungszahlen im ÖPNV Beachtung finden, um eine angemessene wirtschaftliche Leistung des öffentlichen Verkehrs sicherstellen zu können.

Entwicklung in Konstanz:

Konstanz hat für seine Größe ein sehr gut ausgebautes ÖPNV-System. Dies bestätigen auch unabhängige Gutachtermeinungen.

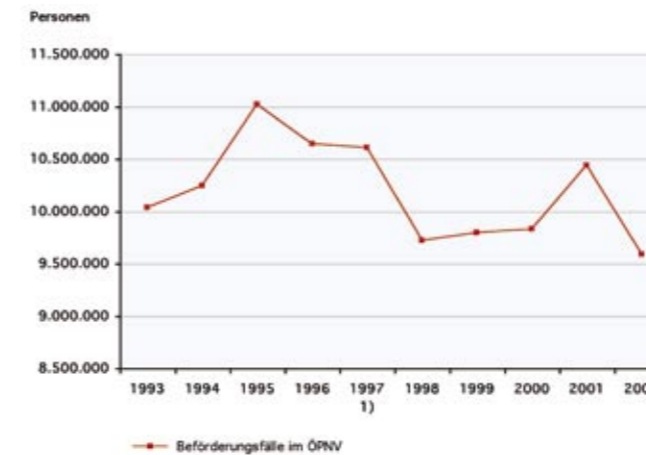
Die Beförderungsfälle im Zeitraum von 1993-2002 weisen allerdings starke Schwankungen auf, d.h. es zeigt sich keine gleichbleibende oder gar eine steigende Auslastung des Konstanzer Bussystems. Im zuletzt erfassten Jahr 2002 gab es 9.855.000 Beförderungsfälle.

Einschätzung des Trends:

Ein klar positiver oder negativer Trend zeichnet sich im dargestellten Zeitraum nicht ab.

Es dürfte schwer auszumachen sein, woran die Schwankungen in der Beförderungslleistung im Einzelnen liegen. Zu überlegen ist allerdings, ob weitere Imagekampagnen und Öffentlichkeitsarbeit dazu beitragen können, weitere Fahrgäste für die Nutzung des ÖPNV-Angebotes in Konstanz gewinnen zu können. Im Umweltbericht 2003 der Stadt Konstanz sind Handlungsziele für die zukünftige Entwicklung des ÖPNV festgehalten. Sie beziehen sich u.a. auf die Weiterentwicklung des städtischen und regionalen Busliniennetzes und die Abstimmung mit dem Schienenverkehrsangebot, sowie die Einrichtung einer grenzüberschreitenden Buslinie Konstanz-Kreuzlingen.

Abbildung Ergänzungsindikator A 6 - 1
Jährliche Beförderungsfälle im ÖPNV 1993-2002



1) ohne Verkehrsverbund Hegau/Bodensee (VHB).

Datenquelle: Stadt Konstanz Statistisches Taschenbuch03/04, S. 100 nach SWK.

Weiterführende Literatur:

Stadt Konstanz, Amt für Stadtplanung und Umwelt [Hrsg.]: **Umweltbericht 2003 – Kapitel 12: Verkehr.**

Stadt Konstanz [Hrsg.]: **Verkehrsentwicklungsplan 1996.**

Stadt Konstanz, Hauptamt Abteilung Statistik und Wahlen [Hrsg.]: **Statistisches Taschenbuch 2003/2004. Kapitel 8: Verkehr, S. 100.**

Sitzungsvorlage für den Gemeinderat am 29.04.2004 (bearbeitet durch Martin Wichmann): **Umweltbericht 2003 – Leit- und Handlungsziele und Dokumentation. Kapitel 10: Verkehr, S. 16.**

Bodensee-Stiftung [Hrsg.]: **ECOLUP-Leitfaden – Umweltmanagement für die kommunale Bauleitplanung. Konstanz März 2004, Kapitel 4.7 Umweltaspekt Verkehr und Mobilität, S. 48-54.**

Zielbereich: Stärkung umwelt- und sozial- verträglicher Mobilität

ERGÄNZUNGSINDIKATOR 2 zu A 6:

Länge des Radverkehrsnetzes in Konstanz in km absolut und bezogen auf Siedlungs- und Verkehrsfläche



Definition des Indikators:

Zum einen wird die Länge des Radwegenetzes auf Konstanzer Gemarkung in km dargestellt.

Dabei werden 3 Kategorien von Radwegen unterschieden:

- Radwege und Geh-Radwege entlang von Straßen
- Radfahrstreifen auf Verkehrsstraßen
- Fahrradstraßen

Nicht in dieser Aufstellung enthalten sind Strecken in Tempo 30-Zonen, die aber integrativer Bestandteil des Konstanzer Radverkehrsnetzes sind.

Um die Qualität der Radwegeausstattung beurteilen zu können, müssen die Absolutzahlen der Radwegelänge in km noch einer Bezugsgröße zugeordnet werden. Hier bietet sich die Siedlungs- und Verkehrsfläche in km² an, die für die jeweiligen Zeiträume vom statistischen Landesamt dokumentiert wird. Mit Veränderung der Siedlungsfläche wird auch eine Anpassung der Infrastrukturausstattung – hier in Bezug auf die Radwege – notwendig.

Die Ausstattungsziffer errechnet sich folglich aus der Länge der Radwege in km pro km² Siedlungs- und Verkehrsfläche.

(Vgl. hierzu Bodenseestiftung [Hrsg.]: ECOLUP-Leitfaden. Kapitel 7.4 Umweltaspekt Verkehr und Mobilität, S. 51).

Zielsetzungen im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Um umweltverträgliche Verkehrsarten wie das Fahrradfahren in einer Stadt zu stärken, bedarf es u. a. dementsprechender infrastruktureller Ausstattung.

Nur wenn eine ausreichende Infrastruktur an Radwegen angeboten wird, die eine schnelle und direkte Verbindung zwischen Stadtteilen ermöglicht, wird man mehr Personen dazu bewegen können, gerade für innerstädtische Fahrten, das Fahrrad statt den PKW zu benutzen, so dass sich Schadstoff-, Lärm- und CO₂-Belastungen durch den motorisierten Individualverkehr verringern.

Natürlich bedarf es auch entsprechender Öffentlichkeitsarbeit, um das Fahrrad und seine Einsatzmöglichkeiten durch gezielte Imagekampagnen als sinnvolle Alternative zum eigenen PKW für die Mobilität im innerstädtischen Bereich zu präsentieren.

Vorbildcharakter hat hier z. B. die Kampagne „Fahr Rad“ der Vorarlberger Landesregierung, die u. a. die Bewältigung des täglichen Arbeitsweges mit dem Fahrrad in den Mittelpunkt stellt und dementsprechende Möglichkeiten auslotet (siehe Literaturangabe).

Entwicklung in Konstanz:

Für Konstanz liegen zwei Erhebungen für 1997 und aktuell für 2003 vor. Die Zahlen zeigen, dass sowohl eine Steigerung der Gesamtlänge des Radverkehrsnetzes wie auch im Verhältnis zur Siedlungs- und Verkehrsfläche festzuhalten ist. Hier werden bereits die Auswirkungen der im Verkehrsentwicklungsplan von 1996 formulierten Maßnahmen in Bezug auf den Ausbau des Radverkehrsnetzes sichtbar. Insgesamt hat das Radverkehrsnetz in Konstanz in diesem Zeitraum um 4,2 km zugenommen.

Eine Abnahme der Radfahrstreifen auf Verkehrsstraßen ist in der Regel auf die Rückstufung von Verkehrsstraßen und Einbeziehung in 30 km/h-Zonen zurückzuführen.

Einschätzung des Trends:

Eine Verbesserung wurde sowohl bezüglich der absoluten Kilometerlänge als auch in geringerem Maße, was die Ausstattungsziffer anbelangt, erreicht. Allerdings gibt es weiteres Entwicklungspotential, z. B. ist vorgesehen, entlang des Seerheins in den nächsten Jahren einen Radweg zu bauen.

Vergleiche mit anderen Städten sind gerade bei diesem Indikator schwer möglich, denn obwohl die Ausstattungsziffer einfach zu berechnen und aussagekräftiger als einfache Absolutzahlen ist, taucht sie kaum in statistischem Datenmaterial auf.

Hier wäre eine Anpassung in der statistischen Erhebung wünschenswert.

Für Konstanz ist zu überlegen, ob in Zukunft der Anteil der Tempo 30-Zonen am Radwegenetz zu quantifizieren und in die Darstellung zu integrieren ist, da diese Bereiche Bestandteil des Radwegenetzes sind.

Einen den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechenden Indikator abzubilden, der eine notwendige Differenzierung von unterschiedlichen Radwegetypen und -qualitäten zulässt, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich.

Abbildung Ergänzungsindikator A 6 - 2

Länge des Radverkehrsnetzes in km nach Radwegetypen 1997 und 2003

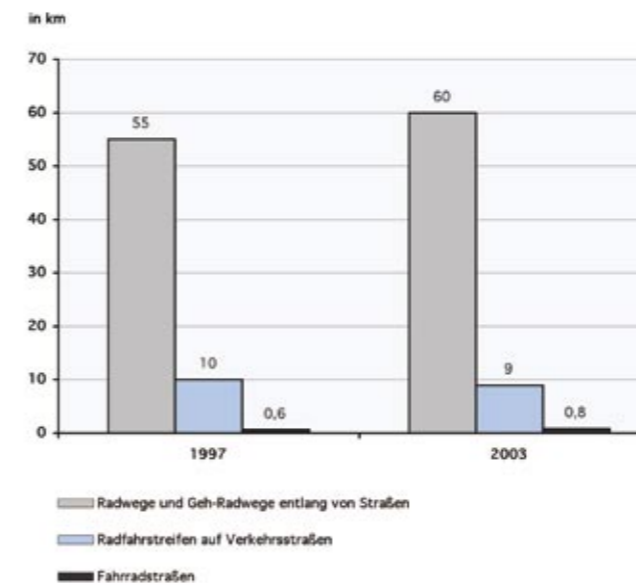
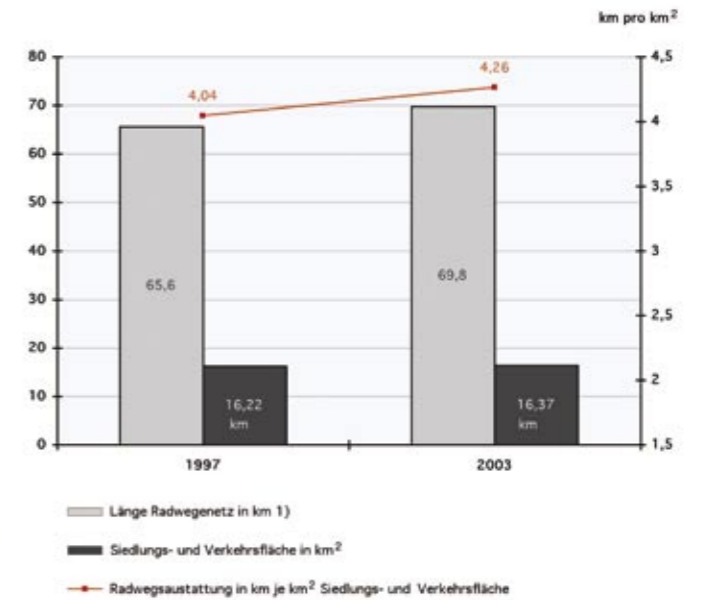


Abbildung Ergänzungsindikator A 6 - 3

Länge des Radverkehrsnetzes in km pro km² Siedlungs- und Verkehrsfläche 1997 und 2003



1) Ohne Tempo-30-Zonen

Datenquelle: Stadt Konstanz, Amt für Stadtplanung und Umwelt, Abteilung Stadt- und Verkehrsplanung, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.

Weiterführende Literatur:

Stadt Konstanz, Amt für Stadtplanung und Umwelt [Hrsg.]: Umweltbericht 2003 – Kapitel 12: Verkehr.

Stadt Konstanz [Hrsg.]: Verkehrsentwicklungsplan 1996.

Bodensee-Stiftung [Hrsg.]: ECOLUP-Leitfaden – Umweltmanagement für die kommunale Bauleitplanung. Konstanz März 2004, Kapitel 4.7 Umweltaspekt Verkehr und Mobilität, S. 48 - 54.

Amt der Vorarlberger Landesregierung [Hrsg.]: Fahr Rad Handbuch. Bregenz Mai 2000.

Umweltinformationsdienst Vorarlberg [Hrsg.]: Fahr Rad – Zwischenbericht über die Aktionen der Jahre 1993 und 1994. Bregenz Januar 1995.

Umweltinformationsdienst Vorarlberg [Hrsg.]: Mit dem Rad zur Arbeit – Leitfaden. Bregenz Dezember 1993.

Zielbereich: Erhaltung der biologischen Vielfalt

INDIKATOR A 7:

Prozentualer Anteil von gemeldeten Natura 2000-Gebieten an der Gesamtfläche

Definition des Indikators:

Das europäische ökologische Netz **Natura 2000** baut auf zwei EU-Richtlinien auf, die den Schutz europaweit bedeutsamer Lebensräume und Arten gewährleisten sollen. Das ist zum einen die Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Richtlinie von 1992 (92/43/EWG) und die Vogelschutzrichtlinie aus dem Jahr 1979 (79/409/EWG). Die Mitgliedstaaten der europäischen Union melden der EU-Kommission, nationale Listen mit Gebieten, in denen Lebensraumtypen sowie Tier- und Pflanzenarten der FFH-Richtlinie vorkommen und die den entsprechenden Kriterien entsprechen.

Dabei waren die Kommunen in ein Konsultationsverfahren der Bundesländer einbezogen, dass Ihnen in Baden-Württemberg bis zum 24.05.2004 die Möglichkeit bot, eine Stellungnahme zu den von den Naturschutzverwaltungen ausgearbeiteten Gebietsvorschlägen auf ihrer Gemarkung abzugeben. In diesem Zusammenhang waren auch eigene Gebietsvorschläge von Seiten der Kommunen und von Privatpersonen möglich.

Die Daten für Konstanz geben dabei den prozentualen Anteil der potentiellen **Natura 2000-Gebiete** an der Gemarkungsfläche (ohne Wasserflächen), Stand Mai 2004, an.

Diese Schutzgebietskategorie umfasst dabei andere Schutzgebietstypen wie Naturschutzgebiete, flächenhafte Naturdenkmale; § 24a-Biotop etc.

Eine endgültige Festlegung der **Natura 2000-Gebiete** für die Gemarkung ist zur Zeit der Bearbeitung des Nachhaltigkeitsberichts von Seiten der Landesregierung noch nicht erfolgt.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Die Erhaltung der biologischen Vielfalt auf der Erde auch als Lebensgrundlage für den Menschen stellt eine zentrale Forderung der Agenda 21 (Kapitel 15.3) dar.

Die EU hat mit der FFH-Richtlinie die Umsetzung dieser Forderung im Auge.



Das Hauptziel der Richtlinie ist es, die biologische Vielfalt in Europa zu fördern. Für bestimmte bedrohte Lebensräume (Habitate) und Tier- und Pflanzenarten (Fauna/Flora) besteht aufgrund ihres Verbreitungsgebietes eine gesamteuropäische Verpflichtung zu ihrem Schutz. Europaweit wurden rund 200 natürliche und naturnahe Lebensraumtypen (51 in Baden-Württemberg) und über 600 Tier- und Pflanzenarten (53) ausgewählt. Die EU-Mitgliedsstaaten garantieren durch die Festlegung von Schutzgebieten für diese Lebensräume und Arten, die in den Anhängen I und II der FFH-Richtlinie und in Anhang I der Vogelschutzrichtlinie aufgeführt sind, einen günstigen Erhaltungszustand.

Mit dem europäischen Schutzgebietssystem **Natura 2000** ergibt sich eine große Chance zur Erhaltung des europäischen Naturerbes für kommende Generationen.

Die zukünftige Berücksichtigung der Ziele von **Natura 2000** in der kommunalen Bauleitplanung, werden von Kommunen selbst oft als Eingriff in ihre Planungshoheit und Restriktion für zukünftige Entwicklungen interpretiert.

(Stichwort: Verschlechterungsverbot von Natura 2000-Gebieten als Zielkonflikt).

Dabei wird oft übersehen, dass mit Ausweisung der Gebiete und Aufstellung von Pflege- und Entwicklungsplänen die Chance zum Erhalt einer vielgestaltigen Natur- und Kulturlandschaft entsteht. Dabei sollen die Kommunen in Zukunft auch von dementsprechend bereit gestellten Fördergeldern profitieren. Gerade die Tourismusbranche am Bodensee, mit seiner vielfältigen Landschaft Anziehungspunkt für viele Urlauber, kann von diesen gezielt eingeleiteten Entwicklungen wirtschaftlich profitieren.

Entwicklung in Konstanz:

Die Stadt Konstanz ist eingebettet in eine vielgestaltige Kulturlandschaft und ihre ausgebaute Tourismuswirtschaft profitiert von der attraktiven geographischen Lage. Dementsprechend gibt es auch auf Konstanzer Gemarkung eine große Zahl von Lebensraumtypen,

Tier- und Pflanzenarten, die im Sinne der FFH-Richtlinie schützenswert sind.

Nach einer aktuellen Aufstellung der Stadt Konstanz können 2.350 ha (nur landseitig, ohne Wasserflächen) oder rund 43,5 % der Gesamtfläche dem Schutzgebietssystem **Natura 2000** zugerechnet werden, bzw. sind durch die Landesregierung zur Meldung vorgesehen.

Der Anteil der Naturschutzgebiete (NSG) und flächenhafter Naturdenkmale, der in anderen Nachhaltigkeitsberichten üblicherweise herangezogen wird, beläuft sich in Konstanz nach einer noch gültigen Erhebung aus dem Jahr 1994 mit 781 ha auf 14,45 %.

Eine international bedeutsame Stellung nimmt dabei das seit 1967 mit dem Europa-Diplom ausgezeichnete NSG Wollmatinger Ried-Untersee-Gnadensee ein.

In Baden-Württemberg waren 2002 1.053 NSG mit einer Fläche von 79.473 ha ausgewiesen. Dies entspricht einem Anteil von 2,2 % der Landesfläche. (Landkreis Konstanz 2002: 57 NSG mit 4.092 ha, entspricht einem Anteil von 5 % an der Fläche des Landkreises KN).

Eine Trendbeschreibung kann selbstverständlich nicht erfolgen, da es sich um eine momentane Bestandsaufnahme handelt.

Einschätzung des Trends:

Eine Trendbeschreibung ist bei diesem Indikator grundsätzlich nicht möglich.

Dabei ist zu bedenken, dass es sich um eine einmalige Gebietsauswahl handelt, die nicht beliebig zu erweitern ist, bzw. bei der eine sukzessive Gebietsvergrößerung auch nicht als Zielsetzung angestrebt ist. Vielmehr wird es in Zukunft um eine qualitative Aufwertung schützenswerter Gebiete, bzw. den Erhalt der Funktionen im Naturhaushalt dieser Gebiete gehen.

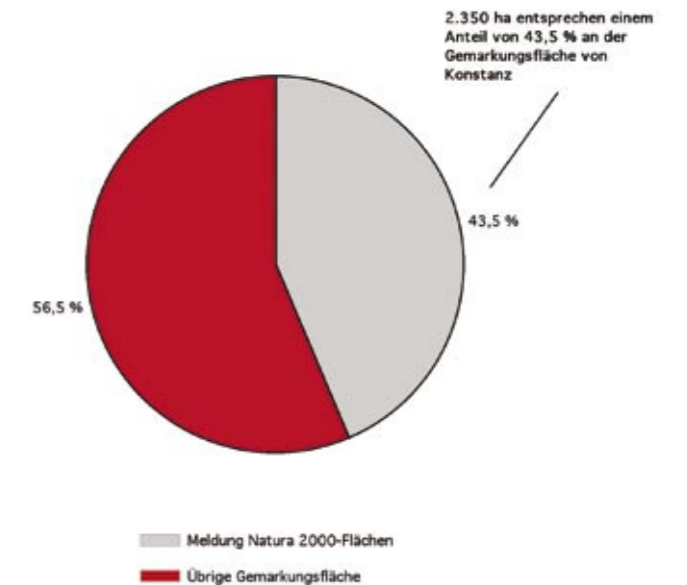
Hier könnten sich auch in Zusammenarbeit mit Agenda-Aktiven in Zukunft Chancen zur Pflege und Entwicklung von einzelnen schützenswerten Flächen ergeben.

Grundsätzlich bleibt festzuhalten, dass Konstanz mit seinem hohen Anteil an **Natura 2000-Gebieten** auf der Gemarkung, die Möglichkeit besitzt, gezielte Beiträge zur Erhaltung des europäischen Naturerbes zu leisten.

Kritisch anzumerken bleibt, dass der vorliegende Indikator die Zielsetzung der Erhaltung der Biodiversität nur unzureichend abbildet. Das gezielte Monitoring (Überwachung der Entwicklung) bestimmter Tier- und Pflanzenarten ist hierbei von zentraler Bedeutung. Die Ergebnisse sollten in einer anschaulichen Präsentation Bestandteil von Nachhaltigkeitsberichten sein.

Abbildung A 7 - 1

Anteil von gemeldeten Natura 2000-Gebieten an der Gesamtfläche in Prozent – Stand Mai 2004



Datenquelle: Stadt Konstanz, Amt für Stadtplanung und Umwelt, Abteilung Umwelt.

Weiterführende Literatur:

Stadt Konstanz, Amt für Stadtplanung und Umwelt [Hrsg.]: **Umweltbericht 2003 – Kapitel 10: Natur- und Landschaftsschutz.**

Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg [Hrsg.]: **Natura 2000 in Baden-Württemberg – Europa gestalten – Natur erhalten.** Stuttgart Dezember 2003, 3. ergänzte Auflage.

Stadt Friedrichshafen Amt für Umwelt und Naturschutz [Hrsg.] (Stottele, T., Engel, T. R., Schmidt, B. und Schock, J.): **Umwelt- und Nachhaltigkeitsbericht 2003 der Stadt Friedrichshafen.** Friedrichshafen Dezember 2003, S. 93-95.

Stadt Radolfzell Umweltamt [Hrsg.] (bearbeitet durch Steffen Jenner): **Nachhaltigkeitsbericht für die Gemeinde Radolfzell – 2002.** Radolfzell September 2002, S. 14.

Internet:

www.natura2000-bw.de

www.bfn.de/03/0303.htm (Bundesamt für Naturschutz)

Nachhaltigkeitsdimension B
Ökonomie



Zielbereich: Gerechte Verteilung von Arbeit

INDIKATOR B 1:

Arbeitslosenzahlen nach bestimmten Bevölkerungsgruppen absolut und in Prozent aller Arbeitslosen und lokale Nichtbeschäftigtenquote in Prozent

Definition des Indikators:

Mit der Arbeitslosenquote wird der Anteil der beim Arbeitsamt registrierten Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose) gemessen, ausgedrückt in Prozent. Die Differenzierung nach Frauen und Männern erlaubt Aussagen über geschlechtsspezifische Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt.

Ebenso können weitere spezifische Bevölkerungsgruppen herangezogen werden, um Entwicklungen gezielt zu verfolgen.

In der Darstellung für diesen Nachhaltigkeitsbericht werden folgende Gruppen berücksichtigt:

- Frauen
- Männer
- Langzeitarbeitslose
- Personen unter 25 Jahren
- Personen unter 20 Jahren
- Schwerbehinderte
- Migranten – Ausländer

Es werden die arbeitslos gemeldeten Personen in absoluten Zahlen angegeben, sowie der jeweilige Anteil der genannten Bevölkerungsgruppen an der Gesamtarbeitslosigkeit in Prozent.

Die oben aufgeführte Errechnung der Arbeitslosenquote gilt nur für einen gesamten Arbeitsamtsbezirk. Die Erwerbslosenquote ausschließlich auf Stadt-/ Gemeindegebiet herunter zu brechen, kann nur aufgrund eines vereinfachten Berechnungsverfahrens erfolgen.

Man erhält auf diesem Weg die lokale Nichtbeschäftigtenquote für Konstanz, die aber nicht mit der Arbeitslosenquote gleichzusetzen ist, da in die Berechnungsgrundlage andere Faktoren einfließen (z. B. Beamte nicht einbezogen, Pendlerbewegungen nicht berücksichtigt).

Die lokale Nichtbeschäftigtenquote errechnet sich wie folgt:

$$\frac{\text{Arbeitslose} / \text{Arbeitslose} + \text{sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort}}{\text{Beschäftigte am Wohnort}} * 100$$



Die Strukturdaten zu diesem Indikator stammen von der Agentur für Arbeit Konstanz und werden jeweils zum 30.06. eines Jahres erhoben.

Die für alle Gruppen vollständige Darstellung erstreckt sich auf die Jahre 1996-2003.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Eine hohe Arbeitslosigkeit verändert die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse einer Region entscheidend: Die Zahl von Sozialhilfe-Empfängern und Obdachlosen steigt in der Regel an, mit Arbeitslosigkeit sind oft auch psychosoziale Probleme verbunden. Während von Mitte der fünfziger bis Ende der sechziger Jahre die Arbeitslosenquote bundesweit deutlich unter 2 % lag, hat sie sich seit Mitte der siebziger Jahre kontinuierlich nach oben entwickelt. In diesem Zusammenhang wird heute von struktureller Arbeitslosigkeit gesprochen, die nur zum Teil von konjunkturellen Zyklen abhängig ist. Mit steigender Produktivität werden immer weniger Arbeitskräfte benötigt, um die gleichen oder höhere Produktionszahlen und ein damit verbundenes wirtschaftliches Ergebnis zu erzielen.

Vielen Menschen bleibt damit der Weg in die Erwerbsarbeit im Wirtschaftssektor „Produktion“ verschlossen. Eine Möglichkeit, diesen Trend abzumildern, besteht in der Stärkung des Arbeitsplatzangebots im Dienstleistungssektor. Als Ziel wäre für eine nachhaltige Gesellschaft anzustreben, dass jeder Erwerbswillige Zugang zu einem Arbeitsplatz gemäß seiner Qualifikation hat. Zudem sollten Frauen und Männer von Arbeitslosigkeit in gleichem Umfang betroffen sein.

Entwicklung in Konstanz:

Die Entwicklung verläuft insgesamt sehr schwankend. Zum 30. Juni 2003 waren in Konstanz 2.697 Personen arbeitslos gemeldet. Davon waren 58,5 % Männer und 41,5 % Prozent Frauen.

Abbildung B 1 - 2 zeigt auch, dass über den Zeitverlauf von 1996-2003 hinweg betrachtet die Anteile der Langzeitarbeitslosen (länger als ein Jahr arbeitslos)

und der Migranten (Ausländer) an allen Arbeitslosen deutlich vor den anderen Gruppen der Zusammenstellung rangieren.

Im Jahr 2003 lag der Anteil der Langzeitarbeitslosen (LZA) an der Gesamtarbeitslosigkeit bei 24,3 % und der Anteil der Migranten (MI) bei 20,4 %. Im Vergleich zu den Jahren 1998 (LZA 34,8 % MI 21,4 %) und 1999 (LZA 30,4 % MI 21,7 %) sind die Werte zwar bis 2003 gesunken, liegen aber immer noch vergleichsweise hoch.

Auch die lokale Nichtbeschäftigtenquote schwankt damit zwangsläufig und betrug 2003 10,8 %.

Einschätzung des Trends:

Aufgrund der bestehenden Schwankungen kann nicht von einem durchgängigen Trend gesprochen werden.

Was den Anteil von Männern gegenüber Frauen an der Arbeitslosigkeit anbelangt, so haben im Zeitraum von 1993-2003 in Konstanz nur minimale Verschiebungen stattgefunden.

Wie bereits dargestellt, stellen die Gruppen der Langzeitarbeitslosen, so wie der Migranten im gesamten Zeitverlauf die höchsten Anteile an der Gesamtarbeitslosigkeit.

Im Jahr 2001 erreichte die lokale Nichtbeschäftigtenquote mit 7,8 % den niedrigsten Stand im Betrachtungszeitraum, stieg aber danach wieder an. Von einer sichtbaren Trendwende zu weniger Arbeitslosigkeit und mehr Beschäftigung kann folglich auch in Konstanz nicht gesprochen werden.

Dies entspricht den Bundes- und Landestrends der letzten Jahre.

Vergleicht man die Daten des Arbeitsamtsbezirks Konstanz (nicht die für die Stadt Konstanz!) in der Zeit von 2001-2003 mit der Arbeitslosenquote des Landes Baden-Württemberg, bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen jeweils zum 30.06., so fällt auf, dass sie durchgehend höher liegen.

Im Juni 2003 lag die Quote für den Arbeitsamtsbezirk Konstanz bei 7,0 %, in Baden-Württemberg jedoch bei 6,6 %.

zu Abbildung B 1-3:

- 1) ist nicht gleichzusetzen mit Arbeitslosenquote, da auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene anderes Berechnungsverfahren angewendet wird.
- 2) Arbeitskräftepotential = sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wohnort und arbeitslos gemeldete Personen, jeweils Stand am 30.06. des Jahres.

Datenquelle für alle Darstellungen: Agentur für Arbeit Konstanz.

Abbildung B 1 - 1
Gesamtzahl der Arbeitslosen und Anteil Männer/ Frauen an allen Arbeitslosen 1993-2003

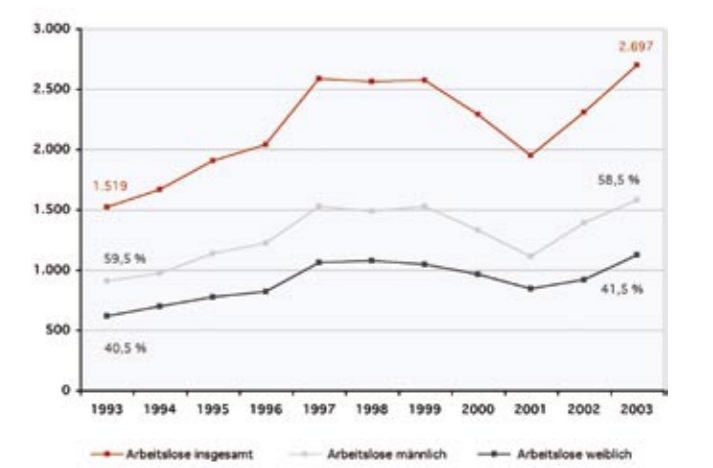
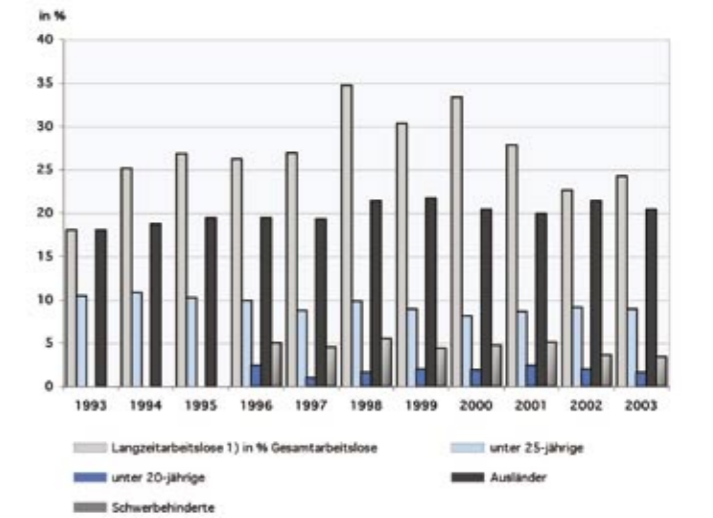
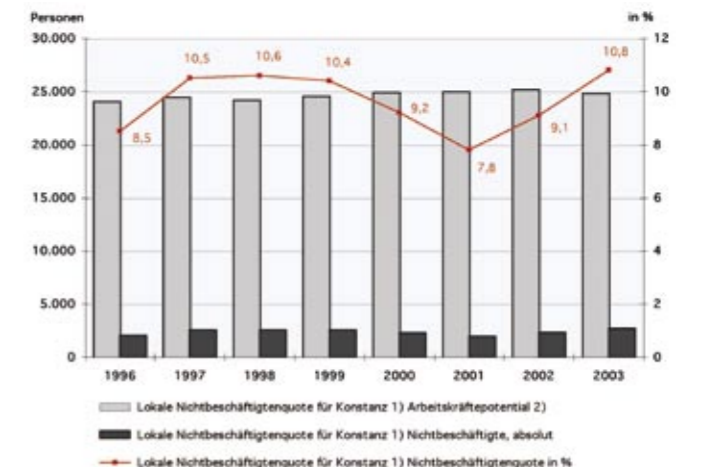


Abbildung B 1 - 2
Anteil der Arbeitslosigkeit von spezifischen Gruppen an der Gesamtarbeitslosigkeit in Prozent 1993-2003



1) Arbeitslose mit einer Arbeitslosigkeit von über 1 Jahr

Abbildung B 1 - 3
Lokale Nichtbeschäftigtenquote¹⁾ für Konstanz 1996-2003



Zielbereich: Hoher regionaler Selbstver- sorgungsgrad

INDIKATOR B 2:

Anteil der Anbieter überwiegend regionaler Lebensmittel auf dem Wochenmarkt

Definition des Indikators:

Die Zuordnung erfolgt nach dem Kriterium, ob der überwiegende Anteil der Produkte eines Anbieters auf dem Wochenmarkt – also über 50 % – in der Region erzeugt wurde. Aus Gründen der praktikablen Erhebung der Daten ist eine Beschränkung auf das Produktangebot erforderlich, da Umsatz- und Mengenanteile der regionalen Produkte nur sehr schwer zu ermitteln sind.

Die Erhebungen zu diesem Indikator wurden am 29.06.2004 auf dem Markt am Stephansplatz/Innenstadt und am 30.06.2004 auf dem Markt an der Gebhardskirche/Petershausen durchgeführt.

Für die Erhebung wurde folgende Frage gestellt:

„Wie hoch schätzen Sie den Anteil von regionalen Produkten an den von Ihnen angebotenen Produkten ein. Liegt er über oder unter 50 %?“

Als Region gilt dabei ein Wareneinzugsbereich von ca. 50 km rund um den Ziel- bzw. in diesem Fall Verkaufsort. In die Darstellung mit aufgenommen werden die Anbieter im **Bauernmarkt Konstanz**, bei dessen Einrichtung die Direktvermarktung von regional erzeugten Lebensmitteln das Hauptkriterium darstellte.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Regionale Vermarktung und ökologisch orientierte Produktionsweisen sind die wichtigsten Merkmale einer nachhaltigen Landwirtschaft. Die Notwendigkeit veränderter Produktionsformen, die Verkürzung von Transportwegen und die Wiedergewinnung des Vertrauens der Konsumenten sprechen für einen hohen Anteil regionaler Produkte. Der regionale Absatzmarkt ist auf eine möglichst breite Angebotspalette angewiesen. Dies erfordert eine kleinräumigere und arbeitsintensivere Produktionsweise und begünstigt damit auch den ökologischen Landbau. Im Idealfall sollte die Zahl der Anbieter regionaler und umweltgerecht erzeugter Produkte somit der Gesamtzahl der Anbieter entsprechen, sofern die regionalen Gegebenheiten ein umfassendes Angebot ermöglichen. Eine Sonderrolle nehmen hier naturgemäß spezialisierte Anbieter – etwa



von Südfrüchten – ein, wobei hier das Kriterium „fair gehandelte Produkte“ einbezogen werden könnte, aber in der Erhebung für Konstanz keine Berücksichtigung fand (siehe auch Ergänzungsindikator zu D 3).

Entwicklung in Konstanz:

Bei der ganz überwiegenden Mehrheit der Anbieter auf den beiden Wochenmarkt- Standorten Stephansplatz/Innenstadt und Gebhardskirche/Petershausen lässt sich ein Angebot festhalten, bei dem von mehr als 50 % Produkten aus regionaler Herkunft ausgegangen werden kann.

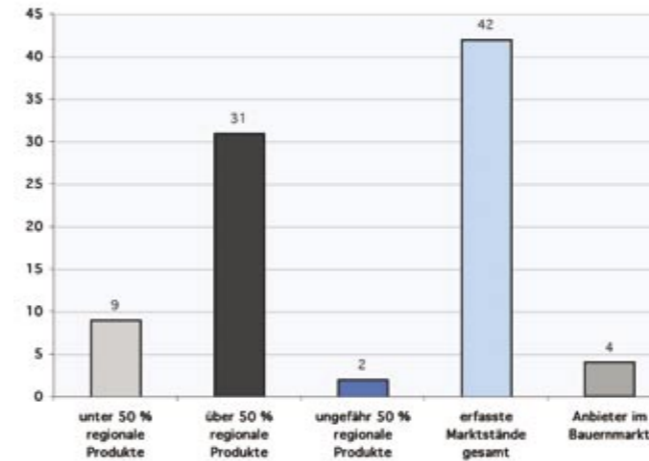
Von 42 befragten Marktbesuchern schätzten 31 ihr Angebot als überwiegend regional ein. 9 Anbieter lagen unter 50 %. Weitere 2 Anbieter schätzten die Anteile von regionalen und überregionalen Produkten gleichrangig ein.

Einschätzung des Trends:

Die Ergebnisse der vorliegenden Erhebung geben ein positives Bild der Versorgungsmöglichkeiten mit regionalen Produkten aus der Landwirtschaft wieder. Entsprechende Nachfrage von Seiten der Konsumenten vorausgesetzt, kann man sich in Konstanz in hohem Maß mit regionalen Lebensmitteln versorgen. Zu berücksichtigen ist hierbei allerdings der Erhebungszeitpunkt im Juni 2004. Im Sommer wird selbstverständlich ein hohe Zahl an regionalen Produkten angeboten. Dies sähe bei einer Erhebung in der Herbst- oder Winterzeit aber auch im Frühjahr dementsprechend anders aus. In kommenden Erhebungen zu diesem Indikator wäre dies mit zu berücksichtigen und in angepasster Form zu erfragen.

Abbildung B 2- 1

Anteil der Anbieter überwiegend regionaler Lebensmittel auf den Wochenmärkten Stephansplatz und Gebhardskirche im Juni 2004 (einschließlich Bauernmarkt Konstanz)



- nicht erfasst wurden Backwaren als verarbeitete Produkte und Blumen
- Erhebung am 29./30.06.2004; Saisonal bedingt hoher Anteil an regionalen Produkten
- Stände, die sowohl auf dem Stephansplatz als auch in Petershausen vertreten sind, wurden nur einmal erfasst.

Datenquelle: Eigene Erhebung.

Zielbereich: Hoher regionaler Selbstversorgungsgrad

ERGÄNZUNGSINDIKATOR zu B 2:

Verwendung regional erzeugter Lebensmittel in der Gastronomie

Definition des Indikators:

Für diesen Indikator wurde eine Stichprobenumfrage bei 10 gastronomischen Betrieben in Konstanz durchgeführt.

Als Großküche wurde das **Klinikum Konstanz** einbezogen.

Die Frage lautete analog zur Umfrage auf den Wochenmärkten:

“Verwenden Sie in Ihrer Küche über oder unter 50 % Produkte regionaler Herkunft?“

Wie beim Kernindikator B 2 bedeutet regional im Umkreis von 50 km des Zielortes.

Die Umfrage wurde im Juni 2004 durchgeführt.

Die Ergebnisse besitzen aufgrund der geringen Fallzahl keine repräsentative Aussagekraft, sondern sollen nur einen ersten Anhaltspunkt zu dieser Thematik bieten.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Die wesentlichen Zielsetzungen wurden bereits unter dem Kernindikator B 2 genannt.

Der Fokus der Betrachtung richtet sich bei diesem Ergänzungsindikator auf Großabnehmer von Lebensmitteln und nicht auf Privatpersonen, die wesentlich kleinere Mengen pro Konsument verbrauchen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Bedeutung des Indikators zu erklären.

Wenn gerade bei Großabnehmern aus der Gastronomie eine steigende Nachfrage nach Lebensmitteln aus regionaler Erzeugung zu verzeichnen ist, hat dies zum einen Signalwirkung für andere Abnehmer und für eine dementsprechend anzupassende Verteilungslogistik. Zum anderen wird den landwirtschaftlichen Betrieben in der Region durch eine vermehrte Nachfrage nach regionalen Produkten eine wirtschaftliche Basis verliehen und eine Zukunftsperspektive für Direktvermarkter entsteht.



Entwicklung in Konstanz:

Aufgrund der einmaligen Umfrage kann keine Entwicklung im Zeitverlauf nachgezeichnet werden. Hierzu wäre eine umfassende Marktstudie zu Produkten aus regionaler Herkunft notwendig, die im Rahmen eines Nachhaltigkeitsberichts nicht in Eigenregie erstellt werden kann.

Von den zehn befragten Betrieben der Gastronomie bezieht immerhin die Hälfte nach eigenen Angaben mehr als 50 % der in ihrer Küche verwendeten Lebensmittel aus der Region.

Ein Gastronomiebetrieb schätzte den Anteil auf ca. 50 %. Vier Betriebe kaufen weniger als 50 % ihrer Lebensmittel in der Region ein.

Einschätzung des Trends:

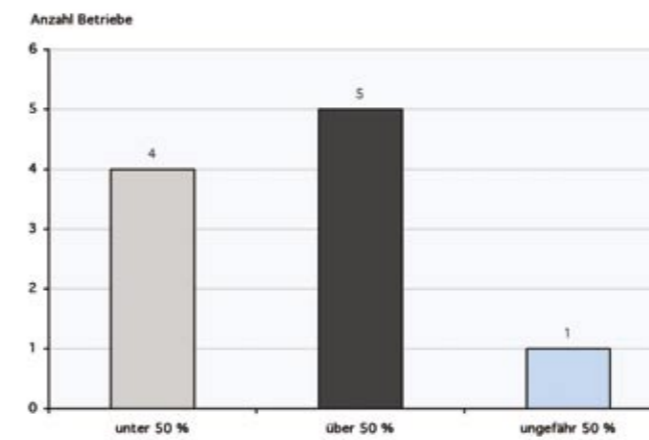
Ein Trendentwicklung kann aus besagten Gründen nicht dargestellt werden.

Ein zufriedenstellendes Ergebnis ist, dass die Hälfte der befragten Betriebe überwiegend regionale Produkte verwendet.

Bei den Restaurant- und Hotelküchen, die unter 50 % regionale Produkte verwenden, wurde betont, dass das Bemühen vorhanden ist, auf Lebensmittel aus der Region zurückzugreifen, man den Gästen aber andererseits auch bewusst eine internationale Küche anbieten möchte.

Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist das Projekt **Lieferservice Bodensee**. Ziel dieses Vorhabens ist es, zusammen mit Erzeugern, Händlern und Verarbeitern mehr regionale Lebensmittel aus umweltschonender Erzeugung in Großküchen und Gastronomie einzusetzen.

Abbildung Ergänzungsindikator B 2 - 1
Anteil der Verwendung regionaler erzeugter Lebensmittel in 10 gastronomischen Betrieben



- regionale Lebensmittel definiert als Bezug im Umkreis von 50 km
- Auskunft über die befragten gastronomischen Betriebe erteilt das Agenda-Büro (Tel. 900-538).

Datenquelle: Eigene Erhebung.

Internet:

www.tafelfreuden-bodensee.de

Interreg III A-Projekt – Alpenrhein – Bodensee – Hochrhein

www.bodensee-stiftung.org

unter dem Stichwort Landwirtschaft

Zielbereich: Gesunde Wirtschaftsstruktur

INDIKATOR B 3:

Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen

Definition des Indikators:

Der Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten umfasst alle Arbeitnehmer, die Krankenversicherungs-, Rentenversicherungs- und/oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Die Statistischen Landesämter unterscheiden drei Wirtschaftsbereiche, nämlich (1) Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei und Bergbau (primärer Sektor), (2) produzierendes Gewerbe (sekundärer Sektor) sowie (3) Handel und Verkehr sowie sonstige Dienstleistungen (tertiärer Sektor). Stichtag für die jeweilige Erhebung ist der 30. Juni eines jeden Jahres.

Für Konstanz liegt eine nach drei Wirtschaftsektoren unterteilte Darstellung des **Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg** erst ab 1999 vor. Die Jahre zuvor werden in einer zweiten Grafik in vereinfachter Form aufgegliedert nach zwei Wirtschaftsbereichen dargestellt.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

1998 arbeiteten in Deutschland 1,4% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft, 38,8% im produzierenden Gewerbe und 59,8% im Dienstleistungsbereich.

Schon bis zum Jahresende 2003 ergaben sich weitere gravierende Verschiebungen in diesem Verhältnis (1. Sektor 1,3%; 2. Sektor 28,4%; 3. Sektor 70,3%)¹

Der weitreichende Anspruch einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Gesellschaft zielt in diesem Zusammenhang darauf ab, den tertiären Sektor nicht einseitig unter Vernachlässigung des primären und sekundären Sektors zu stärken, sondern auf eine harmonische Entwicklung der drei Sektoren zu achten. Wirtschaftliche Instabilität wird jedoch nicht allein durch eine gleichrangige Berücksichtigung aller Wirtschaftsbereiche zu vermeiden sein.

¹ nach Angaben der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes (StaBuA) für 2003.



Vielmehr gilt es darauf zu achten, die in den Regionen und Kommunen vorhandenen oder sich entwickelnden Potentiale zu nutzen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die wirtschaftliche Prosperität von Städten auch mit der Profilierung auf einem bestimmten Sektor oder von Unternehmen einer bestimmten Sparte verbunden sein kann. Voraussetzung hierfür ist, dass Rahmenbedingungen ganz unterschiedlicher Art vor Ort zusammen kommen müssen, damit verstärkte Ansiedlungen in einem Wirtschaftssektor erfolgen (z. B. Geographische Lage bei Tourismus).

Auf regionaler Ebene wird die Clusterbildung von Unternehmen einer speziellen Sparte (z. B. Umwelttechnik) in der aktuellen Diskussion in den Vordergrund gerückt. In dieser Betrachtungsweise können die Unternehmen durch Netzbildung zu einer gesunden wirtschaftlichen Regionalentwicklung beitragen.

Durch die Ansiedlung von Unternehmen aus einem Bereich – so erhofft man sich – entstehen Synergieeffekte für die gesamte wirtschaftliche Basis einer Region.

Entwicklung in Konstanz:

Die absolute Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort unterliegt im Betrachtungszeitraum stärkeren Schwankungen, liegt aber durchgehend im Bereich zwischen ca. 26.000 und 27.000 Beschäftigten.

Der Höchststand wurde im Jahr 1992 mit 27.994 Personen, der Tiefststand 1998 mit 25.983 Beschäftigten erzielt.

Im Juni 2003 waren 26.106 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte registriert.

Die Aufgliederung nach Wirtschaftsbereichen zeigt im 10-Jahres Verlauf eine deutliche Zunahme der Beschäftigten im tertiären Sektor (Dienstleistungsbereich) um über 7% von 63 auf 70,2% im Jahr 2002. Analog dazu verringerte sich die Beschäftigtenzahl im landwirtschaftlichen und gewerblichen Sektor bis 2002 auf einen Anteil von 29,8%.

Zieht man die Vergleichszahlen aus Baden-Württemberg von 2002 heran (1. Sektor 0,7%; 2. Sektor 43,2%; 3. Sektor 56,1%) so bestätigt sich, dass der Dienstleistungssektor in Konstanz stark entwickelt ist.

Einschätzung des Trends:

Die Zahlen für Konstanz spiegeln eindeutig den Trend hin zur Dienstleistungsgesellschaft.

Im Sinne einer Ausgewogenheit der Wirtschaftsbereiche mag diese Tendenz zu hinterfragen sein.

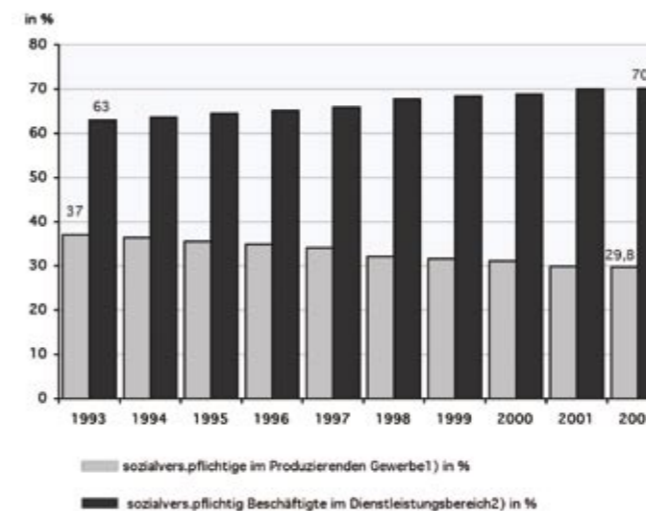
Andererseits sind Unternehmen ökonomisch nur zukunftsfähig, wenn sie sich an Strukturveränderungen im Wirtschaftsgefüge anpassen können. Kommunen können als Standorte von Unternehmen ihren Beitrag dazu nur durch die Anpassung der diesbezüglichen institutionellen Rahmenbedingungen leisten.

Generell ist bei Universitätsstädten und Städten mit einer entwickelten Tourismusbranche festzustellen, dass der tertiäre Sektor und somit der Dienstleistungsanteil vergleichsweise hoch liegt.

Insofern bilden die Zahlen für Konstanz keine signifikanten Auffälligkeiten ab.

Abbildung B 3 - 1

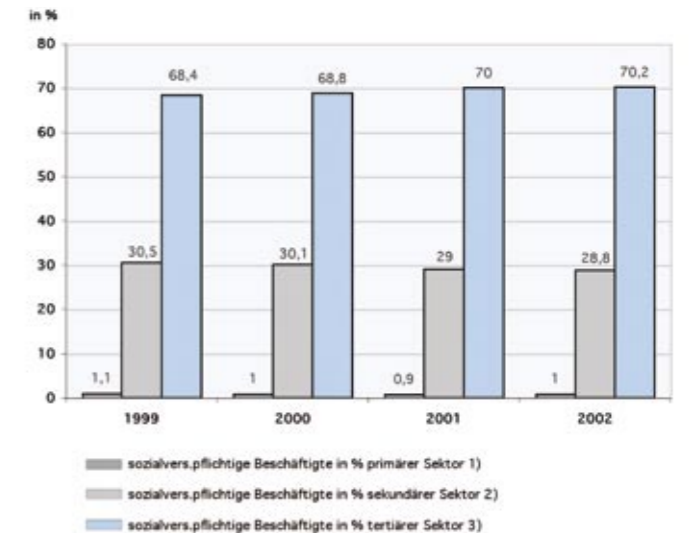
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach zwei Wirtschaftsbereichen in Prozent der Gesamtbeschäftigten 1993-2002



- 1) Einschließlich Versicherte in der Landwirtschaft und Fälle „ohne Angabe“.
- 2) Einschließlich Handel und Verkehr.

Abbildung B 3 - 2

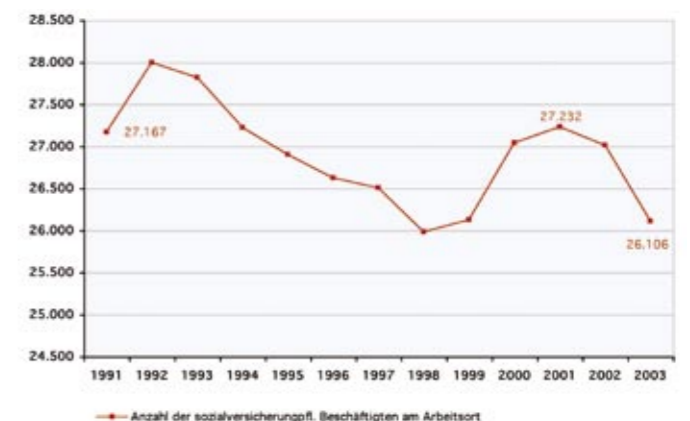
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach drei Wirtschaftsbereichen in Prozent der Gesamtbeschäftigten 1999-2002



- 1) Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht.
- 2) Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Baugewerbe.
- 3) Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, sonstige Dienstleistungen.

Abbildung B 3 - 3

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort absolut 1991-2003



Datenquelle für alle Darstellungen: Statistisches Landesamt (LIS).

Weiterführende Literatur:

Keim, Helmut; Steffens, Heiko [Hrsg.]: **Wirtschaft Deutschland. Daten – Analysen – Fakten.** Mit herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung Köln 2000, Wirtschaftsverlag Bachem. Daraus: Kapitel 8: Wirtschafts-, Arbeits- und Berufswelt im Wandel, S. 93-117.

Zielbereich: Gesunde Wirtschaftsstruktur

ERGÄNZUNGSINDIKATOR zu B 3:

Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in kleinen und mittleren Betrieben im Vergleich zur Anzahl in Großbetrieben

Definition des Indikators:

Die Zahlen liegen nicht für Konstanz, sondern nur auf **Kreisebene** vor und wurden durch das **Statistische Landesamt** bereit gestellt.

Auch wenn die Daten nicht auf die Ebene der Stadt Konstanz herunter zu brechen waren, so ist Darstellung dennoch im Hinblick auf die regionale Wirtschaftsstruktur, mit der Konstanz verflochten ist, relevant.

Nach Definition diverser Mittelstandsförderprogramme der Bundesländer¹ wird von einem Großbetrieb ab einer Beschäftigtenzahl von 250 Personen gesprochen. Andere Kriterien wie Umsatz, Bilanzsumme oder Unabhängigkeit sind in der hier verwendeten Darstellung nicht berücksichtigt (nicht in amtlicher Statistik enthalten, Eigenerhebung nicht möglich). Aufgegliedert nach bestimmten Betriebsgrößen wird die Beschäftigtenzahl im Zeitraum von 1999-2003 dargestellt.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Eine Zielformulierung im Sinne der Nachhaltigkeit in Bezug auf eine gesunde Wirtschaftsstruktur kann sein, die Beschäftigung innerhalb einer Region nicht zu sehr von Großunternehmen abhängig zu machen, sondern eine vielfältige Struktur aus kleinen, mittleren und großen Unternehmen zu besitzen.

Bei Niedergang eines Großunternehmens oder Verlagerung der Produktion an einen anderen Standort kann die Relation von Klein- und Mittelbetrieben zu Großbetrieben unter anderen Faktoren ausschlaggebend dafür sein, ob die Arbeitslosenzahlen mittelfristig ansteigen.

Eine ausgewogenere Wirtschaftsstruktur mit unterschiedlichen Betriebsgrößen kann derartige Effekte tendenziell besser abfedern. Dominieren in einer Region oder in einer Stadt Großbetriebe, so besteht die Gefahr, dass keine kompensierende Wirkung durch kleinere und mittelgroße Betriebe bei Entlassungen in



einem Großbetrieb eintritt und somit kein dämpfender Effekt bei der Belastung des Arbeitsmarkts entsteht. Selbstverständlich profitiert eine Stadt oder Region in einem solchen Fall vom Know How, das am Standort vorhanden ist. Es kann der Ausgangspunkt für Unternehmensneugründungen mit entsprechender Nachfrage von Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt sein. Die Vermeidung einer Monostruktur an Großbetrieben sollte aber bei der Ansiedlungspolitik in Städten, Gemeinden und Regionen vor diesem Hintergrund mit bedacht werden.

Entwicklung im Landkreis Konstanz:

Die Entwicklung im Landkreis zeigt eine Abnahme der Beschäftigtenzahl in sehr kleinen Betrieben von 1 bis 9 Mitarbeitern von 19.033 im Jahr 1999 auf 17.191 Beschäftigte im Jahr 2003.

Dennoch stellen die Beschäftigten in dieser Kategorie absolut gesehen die größte Gruppe.

Annähernd konstant geblieben sind die Zahlen für die Betriebe mit einer Beschäftigtenzahl von 100 bis 499 Beschäftigten (1999: 15.993; 2003: 16.352) und ab 500 Beschäftigte (1999: 16.156 ; 2003: 16.770).

Bedeutend für die Beschäftigtenzahl ist außerdem die Gruppe der Betriebe mit 20 bis 49 Beschäftigten:

In Betrieben dieser Größe fanden im Landkreis 1999 11.711 Personen und 2003 12.827 Personen eine Beschäftigung.

Für Konstanz liegt nur eine Erhebung aus dem Jahr 2001 zu Unternehmen aus dem Bereich der sogenannten **Neuen Technologien** vor, die aber nicht die Betriebsgrößen abbildet. Im Tätigkeitsfeld der neuen Technologien sind rund 500 Unternehmen, sowie rund 420 Unternehmen im Kleingewerbe in Konstanz ansässig.

Dabei steht die Erbringung von unternehmensnahen Dienstleistungen (Unternehmensberatung, Grafik und Kommunikationsdesign) im Vordergrund. In dieser Sparte sind nach der Auszählung die meisten Unternehmen angesiedelt. An zweiter Stelle rangieren die Informations- und Kommunikationstechnologien und an dritter Stelle die chemische und pharmazeutische Industrie.

¹ gemäß Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen vom 23.07.1996.

Einschätzung des Trends:

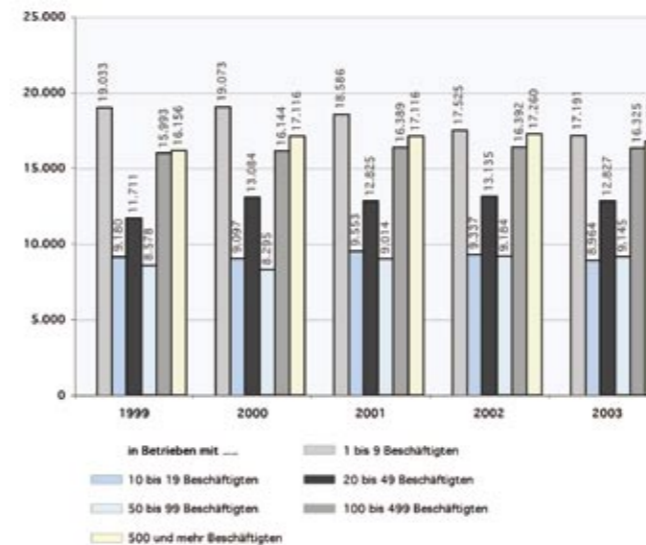
Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Unternehmen ab 500 Beschäftigte an der Zahl aller Beschäftigten im Landkreis macht im Jahr 2003 immerhin 20,6% aus. Bei Kleinbetrieben von 1 bis 9 Personen liegt der Anteil bei 21,2%. Betriebe mit einer Größe von 10-99 Beschäftigten (zusammengefasst) haben einen Anteil von 38,1%. Bei einer Betriebsgröße von 100-499 Beschäftigten beträgt der Anteil 20,1%. Die Grafik zeigt, dass hier in den letzten Jahren keine gravierenden Verschiebungen innerhalb der Struktur der Betriebsgrößen zu verzeichnen waren. Mit Blick auf die Betriebsgrößenklassen kann folglich im Landkreis von einer relativ ausgewogenen Wirtschaftsstruktur ausgegangen werden. Ob der regionale Arbeitsmarkt aufgrund des dargestellten Verhältnisses in der Lage wäre, die Schließung von größeren Unternehmen oder Entlassungen im größeren Umfang abzufedern, kann aufgrund dieser Zahlen nicht prognostiziert werden.

Hilfreich und wünschenswert wäre für diesen Indikator eine Anpassung des Datenmaterials auf die Ebene der einzelnen Kommune.

Weiterführende Literatur:

Stadt Konstanz, Wirtschaftsförderung [Hrsg.]: **Konstanzer Unternehmen 2001 – Analyse und Ausblick**. Bericht zur Datenerhebung und Analyse, bearbeitet durch Stephanie Weiß, S. 6ff.

Abbildung Ergänzungsindikator B 3 - 1
Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach sechs Betriebsgrößenklassen im Landkreis Konstanz 1999-2003^{*)}



^{*)} Auswertung aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; 1999 und 2000, Dateistand August 2001-2001, Dateistand Mai 2002-2002, Dateistand Februar 2003-2003, Dezember 2003.

Datenquelle: Statistisches Landesamt, Referat 23.

Zielbereich: Lokale Preisniveaustabilität

INDIKATOR B 4:

Preisindex der Mieten

Definition des Indikators:

Der Preisindex der Mieten kann als aussagekräftiges Maß für die lokale Preisstabilität gesehen werden.

Gegenwärtig gibt es in nahezu allen Großstädten der BRD einen Mietspiegel. Von den Mittelstädten mit 50.000 bis 100.000 Einwohnern verfügen laut **F+B Mietspiegelindex 2004** 72% über einen Mietspiegel. Ein Problem ist, dass die Methode, mit der standardisiert Informationen über die Entwicklung von Mieten erarbeitet werden, von Gemeinde zu Gemeinde zum Teil sehr stark voneinander abweicht.

In Konstanz gibt es seit dem Jahr 2002 einen Mietspiegel, der 2004 fortgeschrieben und veröffentlicht wurde.

Die Entwicklung in den Jahren von 1994 bis 2001 wird laut den Zahlen des **Immobilienpreisspiegels des Ringes Deutscher Makler (RDM)**, der auch Daten für Konstanz enthält, abgebildet.

Die Mietpreise werden jeweils im 1. Quartal eines Jahres dargestellt.

Die monatliche Nettokaltmiete wird hier für einen bestimmten Wohnungstyp bezogen auf 3 Zimmer, ca. 70 m², ohne öffentlich geförderten Wohnungsbau in € je m² angegeben.

Dieser Wohnungstyp wird häufig gesucht und deshalb wird an ihm die Mietpreisentwicklung exemplarisch dargestellt. Der entsprechende Wohnungstyp wurde auch für die Darstellung der Mieten aus dem Mietspiegel der Stadt Konstanz gewählt.

In der Darstellung des RDM-Immobilienpreisspiegels wird der ausgesuchte Wohnungstyp in den Kategorien Fertigstellung und Wohnwert noch weiter spezifiziert:

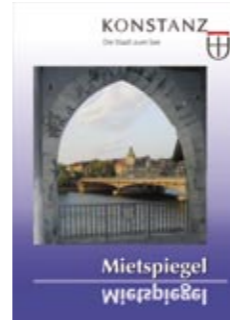
Fertigstellung:

- vor 1948
- nach 01.01.1949
- **Neubau-Erstbezug (Erstvermietung im Berichtsjahr)**

Wohnwert:

- **einfacher Wohnwert (nicht bei Neubauten)**
- **mittlerer Wohnwert**
- **hoher Wohnwert**

Aus den einzelnen, sich aus dieser Kategorisierung ergebenden Wohnungsmieten wird für jedes Jahr ein Durchschnittswert in € je m² errechnet.



Diesem Wert gegenübergestellt wird die Miete für den genannten Wohnungstyp in einem Neubau – Erstbezug – mittlerer Wohnwert.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Es kommt darauf an, dass sich die Mietpreise nicht allzu sehr von der allgemeinen Preisentwicklung abkoppeln. Die Zunahme der Einpersonenhaushalte führt zu einem steigenden Bedarf an Wohnungen und zu damit verbundenen Mietpreiserhöhungen.

Wie unter Indikator A 3 gezeigt, ist dieser Trend auch ökologisch bedenklich, da er zu einem steigenden Flächenverbrauch führt.

Noch immer zeigen sich bei den Wohnungsmieten oftmals hohe Teuerungsrate. Es ist zunächst anzustreben, dass diese Teuerungsrate nicht über dem Schnitt der allgemeinen Teuerungsrate liegt. Ein generelles Ziel für eine zukunftsfähige Entwicklung ist eine verlässliche langfristige Kalkulationsmöglichkeit für die überwiegende Zahl der Bürgerinnen und Bürger, da Wohnungsmieten monatliche Fixkosten bedeuten. Stabilität bei der Kalkulation von Mietentwicklungen und eine insgesamt möglichst niedrige Teuerungsrate bei den Mieten vereinfachen die Einschätzung des verfügbaren persönlichen Budgets und geben Planungssicherheit.

Entwicklung in Konstanz:

Laut den Zahlen des RDM hat sich die durchschnittliche monatliche Nettokaltmiete für eine neuvermietete ca. 70 m² große 3-Zimmer-Wohnung von 6,84 €/m² im Jahr 1994 auf 6,01 €/m² im Jahr 2001 verringert. Betrachtet man nur die Mieten für Wohnungen in Neubauten (mittlerer Wohnwert) ergibt sich ein Miete in Höhe von 8,20 €/m² 1994. Im Jahr 2001 beläuft sich der Mietpreis dahingegen auf 6,90 €/m².

Zu beachten ist dabei allerdings, dass der Mietindex des RDM sich ausschließlich auf **Neuvertragsmieten** bezieht.

Der Mietspiegel der Stadt Konstanz geht für eine Wohnung mit 69/70 m² im Jahr 2001 von einer durchschnittlichen monatlichen Basisnettomiete von 6,04 €/m² aus. Für das Jahr 2004 (zum 31.05.2004 bezugsfertige Wohnungen) ist laut Mietspiegel allerdings eine Teuerung von 41 Cent je m² auf 6,45 €/m² festzuhalten.

Einschätzung des Trends:

Hält man sich an die Zahlen des RDM, so ergibt sich in den Jahren 1994-2001 für die Mieter in Konstanz ein positiver Trend der sinkenden Mietbelastungen – zumindest bezogen auf einen häufig nachgefragten Wohnungstyp.

Allerdings lässt sich die dargestellte Entwicklung nur für Neuvertragsmieten festhalten. Sie machen im Gegensatz zu den Bestandsmieten einen geringeren Anteil aller in Konstanz bezahlter Mieten aus.

Für die Neuvertragsmieten war bis 2001 eine Rückentwicklung der durchschnittlichen Monatsmieten je m² zu beobachten, was mit der umfangreichen Bautätigkeit in der ersten Hälfte der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts und einem verminderten Wanderungsdruck in Verbindung zu bringen ist.

Die Berechnungen des ersten Konstanzer Mietspiegels bestätigen die durchschnittliche Wohnungsmiete für das Jahr 2001 den angesprochenen Wohnungstyp betreffend.

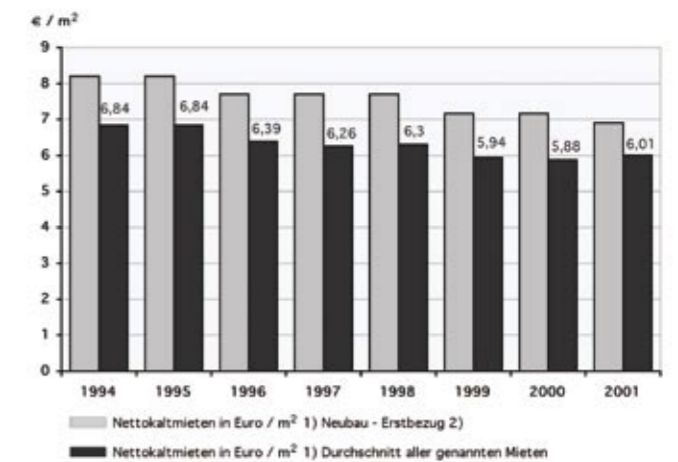
Die Tendenz zur geringeren Mietbelastung – wie sie sich zumindest in den Neuvertragsabschlüssen widerspiegelt – ändert sich jedoch wieder ab dem Jahr 2001. Ab diesem Zeitpunkt weist der Konstanzer Mietspiegel eine steigende Belastung aus. Eine weitere Beobachtung der Mietpreisentwicklung in den nächsten Jahren wird notwendig sein, um einen eventuellen Trend zu höheren Mieten ausmachen zu können.

Weiterführende Literatur:

Stadt Konstanz, Amt für Wohnungswesen [Hrsg.]: **Mietspiegel der Stadt Konstanz 2002 und 2004.**

Abbildung B 4 - 1

Monatliche Nettokaltmiete in Euro je m² für einen bestimmten Wohnungstyp¹⁾ 1994-2001

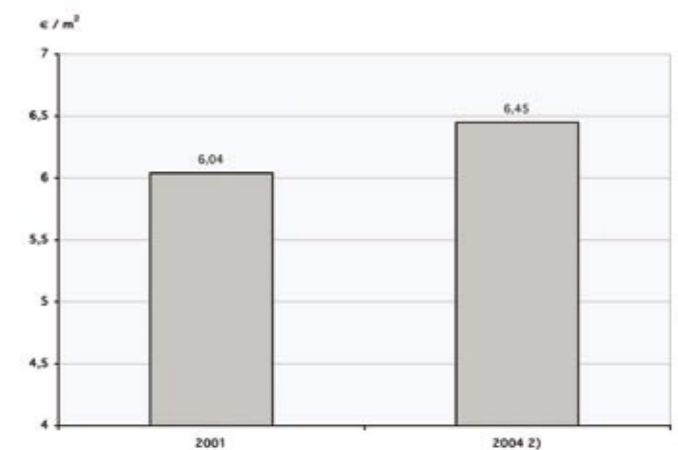


- 1) Nettokaltmieten in Euro monatlich, bezogen auf 3 Zimmer, ca. 70 m², Neubau, Erstbezug – mittlerer Wohnwert und Durchschnitt aller genannten Mieten, jeweils erhoben im 1. Quartal, ohne öffentlich geförderten Wohnungsbau (bezieht sich ausschließlich auf Neuvertragsmieten)
- 2) Erstvermietung im Berichtsjahr.

Datenquelle: Quelle: RDM – Immobilienpreisspiegel 1994-2001.

Abbildung B 4 - 2

Monatliche Basisnettomiete in Euro je m² für einen bestimmten Wohnungstyp¹⁾ nach Mietspiegel Konstanz für die Jahre 2001 und 2004



- 1) Mittlerer Wert lt. Mietspiegel für eine Wohnung mit 69/70 m². Dabei dürfen die vereinbarten Mieten (Neuabschlüsse, Erhöhungen) nicht älter als vier Jahre (Basisjahr für 1. Mietspiegel: 1997) sein.

Im Mietspiegel Konstanz sind die jeweiligen Wohnungstypen in 11 (2002) bzw. 12 Baualterklassen (2004) unterteilt.

- 2) Bezugsfertige Wohnungen zum 31.05.2004 sind mit einbezogen.

Datenquelle: Stadt Konstanz, Amt für Wohnungswesen [Hrsg.]: **Mietspiegel der Stadt Konstanz 2002 und 2004.**

Zielbereich: Gesunde Struktur öffentlicher Haushalte

INDIKATOR B 5:

Kommunale Schulden je Einwohner in Euro

Definition des Indikators:

Kommunale Schulden sind alle am Ende eines Jahres bestehenden Schulden bei inländischen Kreditinstituten, Versicherungen, Bausparkassen, der Sozialversicherung sowie im Ausland direkt aufgenommene Darlehen. Außerdem zählen dazu Wertpapiersschulden wie Anleihen, Bundesschatzbriefe, Schatzanweisungen und Kassenobligationen, für die Gebietskörperschaften Schuldner sind. Um einen Eindruck von der realen Entwicklung des kommunalen Schuldenstandes zu bekommen, wird die Zeitreihe preisbereinigt.

Für Konstanz wird hier die Zeitreihe von 1993-2003 nach Angaben des **Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg** dargestellt.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Die kommunalen Schulden werden künftige Generationen belasten. Bei einer steigenden Schuldenbelastung der Einwohner kann dies letztlich dazu führen, dass die Kommunen als Folge der wachsenden Zinszahlungen weniger Handlungsspielräume haben, um beispielsweise Sozialeleistungen zu gewähren und umweltpolitische Maßnahmen durchzuführen. Dies ist gerade unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit, der mit der Agenda 21 in den Blickpunkt gerückt wurde, von zentraler Bedeutung. Daher sollte ein weiterer Anstieg der kommunalen Schulden nach Möglichkeit vermieden, in günstigen Fällen die Schulden wieder abgebaut werden. Bei der Bewertung der jeweiligen Indikatorwerte sollte zudem analysiert werden, wofür die aufgenommenen Kredite in der Vergangenheit verwendet wurden und ob es sich bei den damit getätigten Ausgaben um Investitionen im Sinne der Zukunftsfähigkeit von Städten handelt.

Dies kann jedoch bei Bedarf nur durch eingehendere Analyse der Haushaltspläne geleistet werden.



Entwicklung in Konstanz:

Die Entwicklung der kommunalen Schulden in Euro je Einwohner zeigt, dass in Konstanz im Betrachtungszeitraum Schulden in umfangreicher Weise abgebaut werden konnten.

Waren 1993 nach Angaben des statistischen Landesamtes noch 644 € an Schulden je Einwohner zu verzeichnen, belief sich der Wert 2003 nur noch auf 376 € je Einwohner (€/EW).

Das ist beinahe eine Halbierung des Schuldenstands im Zeitraum von zehn Jahren.

Verglichen mit dem Schuldenstand der kreisangehörigen Gemeinden von 50.000 - 100.000 Einwohnern in Baden-Württemberg zum 31.12.2003 ergibt sich für Konstanz damit eine sehr gute Ausgangslage: Dieser lag bei 528 €/EW, für den Regierungsbezirk Freiburg sogar bei 566 €/EW.

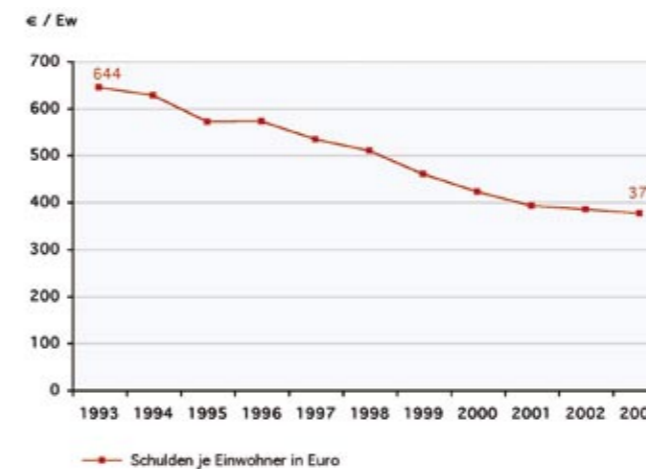
Einschätzung des Trends:

Unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit ist der Trend zur deutlich geringeren Verschuldung in Konstanz als sehr positiv zu bewerten. Allerdings ist bei diesen statistischen Werten mit zu bedenken, dass die Kommunen seit 1992 einzelne Aufgabenbereiche in Eigenbetriebe oder rechtlich selbständige Unternehmen „auslagern“ können und die Belastung dieser Betriebe im Haushaltsplan nicht ersichtlich wird. Dieser Sachverhalt beeinträchtigt die Vergleichbarkeit unter den Kommunen z. T. erheblich.

Nicht zu vergessen ist, dass bei der Verschuldung von Kommunen Investitionen in deren Zukunftsfähigkeit mit zu berücksichtigen sind. Um diesen Sachverhalt adäquat abbilden zu können, fehlt bisher ein wirklich aussagekräftiger Indikator (siehe Ergänzungsindikator).

Abbildung B 5 - 1

Kommunale Schulden je Einwohner in Euro 1993-2003^{*)}



^{*)} Schulden am Kreditmarkt und bei öffentlichen Haushalten, ohne Schulden der kommunalen Wirtschaftsunternehmen.

Datenquelle: Statistisches Landesamt (LIS).

Die Kammeralistik unterscheidet zwischen „rentierlichen“ und „unrentierlichen“ Schulden.

Bei der Verschuldung kommt es darauf an, ob die Folgekosten der Darlehensaufnahme (Zins und Tilgung) aus der betreffenden Investition oder Aufgabenerfüllung heraus erwirtschaftet werden können. Von „rentierlichen“ Schulden spricht man, wenn die Aufgabenerfüllung mit der Erhebung von Gebühren oder Entgelten verbunden ist. „Rentierliche“ Schulden entstehen in erster Linie in den Eigenbetrieben und GmbH's der Stadt Konstanz (z.B. Abwasser, Müll, Strom, Gas, Wasser, Bus, Fähre, Wohnungsbau). „Unrentierliche“ Schulden finden sich vor allem im Kernhaushalt und beinhalten die Finanzierung von Zins und Tilgung aus dem Steueraufkommen (Schulen, Kindergärten, Kultureinrichtungen, Sportanlagen, Feuerwehr, Straßenreinigung).

Die „unrentierlichen“ Schulden sind insgesamt kritischer zu betrachten.

Zielbereich: Gesunde Struktur öffentlicher Haushalte

ERGÄNZUNGSINDIKATOR zu B 5:

Zuführungsrate vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt

Definition des Indikators:

Die im Verwaltungshaushalt zur Deckung seiner Aufgaben nicht benötigten Einnahmen sind dem Vermögenshaushalt zuzuführen.

Diese Zuführung zum Vermögenshaushalt muss mindestens so hoch sein, dass damit die Kreditbeschaffungskosten (Disagio) und die ordentliche Tilgung von Krediten gedeckt werden können (Mindestzuführung oder Pflichtzuführung). Erwirtschaftet eine Gemeinde diese Mindestzuführung nicht, so lebt sie von ihrer Substanz. Die Mindestzuführung errechnet sich dabei je nach Verbindlichkeiten der Kommunen für jeden Haushalt neu.

Entscheidend in diesem Zusammenhang ist die sogenannte Nettozuführung (Bruttozuführung minus Ausgaben für die ordentliche Tilgung sowie die Kreditbeschaffungskosten), die dann letztlich auch nur für die Investitionsfinanzierung zur Verfügung steht. Dieser Betrag wird auch als Investitionsrate oder „Freie Spitze“ bezeichnet. Je höher dieser Betrag ist, desto günstiger kann die finanzielle Lage der betreffenden Gemeinde beurteilt werden.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Bei einer soliden Haushaltswirtschaft dürfen die Einnahmen des Verwaltungshaushalts nicht ausschließlich nur die laufenden Ausgaben decken, sondern es muss zumindest die Kredittilgung und es soll auch ein Teil zur Finanzierung von Investitionen „erwirtschaftet“ werden (siehe oben).

Mit dieser Zielsetzung wird sowohl dem Aspekt der Generationengerechtigkeit genüge getan, indem Kreditzinsen beglichen werden und keine Neuverschuldung zur Bedienung laufender Kredite entsteht.

Auf der anderen Seite können durch die Zuführung in den Vermögenshaushalt Rücklagen gebildet werden, die für Investitionen in eine zukunftsfähige Stadtentwicklung und damit auch in kommende Generationen wichtig und notwendig sind.



Entwicklung in Konstanz:

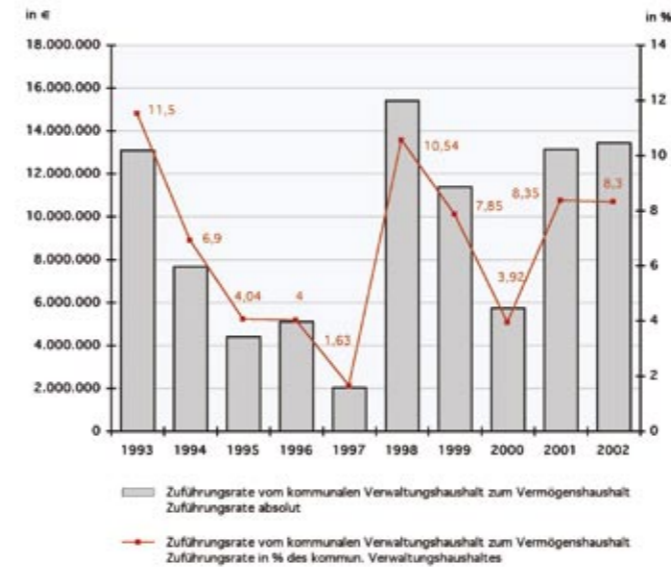
Im Zeitraum von 1993-2002 wurde die Mindestzuführung außer im Jahr 1997 eingehalten und überschritten, so dass eine Zuführung für Investitionen möglich wurde.

Im Jahr 1997 konnten nur 1,63 % des Verwaltungshaushalts dem Vermögenshaushalt zugeführt werden. Im zuletzt erfassten Jahr 2002 betrug der Anteil der Zuführung wiederum 8,3 %.

Einschätzung des Trends:

Die starke Belastung der kommunalen Finanzhaushalte in Deutschland führt seit einigen Jahren dazu, dass eine wachsende Zahl von Gemeinden nicht in der Lage ist, ihre Mindest- oder Pflichtzuführung aufzubringen, was in der Konsequenz bedeutet, dass die Tilgung von Krediten nicht gedeckt ist. Diese Gemeinden müssen von ihrer Substanz leben, was nicht im Sinne der Nachhaltigkeit sein kann. Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung in Konstanz als positiv zu beurteilen, da es nach wie vor möglich ist, Rücklagen aus dem Verwaltungshaushalt bereitzustellen.

Abbildung Ergänzungsindikator B 5 - 1
Zuführungsrate vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt absolut in Euro und in Prozent des Verwaltungshaushalts 1993-2002



Datenquelle: Stadt Konstanz, Kämmererei.

Zielbereich: Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes

INDIKATOR B 6:

Anzahl der Unternehmen mit Öko-Audit

Definition des Indikators:

Im Juni 1993 wurde die Verordnung (EWG) Nr. 1836/93 des EU-Ministerrates über die freiwillige Beteiligung gewerblicher Unternehmen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltprüfung verabschiedet. Diese Verordnung wird häufig auch als EG-Öko-Audit- oder EMAS (Environmental Management and Audit Scheme)-Verordnung bezeichnet.

Mit der Überarbeitung und Novellierung des Umwelt-Audits entstand die neue Verordnung (EG) Nr. 761/2001. Sie wurde am 19. März 2001 von Rat und EU-Parlament verabschiedet, trat am 27. April 2001 in Kraft und wird für den Geltungsbereich der EU einheitlich EMAS II benannt.

Alle Unternehmensstandorte, die nach dieser Verordnung durch einen Umweltgutachter validiert worden sind, werden mit diesem Indikator erfasst.

Für Konstanz werden außerdem die Handwerksbetriebe mit erfasst, die sich am Projekt „Umweltmanagement für Handwerksbetriebe in Konstanz“¹ beteiligt und eine Zertifizierung erhalten haben.

Nicht darstellbar sind die nach der weltweit geltenden Normenreihe zum Umweltmanagement und zur Umweltbetriebsprüfung DIN/EN/ISO 14001 zertifizierten Betriebe, da es keine zentrale und veröffentlichte Registrierung gibt.



Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

In Zukunft werden jene gewerblichen und Dienstleistungsunternehmen besser am Markt bestehen können, die sich vorausschauend den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen einer nachhaltigen Gesellschaft stellen. Von Kundenseite aus ist in den letzten Jahren eine Tendenz zu beobachten, die sowohl die Nachhaltigkeit von Produkten als auch der gesamten Unternehmensführung stärker ins Kalkül zieht.

Ziel der EMAS I und II-Verordnung ist es, die von den Unternehmen und Dienstleistungseinrichtungen ausgehenden Umweltbelastungen zu reduzieren. Doch Nachhaltigkeit umfasst mehr als nur ökologische Verbesserungen; ökonomische und soziale Zielsetzungen müssen mit den ökologischen Aktivitäten vereinbar sein. Ende 1999 hatten in Deutschland fast 2.500 Unternehmen ein validiertes EMAS-System aufgebaut. Zielsetzung kann eine möglichst rasche und weite Verbreitung des Systems und Maßnahmen zu dessen Förderung sein.

Entwicklung in Konstanz:

In Konstanz waren im Juli 2003 sieben Unternehmen nach EMAS zertifiziert. Zudem hatten sechzehn Handwerksbetriebe ein sich an der EMAS II-Verordnung orientierendes, adaptiertes Verfahren durchlaufen und erfolgreich ein Umweltmanagementsystem in ihre betrieblichen Abläufe integriert.

¹ Ein von Handwerkskammer Konstanz und Stadt Konstanz gemeinsam in zwei Runden durchgeführtes Projekt (2002/2003).

Hierbei handelt es sich um ein vereinfachtes Umweltmanagementverfahren, das den organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten von Handwerksbetrieben entgegenkommt (siehe Literaturangabe). Die Hälfte der Projektkosten wurden dabei durch das Umwelt- und Verkehrsministerium Baden-Württemberg im Rahmen des sogenannten Konvoi-Programms getragen.

Einschätzung des Trends:

Da es kaum Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Kommunen gibt, ist schwer einzuschätzen, auf welchem Stand sich Konstanz momentan befindet, was die Verbreitung eines validierten Umweltmanagementsystems in Unternehmen anbelangt. In ganz Baden-Württemberg gab es 2003 insgesamt 366 nach EMAS zertifizierte Organisationen.

Erfreulich ist zum einen die Anwesenheit von EMAS-zertifizierten Betrieben am Standort Konstanz. Dies ist heute bei weitem noch keine für viele Kommunen geltende Selbstverständlichkeit. Zum anderen ist bemerkenswert, dass kleineren Handwerksbetrieben mit dem oben beschriebenen Projekt eine Möglichkeit zur Einführung eines Umweltmanagementsystems in ihre Betriebsabläufe gegeben wurde. Eine vollumfängliche Zertifizierung nach EMAS wäre für diese Betriebsgrößen ansonsten finanziell, personell und organisatorisch nicht zu leisten gewesen. Zukünftige Erhebungen müssen zeigen, ob das EU-Öko-Audit in Konstanz weitere Verbreitung finden wird.

Weiterführende Literatur:

Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg [Hrsg.]: Der Weg zu EMAS. Karlsruhe 2001.

Perspektiven des Öko-Audit-Systems. In: Ökologisches Wirtschaften 1998 Ausgabe 3/4. Herausgegeben vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung u. a., München 1998, ökom Verlag.

Löbel, Jürgen, u. a.: Nachhaltige Managementsysteme. Berlin 2001, Erich Schmidt Verlag.

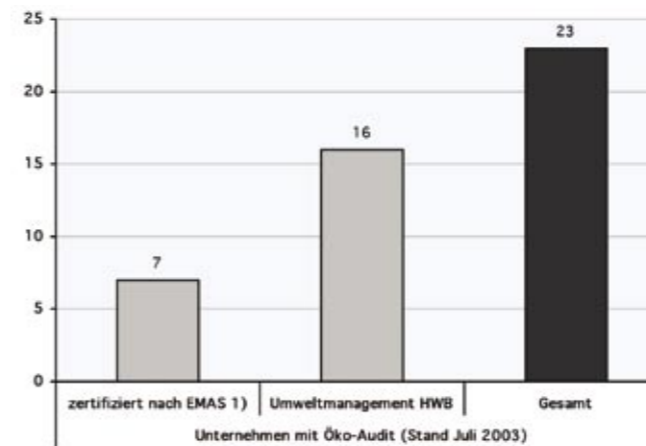
Konstanzer Handwerk: 16 Betriebe mit Umweltmanagementsystem. In: Wirtschaftsmagazin 2003. Herausgegeben von der Stadt Konstanz, Wirtschaftsförderung, Rainer Meschenmoser. Konstanz November 2002, Labhard Medien GmbH, S. 122-123.

Hollbach-Grömig, Beate: Ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik – ein neues kommunales Handlungsfeld. Herausgegeben vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), (Difu-Beiträge zur Stadtforschung, 29), Berlin 1999. Mit einer Fallstudie zu Konstanz, S. 125-131.

Stadt Radolfzell Umweltamt [Hrsg.] (bearbeitet durch Steffen Jenner): Nachhaltigkeitsbericht für die Gemeinde Radolfzell – 2002. Radolfzell September 2002, S. 24.

Abbildung B 6 - 1

Anzahl der Unternehmen mit Öko-Audit nach EMAS¹⁾ und Handwerksbetriebe mit Umweltmanagementsystem, Stand Juli 2003



1) EG-Verordnung 761/2001 EMAS (Öko-Audit)
Erster Eintrag für Konstanz: Byk Gulden Lomberg Chemische Fabrik GmbH (heute Altana pharma) 20.05.1997.

Datenquelle: Stadt Konstanz, Umweltbericht 2003, Kapitel 4: Umweltmanagement und Öko-Audit, nach Standortregister des Kammerbezirks der IHK Hochrhein-Bodensee.

Nachhaltigkeitsdimension C

Gesellschaft, Soziales,
Chancengleichheit



Zielbereich: Bekämpfte Armut

INDIKATOR C 1:

Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt – absolut und Anteil an der Gesamtbevölkerung in Prozent

Definition des Indikators:

Erfasst werden mit diesem Indikator die Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU). Seit 1994 wird die Erhebung am 31. Dezember eines Jahres durchgeführt. Hilfe zum Lebensunterhalt ist dem zu gewähren, der seinen notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln, vor allem aus seinem eigenen Einkommen und Vermögen leisten kann. Dieser Personenkreis wird als Sozialhilfeempfänger bezeichnet.

Für Konstanz werden die Gesamtzahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nochmals nach drei spezifischen Gruppen aufgeschlüsselt:

- Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren
- Personen über 65 Jahren
- Ausländer

Die Daten für Konstanz liegen in dieser Form ab 1995 vor.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Die Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt stieg in Deutschland im Zeitraum von 1994 bis 1997 stark an. Von 1998 bis 2000 war ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Seit 2000 steigt die Zahl der HLU-Empfänger wieder an. Während 1997 von 1.000 Einwohnern in Deutschland 35 Personen Sozialhilfe bekamen, waren es bei den unter 18-jährigen mit 68 je 1.000 Einwohner fast doppelt so viel. Eine steigende Zahl von Sozialhilfeempfängern, vor allem von Kindern und Jugendlichen, kann nicht nur die soziale Stabilität gefährden, sondern auch den Handlungsspielraum der Städte und Gemeinden beeinträchtigen. Veränderungen werden sich hier auch für die Kommunen mit der geplanten Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur Grundsicherung für Arbeitsuchende zum 01.01.2005 ergeben. Vor diesem Hintergrund ist gerade der Sachverhalt wichtig, dass die Zahl der Sozialhilfeempfänger häufig mit der Entwicklung und der Dauer von Arbeitslosigkeit korreliert:



Je länger die Arbeitslosigkeit anhält, umso höher ist heute auch die Wahrscheinlichkeit des Bezugs von Sozialhilfe. Auch in den reichen westlichen Industrienationen steigt der Anteil der finanziell schlechter Gestellten in den letzten Jahren kontinuierlich an, d.h. dass sich die Schere zwischen arm und reich weiter öffnet. Eine nachhaltige Entwicklung in diesem Bereich strebt hingegen sowohl eine möglichst gleichmäßige Verteilung von Arbeit als auch das Ziel einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung ohne dauerhafte Ausgrenzung bestimmter gesellschaftlicher Schichten an.

Entwicklung in Konstanz:

Die Zahlen für Konstanz zeigen bei der Sozialhilfequote (Anteil HLU-Empfänger an der Gesamtbevölkerung) keine signifikanten Ausschläge.

In den Jahren 1997 und 1998 lag die Quote über 4 % (Ba-Wü. 2,4 bzw. 2,3 %). In den Jahren danach pendelt sie zwischen 3,4 und knapp unter 4 %.

Auffällig sind wie im Bundes- und Landestrend auch die jeweils hohen Anteile bei Kindern und Jugendlichen an alle Hilfeberechtigten.

Hierzu liegen für das Jahr 2003 Vergleichszahlen zur Entwicklung in Baden-Württemberg vor. In Konstanz waren zum 31.12.2003 33,9 % aller Hilfeberechtigten unter 18 Jahren. In Baden-Württemberg waren es 39,3 %.

Bei den über 65-jährigen Personen lag der Anteil in Konstanz bei 4,0 %, landesweit bei 4,2 %.

Bei der Gruppe der ausländischen Bevölkerung sind es am 31.12.2003 30,2 %, während im Land der Anteil bei 27 % liegt.

Im Jahr 2003 ist zu beachten, dass sich sowohl für die Gesamtzahl der Hilfeberechtigten als auch den Personenkreis der über 65-jährigen die Berechnungsgrundlage geändert hat. Der Rückgang der Fallzahlen in der Sozialhilfe im Jahr 2003 ist somit im Wesentlichen auf die Einführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zurückzuführen.

Einschätzung des Trends:

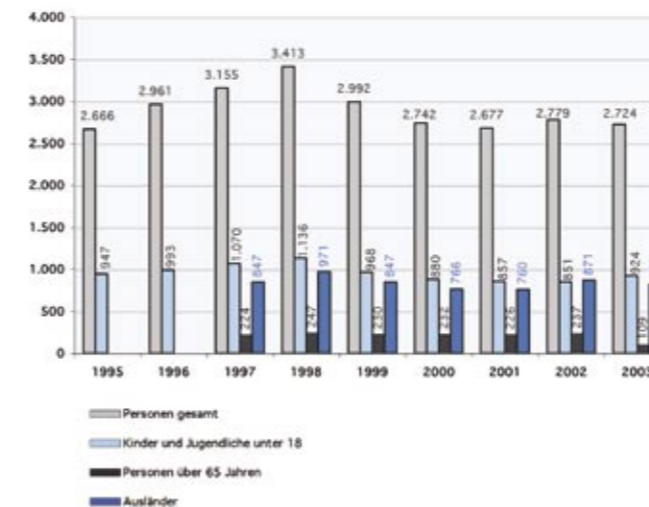
Wie bereits angedeutet, zeigt sich in Konstanz bis zum Jahr 2003 keine gravierende Veränderung sowohl in den absoluten Zahlen der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt als auch beim prozentualen Anteil an der Gesamtbevölkerung.

Die Statistik spiegelt auch in Konstanz eine bundesweit zu beobachtende Erscheinung wider.

Zwar spielt die Armut im Alter – wie noch vor Jahrzehnten – keine ausschlaggebende Rolle mehr. Im Hinblick auf die Vergleichszahlen aus Baden-Württemberg 2003 liegt der Anteil dieses Personenkreises an alle Hilfeberechtigten in Konstanz nur geringfügig um 0,2 % darunter. Dahingegen ist es allerdings als ernstes gesellschaftliches Problem anzusehen, dass der Anteil der Kinder und Jugendlichen an den Sozialhilfeempfängern sehr hoch ist. Erfreulicherweise liegt der Wert in Konstanz 2003 um 5,4 % unter dem Landesdurchschnitt. Dem gegenüber liegt in Konstanz der Anteil von Ausländern an allen Sozialhilfeempfängern mit 30,2 % im Jahr 2003 vergleichsweise hoch und mit 3,2 % über den Vergleichszahlen aus Baden-Württemberg.

Abbildung C 1 - 1

Anzahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt gesamt und unterteilt nach spezifischen Gruppen 1995-2003



1) Der Rückgang der Fallzahl im Jahr 2003 in der Sozialhilfe ist im wesentlichen auf die Einführung der Grundsicherung im Alter und bei der Erwerbsminderung zurückzuführen.

Abbildung C 1 - 2

Anteil von Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt an der Gesamtbevölkerung und Anteil von spezifischen Gruppen an allen Hilfeberechtigten in Prozent 1995-2003



1) Der Rückgang der Fallzahl im Jahr 2003 in der Sozialhilfe ist im wesentlichen auf die Einführung der Grundsicherung im Alter und bei der Erwerbsminderung zurückzuführen.

Datenquelle: Stadt Konstanz Sozial- und Jugendamt (SJA) Einwohnerzahlen nach Statistischem Landesamt (LIS) jeweils Zahlen zum 31.12. außer 2003 zum 30.06.

Weiterführende Literatur:

Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik – ISG [Hrsg.]: Armutsbericht der Stadt Konstanz. Köln März 2002.

Schäfers, Bernhard: Politischer Atlas Deutschland – Gesellschaft, Wirtschaft, Staat. Bonn 1998 Dietz Verlag, 2. aktualisierte und verbesserte Auflage, Soziale Hilfen S. 61.

Bauereiss, Renate (u.a.): Familienatlas II – Lebenslagen und Regionen in Deutschland – Karten und Zahlen. Opladen 1997 Leske und Budrich, Daraus: Sozialhilfe S. 66-81.

Dangschat, Jens S.: „Stadt“ als Ort und als Ursache von Armut und sozialer Ausgrenzung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1995 Heft B 31-32, S. 50-62.

Bieback, Karl Jürgen und Miltz, Helga [Hrsg.]: Neue Armut. Frankfurt am Main 1996 Campus Verlag.

Zielbereich: Hohes Bildungs- und Ausbildungs- niveau

INDIKATOR C 2:

Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Auszubildenden je 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Definition des Indikators:

Mit diesem Indikator soll die Zahl der tatsächlich abgeschlossenen Verträge mit Auszubildenden wiedergegeben werden. Auszubildende sind Personen, die eine betriebliche Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf durchlaufen. Erfasst werden die bei der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer registrierten Ausbildungsverhältnisse.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Durch die ständig steigenden und sich stetig wandelnden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt wird die Bedeutung der beruflichen Qualifikation in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Gerade Jugendliche ohne eine entsprechende schulische und berufliche Ausbildung werden dann wesentlich größere Schwierigkeiten haben, sich auf dem Arbeitsmarkt durchzusetzen. Eine gute berufliche Ausbildung wird mit Blick auf diese Entwicklung immer wichtiger, denn in Zukunft werden die Erwerbstätigen mehr und mehr lebenslang lernen müssen, um die sich ständig ändernden Anforderungen der Erwerbsgesellschaft erfüllen zu können. Außerdem ist in diesem Zusammenhang die Tatsache zu erwähnen, dass eine „normale“ Erwerbsbiographie mit einer kontinuierlichen Vollzeitbeschäftigung wie sie in Deutschland noch in den 70er und 80er Jahren vor allem für den männlichen Teil der Bevölkerung Standard war, durch den starken Strukturwandel der Arbeitswelt immer stärker an Gewicht verliert. Eine gute berufliche Ausbildung ist keine Garantie für ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis mehr, aber nach wie vor eine wichtige Vorbedingung. In Deutschland kamen 1997 auf 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 60 Auszubildende.



Entwicklung in Konstanz:

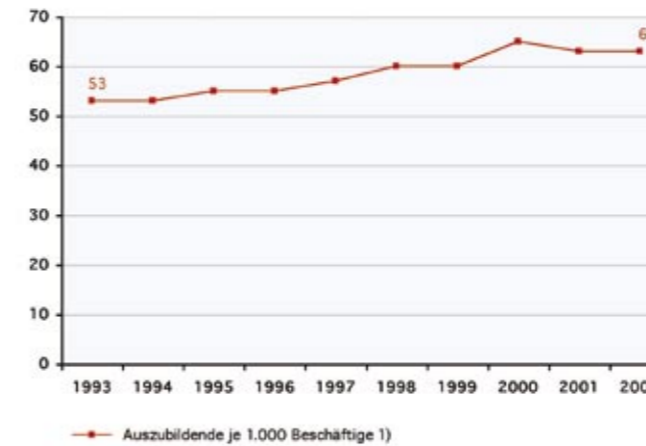
In Konstanz kann in den Jahren 1993-2002 ein kontinuierlicher Anstieg der sozialversicherungspflichtig Auszubildenden je 1.000 Beschäftigte am Arbeitsort festgestellt werden. Im Jahr 1993 waren es 53 Auszubildende je 1.000 Beschäftigte, 2002 waren es 63. In der Indikatordefinition ist das Referenzjahr 1997 mit 60 Auszubildenden für die BRD angegeben. Hier liegt Konstanz mit 57 Auszubildenden knapp unter dem Durchschnitt und ganz knapp über dem Durchschnitt von Baden-Württemberg (56).

Einschätzung des Trends:

Der Anstieg der Auszubildenden im dargestellten Zeitraum kann als positiv bewertet werden. Allerdings ist hierbei zu bedenken, dass noch 1990 in Konstanz 69 Auszubildende auf 1.000 Beschäftigte kamen, folglich zu Beginn der 90er Jahre ein stärkerer Rückgang der Auszubildenden zu verzeichnen war. Hier hat bis zum Jahr 2002 erst wieder eine langsame Annäherung stattgefunden. Die entsprechende Entwicklung lässt sich im angegebenen Zeitraum für ganz Baden-Württemberg beobachten.

Abbildung C 2-1

Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Auszubildenden je 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1993-2002 ¹⁾



1) am Arbeitsort.

Datenquelle: Statistisches Landesamt (LIS).

Zielbereich: Hohes Bildungs- und Ausbildungs- niveau

ERGÄNZUNGSINDIKATOR 1 zu C 2:

Jugendarbeitslosigkeit absolut und Anteil in Prozent an der Gesamtarbeitslosigkeit

Definition des Indikators:

Als Jugendliche werden mit diesem Indikator die unter 20-jährigen Personen erfasst. Grafisch dargestellt wird die absolute Zahl von unter 20-jährigen im Vergleich zur Arbeitslosenzahl gesamt und der entscheidende prozentuale Anteil der Jugendarbeitslosigkeit an der Gesamtarbeitslosigkeit in Konstanz im Zeitraum von 1996-2003. Die Strukturdaten für die Darstellung stammen von der **Agentur für Arbeit, Konstanz**.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Den in der Darstellung des Kernindikators C 2 bereits erwähnten ständig wachsenden Anforderungen am Arbeitsmarkt können Jugendliche auf Dauer nur gewachsen sein, wenn der Einstieg ins Berufsleben erfolgreich gestaltet werden kann. Schon in der Zeit des Berufseinstiegs mit Arbeitslosigkeit konfrontiert zu sein, birgt ein hohes Frustrationspotential für Berufsanfänger in sich und kann in einigen Fällen auch prägend für den weiteren Verlauf der Berufsbiografie sein.

Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist eine möglichst geringe Arbeitslosenquote von Jugendlichen anzustreben, um damit auch eine Grundvoraussetzung für eine hohe Arbeitsmotivation am Beginn einer Berufskarriere zu gewährleisten.

Grundvoraussetzung für den Erhalt eines Ausbildungsvertrages und die Übernahme nach der Ausbildung sind u.a. dementsprechende Leistungen der betroffenen Jugendlichen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen.

Die Entwicklung des Indikators muss im Zusammenhang mit der gelungenen Integration ins Schulsystem gesehen werden (Vergleich Indikatoren C 3 und C 4).



Entwicklung in Konstanz:

Strukturdaten der Agentur für Arbeit zur Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in Konstanz liegen erst ab 1996 vor. Im dargestellten Zeitraum unterliegt der prozentuale Anteil von unter 20-jährigen an allen in Konstanz gemeldeten Arbeitslosen größeren Schwankungen. Die Jugendarbeitslosigkeit erreicht in den Jahren 1996 und 2001 mit 2,4 % ihren Höchststand. Der Tiefststand war 1997 mit 1 % zu verzeichnen. Im Jahr 2003 waren 1,6 % aller Arbeitslosen in Konstanz unter 20 Jahre alt.

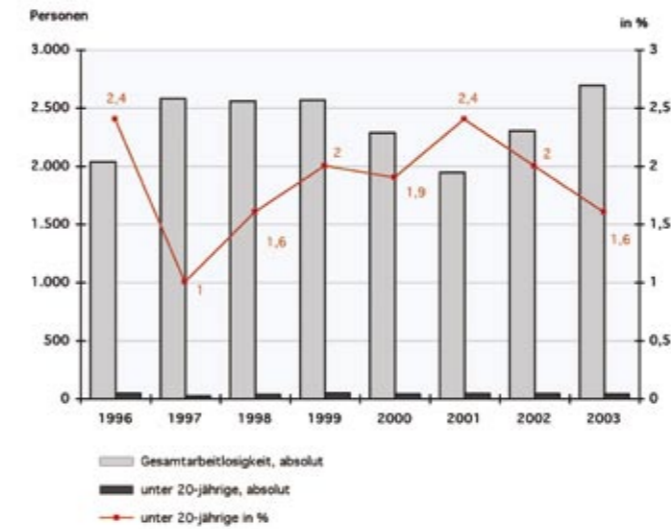
Einschätzung des Trends:

Im Betrachtungszeitraum des Nachhaltigkeitsberichts kann kein klarer Trend ausgemacht werden. Inwiefern allgemeine konjunkturelle Einflüsse in Bezug auf diesen Indikator eine Rolle spielen, ist aus den vorliegenden Daten nicht zu erschließen. Hier lassen nur kleinräumige Analysen auf der Ebene von Einzelbetrieben wirklich fundierte Aussagen zu.

Erfreulich ist der geringe Anteil von jugendlichen Arbeitslosen im Jahr 2003.

Verglichen mit der Jugendarbeitslosigkeit in manchen ostdeutschen Kommunen, deren Wirtschaftsstruktur natürlich von der in Konstanz differiert, ist der Arbeitslosenanteil der unter 20-jährigen in Konstanz kein gravierendes Problem, was die schwierige Situation der einzelnen Betroffenen natürlich nicht in Abrede stellt.

Abbildung Ergänzungsindikator C 2-1
Jugendarbeitslosigkeit absolut und Anteil an der Gesamtarbeitslosigkeit in Prozent 1996-2003



Datenquelle: Agentur für Arbeit, Konstanz.

Zielbereich: Hohes Bildungs- und Ausbildungs- niveau

ERGÄNZUNGSINDIKATOR 2 zu C 2:

Kommunale Ausgaben für Bildungseinrichtungen absolut und in Prozent des städtischen Haushalts

Definition des Indikators:

Erfasst werden die Ausgaben der Stadt Konstanz für Bildungseinrichtungen in der Zeit von 1993-2002. Unter Bildungseinrichtungen werden in diesem Zusammenhang die städtischen Schulen und die vhs Konstanz-Singen verstanden. Um die Investitionsleistungen der Stadt in die Infrastruktur für Bildung darzustellen, werden im Fall der Schulen auch die Ausgaben aus dem Vermögenshaushalt sowohl in absoluten Zahlen als auch anteilig am jeweils gesamten Vermögenshaushalt dargestellt.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Möchte man einem möglichst großen Personenkreis die Möglichkeit des Zugangs zur Bildung eröffnen, sind Investitionen sowohl in die notwendige Bildungsinfrastruktur als auch in konkrete Bildungsangebote von Seiten der öffentlichen Hand notwendig. Im Sinne der nachhaltigen Entwicklung sollen Bildungseinrichtungen möglichst allen Personen einer Gesellschaft offen stehen und nicht nur den Menschen vorbehalten sein, die für eine fundierte Allgemeinbildung und eine gute berufliche Ausbildung dementsprechend bezahlen können. Ausgaben für Bildung sind immer Investitionen in die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft, wobei mit Bildung nicht ein direktes monetäres Verwertungsinteresse verbunden sein muss. Bildung beinhaltet immer auch den gesellschaftlichen Dialog über die Gestaltung der gemeinsamen Zukunft und den toleranten Umgang miteinander und nicht ausschließlich die Aneignung technisch verwertbaren Wissens. Unter diesem Aspekt können auch Städte und Gemeinden durch die Unterstützung eines vielfältigen Bildungsangebots und notwendige Infrastrukturleistungen in ihrem Rahmen zu einer öffentlichen Bildung beitragen, die auf breiten Füßen steht.



Entwicklung in Konstanz:

In Konstanz bewegt sich der Anteil von kommunalen Ausgaben für Bildungseinrichtungen seit einigen Jahren auf gleichbleibendem Niveau zwischen ca. 6 und 6,5 % am Verwaltungshaushalt (siehe Grafik). Der Anstieg zu Mitte der 90er Jahre geht dabei nicht auf eine Anhebung des Volumens der Bildungsausgaben zurück, sondern auf eine andere Berechnungsformel, in der eine kalkulatorische Miete veranschlagt wird.

Die Darstellung der Ausgaben aus dem Vermögenshaushalt für Schulen lässt erkennen, in welchen Jahren größere Investitionsleistungen für Schulen getätigt wurden. Oft handelt es sich hierbei um Neu- bzw. Umbauten, also konkrete Infrastrukturmaßnahmen.

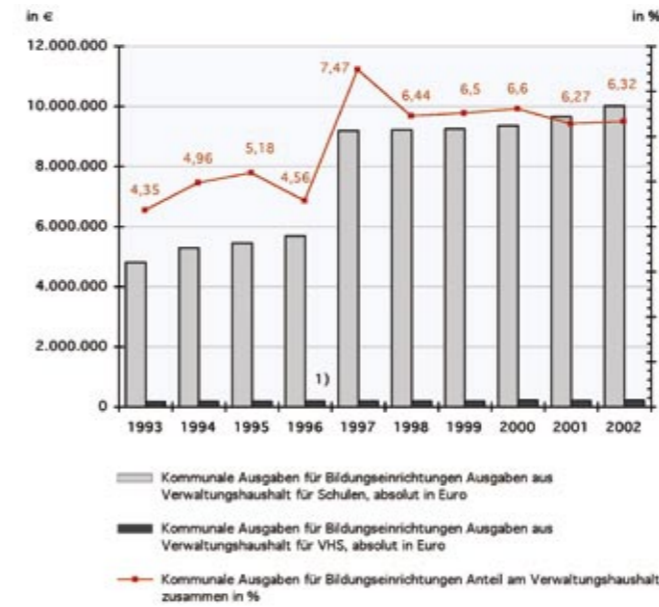
Einschätzung des Trends:

In Anbetracht der Tatsache, dass sich die Kommunen in den letzten Jahren mit einer immer größeren Delegation von Aufgaben aus übergeordneten Verwaltungsebenen an sie konfrontiert sahen, ist es positiv zu vermerken, wenn Ausgaben für einen gesellschaftlich so relevanten Sektor wie die Bildung ein gleichbleibendes Niveau wider spiegeln.

Je mehr Aufgaben eine Kommune zu übernehmen hat, desto schwieriger wird es bei sinkenden oder gleichbleibenden Einnahmen den Status für einen Bereich aufrecht zu erhalten.

Abbildung Ergänzungsindikator C 2-2

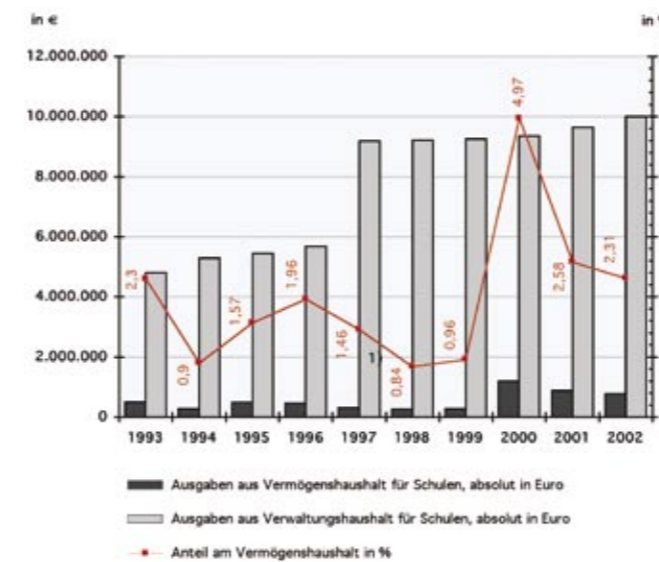
Kommunale Bildungsausgaben absolut in Euro und Anteil am Verwaltungshaushalt in Prozent 1993-2002



1) Zzgl. kalkulatorischer Miete.

Abbildung Ergänzungsindikator C 2-3

Kommunale Ausgaben für Schulen aus dem Verwaltungshaushalt und aus dem Vermögenshaushalt absolut in Euro und in Prozent des Vermögenshaushalts 1993-2002



1) Zzgl. kalkulatorischer Miete.

Mit der Einführung von kalkulatorischen Mieten in die jeweiligen Haushalte hat man eine Rechnung erhalten, die näher an der tatsächlichen Kostensituation liegt.

Datenquelle: Stadt Konstanz, Kämmerei.

Zielbereich: Hohes Bildungs- und Ausbildungs- niveau

ERGÄNZUNGSINDIKATOR 3 zu C 2:

Weiterbildung – Anzahl der TeilnehmerInnen an den Fortbildungseinrichtungen vhs Konstanz-Singen und Gewerbeakademie Konstanz



Definition des Indikators:

Der Indikator bezieht sich auf die berufliche Weiterbildung.

Dargestellt wird die Teilnehmerzahl von beruflichen Weiterbildungsangeboten in den größten Weiterbildungseinrichtungen in Konstanz, der vhs Konstanz-Singen und der Gewerbeakademie (GA).

Es werden nur die Absolutzahlen für die in Konstanz durchgeführten Veranstaltungen angegeben. Im Hinblick darauf, dass sowohl an Kursen der vhs als auch der GA Personen teilnehmen, die selbst nicht in Konstanz wohnen, wird kein Bezug zur Einwohnerzahl der Stadt hergestellt.

Bei den Weiterbildungskursen der vhs ist die Darstellung in berufliche Weiterbildung und Sprachen unterteilt, da davon ausgegangen werden kann, dass bei den Sprachkursen ein erheblicher Teil auch als Fortbildung vor dem Hintergrund einer ausgeübten beruflichen Tätigkeit belegt wird.

Die Darstellung ist erst ab dem Jahr 1997-2003 möglich.

Bei der GA Konstanz ist zu beachten, dass die berufliche Fortbildung in vier Sparten aufgeteilt ist und auch die Ausbildung im Handwerk beinhaltet:

- überbetriebliche Ausbildung
- Meistervorbereitungskurse
- Fortbildung (z. B. Fachkraft für Solartechnik)
- Maßnahmen für die Arbeitsverwaltung

Dargestellt wird der Zeitraum von 1994-2003.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Wie bereits in Zusammenhang mit den anderen Indikatoren zu diesem Zielbereich aufgeführt, ist das lebenslange Lernen und die Bereitschaft dazu, einerseits eine der Grundvoraussetzungen für den Einstieg in die „Wissensgesellschaft“. Andererseits geht der technologische und organisatorische Wandel in der gesamten Arbeitswelt immer schneller vonstatten und jeder Einzelne wird nicht mehr nur mit seinem einmal erlernten Wissen auskommen, wenn er seine berufliche Zukunft selbst gestalten und seine Chancen auf

dem Arbeitsmarkt verbessern möchte.

Der fortlaufende Strukturwandel der Arbeitswelt lässt es notwendig erscheinen, dass Menschen die ausreichende Chancen bekommen, sich beruflich weiter zu bilden und diese Chancen auch wahrnehmen.

Ob Anspruch der Wissensgesellschaft und tatsächliche Entwicklung im Bildungssektor in Einklang miteinander sind, darüber können u. a. die Zahlen über das wahrgenommene Angebot Auskunft geben.

Entwicklung in Konstanz:

Bei den Daten der vhs zeigt sich, dass die Teilnehmer an Sprachkursen besonders in den Jahren seit 2001 zugenommen haben. Die Teilnehmerzahl der Angebote der beruflichen Bildung schwankt stark. Hier war im Jahr 2000 mit 1.760 TeilnehmerInnen ein Höchststand zu verzeichnen.

Auch bei den Zahlen der Gewerbeakademie zeigt sich, dass es keinen kontinuierlichen Trend zu höheren Teilnehmerzahlen in der beruflichen Fortbildung gibt (Ausbildungszahlen im Handwerk sind eingerechnet und bringen somit eine gewisse Unschärfe in die Aufstellung).

In den vergangenen drei Jahren gab es einen deutlichen Anstieg mit einem Höchststand von 3.301 TeilnehmerInnen im Jahr 2003.

Einschätzung des Trends:

Bei der Einschätzung der vorliegenden Zahlen ist man auf das Hintergrundwissen der jeweiligen Bildungseinrichtungen angewiesen.

Im Bereich der Sprachen zeigen die Daten der vhs für Konstanz, dass entgegen dem Landestrend, wo die Teilnehmerzahlen an Sprachkursen seit Beginn der 90er Jahre rückläufig sind, die Anzahl der TeilnehmerInnen in Konstanz deutlich gesteigert werden konnte.

Bei der Sparte „Berufliche Bildung“ ist kein eindeutiger Trend auszumachen. In den Jahren 1996-2000 wurde vor allem die Grundbildung am PC nachgefragt. Ein starker Einbruch ist nach Auskunft der vhs im Jahr

2001 bei Maßnahmen, die durch die Arbeitsverwaltung gefördert werden oder bei Programmen und Projekten, die aus EU-Mitteln finanziert werden, zu verzeichnen gewesen.

Trotz Wegfall von diesbezüglichen Fördermitteln ist ein leicht steigender Trend in den letzten beiden Jahren ablesbar.

Große Abweichungen bei der beruflichen Bildung gibt es weniger bei der Zahl der TeilnehmerInnen, als vielmehr bei der Zahl der Unterrichtsstunden.

Trotz ansteigender Teilnehmerzahlen in den letzten Jahren ist auch für die Gewerbeakademie kein eindeutiger Trend festzumachen. Der Trend erweist sich eher als stagnierend und wird für die Zukunft als leicht zurückgehend prognostiziert, was sich – wie auch bei der vhs – z. T. in Verbindung mit dem Wegfall der Maßnahmen für die Arbeitsverwaltung bringen lässt.

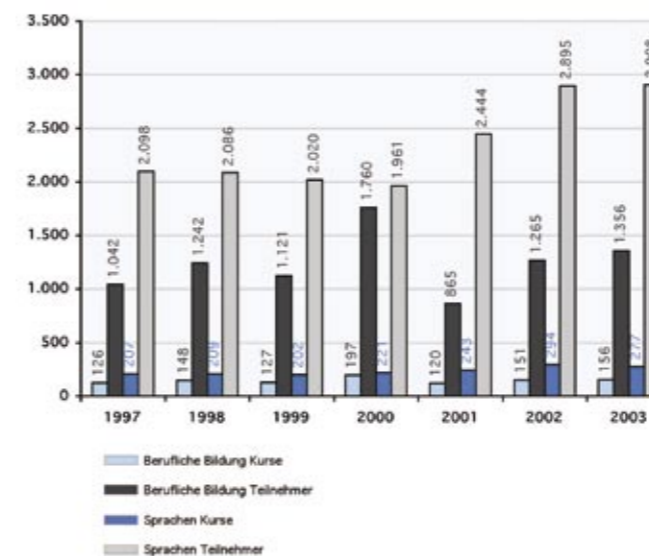
Es ist zumindest die Frage zu stellen, wie eher stagnierende Zahlen in der beruflichen Weiterbildung der Zielsetzung des lebenslangen Lernens entsprechen?

Hierfür gibt es sicher keine monokausale, einfache Erklärung. Sowohl die Angebots- wie auch die Nachfrageseite genauso wie die Bereitschaft von Unternehmen, ihre Mitarbeitern Fortbildungsmaßnahmen zu gewähren, müssten in diesem Zusammenhang näher untersucht werden.

Diesbezügliche Antworten können mit dem vorliegenden Zahlenmaterial jedenfalls nicht gegeben werden.

Abbildung Ergänzungsindikator C 2 - 4

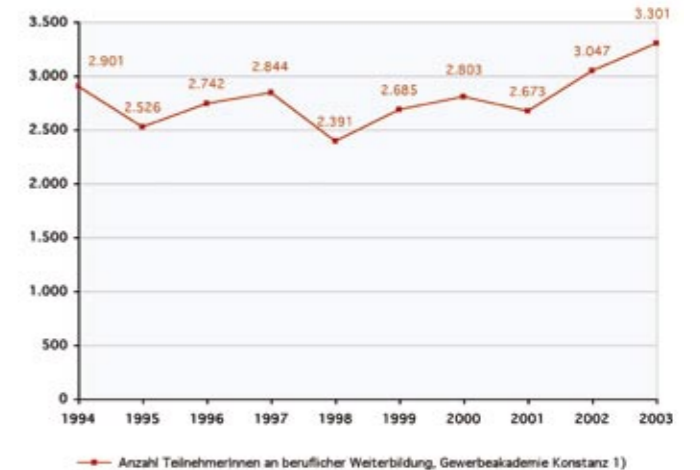
Anzahl der TeilnehmerInnen an Sprachkursen und Kursen der vhs in Konstanz 1997-2003



Datenquelle: vhs Konstanz-Singen.

Abbildung Ergänzungsindikator C 2 - 5

Anzahl der TeilnehmerInnen an beruflicher Weiterbildung an der Gewerbeakademie (GA) Konstanz 1994-2003¹⁾



1) Berufliche Weiterbildung beinhaltet hierbei die vier Sparten:

- überbetriebliche Ausbildung
- Meistervorbereitungskurse
- Fortbildung (z. B. Fachkraft für Solartechnik)
- Maßnahmen für die Arbeitsverwaltung.

Datenquelle: Handwerkskammer Konstanz.

Weiterführende Literatur:

Tippelt, Rudolf (u. a.): Weiterbildung, Lebensstil und soziale Lage in einer Metropole. Herausgegeben vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE), Bielefeld 2003, W. Bertelsmann Verlag.

Internet:

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: www.die-bonn.de

Zielbereich: Gelungene Integration in das Bildungssystem

INDIKATOR C 3:

Zahl der SchulabgängerInnen ohne Hauptschulabschluss an Konstanzer Haupt- und Realschulen absolut und in Prozent aller SchulabgängerInnen an den genannten Schularten

Definition des Indikators:

Aus der amtlichen Schulstatistik werden die SchulabgängerInnen ohne Hauptschulabschluss an den Konstanzer Haupt- und Realschulen ermittelt. Deutsche und Migranten (Ausländer) werden hierbei getrennt dargestellt.

Dabei macht die Statistik keine Aussage darüber, ob ein Migrationshintergrund z.B. auch trotz Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft besteht.

Der Anteil der SchülerInnen, die ein Gymnasium ohne Hauptschulabschluss verlassen, ist sehr gering und war für diesen Indikator zu vernachlässigen. Ebenso werden die Abgänger der Comenius-Förderschule nicht in die Darstellung mit aufgenommen, da die Statistik nicht differenzieren kann, welche SchulabgängerInnen evt. einen Hauptschulabschluss durch einen Wechsel auf die Hauptschule anstreben bzw. nachholen.

Ein Hinzunehmen aller Abgänger der Förderschule hätte die Erhebung unzulässig verfälscht (siehe auch „Einschätzung des Trends“).

Die Abgänger ohne Hauptschulabschluss werden in Relation gesetzt zur Gesamtzahl der SchulabgängerInnen eines Schuljahres an Haupt- und Realschulen. Erfasst wurden nur die Schulabgänge ab Klasse 9 von den Schuljahren 1992/93 bis 2002/03.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Wie im vorherigen Zielbereich „Hohes Bildungs- und Ausbildungsniveau“ bereits ausführlich dargestellt, werden erfolgreiche Abschlüsse an allgemeinbildenden Schulen immer stärker zur Voraussetzung für eine gelungene Integration in die Arbeitswelt. Außerdem ist Bildung ein hohes Kulturgut, das allen sozialen Lagen einer Gesellschaft in ausreichender Form zur Verfügung stehen sollte. Nicht umsonst wird gerade in Drittweltländern immer wieder beklagt, dass Bildung als ein Menschenrecht nicht universal anerkannt ist.



Auch in den reichen Industrienationen ist die Art und der Umfang der Bildung von Kindern und Jugendlichen nach wie vor stark vom sozialen Status der Eltern abhängig. Eine Gesellschaft ist aber nur dann umfassend zur inneren Weiterentwicklung fähig, wenn möglichst breite Schichten ihren Anspruch auf eine ihnen angemessene Bildung auch verwirklichen können. Insofern wäre ein hoher Anteil von SchülerInnen, die den grundlegenden allgemeinen Bildungsabschluss nicht erreichen, ein Anzeichen für eine Fehlentwicklung.

Umgekehrt ist der aufgeführte Indikator aber wiederum zu unscharf, um etwas über den tatsächlichen Bildungsstand einer bestimmten Alterskohorte in einer Kommune auszusagen.

Entwicklung in Konstanz:

Die Darstellung zeigt keine besonderen Auffälligkeiten für Konstanz weder bei deutschen noch bei SchulabgängerInnen mit ausländischer Herkunft.

Ein Höchststand der Abgänge ohne Hauptschulabschluss ist im Schuljahr 93/94 mit 3,5% an allen SchulabgängerInnen an Haupt- und Realschulen zu verzeichnen. Dafür aber zeichnet sich das Schuljahr davor mit 0,6% durch den geringsten Anteil aus.

In Baden-Württemberg blieben laut einer Erhebung im Schuljahr 02/03 5,8% aller SchulabgängerInnen ohne Hauptschulabschluss.

Einschätzung des Trends:

Ein wirklicher Trend ist nicht auszumachen, d.h. im positiven Sinne, dass von einer mangelnden Integration ins Schulsystem in Konstanz weder bei Deutschen noch bei Migranten ausgegangen werden kann. Zumindest die vorliegenden Zahlen belegen, dass auch für ausländische SchülerInnen eine gelungene Integration zu konstatieren ist. Unberücksichtigt bleiben hier allerdings Schulabgänge vor dem 9. Schuljahr. Unter Zuhilfenahme des vorliegenden Zahlenmaterials können keine Rückschlüsse auf die Hintergründe vorzeitigen Schulabgangs von den angegebenen Schultypen

gezogen werden. Dies gilt sowohl für deutsche wie ausländische SchülerInnen. Hierzu wäre eine qualitative Form der sozialen Analyse notwendig.

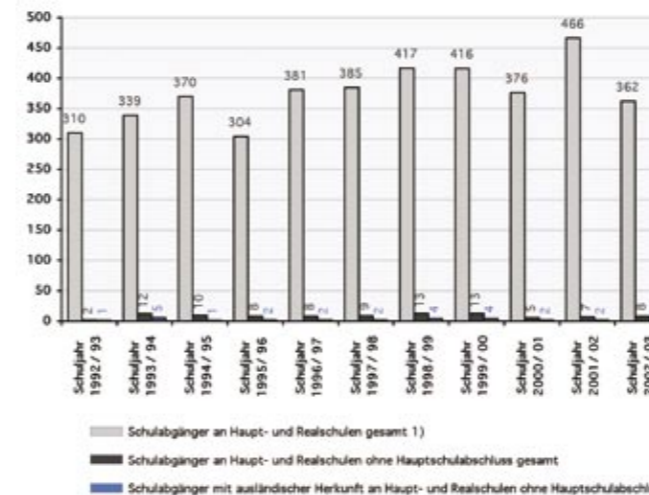
Der Schultyp Förderschule wurde aus den genannten statistischen Gründen nicht in die Darstellung mit aufgenommen, ist aber im Hinblick auf die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund wichtig. Wie an Förderschulen in ganz Baden-Württemberg zu beobachten, so ist auch der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund an der Comenius-Förderschule in Konstanz im Vergleich zu den anderen Schultypen sehr hoch.

(Im Schuljahr 2003/2004 haben 56% der Kinder an dieser Förderschule einen ausländischen Pass).

An diesem Beispiel zeigt sich, dass auf der kommunalen Ebene die Betrachtung einzelner Schulen mit einzubeziehen ist, wenn man insgesamt gelungene Integration ins Bildungssystem beurteilen will (siehe Literaturhinweis, Sitzungsvorlage).

Abbildung C 3 - 1

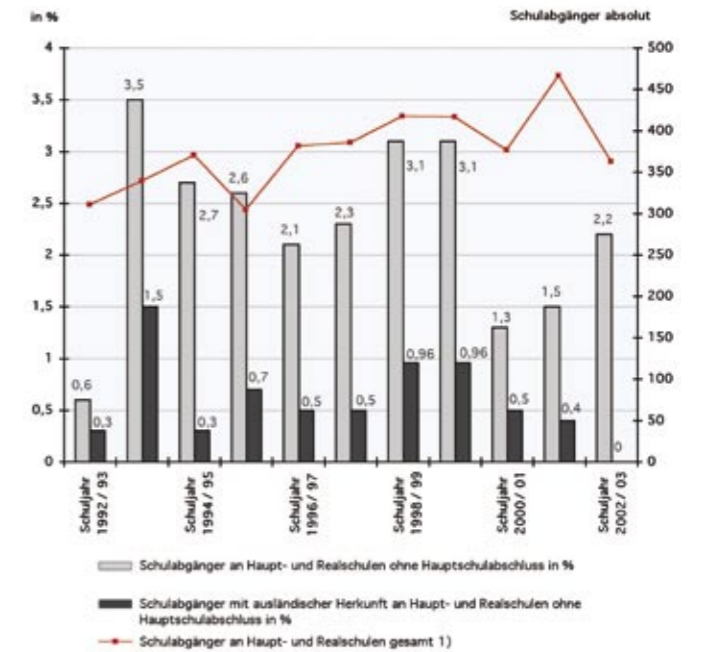
SchulabgängerInnen ohne Hauptschulabschluss an Konstanzer Haupt- und Realschulen differenziert nach Deutschen/Migranten, Schuljahre 92/93 bis 02/03



1) Nur Schulabgänger ab Klasse 9 dargestellt.

Abbildung C 3 - 2

SchulabgängerInnen ohne Hauptschulabschluss an Konstanzer Haupt- und Realschulen in Prozent aller SchulabgängerInnen dieser Schularten – differenziert nach Deutschen/Migranten, Schuljahre 92/93 bis 02/03



1) Nur Schulabgänger ab Klasse 9 dargestellt.

Datenquelle: Stadt Konstanz, Kulturamt Abteilung Schulverwaltung.

Weiterführende Literatur:

Sitzungsvorlage für den Schulausschuss der Stadt Konstanz am 16.03.2004 (bearbeitet durch Frau Elke Cybulla): Integration von Kindern mit Migrationshintergrund in Konstanzer Schulen.

Bauereiss, Renate (u. a.): Familienatlas II – Lebenslagen und Regionen in Deutschland – Karten und Zahlen. Opladen 1997 Leske und Budrich, Daraus: Schule und Ausbildung S. 96-111 (Karte S. 105).

Zielbereich: Gelungene Integration in das Bildungssystem

INDIKATOR C 4:

Anteil von ausländischen SchülerInnen an weiterführenden Schulen

Definition des Indikators:

Erfasst wird der Anteil von ausländischen SchülerInnen an Realschulen und Gymnasien in Konstanz (nicht enthalten sind unterschiedliche Gymnasialtypen wie Wirtschaftsgymnasium, Technisches Gymnasium etc.). Diese Zahlen werden dem Anteil von ausländischen SchülerInnen an allen Konstanzer Schulen in den Schuljahren 1992/93 bis 2003/04 gegenübergestellt.

Wie beim Indikator C 3 ist die Statistik hier nicht so trennscharf angelegt, dass sie Auskunft darüber geben könnte, welche SchülerInnen an weiterführenden Schulen durch ihr Elternhaus einen Migrationshintergrund mitbringen, aber in der Statistik als Deutsche geführt werden (z.B. statistisches Problem der dt. Staatsbürgerschaft trotz Migrationshintergrund). Dies wäre allerdings auch nur im Fall weiter gehender Analysen von Bedeutung.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus verfügten im Mai 2003 im Landesdurchschnitt 14,7 % der Erwerbstätigen in Baden-Württemberg über einen Fachhoch- bzw. Hochschulabschluss¹.

In der Region Hochrhein-Bodensee waren es 14,0 %. Diese Zahlen zeigen, dass der Trend zu höherer Bildung sich in den letzten Jahren verstetigt hat und die Nachfrage der Arbeitgeberseite auf dem Arbeitsmarkt nach höherer Qualifikation in bestimmten Berufsfeldern ungebrochen ist.

Voraussetzung für den Erwerb höherer beruflicher Qualifikationen ist die Chance, höhere allgemeine Bildungsabschlüsse erwerben zu können.

Ein Zeichen für eine Gesellschaft mit ausgeprägter Chancengleichheit trotz unterschiedlicher Ausgangsbedingungen ist es, wenn SchülerInnen ausländischer Herkunft gleichberechtigt höhere Bildungsabschlüsse erlangen können.



Eine steigende Zahl von ausländischen SchülerInnen mit höherer Allgemeinbildung lässt auch Rückschlüsse auf die Integrationsfähigkeit des bestehenden Bildungssystems zu.

Im Sinne der nachhaltigen Entwicklung dürfen bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht aufgrund kultureller und sozialer Verschiedenheiten von höherer Bildung ausgeschlossen werden, sondern wie sonst auch sollte die individuelle Leistungsfähigkeit zum Maßstab für den schulischen Werdegang werden. Eine Kompensation unterschiedlicher Startbedingungen ist vielmehr wünschenswert.

Entwicklung in Konstanz:

Insgesamt ist im dargestellten Zeitraum ein genereller Rückgang der ausländischen SchülerInnen an allen Konstanzer Schulen zu verzeichnen.

Der Anteil der ausländischen SchülerInnen an Gymnasien in Konstanz betrug 92/93 noch 7,7 %, 02/03 nur noch 5 %. Der Anteil an Realschulen, der 92/93 noch bei 12,9 % lag, ist zwar auch gesunken, zeigt sich aber in den letzten Jahren mit um die 9 % recht stabil.

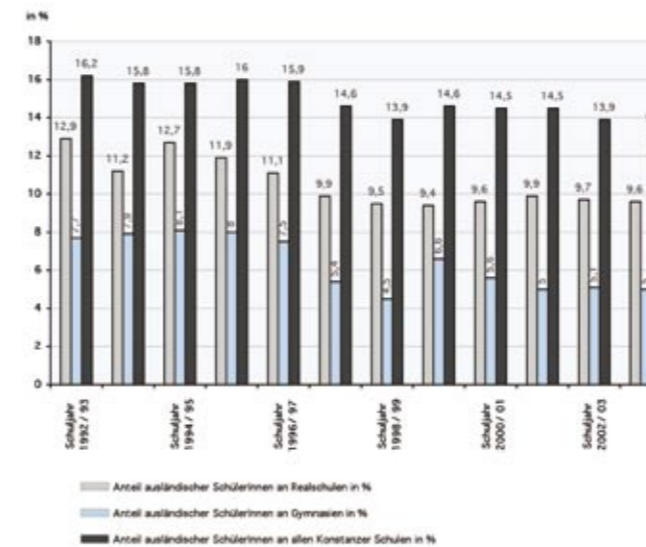
Einschätzung des Trends:

Grundsätzlich berücksichtigt werden muss in diesem Zusammenhang der insgesamt Rückgang von ausländischen SchülerInnen an der Gesamtzahl Konstanzer Schulen.

Trotzdem ist es als kritisch anzusehen, dass der Anteil von ausländischen SchülerInnen an weiterführenden Schulen in Konstanz im Betrachtungszeitraum zurückgegangen ist. Insbesondere trifft dies auf den Anteil an den Gymnasien zu.

Abbildung C 4 - 1

Ausländische SchülerInnen an weiterführenden Schulen in Konstanz in Prozent, Schuljahre 92/93 bis 03/04



Geschwister-Scholl-Schule ab Klasse 7, andere Schulen ab Klasse 5.

Datenquelle: Stadt Konstanz, Kulturamt Abteilung Schulverwaltung.

Weiterführende Literatur:

Bauereiss, Renate (u.a.): Familienatlas II – Lebenslagen und Regionen in Deutschland – Karten und Zahlen. Opladen 1997 Leske und Budrich, Daraus: Schule und Ausbildung S. 96 - 111 (Karte S. 103).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg [Hrsg.]: Statistische Berichte Baden-Württemberg, Artikel Nr. 3168 03001: Bevölkerungsstruktur, Wirtschaftsstruktur und Erwerbstätigkeit in den Regionen Baden-Württembergs im Mai 2003. Stuttgart 29.04.2004.

¹ einschließlich Ingenieurschulabschluss und Promotion, ohne Abschluss an einer Verwaltungsfachhochschule; Erhebung 02/03.

Zielbereich: Attraktivität von Konstanz als Wohnort

INDIKATOR C 5:

Zahl der Zu- und Fortzüge je 1.000 Einwohner und Wanderungssaldo

Definition des Indikators:

Erfasst wird die Anzahl der Menschen, die im Bezugsjahr durch Umzug in die Kommune zuziehen sowie die Zahl der Menschen, die die Kommune durch Umzug verlassen. Die Differenz ergibt den Wanderungssaldo.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Eine hohe Zahl von Fortzügen spricht für eine abnehmende Attraktivität der Region/Stadt im Vergleich zu anderen Regionen/Städten. Umgekehrt deutet eine hohe Zahl von Zuzügen auf eine zunehmende Attraktivität der Region im Vergleich zu anderen hin. Ein bestimmter Wanderungssaldo kann sich dabei sowohl als Ergebnis einer hohen wie einer niedrigen Fluktuation ergeben. Eine Beurteilung des Wanderungssaldos hängt daher von den jeweiligen regionalen Gegebenheiten ab. Sehr hohe Salden – positiv oder negativ – können dagegen oftmals als Indikator für unterschiedliche Problemkonstellationen gewertet werden. Ein stark negativer Wanderungssaldo kann im Extremfall zur Verödung ganzer Stadtteile führen – wie Fälle im Osten Deutschlands heute schon zeigen.

Diese Entwicklung ist nicht im Sinne der Nachhaltigkeit von Städten und Kommunen.

Ein positiver Wanderungssaldo zieht häufig positive Effekte wie z.B. eine verbesserte Einnahmesituation von Kommunen nach sich. Gleichzeitig gilt es zu bedenken, dass ein stark positiver Wanderungssaldo in sogenannte Boom-Regionen aber auch mit Problemen wie einem steigenden Druck auf die Verkehrssituation, den Wohnungs- und unter Umständen auch auf den Arbeitsmarkt verbunden sein kann. Auswirkungen haben eine hohe Zahl von Zuzügen natürlich auch im Bereich der Ökologie. Wachsende Städte nehmen mehr Fläche in Anspruch, um ihren Neubürgern entsprechenden Wohnraum anbieten zu können.

Sichtbar wird hier der Zielkonflikt zwischen dem Anspruch, die eigene Stadt als attraktiven Standort für Unternehmen und damit für Arbeitssuchende auszubauen und andererseits dem Anspruch gerecht zu werden, schonend mit der Ressource Boden umzugehen (siehe Indikator A 3).



Eine zukunftsfähige Entwicklung zu gestalten, heißt heute bereits Wohnformen zu entwerfen, die beide gerechtfertigte Ansprüche berücksichtigen und das natürliche Kapital als Grundlage für das menschliche Wirtschaften ausreichend schützen.

Entwicklung in Konstanz:

Konstanz verzeichnet im Zeitraum von 1993-2003 ein insgesamt kontinuierliches, moderates Wachstum. Der Wanderungssaldo ist stark schwankend, wenn auch außer 1993 (-0,03 %) durchgehend positiv und beträgt im letzten dargestellten Erhebungsjahr 2003 rund +0,8 % (+8,1 EW je 1.000 EW).

(Wanderungszuwachs in Ba-Wü. 2003: +0,3 % bezogen auf Gesamtbevölkerung).

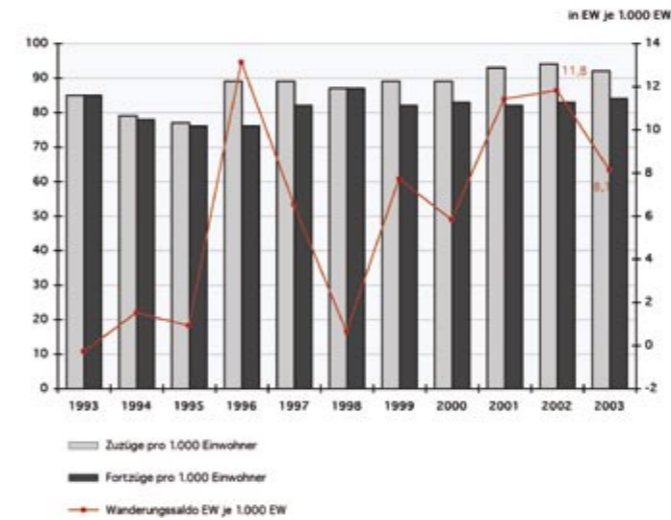
Einschätzung des Trends:

Das moderate Wachstum ist positiv zu bewerten, da keine derart gravierenden Ausschläge nach oben zu verzeichnen sind, dass die Bevölkerungszunahme als nicht stadtverträglich anzusehen wäre.

Im Rückgriff auf den Ergänzungsindikator zu A 3 muss allerdings festgestellt werden, dass die Flächeninanspruchnahme gegenüber dem Bevölkerungszuwachs überproportional gestiegen ist. Diesen Trend gilt es mittel- bis langfristig gesehen zu stoppen, will man in Konstanz nachhaltig mit der nicht erneuerbaren Ressource Boden umgehen.

Abbildung C 5-1

Zahl der Zu- und Fortzüge je 1.000 Einwohner und Wanderungssaldo 1993-2003



Datenquelle: Statistisches Landesamt (LIS).

Zielbereich: Attraktivität von Konstanz als Wohnort

ERGÄNZUNGSINDIKATOR zu C 5: Altersgliederung der Bevölkerung

Definition des Indikators:

Als Ergänzung zur Betrachtung des Wanderungssaldos wird die Bevölkerungszusammensetzung nach Altersgruppen herangezogen. Diese statistischen Werte machen es möglich, die Wanderungsgewinne in Konstanz auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung einordnen zu können.

Die Zahlen hierzu stammen vom **Statistischen Landesamt Baden-Württemberg** und sind in folgende sechs Altersgruppen unterteilt:

- unter 15 Jahre
- 15 bis 18 Jahre
- 18 bis 25 Jahre
- 25 bis 40 Jahre
- 40 bis 65 Jahre
- über 65 Jahre

Es werden die absoluten Bevölkerungszahlen je Altersgruppe so wie deren Anteile in Prozent der Gesamtbevölkerung dargestellt.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Aufgrund der geringen Geburtenzahl (durchschnittlich 1,3 Kinder je Frau) in Deutschland in den vergangenen Jahren übersteigt die Sterberate die Geburtenziffer bereits seit geraumer Zeit. Wenn man diese momentanen Parameter in die Zukunft projiziert, ist von einem langfristigen Bevölkerungsrückgang in Deutschland auszugehen. Mittelfristig betrachtet, ergibt sich ein Problem für unser umlagefinanziertes soziales Sicherungssystem, besonders im Hinblick auf die Altersvorsorge. Immer weniger jüngere, erwerbstätige Menschen müssen finanziell immer stärker in die Pflicht genommen werden, um die Renten der anteilig größer werdenden älteren Generation sicher zu stellen. Die Diskussionen der letzten Jahre um die Funktionsfähigkeit und Gefährdung des Systems der sozialen Absicherung vor dem Hintergrund dieser Entwicklung sind bekannt. Anpassungen an die skizzierte Problemstellung sind Gegenstand der laufenden politischen Diskussion um eine tragfähige Zukunftsentwicklung.



Im Sinne der nachhaltigen Entwicklung ist auch hier darauf zu achten, nachwachsende Generationen nicht so stark zu belasten, dass Ihnen Entwicklungschancen genommen werden.

Für die Kommunen ist es momentan von Bedeutung, auch für jüngere und mittlere Erwerbstätige mit entsprechender finanzieller Ausstattung und Steuerkraft attraktiv zu sein.

Kommunen, die die Möglichkeit haben, eine ausreichende Zahl an Arbeitsplätzen und dementsprechenden Wohnraum für diesen Personenkreis zu bieten, werden im Vorteil sein, wenn es um die Ansiedlung bestimmter Altersgruppen geht. Zielsetzung dabei ist, dass kommunale Finanzhaushalte vom Steueraufkommen genau dieser Personengruppen profitieren.

Auf den Zielkonflikt in Zusammenhang mit dem nachhaltigen Umgang mit der Ressource Boden wurde bereits unter dem Kernindikator C 5 hingewiesen.

Langfristig gesehen wird die Gruppe der älteren Menschen größer werden. Diese Gruppe kann aufgrund ihrer Lebenserfahrung wichtige Impulse für die Weiterentwicklung des Gemeinwesens geben. Dieses Potential gilt es unter Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit sowohl im beruflichen wie im Sektor des ehrenamtlichen Engagements weiter zu bewahren und zu nutzen.

Entwicklung in Konstanz:

Auffallend in Konstanz ist in erster Linie der Rückgang des Anteils der Gruppe der 25 bis 40-jährigen an der Gesamtbevölkerung um annähernd 6 % im Zeitraum von 1993-2003 (1993: 30,1 %; 2003: 24,7 %). Bei den übrigen Altersgruppen sind keine derart deutlichen Verschiebungen zu beobachten. Sichtbare Veränderungen liegen dabei im Landestrend von Baden-Württemberg.

Allein der Anteil der unter 15-jährigen an der Gesamtbevölkerung ist im Jahr 1993 mit 12,6 % und 2003 mit 12,2 % geringer als im Landesdurchschnitt (1993: 16,8 %; 2003: 16 %).

Der Anteil der 15 bis 18-jährigen Jugendlichen in Konstanz ist annähernd gleich geblieben (1993: 2,3 %; 2003: 2,5 %), während die 18 bis 25-jährigen Personen ihren Anteil von 10,2 % auf 11,7 % steigern konnten. Diese Steigerung ist sicherlich in erster Linie dem Bildungsstandort Konstanz mit Universität und Fachhochschule zuzuschreiben.

In Konstanz ist der Anteil der 40 bis 65-jährigen von 1993 bis 2003 um 3 % auf 32,1 % angestiegen und liegt damit knapp unter dem Landesdurchschnitt (2003: 33,5 %). Auch bei den Personen über 65 Jahren kam es in den zurückliegenden zehn Jahren bis 2003 zu einem Anstieg des Anteils um 1 % auf 16,8 % (Durchschnitt Ba-Wü. 2003: 17 %).

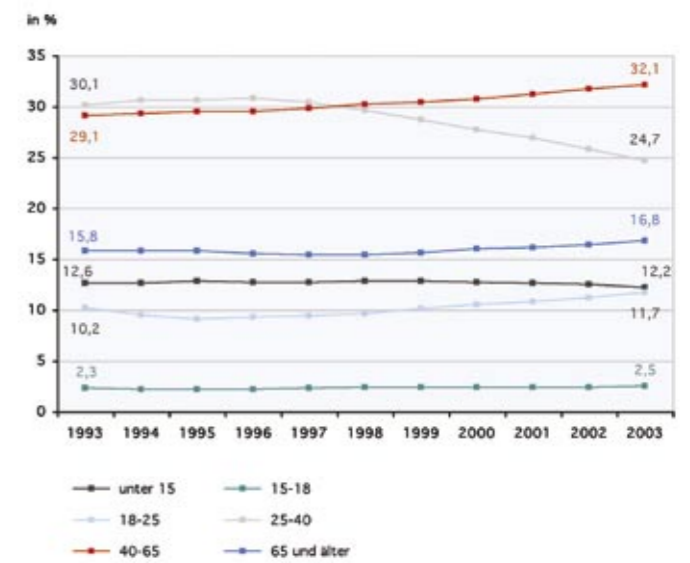
Einschätzung des Trends:

Legt man das Augenmerk nur auf die Gruppe der 15 bis 40-jährigen so liegt deren Anteil an der Wohnbevölkerung in Konstanz mit 38,9 % im Jahr 2003 um 5,4 % über dem Landesdurchschnitt von Baden-Württemberg (2003: 33,5 %).

Dabei ist der Anteil der 25 bis 40-jährigen, also der jüngeren potentiell erwerbstätigen Personen, im Betrachtungszeitraum von allen Gruppen am stärksten zurückgegangen. Dies ist im Hinblick auf die oben dargestellten Zielsetzungen von Kommunen kritisch zu sehen.

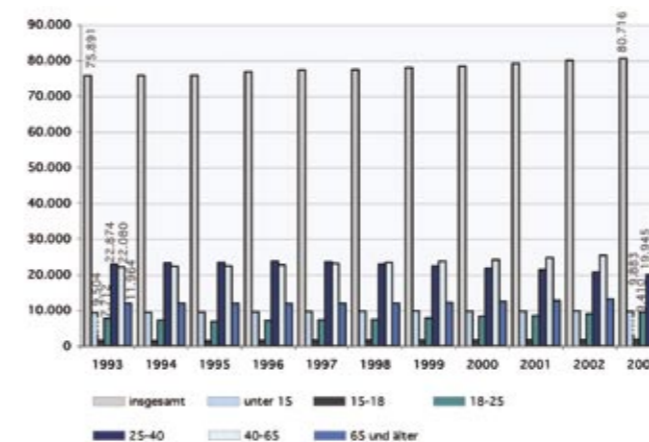
Bezogen auf die Wanderungsgewinne in Konstanz in den letzten zehn Jahren zeigt sich ein ausgeglichenes Bild. Keine der sechs dargestellten Altersgruppen kann auffallend hohe Zuwächse verzeichnen.

Abbildung Ergänzungsindikator C 5 - 2
Anteil der Gesamtbevölkerung in Prozent unterschieden nach sechs Altersgruppen 1993-2003



Datenquelle: Statistisches Landesamt (LIS).
Eigene Umrechnung in Prozentzahlen.

Abbildung Ergänzungsindikator C 5 - 1
Bevölkerung unterschieden nach sechs Altersgruppen in absoluten Zahlen 1993-2003



Zielbereich: Hohe kulturelle Vielfalt

INDIKATOR C 6:

Kommunale Ausgaben für Kultur je 1.000 Einwohner

Definition des Indikators:

Generell gilt es bei der Betrachtung dieses Zielbereichs vorzuschicken, dass kulturelle Vielfalt sich sehr schwer über konkret quantifizierbare Kenngrößen abbilden lässt.

Die beiden in diesem Bericht verwendeten Kernindikatoren C 6 und C 7 so wie der Ergänzungsindikator sind folglich als Hilfsindikatoren zu verstehen.

Erfasst werden bei C 6 zum einen die kommunalen Ausgaben für den Kulturbereich in Konstanz je 1.000 Einwohner. In der zweiten verwendeten Grafik wird der kommunale Kulturhaushalt in absoluten Zahlen dargestellt. Dabei sind sowohl die Ausgaben aus dem jeweiligen Verwaltungshaushalt als auch aus dem Vermögenshaushalt abzulesen. Des Weiteren wird der Anteil der Kulturausgaben in Prozent des jeweiligen gesamten Verwaltungshaushalts nachvollziehbar.

Die Zahlen aus dem Vermögenshaushalt werden dargestellt, um die Investitionsleistungen im kulturellen Bereich abzubilden.

Der Kulturhaushalt umfasst dabei sowohl den Unterhalt von städtischen Kultureinrichtungen, Personalstellen im Kulturbereich als auch Förderung von Trägern freier Kultur.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Die Atmosphäre und das geistige Klima, die in einer Stadt herrschen, werden zu einem nicht unwesentlichen Teil durch die kulturelle Vielfalt mit bestimmt.

Nicht nur die arrivierten Kultureinrichtungen, die sich zumeist in der Trägerschaft der öffentlichen Hand befinden, sondern auch viele aus der Bürgerschaft heraus organisierte kulturelle Vereine und Initiativen haben ihren Anteil am kulturellen Angebot einer Stadt (siehe hierzu Indikator C 7).

Doch sowohl die professionellen Einrichtungen als auch die ehrenamtlich getragenen Gruppen mit ihren vielfältigen Veranstaltungen bedürfen der angemessenen finanziellen Unterstützung und Ausstattung, um eine ambitionierte Kulturarbeit aufrecht erhalten zu können. Dies wird bei zunehmender Finanznot in den Kommunen ein zusehends schwierigeres Unterfangen. Gerade europäische Städte blicken auf eine lange Tradition der unterschiedlichsten kulturellen Einrichtungen zurück.



Im Zusammenhang mit einer nachhaltigen Stadtentwicklung gilt es aufbauend auf dieser Tradition, die gewachsene Kulturgeschichte zu bewahren und zu pflegen und ebenso zukunftsorientiert weiter zu entwickeln. Insofern bietet städtische Kultur auch immer ein hohes Integrations- und Identifikationspotential für die EinwohnerInnen.

Entwicklung in Konstanz:

Für Konstanz zeigt sich primär ab 1997 ein kontinuierlicher Anstieg der Kulturausgaben je 1.000 Einwohner. Im Jahr 2002 beliefen sich die Ausgaben für den kulturellen Bereich auf rund 165.000 € je 1.000 Einwohner. Der starke Ausschlag im Jahr 1996 geht dabei auf die Einbeziehung der Philharmonie zurück.

Der 3. städtische Kulturbericht von 1997 gibt allerdings Auskunft darüber, dass die Betrachtung der reinen Zahlen suggeriert, dass in den letzten Jahren eine Ausweitung der Ausgaben für den Kultursektor stattgefunden habe. Da sich aber im dargestellten Zeitraum die Berechnungsgrundlage für den Kulturretat im städtischen Haushalt geändert hat, kann diese Aussage derart pauschal nicht getroffen werden.

Z. B. ergibt sich der höhere Anteil am kommunalen Verwaltungshaushalt im Jahr 1996 „vor allem aus der Veranschlagung von kalkulatorischen Kosten und von Kosten der Zentralen Dienste.“ Hier muss darauf geachtet werden, dass eine rein rechnerische Quote nicht die tatsächliche Ausgabensituation, die sich in der konkreten Kulturförderung niederschlägt, verfälscht.¹

Der dargestellte Indikator C 6 umfasst lediglich die Ausgabenseite für den kulturellen Bereich. In nachfolgenden Berichten sollte nach Auffassung der Kulturverwaltung der Leistungsseite größeres Gewicht beigemessen werden.

¹ vgl. Stadt Konstanz: Kulturbericht Nr. 3 Januar 1997, S. 9/10.

Einschätzung des Trends:

Zumindest für die Jahre ab 1997 lässt sich ein Vergleich ziehen, da die Berechnungsgrundlage in der Folgezeit identisch war.

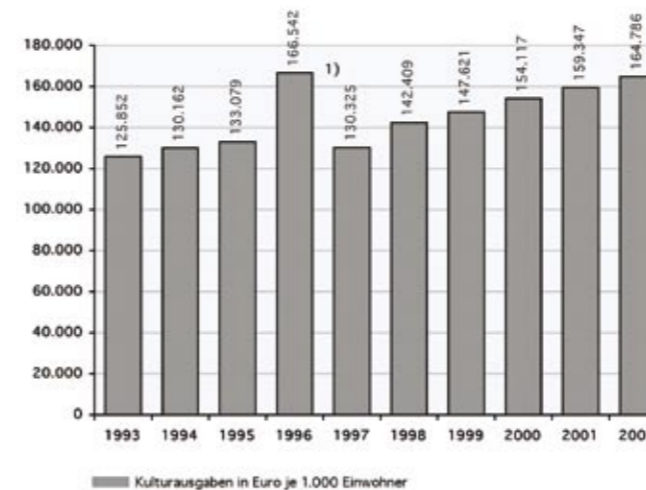
Insbesondere für diesen Zeitraum zeigt sich ein Trend steigender Kulturausgaben je 1.000 Einwohner, der als positiv zu bewerten ist, besonders vor dem Hintergrund, dass Konstanz für sein vielfältiges kulturelles Angebot in Relation zur Einwohnerzahl rund um den See und darüber hinaus bekannt ist.

Der Anstieg der Kulturausgaben nach 1997 ist dabei entscheidend mit der Eröffnung des Kulturzentrums am Münster verbunden.

Auch wenn Ausgaben für den Bereich Kultur grundsätzlich eine Freiwilligkeitsleistung der Kommunen darstellen, ist Kultur nicht nur als weicher Standortfaktor zu verstehen, sondern kulturelle Bildung ist auch Ressource für nachhaltige gesellschaftliche Innovation und Integration. Kulturarbeit in Zeiten knapper kommunaler Finanzen zu unterstützen, bedeutet so gesehen auch eine Investition in Zukunft, wobei der Ermessensspielraum der kommunalen Entscheidungsträger ausschlaggebend ist.

Abbildung C 6 - 1

Kommunale Kulturausgaben in Euro je 1.000 Einwohner 1993-2002



1) Einschließlich Philharmonie.

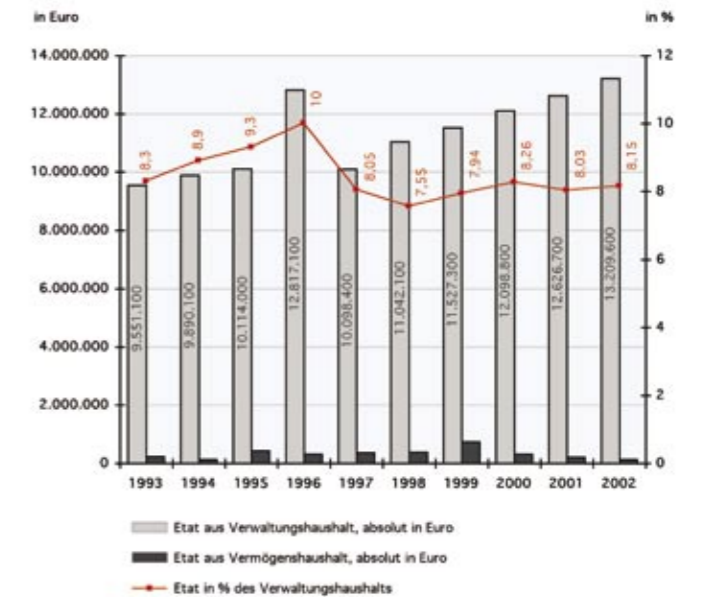
Einwohnerzahlen zum 31.12. des jeweiligen Jahres.

Datenquellen: Stadt Konstanz, Kämmerei.

Statistisches Landesamt (LIS), eigene Umrechnung auf 1.000 EW.

Abbildung C 6 - 2

Kommunale Kulturausgaben aus den jeweiligen Verwaltungs- und Vermögenshaushalten absolut in Euro und in Prozent des jeweiligen Verwaltungshaushalts 1993-2002



1) Einschließlich Philharmonie.

Datenquelle: Stadt Konstanz, Kämmerei.

Weiterführende Literatur:

Stadt Konstanz [Hrsg.]: Kulturbericht Nr. 3, Januar 1997.

Stadt Konstanz [Hrsg.]: Kulturbericht Nr. 1, Juni 1993. (In Ergänzung hierzu Teil 2: Die Entwicklung im Bereich der freien Kultur – später verzeichnet als Kulturbericht Nr. 2, März 1994).

Zielbereich: Hohe kulturelle Vielfalt

INDIKATOR C 7:

Anzahl kultureller Einrichtungen

Definition des Indikators:

Die angegebenen Zahlen für diesen Indikator gehen auf aktuelle Aufstellungen aus dem Jahr 2003 des Kulturamts (KA) der Stadt Konstanz, Abteilung Kulturverwaltung, zurück.

Hierbei wurden nur die Einrichtungen ermittelt, die eine Förderung von städtischer Seite erhalten.

Das bedeutet, dass auch bei diesem Indikator nur ein von städtischer Seite erfasster Ausschnitt der kulturellen Vielfalt an Vereinen, Organisationen etc. überhaupt dargestellt ist. Hierbei handelt es sich ausschließlich um eine aktuelle Bestandsaufnahme. Die Darstellung der Entwicklung in einer Zeitreihe ist aufgrund der Datenlage nicht möglich.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Die grundlegenden Aspekte des Zielbereichs „hohe kulturelle Vielfalt“ wurden bereits unter Indikator C 6 beschrieben.

Die kommunale Kulturpolitik hat das Ziel, bestmögliche Voraussetzungen für das Kulturleben in einer Stadt zu schaffen. Theater, Museen, Kulturzentren und Orchester formen das Profil einer Kulturstadt. Ein vielfältiges kulturelles Angebot wird jedoch auch maßgeblich von zahlreichen Vereinen und Initiativen aus der freien Kultur mitgetragen. Von diesem Engagement profitiert die gesamte Bevölkerung.¹

Entwicklung in Konstanz:

Da nur eine Bestandsaufnahme vorliegt, kann eine Entwicklung nicht nachgezeichnet werden. Die Stadt Konstanz unterstützt auch die freie Kultur in breitem Umfang. Neben der laufenden Förderung erhalten Vereine und Initiativen z. B. Miet- und Betriebskostenzuschüsse sowie Fördermittel und Finanzierung der Jugendarbeit.²



Insgesamt sind – unterteilt in verschiedene Sparten – im Juni 2004 in Konstanz 62 kulturelle Einrichtungen in der Statistik des Kulturamts aufgelistet.

Dabei umfasst die Sparte **Bildende Kunst/Sammlung/Ausstellungswesen** mit 16 Einrichtungen die höchste Anzahl (siehe Erläuterung).

Einschätzung des Trends:

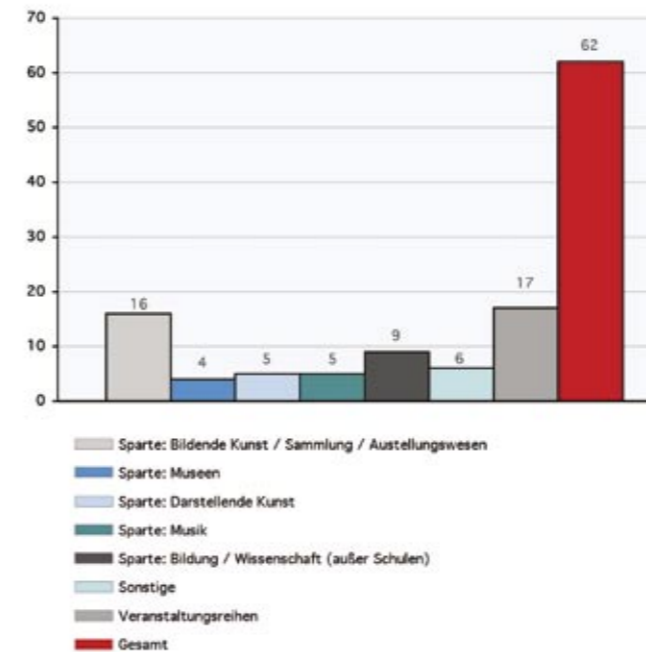
Da eine Zeitreihe nicht darstellbar ist, kann von einem Trend nicht gesprochen bzw. nicht abgebildet werden. Ebenfalls sind viele kulturelle Initiativen und Veranstaltungen aufgrund der Art der Datenerhebung nicht erfassbar. Eine wirklich aussagekräftige Einschätzung, ob die Anzahl der kulturellen Einrichtungen für eine Stadt in der Größe von Konstanz adäquat ist, kann in diesem Fall nicht erfolgen.

Die Stadt Konstanz hat dabei in der Vergangenheit dazu beigetragen, die Rolle von Konstanz als kulturelles Oberzentrum weiter zu akzentuieren und zu formen und jene Instrumente der Förderung auszubauen, die künstlerische und kulturelle Leistung hervorbringen.

Eine laufende Anpassung des statistischen Datenmaterials wäre hier hilfreich, ist aufgrund der Dynamik des „kulturellen Marktes“ mit laufender Entstehung und Auflösung von Vereinen und Initiativen aber nur bedingt umsetzbar. Folglich ist die Aussagefähigkeit des Indikators in evt. folgenden Nachhaltigkeitsberichten zu überprüfen.

Abbildung C 7 - 1

Anzahl kultureller Einrichtungen in Konstanz – Stand 2003



Die Sparte **Bildende Kunst** etc. umfasst:

städtische Ausstellungsbetriebe mit und ohne konzeptionelle Leitung, kommerzielle Galerien, die den Kriterien des Deutschen Galeristenverbandes entsprechen, private Kunstgalerien sowie Künstlerateliers; nicht berücksichtigt sind hier Ausstellungsorte unter **Sonstige** sind genannt:

Kulturladen, Kommunales Kunst- und Kulturzentrum K9, Kommunales Kino (Zebra), KiKuz Raiteberg, Jugendzentrum Jägerkaserne, von Wessenberg'sche Vermächtnisstiftung.

Datenquelle: Stadt Konstanz, Kulturamt, Abteilung Kulturverwaltung.

Weiterführende Literatur:

Stadt Konstanz [Hrsg.]: **Kulturbericht Nr. 2: Die Entwicklung im Bereich der freien Kultur**. März 1994).

¹ laut einer internen Schätzung des KA ist in Konstanz von wenigstens 85 Vereinen kultureller Art auszugehen. Weitere 10 Vereine, die sich kulturell betätigen, können hinzugezählt werden.

² vgl. Stadt Konstanz: Die Entwicklung im Bereich der freien Kultur – später verzeichnet als Kulturbericht Nr. 2, März 1994, S. 7-10.

Zielbereich: Hohe kulturelle Vielfalt

ERGÄNZUNGSINDIKATOR zu C 6 und C 7:

Anzahl der verkauften Theater- und Kinokarten in Relation zum Sitzplatzangebot

Definition des Indikators:

Erfasst wird zum einen die Anzahl der verkauften Theaterkarten von der Saison 1997/98 bis 2001/02 und in Bezug gesetzt zur Sitzplatzanzahl, die je nach Anzahl der aufgeführten Stücke und der Aufführungsorte variiert.

Die Kinobesucherzahlen sind für die Jahre von 1992-2003 erfasst. Auch diese Zahlen werden in Relation gesetzt zur tatsächlichen Platzkapazität. Diese errechnet sich aus dem vorhandenen Platzangebot (1.100 Plätze in 10 Sälen) multipliziert mit 365 Tagen. Diese Rechnung ergibt eine Platzkapazität von 401.500 Plätzen (vereinfachte Berechnung, Mehrfachbelegung nicht mit einbezogen). Realistischerweise kann weder beim Theater noch bei Kinovorführungen von einer 100-prozentigen jährlichen Auslastung ausgegangen werden. Deshalb wird in diesem Fall eine fiktive Auslastungsquote von 80 % der Sitzplatzkapazität veranschlagt, um zu zeigen in welchen Jahren diese Auslastungsquote erreicht wurde. Für den Bereich des Theaters variiert diese Quote jährlich. Eine 80-prozentige Auslastung der Kinosäle in Konstanz bis 2003 bedeutet eine Anzahl von 321.200 verkauften Karten jährlich. Die Zahlen für die Kinobesucher stammen von der **Scala FTB GmbH Konstanz**. Ihr Geschäftsführer betont, dass die Auslastung der Kinos selbstverständlich in Bezug zu setzen ist zum Filmangebot eines Monats bzw. Jahres.

Die Zahlen für das Stadttheater Konstanz stammen aus den Statistischen Taschenbüchern ab 1999 (ab diesem Zeitpunkt geeignete Darstellungsart).

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Mit Darstellung dieser Zahlen ist kein unmittelbarer Bezug zur nachhaltigen Stadtentwicklung verbunden. Aufgezeigt werden soll anhand von zwei konkreten kulturellen Institutionen in Konstanz, die von einem breiten Publikum genutzt werden, in erster Linie wie sich kulturelles Interesse in Besucherzahlen niederschlägt.



Entwicklung in Konstanz:

Beide Datensätze zeigen, dass die Konstanzer und KonstanzerInnen sowohl rege TheaterbesucherInnen als auch KinogängerInnen sind.

In der Theatersaison 01/02 wurden 91.511 Theaterkarten verkauft.

Die Konstanzer Kinos konnten im Jahr 2003 332.479 Kinokarten absetzen. In beiden Sparten ist der Zuspruch aus der Schweiz mit einzubeziehen.

Einschätzung des Trends:

Wie bereits beschrieben, ist eine 100-prozentige Auslastung sowohl bezogen auf eine Spielzeit des Theaters als auch jährlich für den Bereich der Kinos als illusorisch anzusehen.

Die 80-prozentige Auslastung ist dabei eine vorgekommene Setzung, die die Wirtschaftlichkeit von kulturellen Einrichtungen – in diesem Fall sowohl in öffentlicher Hand (Theater) als am Markt orientiert (Kino) – mit ins Kalkül zieht.

Im Bereich des **Theaters** ist ein Trend schwer auszumachen bzw. eine Aussage zu treffen, da nur drei Spielzeiten in vorliegender Form erfasst werden können.

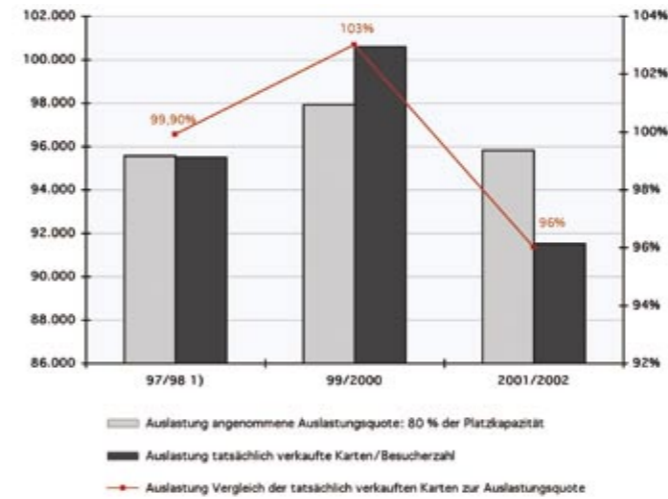
In der Spielzeit 99/00 lagen die verkauften Theaterkarten 3 % über der 80-prozentigen Auslastungsquote. In der darauffolgenden Spielzeit 01/02 lagen die Verkaufszahlen 4 % unter dieser Marke.

Betrachtet man die **Kinos**, so liegen die Besucherzahlen im dargestellten Zeitraum nur einmal im Jahr 1992 unter der angenommenen Auslastungsquote von 80 %.

Zumindest ansatzweise sind diese Zahlen ein Indiz für das ausgeprägte kulturelle Interesse der Konstanzer Bevölkerung.

In zukünftigen Berichten zur kommunalen Nachhaltigkeit in Konstanz kann versucht werden die Seite der kulturellen Leistungen stärker zu beleuchten. In diesem Zusammenhang wäre als Ergänzungsindikator z. B. der **Medienbestand der städtischen Bibliothek** denkbar.

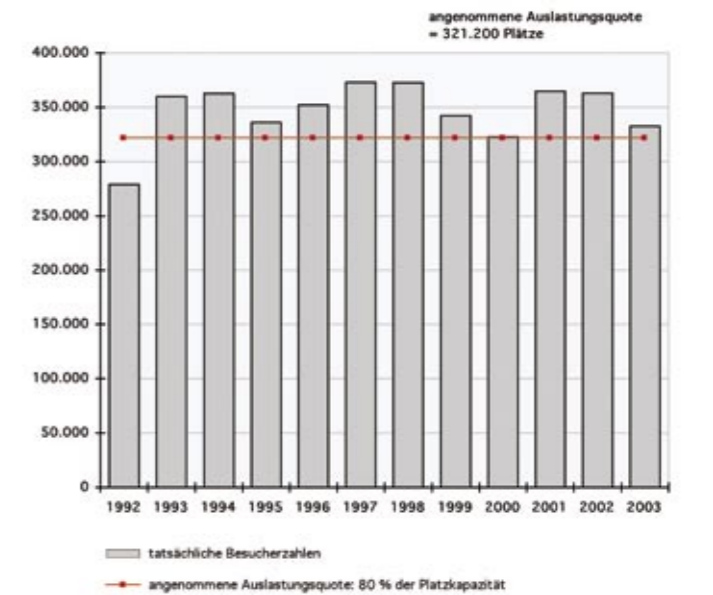
Abbildung Ergänzungsindikator C 6 / C 7 - 1
Anzahl der verkauften Theaterkarten Stadttheater Konstanz und Auslastung – Spielzeit 97/98 - 01/02



1) Geänderte Darstellungsweise ab Statistischem Taschenbuch der Stadt Konstanz 1999.
100 % entsprechen 80-prozentiger Belegung der je nach Spielzeit vorhandenen Sitzplatzkapazität.

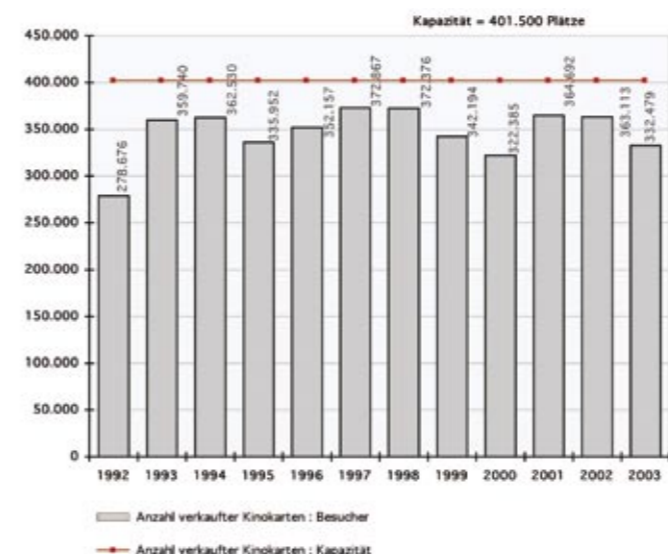
Datenquelle: StadtKonstanz, Statistische Taschenbücher 1999-03/04.

Abbildung Ergänzungsindikator C 6 / C 7 - 3
Anzahl der verkauften Kinokarten und Auslastungsquote 1992-2003



Datenquelle: Scala FTB GmbH Konstanz.

Abbildung Ergänzungsindikator C 6 / C 7 - 2
Anzahl der verkauften Kinokarten im Vergleich zur Sitzplatzkapazität 1992-2003



Sitzplatzkapazität und Auslastung vereinfacht berechnet mit einer (Abend-)Vorstellung pro Kinosaal und Tag.

Datenquelle: Scala FTB GmbH Konstanz.

Zielbereich: Hohes Sicherheitsniveau

INDIKATOR C 8:

Bekannt gewordene Straftaten je 1.000 Einwohner

Definition des Indikators:

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), die die Datengrundlage für diesen Indikator liefert, wird seit 1971 nach bundeseinheitlichen, zuletzt zum 01.01.1997 geänderten Richtlinien erstellt. Dabei werden alle von der Polizei bearbeiteten rechtswidrigen Taten einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche registriert, die im Zuständigkeitsbereich der Polizei begangen werden. In der PKS sind jedoch Staatsschutz-, Steuer- und reine Verkehrsdelikte nicht enthalten. Die Statistik kann durch zahlreiche Faktoren beeinflusst werden (zum Beispiel Veränderungen im Anzeigeverhalten oder der Intensität der Verbrechenskontrolle) und gibt naturgemäß keinen Aufschluss über das sogenannte Dunkelfeld.

Die Grunddaten für Konstanz von 1998-2003 stammen aus dem Jahresbericht 2003 der **Polizeidirektion Konstanz** und die Einschätzung des vorliegenden Zahlenmaterials wurde mit der Polizeidirektion abgestimmt.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Häufig beruhen Straftaten auf sozialen Problemen, die wiederum ihre Ursache in wirtschaftlichen Veränderungen haben können. Wachsende Armut (Vergleich Indikator C 1) und negative Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt sind hier ebenso zu nennen wie mangelnde Zukunftsperspektiven bei Jugendlichen. Natürlich sollte das Ziel sein, die Zahl der Straftaten möglichst gering zu halten. Die Angabe eines bestimmten Zielwertes erscheint jedoch, gerade unter Berücksichtigung der genannten Einflussfaktoren auf die Statistik, nicht sinnvoll. Eine Orientierung können hier aber die Vergleichszahlen für die Bundes- und Landesebene geben.

Entwicklung in Konstanz:

Die bekannt gewordenen Straftaten je 1.000 Einwohner schwanken im Zeitraum von 1998-2003 zwischen 74 (2000) und 90 (1998).

Es zeigen sich also keine signifikanten Änderungen in diesem Zeitraum.



Einschätzung des Trends:

Gravierende Veränderungen in der Zeit von 1998-2003 sind nicht auszumachen.

Lässt man die genannten Faktoren außer Acht, die Einfluss auf die Statistik haben können, und betrachtet die reinen Zahlen, so ist in Konstanz von keinem Anstieg der Kriminalität in den letzten Jahren auszugehen.

Auf Landesebene wird mit 100.000 Einwohnern aufgrund der übergeordneten Ebene eine andere Bezugsgröße im Hinblick auf Straftaten verwendet.

In Baden-Württemberg wurden im Jahr 2002 rein rechnerisch 100.000 BürgerInnen durch 5.643 Straftaten gefährdet bzw. geschädigt. (Umgerechnet auf 1.000 Bürger bedeutet dies rund 56 bekannt gewordene Straftaten je 1.000 Einwohner).

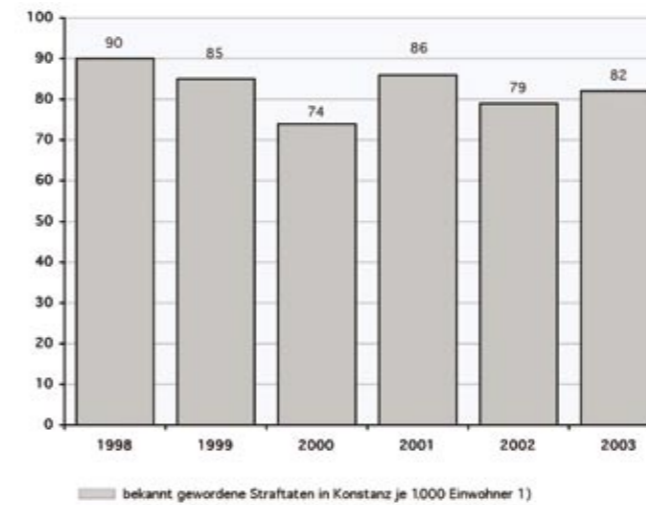
Im Jahr 2000 waren es 5.398 je 100.000 Einwohner, 2001 belief sich die Anzahl auf 5.473 auf 100.000 Einwohner.

Baden-Württemberg liegt mit diesen Zahlen im Vergleich zu den gesamtdeutschen Verhältnissen auf hohem Niveau, was die innere Sicherheit anbelangt.

Dies muss mit berücksichtigt werden, wenn man die Fallzahlen in Konstanz betrachtet, die über dem landesweiten Durchschnitt liegen. Ebenso zählt Konstanz zu den stärker verdichteten Regionen in Baden-Württemberg, in denen auch die Gesamtzahl der bekannt gewordenen Straftaten tendenziell höher liegt.

Abbildung C 8-1

Bekannt gewordene Straftaten je 1.000 Einwohner¹⁾



1) Ohne Staatsschutz-, Steuer- und Verkehrsdelikte. Einwohnerzahlen jeweils zum 31.12.

Datenquellen: Polizeidirektion Konstanz, Jahresbericht 2003, S. 4. Statistisches Landesamt (LIS), eigene Umrechnung auf 1.000 EW.

Weiterführende Literatur:

Polizeidirektion Konstanz [Hrsg.]: **Jahresbericht 2003**, Konstanz 2003.

Landeskriminalamt Baden Württemberg [Hrsg.]: **Polizeiliche Kriminalstatistik Baden-Württemberg**. Berichte der Jahre 2000-2002, Stuttgart.

Stadt Friedrichshafen Amt für Umwelt und Naturschutz [Hrsg.] (Stottele, T., Engel, T. R., Schmidt, B. und Schock, J.): **Umwelt- und Nachhaltigkeitsbericht 2003 der Stadt Friedrichshafen**. Friedrichshafen Dezember 2003, S. 129/130.

Stadt Radolfzell Umweltamt [Hrsg.] (bearbeitet durch Steffen Jenner): **Nachhaltigkeitsbericht für die Gemeinde Radolfzell – 2002**. Radolfzell September 2002, S. 29.

Zielbereich: Hohes Sicherheitsniveau

ERGÄNZUNGSINDIKATOR zu C 8:

Verkehrsunfälle mit Personenschäden je 1.000 Einwohner

Definition des Indikators:

Die Verkehrsunfälle mit Personenschaden sind eine Kennzahl für die Verkehrssicherheit auf Konstanzer Straßen.

Die Angaben hierzu stammen aus dem **Statistischen Taschenbuch der Stadt Konstanz Ausgabe 2003/2004**, S. 99.

Nach Bevölkerungszahlen des **Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg** für Konstanz erfolgte die Umrechnung dieser Daten auf 1.000 Einwohner bezogen.

Es werden sowohl dieses Verhältnis als auch die absoluten Unfallzahlen dargestellt.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Wir leben in einer hochgradig mobilen Gesellschaft. Zur Befriedigung dieses Mobilitätsbedürfnisses der Menschen trägt hauptsächlich der motorisierte Individualverkehr (MIV) bei. Dessen Bedenklichkeit unter ökologischen Gesichtspunkten wurde bereits unter der Nachhaltigkeitsdimension A beleuchtet.

Nichts desto trotz ist der MIV zum heutigen Zeitpunkt der bedeutendste Mobilitätsfaktor in Deutschland.

Angesichts dieser Tatsache muss es eine generelle Zielsetzung sein, die Gefahren des existierenden Straßenverkehrs für alle Menschen, aber besonders für Kinder und Jugendliche, zu einem kalkulierbaren technischen Risiko zu machen. Die jährliche Straßenverkehrsstatistik macht in der Darstellung der Unfälle mit Todesfolge deutlich, dass der Straßenverkehr ein technisches Großsystem ist, das auch im Vergleich zu anderen Techniksystemen Menschen einem hohen Gefahrenpotential aussetzt. Aus heutiger Sicht scheint ein neues Mobilitätssystem in naher Zukunft ebenso unwahrscheinlich wie ein geändertes Mobilitätsverhalten der Menschen. Unter diesem Gesichtspunkt gilt es, den existierenden Straßenverkehr so sicher als möglich zu gestalten.



Entwicklung in Konstanz:

Die Ergebnisse schwanken im Betrachtungszeitraum von 1993 bis 2002 zwischen Werten von 3,5 (1995) und 4,6 (1999) Unfällen mit Personenschaden je 1.000 Einwohner. Das letzte Erhebungsjahr 2002 lag dabei mit 3,7 Unfällen/1.000 EW am unteren Rand.

Einschätzung des Trends:

Ein eindeutiger Trend zu weniger Unfällen, bei denen Menschen verletzt werden, wie er wünschenswert wäre, zeichnet sich in Konstanz in der dargestellten Zeitspanne nicht ab.

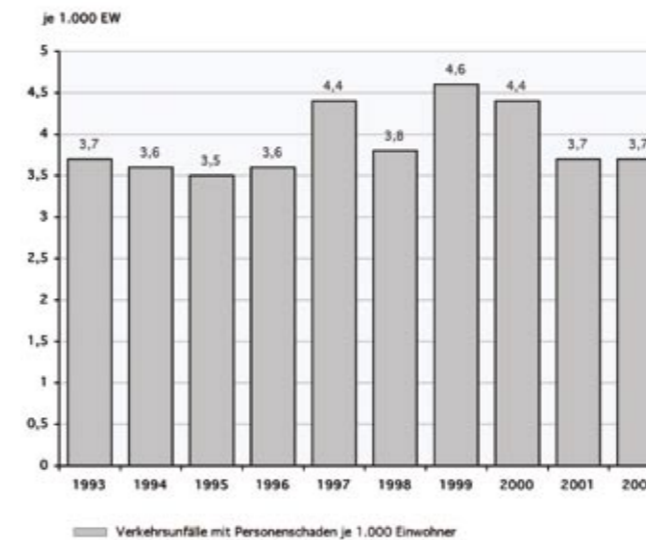
In Baden-Württemberg gab es laut statistischem Landesamt im Jahr 2003 41.561 Unfälle mit Personenschäden, im Jahr 2002 waren es 42.050 Unfälle. Bezogen auf 1.000 Einwohner ergibt sich für das Jahr 2003 eine Unfallzahl von 3,9 und für 2002 ebenfalls ein Zahl von 3,9 Unfällen.

Berücksichtigt man diese Landesdaten, ergibt sich für Konstanz keine besondere Auffälligkeit, sondern es handelt sich um Durchschnittswerte.

Dieser Sachverhalt wiegt jedoch keine der stattgefundenen Verletzung im Straßenverkehr auf.

Abbildung Ergänzungsindikator C 8 - 1

Verkehrsunfälle mit Personenschäden je 1.000 Einwohner 1993-2002



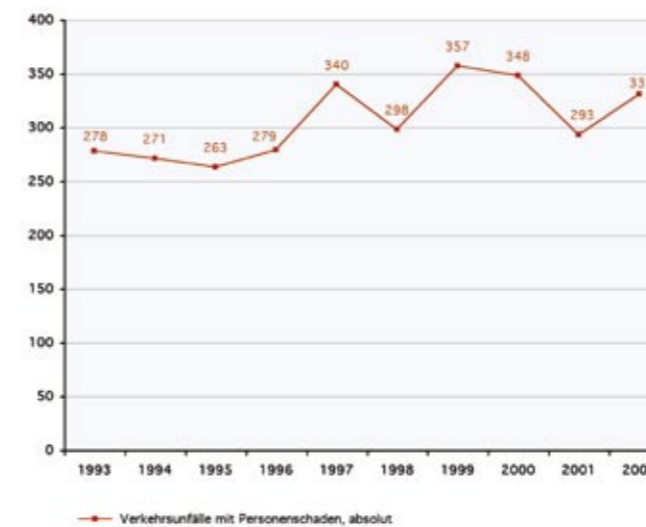
Einwohnerzahlen jeweils zum 31.12.

Datenquellen: Statistisches Taschenbuch der Stadt Konstanz 03/04, S. 99.

Statistisches Landesamt (LIS), eigene Umrechnung auf 1.000 EW.

Abbildung Ergänzungsindikator C 8 - 2

Verkehrsunfälle mit Personenschäden absolut 1993-2002



Datenquelle: Statistisches Taschenbuch der Stadt Konstanz 03/04, S. 99.

Zielbereich: Integration von behinderten Menschen

INDIKATOR C 9:

Anteil der Beschäftigten der Stadt Konstanz mit mindestens 50% Minderung der Erwerbsfähigkeit und gleichgestellter Personen an der Gesamtzahl städtischer Beschäftigter

Definition des Indikators:

Die Zahlen zu diesem Indikator wurden vom Personalamt der Stadt Konstanz geliefert.

Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes übernehmen Vorbildfunktion bei der vermehrten Einstellung von behinderten Menschen.

Aus diesem Grund wurde die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen von behinderten Personen im prozentualen Vergleich zur Gesamtzahl der Beschäftigten bei der Stadt Konstanz herangezogen.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Die gelungene Integration von behinderten Menschen ins Berufsleben ist vor allem im Hinblick auf deren Selbstwertgefühl und Selbstverständnis eine wichtige Zielsetzung. Gesellschaftliche Anerkennung ist nach wie vor stark an die Integration ins Erwerbsleben gekoppelt – auch wenn dies von Einzelnen als negative Zeiterscheinung ausgelegt wird. Dieser Umstand gilt nicht nur für behinderte Menschen, ist aber für sie oft von besonderer Bedeutung, da ihnen z. T. aufgrund ihres Handicaps nur eine begrenzte Auswahl an möglichen beruflichen Tätigkeiten zur Verfügung steht.

Die Leistungsfähigkeit von behinderten Menschen anzuerkennen und gleichzeitig Arbeitsabläufe behindertengerechter zu gestalten und damit den Einstieg ins Berufsleben für Behinderte zu vereinfachen ist auch ein gesellschaftliches Ziel, das dem Nachhaltigkeitskonzept entspricht.

Ob dieses Ziel in der Realität umgesetzt wird, kann u. a. an der Beschäftigungssituation von behinderten Menschen und ihrem Anteil an allen Beschäftigten abgelesen werden.



Entwicklung in Konstanz:

Wie die grafische Darstellung zeigt, hat der Anteil der Personen mit mindestens 50% Minderung der Erwerbsfähigkeit an den Beschäftigten der Stadt Konstanz in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Allerdings verlief der Zugewinn nicht linear, da einige Schwankungen in der dargestellten Zeit zu verzeichnen sind.

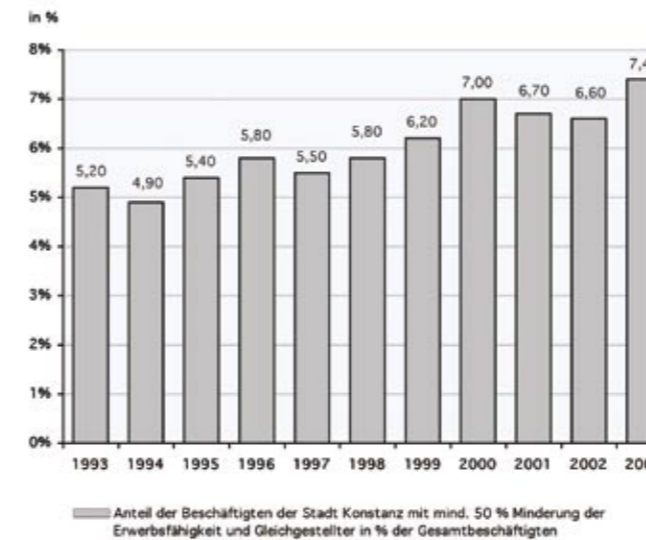
Waren es im Jahr 1993 noch 5,2% so ist der Anteil im Jahr 2003 auf 7,4% angestiegen.

Einschätzung des Trends:

Der Trend, der sich für die behinderten Beschäftigten bei der Stadt Konstanz abzeichnet, kann als erfreulich eingestuft werden. In welchen Arbeitsfeldern und Tätigkeitsbereichen verstärkte Zuwächse zu registrieren waren, darüber vermögen die vorliegenden Zahlen allerdings keine Auskunft zu geben.

Abbildung C 9 - 1

Anteil der Beschäftigten der Stadt Konstanz mit mindestens 50% Minderung der Erwerbsfähigkeit und gleichgestellter Personen in Prozent der Gesamtbeschäftigten 1993-2003¹⁾



1) Die vorliegende Statistik beinhaltet auch die den schwerbehinderten Menschen gleichgestellten Arbeitnehmer (Gdb von 30-40%).

Datenquelle: Stadt Konstanz, Personalamt.

Weiterführende Literatur:

BZ spezial: Behinderte Menschen im Arbeitsleben – Beispiele aus der Praxis; Informationen für Arbeitgeber. Herausgegeben von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen (BIH). Wiesbaden 2001, Universum Verlagsanstalt.

Zielbereich: Integration von behinderten Menschen

ERGÄNZUNGSINDIKATOR zu C 9:

Arbeitslose Schwerbehinderte absolut und Arbeitslosenquote der Beschäftigten mit mindestens 50 % Minderung der Erwerbsfähigkeit

Definition des Indikators:

Der Ergänzungsindikator bildet sozusagen die Kehrseite der Frage nach der Beschäftigung von behinderten Menschen ab.

Er zielt darauf ab, in diesem Fall für Konstanz zu zeigen, ob behinderte Menschen aufgrund ihres mitgebrachten Handicaps verstärkt von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Dies wäre ein Zeichen für mangelnde gesellschaftliche Chancengleichheit.

Die Strukturdaten zu diesem Indikator stammen von der **Agentur für Arbeit Konstanz**.

In der Rubrik „Schwerbehinderte Menschen“ ist dabei in der Statistik keine Angabe zum Grad der Behinderung gemacht.

Die Daten liegen im Zeitraum von 1996–2003 vor.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Die Zielsetzung wurde im Wesentlichen unter Indikator C 9 beschrieben. Wenn der Anteil der behinderten Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, an der Gesamtarbeitslosigkeit sehr hoch liegt, so ist die Chancengleichheit in punkto Zugänglichkeit zum 1. Arbeitsmarkt für diesen Personenkreis erheblich in Frage gestellt.

In diesem Fall wären Handlungsbedarf angezeigt und Problemlösungen gefragt, die aber sicher nicht nur in den Kommunen selbst, sondern strukturell angegangen werden müssten.

Entwicklung in Konstanz:

Der Anteil von schwerbehinderten Menschen an der Gesamtarbeitslosigkeit schwankt im Beobachtungszeitraum stark zwischen 3,4 (2003) und 5,5% (1998). Wie an der Grafik gut zu sehen ist, steht dieser prozentuale Anteil in keiner direkten Verbindung zu einer zu- oder abnehmenden Gesamtarbeitslosigkeit.



Einschätzung des Trends:

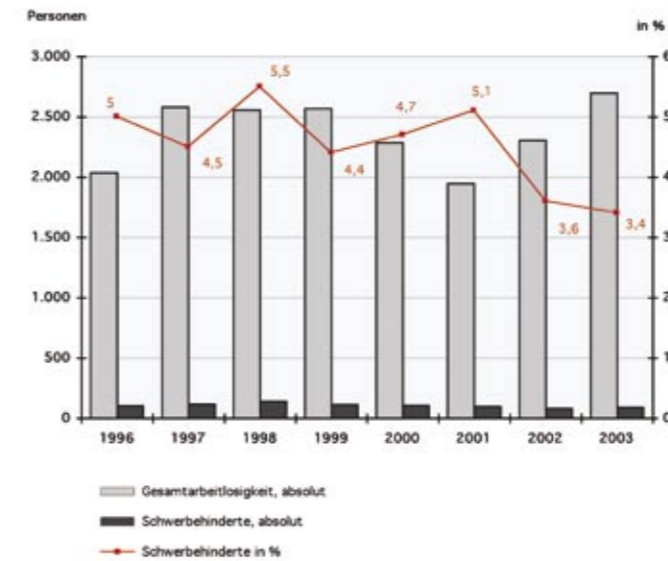
Ein klarer Trend ist auch wie schon bei anderen Arbeitsmarktdaten, die in diesem Nachhaltigkeitsbericht Verwendung finden, nicht auszumachen.

Positiv ist die Entwicklung in den Jahren 2002 und 2003 zu werten, in denen die Arbeitslosenzahl unter behinderten Menschen sowohl absolut als auch prozentual gesunken ist.

Es wäre zu wünschen, dass sich diese Entwicklung in den nächsten Jahren fortsetzt und zu einem wirklichen Trend entwickelt.

Abbildung Ergänzungsindikator C 9 - 1

Schwerbehinderte Arbeitslose absolut und Anteil an der Gesamtarbeitslosigkeit in Prozent 1996-2003



Datenquelle: Agentur für Arbeit, Konstanz.

Zielbereich: Förderung familienfreundlicher Strukturen

INDIKATOR C 10:

Versorgungsquote bei Krippen, Kindergärten und Ganztageseinrichtungen nach Altersgruppen in Prozent

Definition des Indikators:

Statistische Daten zu diesem Indikator existieren in der vorliegenden Form erst seit kurzem.

Deshalb können die Angaben auch nur für die Jahre 2001-2003 jeweils zum 31.12. dargestellt werden.

Die Daten stammen vom **Sozial- und Jugendamt (SJA)** der Stadt Konstanz.

Die dargestellten Alterstufen sind:

- 0 bis 3 Jahre
- 3 Jahre bis Schuleintritt
- 6 bis unter 10 Jahre

Diese Altersgruppen werden dann nochmals unter spezifischen Kriterien weiter aufgeschlüsselt (siehe Grafik).

Gemessen am Bedarf an Kinderbetreuung in der jeweiligen Altersgruppe wird gezeigt, wie hoch die spezifische Versorgungsquote liegt.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Unter dem Aspekt der gleichberechtigten Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben ist es sowohl für Familien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind, als auch für Alleinerziehende wichtig, in den Städten und Gemeinden, in denen sie leben, ein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen vorzufinden.

Ist dies nicht der Fall, so sind es auch heute in der Regel die Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit zugunsten der Kindererziehung ganz aufgeben, weil das Lohnniveau der weiblichen Berufstätigen immer noch unter dem der männlichen liegt.

Familienfreundliche Strukturen zu schaffen, bedeutet für die Betroffenen ein Stück mehr an Lebensqualität zu erhalten.

Städte mit angemessenen Kinderbetreuungsangeboten sind attraktive Wohnstandorte für junge Familien. Mit einer ausreichenden Kinderbetreuung entsteht bei den erwerbstätigen Eltern auch das Gefühl der Sicherheit, zu wissen, dass sich ihre Kinder nicht unbeaufsichtigt auf der Straße aufhalten.

Unter diesem Gesichtspunkt kann Kinderbetreuung auch als Präventivmaßnahme mit hohem gesellschaftlichen Nutzen gesehen werden.



Verglichen z.B. mit dem umfassenden Kinderbetreuungsangebot in den skandinavischen Ländern oder in Frankreich liegt Deutschland in dieser Entwicklung weit zurück.

Entwicklung in Konstanz:

Die grafische Darstellung zeigt, dass die Versorgungsquoten insgesamt in den einzelnen Altersgruppen in dem sehr kurzen dargestellten Zeitraum relativ gleich geblieben sind.

Die Versorgungsquote von Kindern von 0 bis unter 3 Jahren mit Ganztags- und Teilzeitplätzen ist in den Jahren von 2001 bis 2003 von 4,5 % auf 4,8 % gestiegen. In der Versorgung mit Ganztagsplätzen in der Altersgruppe der 3 bis 6-jährigen (Schuleintritt) liegt die Stadt Konstanz bei 12,3 %. Die 6 bis unter 10-jährigen sind in Konstanz im Jahr 2003 zu 11,9 % mit Ganztagsplätzen versorgt.

Die insgesamt 2.295 Plätze für Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt am 31.12.2003 – bezogen auf die 4 Altersjahrgänge 1998 bis 2001 mit insgesamt 2.723 Kindern – entsprechen einer Versorgungsquote von 84,3 %. (Es besteht ein Rechtsanspruch auf Kindergartenplätze. Für Städte mit eigenen Jugendämtern bestand eine hohe Versorgungsleistung in dieser Altersgruppe aber bereits vor in Kraft treten des Rechtsanspruchs).

Einschätzung des Trends:

Zunächst muss klar gestellt werden, dass der Darstellungszeitraum zu kurz gegriffen ist, um einen Trend überhaupt beschreiben zu können. Dies müssten spätere Darstellungen des Indikators leisten. Strukturelle Veränderungen auf der Angebotsseite können nur über einen längeren Zeitraum sichtbar gemacht werden.

Zieht man die durchschnittlichen Versorgungsquoten des Landes Baden-Württemberg im Jahr 2002 heran, ergibt sich ein differenziertes Bild für Konstanz.

In der Gruppe der 0 bis 3-jährigen liegt die Versorgungsquote zum 31.12.2002 bei 4,5 % und damit um 2,2 % über dem Wert von Baden-Württemberg (2002: 2,3 %;

westliche Bundesländer (ohne Berlin) 2003: 2,2 %). Die Ganztagesbetreuung der 3 bis 6-jährigen Kinder (bis Schuleintritt) liegt in Konstanz 2002 bei 12,5 %, in Baden-Württemberg dahingegen nur bei 8,6 %.

Ebenso liegt die Versorgungsquote der Ganztagesbetreuung für 6 bis 10-jährige am 31.12.2002 mit 12,2 % weit über dem Landesdurchschnitt von 4,8 %.

Im Gesamtüberblick lässt sich allerdings für die Gegenwart feststellen, dass es in Konstanz immer noch ein Unterangebot von Ganztagesplätzen für Kinder gibt. Dies gilt insbesondere für die Altersgruppen der 0 bis unter 3-jährigen.

Durch die Beschlüsse des Gemeinderates im Juli 2004 im Rahmen des Berichts **Tageseinrichtungen für Kinder 2004** konnte die Versorgungsquote auf 5,7 % gesteigert werden.¹

Für die 6 bis 10-jährigen Grundschüler konnte die Quote durch Schaffung von Plätzen im Rahmen des Pädagogischen Mittagstisches (15 Plätze) auf 12,5 % gesteigert werden.

Weiterführende Literatur:

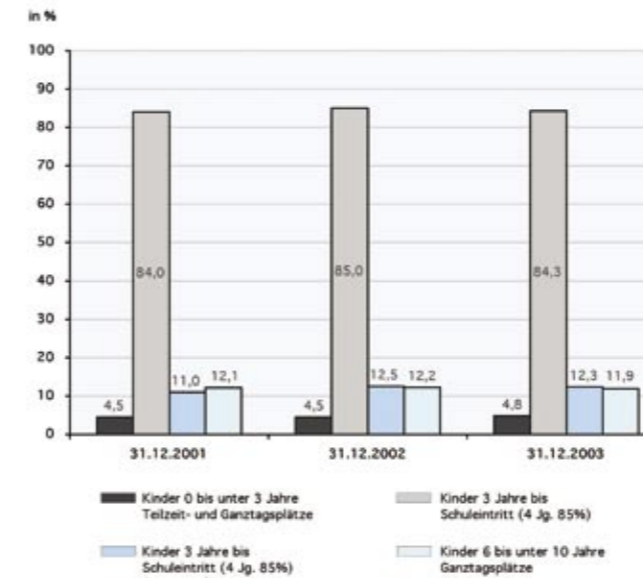
Stadt Konstanz, Sozial- und Jugendamt [Hrsg.]: **Tageseinrichtungen für Kinder – Bericht 2004. Bedarfsplanung und Bestandsaufnahme zum Stichtag 31.12.2003.** Konstanz Juli 2004.

Fachstelle für Stadtentwicklung, Präsidialdepartement der Stadt Zürich [Hrsg.]: **Zürich – Stadt mit Weitsicht – Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich.** Zürich April 2004, S. 48/49 Kinderbetreuung.

(Dieser Nachhaltigkeitsindikator spielt auch in anderen Ländern eine Rolle, allerdings unterscheidet sich die statistische Erhebung; Beispielsweise bezieht sie sich in der Schweiz allein auf die Gruppe der 0 bis 6-jährigen Kinder).

Abbildung C 10 - 1

Versorgungsquote bei Krippen, Kindergärten und Ganztageseinrichtungen nach Altersgruppen in Prozent 2001-2003



Datenquelle: Stadt Konstanz, Sozial- und Jugendamt (SJA), Abteilungen Tageseinrichtungen für Kinder und Jugendhilfeplanung.

¹ Beschluss des Gemeinderates, Juli 2004: Schaffung von 17 neuen Krippenplätzen in der Stadt Konstanz.

Zielbereich: Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen

INDIKATOR C 11:

Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit absolut und in Prozent des kommunalen Haushalts

Definition des Indikators:

Für die Berechnungen können aus dem Einzelplan 4 des Verwaltungshaushalts grundsätzlich die Unterabschnitte 45 und 46 herangezogen werden. Dabei gilt es aber die Einzelbereiche genau zu differenzieren. In die hier verwendete Darstellung gehen die Kosten für die Verwaltung (Personal) ein.¹ Investitionen aus dem Vermögenshaushalt sind nicht dargestellt, weil die laufende Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in dieser Betrachtung im Vordergrund steht.

Die für diesen Indikator in Konstanz relevanten Bereiche umfassen folgende Haushaltsstellen:

- Kinder und Jugendarbeit
- Mobile Jugendarbeit
- Jugendzentrum
- Kikuz Raiteberg
- Sonstige Jugendhilfe (Teilbereiche)

Nur für das Jahr 2002:

- Jugendtreff Berchen.

Die Zahlen von 1993-2002 werden absolut und in Prozent des jeweiligen Verwaltungshaushalts grafisch dargestellt.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Kinder- und Jugendarbeit hat vor allem familienergänzende Funktion und wird als Feld sozialen Lernens verstanden, das jungen Menschen die eigenverantwortliche Entwicklung ihrer Persönlichkeit und das Hineinwachsen in die Gesellschaft erleichtert. "Sie will die Fähigkeit zur verantwortlichen Beteiligung (Partizipation) junger Menschen am staatlichen und gesellschaftlichen Leben entwickeln und stärken (emanzipatorische Funktion) sowie individuelle und



gesellschaftlich bedingte Benachteiligungen abbauen und damit mehr Chancengleichheit schaffen (kompensatorische Funktion).

Jugendarbeit erbringt sowohl erzieherische als auch Bildungsleistungen.² Diese wichtige Aufgabe gilt es angemessen und dauerhaft wahrzunehmen. Der Umfang der erforderlichen Leistungen lässt sich per se nicht als konkrete langfristige Zielvorgabe bestimmen, sondern kann über die Jahre durchaus gewissen Schwankungen unterliegen. Diese sollten sich in erster Linie an den sozialpolitischen Notwendigkeiten orientieren.

Die nachwachsenden Generationen in ihrer Entwicklung zu unterstützen, ist ein zentrales Anliegen des Nachhaltigkeitspostulats, denn der Aspekt der Generationengerechtigkeit kann so konkret in die Praxis übertragen werden.

In diesem kommunalen Arbeitsfeld bietet sich zudem die Möglichkeit, Kinder und Jugendliche handlungsorientiert an die Bedeutung und Inhalte einer nachhaltigen Entwicklung / Lokalen Agenda 21 heranzuführen.

Hierbei kommt der konkreten Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Belangen, die sie in ihrer Stadt oder Gemeinde ganz direkt betreffen, eine wachsende Bedeutung zu (vgl. Indikator D 5).

Entwicklung in Konstanz:

Betrachtet man das konkrete Haushaltsvolumen, stellt man fest, dass es in den Jahren 1993-2002 eine kontinuierliche Vergrößerungen bei den Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit gab. Nur für das Jahr 1997 trifft dieser Sachverhalt nicht zu.

Im Jahr 2002 betragen die Ausgaben in diesem Bereich rund 1.308.000 €.

Auch der Prozentanteil der Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit am jeweiligen Verwaltungshaushalt hat sich von 0,52 % im Jahr 1993 auf 0,81 % im Jahr 2002 gesteigert.

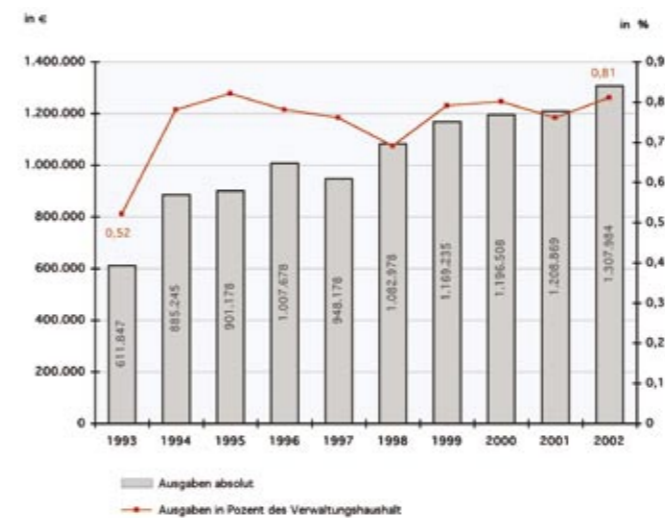
Die Grafik zeigt allerdings, dass der prozentuale Anteil je nach Volumen des Gesamthaushaltes schwanken kann und keinen eindeutigen Trend nachzeichnet.

Einschätzung des Trends:

Der Trend der vergangenen 11 Jahre (ab 1993 bis heute) ist als durchweg positiv anzusehen, insbesondere dann, wenn man die zahlenmäßige Entwicklung auch als eindeutigen Ausdruck kommunalpolitischen Willens versteht, die Kinder- und Jugendarbeit im Verfolgen ihrer eingangs beschriebenen Zielsetzungen und dem Willen des Gesetzgebers entsprechend (infrastrukturelle Gewährleistungsverpflichtung) auf eine gesicherte Basis zu stellen.

Abbildung C 11 - 1

Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit absolut in Euro und in Prozent des kommunalen Verwaltungshaushalts 1993 - 2002



Datenquelle: Stadt Konstanz, Kämmererei.

Weiterführende Literatur:

Sitzungsvorlage für den Jugendhilfeausschuss der Stadt Konstanz am 29.09.1998 (bearbeitet durch Sozial- und Jugendamt): Bericht über die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt Konstanz.

¹ Diese Aufstellung entspricht nicht der Empfehlung im Indikatorenleitfaden, den die FEST Heidelberg entwickelt hat (vgl. S. 62).

Für den Nachhaltigkeitsbericht Konstanz 2004 wird die Ansicht vertreten, dass die Investition in Personal eine konkrete Investition in Kinder- und Jugendarbeit darstellt.

² Wiesner, Kommentar zum SGB VIII, § 11 Rdnr. 6.

Nachhaltigkeitsdimension D

Partizipation, Bürgerbeteiligung



Zielbereich: Hohes ehrenamtliches Engagement

INDIKATOR D 1:

Zahl der eingetragenen Vereine je 1.000 Einwohner

Definition des Indikators:

Es wird die Anzahl der beim Registergericht eingetragenen Vereine auf die Anzahl der Einwohner bezogen. Die Daten zu diesem Indikator stammen zum einen vom **Amtsgericht Konstanz**.

Die Bevölkerungszahlen sind, wie bei den anderen Bezugsgrößen zur Bevölkerung, dem Landesinformationssystem (LIS) des **Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg** entnommen.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Ein hohes Maß an ehrenamtlichem Engagement ist ein sogenanntes „weiches Ziel“, das sich statistisch nur schwer erfassen lässt. Wichtige Faktoren sind in erster Linie ein hoher Anteil der Bevölkerung, der ehrenamtlich tätig ist und die von diesen Aktiven geleistete Arbeit. Einen Anhaltspunkt für die Bewertung kann aber die Betrachtung der in der einzelnen Kommune zu beobachtenden Entwicklung liefern: Eine wachsende Anzahl von Vereinen deutet auf einen Anstieg des bürgerschaftlichen Engagements hin. Bei einem relativ hohen Wert steigt gleichzeitig auch die Wahrscheinlichkeit, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse in der Gemeinde abgedeckt werden können.

Gerade in Zeiten raschen gesellschaftlichen Wandels wird bürgerschaftliches Engagement in den unterschiedlichsten Bereichen zusehends wichtiger sowohl für die Identifikation jedes Einzelnen als auch für die gemeinsam mit den BürgerInnen gestaltete Zukunftsentwicklung von Städten.

Entwicklung in Konstanz:

In Konstanz ist ein stetiger Anstieg der Zahl der Vereine je 1.000 Einwohner zu verzeichnen. Im Jahr 1993 waren es noch 6,2 Vereine je 1.000 Einwohner, 2003 belief sich diese Zahl auf 8,8 Vereine. (In absoluten Zahlen: 1993: 474 Vereine; 2003: 706 Vereine).



Einschätzung des Trends:

Die Grafik zeigt einen eindeutigen Trend für den dargestellten Zeitraum. Die Zahl des Engagements in Vereinen hat in Konstanz von Jahr zu Jahr zugenommen. Die vorliegenden Daten sagen dabei allerdings nichts über Art und Inhalt der Vereinsarbeit aus, d. h. es kann keine Aussage darüber getroffen werden, ob z. B. die Zahl der Sportvereine eher gestiegen oder gesunken ist. Auch über die Mitgliederzahlen der Vereine im Vergleich zur Gesamtbevölkerungszahl kann diese Kennzahl keine Auskunft geben.

Der Indikator belegt jedoch, dass Konstanz ein aktives Vereinsleben vorzuweisen hat.

Abbildung D 1 - 1

Zahl der eingetragenen Vereine in Konstanz absolut und je 1.000 Einwohner 1993-2003



1) Zahl der eingetragenen Vereine und Einwohnerzahl zum 31.12. des jeweiligen Jahres, außer 2003 Einwohnerzahl zum 30.06.2003.

Datenquellen: Amtsgericht Konstanz und Statistisches Landesamt (LIS), eigene Umrechnung auf 1.000 EW.

Zielbereich: Hohes ehrenamtliches Engagement

ERGÄNZUNGSINDIKATOR zu D 1:

Kommunale Zuschüsse an Vereine, Verbände und Selbsthilfegruppen je 1.000 Einwohner

Definition des Indikators:

Angegeben werden die kommunalen Zuschüsse aus dem jeweiligen Verwaltungshaushalt an Vereine und Selbsthilfegruppen

- je 1.000 Einwohner
- absolut in Euro
- in Prozent des jeweiligen Verwaltungshaushalts für die Jahre 1993-2002.

Zu beachten gilt es hierbei, dass die Zuschüsse an Träger der freien Kultur in Konstanz, die auch die Daten zum Indikator C 6 beinhalten, in die hier dargestellten Ausgaben mit einfließen.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Die grundlegenden Zielsetzungen wurden bereits unter Indikator D 1 genannt.

Die seit Jahren angespannte Haushaltslage in den Kommunen macht es zusehends schwieriger, den vielfältigen Wünschen von Vereinen nachkommen zu können.

Mit Rücksicht auf die originären Aufgaben von Kommunen ist wie bei zuvor bereits dargestellten anderen Posten der Gemeindefinanzen die Abwägung notwendig, welche Vereinstätigkeiten konkret förderungswürdig erscheinen. Die Vielzahl der Interessen, die in Vereinen bedient werden, zieht natürlich auch eine Vielzahl von Ansprüchen nach sich.

Wichtig ist aber zu bedenken, dass die Lebendigkeit einer Stadt/Gemeinde in bedeutender Weise durch das Engagement der BürgerInnen mitbestimmt wird. Dieses Engagement bedarf auch der dementsprechenden finanziellen Unterstützung.

Entwicklung in Konstanz:

Die erfassten Zahlen zeigen eindeutig, dass eine Steigerung der Vereinsförderung aus städtischen Mitteln im dargestellten Zeitraum stattgefunden hat.

Im Jahr 2002 beliefen sich die Zuschüsse an Vereine, Verbände und Selbsthilfegruppen auf 10.926.000 €. Das waren 6,7 % des Verwaltungshaushalts.



Umgerechnet auf 1.000 Einwohner bedeutet dies eine Summe von 136.299 €.

Einschätzung des Trends:

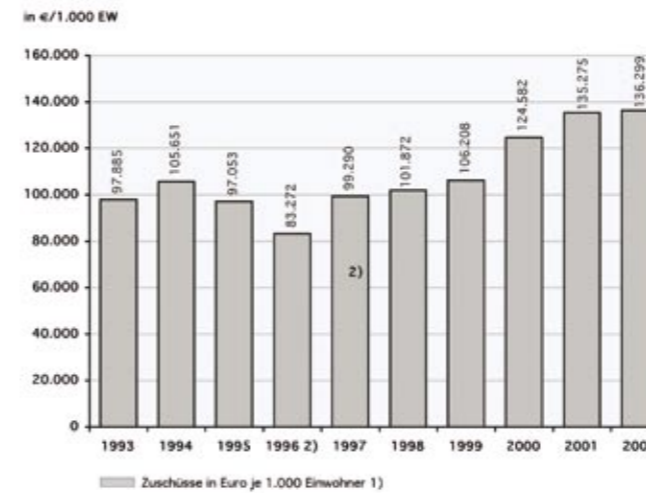
Für die Vereine und Gruppen in Konstanz, die Zuschüsse erhielten, kann die Entwicklung als positiv betrachtet werden.

Ihre für das Gemeinwesen wichtige Arbeit wurde – gesamt betrachtet – mit einem besonders seit 1997 stetig steigenden Betrag von städtischer Seite gefördert. Wie vorhin bereits angeklungen, unterliegen die Kommunen Sparzwängen, die nicht weg zu diskutieren sind.

Das heißt in Hinblick auf alle kommunalen Fördermaßnahmen, dass der Kuchen kleiner werden kann, den es zukünftig zu verteilen gibt.

Abbildung Ergänzungsindikator D 1 - 1

Kommunale Zuschüsse an Vereine, Verbände und Selbsthilfegruppen in Euro je 1.000 Einwohner



- 1) Zuschüsse aus dem Verwaltungshaushalt; Einwohnerzahlen je weils zum 31.12. des Jahres, Statistisches Landesamt (LIS).
2) Ohne Philharmonie.

Datenquelle: Stadt Konstanz, Kämmerei, eigene Umrechnung auf 1.000 EW.

Abbildung Ergänzungsindikator D 1 - 2

Zuschüsse an Vereine, Verbände und Selbsthilfegruppen absolut in Euro und in Prozent des jeweiligen Verwaltungshaushalts 1993-2002



- 1) Ohne Philharmonie.

Datenquelle: Stadt Konstanz, Kämmerei.

Zielbereich: Hohes demokratisches Engagement

INDIKATOR D 2:

Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen und Bürgerentscheiden in Prozent der Wahlberechtigten



Definition des Indikators:

Die Wahlbeteiligung drückt das Verhältnis zwischen der Anzahl der bei einer Wahl abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmen und der Gesamtzahl der Wahlberechtigten aus. Die Vorschriften der Wahlberechtigung sind für alle Wahlarten weitgehend einheitlich. Wahlberechtigt ist jeder Deutsche im Sinne des Grundgesetzes, der am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens drei Monaten im Geltungsbereich des jeweiligen Wahlgesetzes beziehungsweise im Wahlgebiet seinen (Haupt-)Wohnsitz hat. In einigen Bundesländern wurde das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre herabgesetzt. Darüber hinaus haben seit dem Vertrag von Maastricht (1992) auch EU-Bürger in den Kommunen das aktive und passive Wahlrecht.

Für Konstanz wurde die Darstellung der Wahlbeteiligung bei Bürgerentscheiden hinzugenommen, um die plebiszitären Demokratieelemente der kommunalen Entscheidungsebene abzubilden. Diese bezieht sich auf die drei Bürgerentscheide:

- 1985: Bau einer Nordeinführung (Ulmisriedtrasse)
- 2001: Katamaranverbindung zwischen Konstanz und Friedrichshafen
- 2003: Bau eines Konzert- und Kongresshauses auf Klein Venedig.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Wenn es gelänge, Kommunalpolitik mit den Inhalten der Nachhaltigkeit und der Lokalen Agenda 21 für die Bürger so interessant zu machen, dass sich mindestens so viele Bürgerinnen und Bürger wie bei Bundestagswahlen daran beteiligten, wäre dies ein beachtlicher Erfolg und eine gute Grundlage für eine nachhaltige Kommunalpolitik. An der Bundestagswahl 1998 beteiligten sich 82,2 % und 2002 79,1 % der Wahlberechtigten. Es ist auch zu beachten, dass die Beteiligung bei Kommunalwahlen sehr stark beeinflusst werden kann, wenn diese parallel zu einer anderen Wahl, also Bundestags- und Landtagswahl oder der Wahl zum Europaparlament stattfinden.

Direkte Beteiligungsverfahren für BürgerInnen, wie sie im Rahmen der Lokalen Agenda 21 häufig zum Einsatz kommen, versuchen ihren Beitrag dazu zu leisten, die in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitete Politikverdrossenheit durch konkrete Mitgestaltungsmöglichkeiten aufzubrechen. Ein Nebeneffekt dieser Verfahren könnte sein, dass das demokratische Engagement insgesamt zunimmt.

Studien belegen allerdings, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen sich an diesen neuartigen Verfahren deutlich weniger beteiligen als andere. Die Beteiligung erfolgt vor allem in Abhängigkeit von Alter, sozialer Lage und Nationalität.

Entwicklung in Konstanz:

Die Wahlbeteiligung in Konstanz liegt in den Wahljahren von 1989-2004 nur einmal über 50 %: 1994 hatten sich 62,1 % der Wahlberechtigten an der Kommunalwahl beteiligt (Ba.-Wü. 66,7 %). Bei der gerade zurückliegenden Gemeinderatswahl im Juni 2004 lag die Beteiligung in Konstanz bei 46,3 % (Ba.-Wü. 52 %). Auffallend bei diesen Zahlen ist, dass die Wahlbeteiligung in Konstanz durchgängig unter der Beteiligung im Landesgebiet von Baden-Württemberg lag. Bei den drei Bürgerentscheiden in Konstanz lag die Beteiligung nochmals unter den Werten, die für die Kommunalwahlen festzuhalten sind (Ausnahme 1985, siehe unten).

Einschätzung des Trends:

Zieht man die Landesdaten als Vergleichsgrößen heran, so ist in Konstanz kein besonders hohes demokratisches Engagement – das sich in einer repräsentativen Demokratie ja primär im Wahlverhalten ausdrückt – erkennbar.

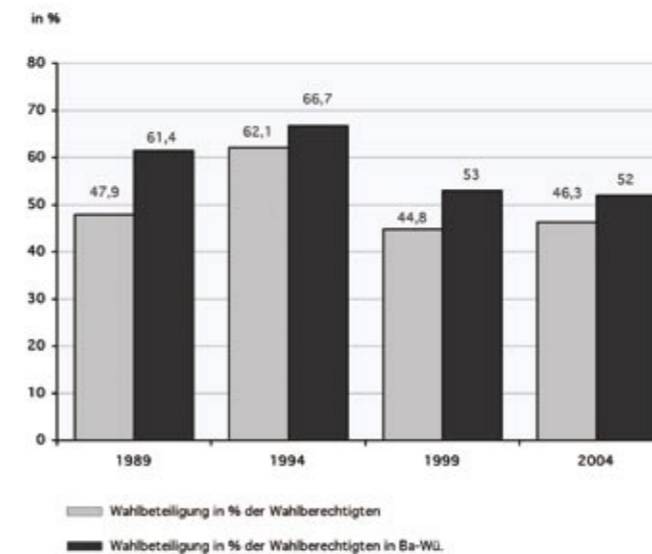
Bei drei der vier dargestellten Kommunalwahlen gingen nicht einmal die Hälfte der stimmberechtigten BürgerInnen an die Wahlurnen.

Auch bei den Bürgerentscheiden war das Wahlvolk mit seiner Stimmabgabe eher zurückhaltend. Einzig bei der Abstimmung über die sogenannte „Ulmis-

riedtrasse“ am 10.03.1985 lag die Beteiligung über 50 % der stimmberechtigten Bevölkerung (Zu anderen Formen demokratischer Partizipation vgl. Indikator D 7f).

Abbildung D 2 - 1

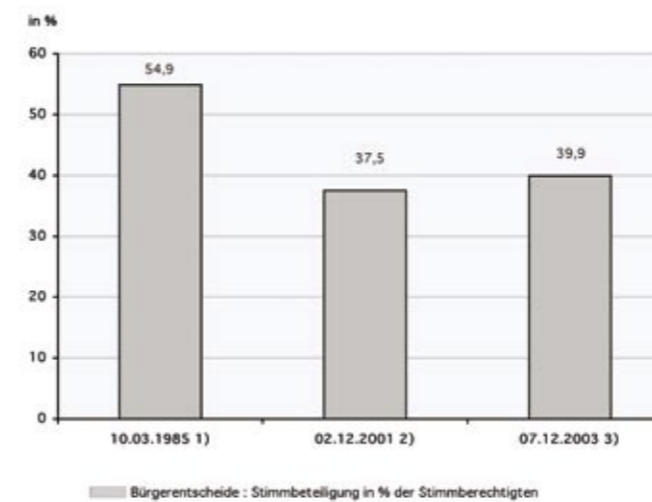
Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen in Prozent der Wahlberechtigten bei den Wahlen von 1989-2004 im Vergleich zu Baden-Württemberg



Datenquelle: Statistisches Landesamt (LIS).

Abbildung D 2 - 2

Stimmabgabe bei Bürgerentscheiden in Prozent der Stimmberechtigten



- 1) Ulmisriedtrasse
- 2) Katamaranverbindung
- 3) Konzert- und Kongresshaus

Datenquelle: Stadt Konstanz, Hauptamt, Abteilung Statistik und Wahlen.

Zielbereich: Internationale Kooperation

INDIKATOR D 3:

Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts

Definition des Indikators:

Für diesen Indikator werden die im kommunalen Haushalt ausgewiesenen Ausgaben für kommunale Entwicklungszusammenarbeit erfasst und auf den Gesamthaushalt bezogen. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEZ) umfasst in der Regel drei Bereiche: die Förderung der Anliegen von Ländern der Dritten Welt in der eigenen Kommune, die Unterstützung von Projekten oder Städtepartnerschaften in einem Entwicklungsland sowie die Unterstützung von internationalen Organisationen.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Außen- und Entwicklungspolitik fallen in erster Linie in den Zuständigkeitsbereich des Bundes. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich aber die kommunale Entwicklungszusammenarbeit als freiwilliger und ergänzender Handlungsbereich in vielen Kommunen etabliert und bewährt. Der dauerhafte Erfolg der internationalen Zusammenarbeit und der vielfältigen ehrenamtlichen Arbeit setzt voraus, dass ein Mindestmaß an finanziellen Mitteln von der Kommune bereitgestellt wird. Einige Kommunen haben sich seit längerem zu Leistungen in Höhe von 0,25 € bis 0,50 € (zum Teil mit Unterstützung des Landes) je Einwohner verpflichtet. Es stellt sich allerdings die Frage, ob statt einer generellen Verpflichtung und Festlegung auf einen bestimmten Betrag die gezielte Förderung von ausgesuchten Projekten nicht sinnvoller ist.

Entwicklung in Konstanz:

Im Betrachtungszeitraum lagen die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit konstant bei 0,01 % des Verwaltungshaushalts. Nur in den Jahren 2000 und 2001 stieg der Anteil auf 0,03 % an. Im Jahr 2002 lagen die absoluten Ausgaben bei 16.700 €.



Einschätzung des Trends:

Die Ausgaben in diesem Bereich sind von Dauerhaftigkeit geprägt.

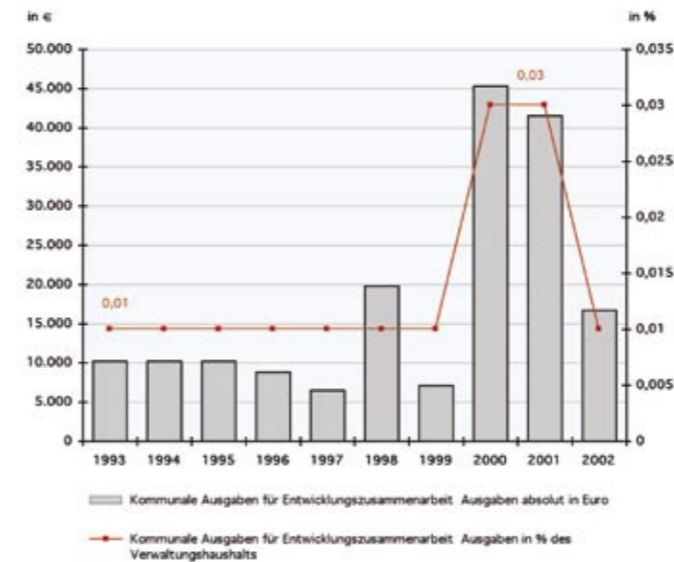
Nimmt man allerdings die zuvor erwähnte Selbstverpflichtung von Kommunen zum Maßstab, 0,25 € je Einwohner für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen, würde Konstanz für das Jahr 2002 unter dieser Zielsetzung bleiben.

Wählt man diesen Wert als Grundlage, hätte die Stadt Konstanz 2002 20.040,5 € ($0,25 \text{ €} \cdot 80.162 \text{ EW am } 31.12.2002$ nach Berechnung des Statistischen Landesamtes) für Ausgaben in diesem Bereich zur Verfügung stellen können. Bereit gestellt und dem Haushalt entnommen wurden lediglich 16.700 €.

Wie schon zuvor dargelegt, ist aber auch in diesem Teilzielbereich die derzeitige angespannte finanzielle Situation der Kommunen stets mit ein zu beziehen. Nur wer über ausreichende Einnahmen verfügt bzw. ein zumindest ausgeglichenes Saldo erwirtschaftet, kann diese über die kommunalen Pflichtaufgaben hinaus sinnvollen Entwicklungshilfeprojekten zur Verfügung stellen.

Abbildung D 3-1

Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (Dritte-Welt-Hilfen) absolut in Euro und in Prozent des jeweiligen Verwaltungshaushalts 1993-2002



Datenquelle: Stadt Konstanz, Kämmerei.

Internet:

www.service-eine-welt.de/kontakt.php

Zielbereich: Internationale Kooperation

ERGÄNZUNGSINDIKATOR zu D 3:

Fairer Handel – Entwicklung der Absatzzahlen des fair gehandelten Kaffees „Konstanzer Mischung“

Definition des Indikators:

Da keine Marktstudien zum Absatz von Fair Trade Produkten oder deren Anteil am Warenkorb vorliegen, kann für diesen Bereich nur ein Hilfsindikator herangezogen werden.

Es werden die Absatzzahlen eines ausgesuchten fair gehandelten Produkts, nämlich des vom Weltladen in Dettingen angebotenen Kaffees „Konstanzer Mischung“ dargestellt.

Die Idee zu diesem Kaffee entstand 1998 zu Beginn der Lokalen Agenda 21 in Konstanz in einem Kreativ-Wettbewerb, der von Südkurier und Stadt Konstanz gemeinsam ausgerufen wurde.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Entwicklungszusammenarbeit beinhaltet nicht allein die Verbesserung der Lebenssituation von Menschen in der sogenannten Dritten Welt durch konkrete Projekte.

Vielmehr wird die Lebenssituation in den oft noch stark landwirtschaftlich und kleinbäuerlich geprägten Regionen der Dritten Welt dadurch nachhaltig verbessert, dass die Menschen ihre Produkte zu fairen Preisen auf dem Weltmarkt anbieten können, um ihren Lebensunterhalt in angemessener Form zu verdienen.

Faire Handelsbedingungen beinhalten darüber hinaus, soziale, gesundheitliche und ökologische Mindeststandards bei der Produktion von Lebensmitteln anzuerkennen und zu fördern.

Diese Sichtweise rückt ab von der defizitären Wahrnehmung, dass Dritte-Welt-Länder nur in dauerhafter finanzieller Abhängigkeit von reichen westlichen Industrienationen überlebensfähig wären und nicht in der Lage, wirtschaftliche Eigendynamik zu entwickeln.

Gerade in Regionen der Welt, in denen der Landwirtschaftssektor dominant ist, bietet die Zusammenarbeit mit Entwicklungsorganisationen und Handelspartnern, die eine fair gehandelte Produktpalette anbieten möchten, der dortigen Bevölkerung größere Entwicklungschancen.



Durch eine solche Kooperation können über ausgesuchte Produkte oder Projekte auch Handelshemmnisse überwunden werden, die der Weltmarkt trotz der viel zitierten Liberalisierung/Globalisierung gerade für Handelsprodukte und Waren aus der Dritten Welt nach wie vor mit sich bringt.

Auf der Abnehmerseite spielt natürlich das Konsumverhalten eine entscheidende Rolle, wenn die Strategien des fairen Handels von Erfolg gekrönt sein sollen. Der Standpunkt, dass Lebensmittel vor allem preiswert sein sollen und andere Gesichtspunkte hinter diesem Aspekt zurückzutreten haben, wird einem höheren Marktanteil von Fair Trade Produkten natürlich eher abträglich sein. Hier ist ein Umdenken erforderlich, dass gehaltvolle Lebensmittel auch einen angemessenen Preis haben dürfen, ohne gleichzeitig die Menschen in unserer Gesellschaft zu vergessen, die aufgrund ihrer finanziellen Situation auf preisgünstige Lebensmittel angewiesen sind.

Entwicklung in Konstanz:

Der Verkauf der „Konstanzer Mischung“ begann im April 1999 und wird mit dem TransFair-Siegel durch den Weltladen Dettingen vertrieben.

Der Kaffee stammt aus Handel mit Kleinbauern aus den beteiligten Kooperativen in Tapalucha (Mexiko) und Kagerea (Tansania).

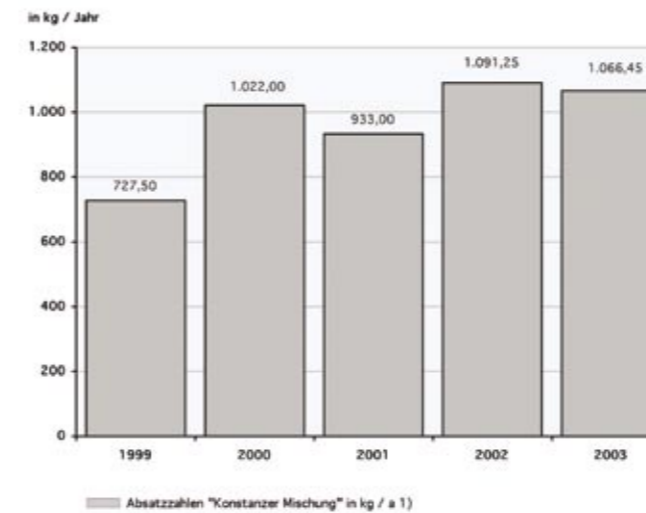
Mit Schwankungen können bezogen auf den Start 1999 steigende Absatzzahlen für die „Konstanzer Mischung“ festgehalten werden. Im Jahr 2003 wurden 1.066,45 kg der Kaffeemischung abgesetzt.

Einschätzung des Trends:

Die Verantwortlichen des Weltladens Dettingen zeigen sich mit dem seit 1999 gestiegenen Absatz zufrieden. Allerdings merken Sie an, dass die Verkaufszahlen für eine Stadt in der Größe von Konstanz doch hinter den internen Prognosen und Kalkulationen zurückliegen.

Abbildung Ergänzungsindikator D 3 - 1

Absatzzahlen des fair gehandelten Kaffees „Konstanzer Mischung“ in kg/Jahr 1999-2003¹⁾



1) Menge des vom Weltladen Dettingen eingekauften Kaffees der „Konstanzer Mischung“ nach Jahren; diese Zahlen entsprechen bis auf geringe Abweichungen auch der abgesetzten Menge.

Datenquelle: Weltladen Dettingen e. V.

Internet:

www.weltladen-dettingen.de/

Zielbereich: Förderung der Gleichberechtigung von Frauen

INDIKATOR D 4:

Anzahl von Frauen im Kommunalparlament absolut und Anteil in Prozent aller Mandatsträger

Definition des Indikators:

Die Zahl der Frauen im Kommunalparlament wird in Bezug gesetzt zur Gesamtzahl der gewählten Mandatsträger. Die Angaben beziehen sich jeweils auf das unmittelbare Ergebnis der Wahlen. Im Einzelfall kann es durch das vorzeitige Ausscheiden eines Mandatsträgers und der dann fälligen Neubesetzung durch Nachrücken zu geringfügigen Verschiebungen während der Wahlperioden kommen, die hier unberücksichtigt bleiben.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Die Festlegung eines festen Zielwertes erscheint nicht sinnvoll. Unbestritten ist jedoch, dass Frauen häufig eine andere Sicht in politische Diskussionen einbringen und vor allem auch unterschiedlich von politischen Entscheidungen betroffen sind. Es ist weiterhin davon auszugehen, dass die Berücksichtigung dieser spezifischen Interessen eher sichergestellt werden kann, wenn der Anteil der Frauen in den politischen Entscheidungsgremien nicht allzuweit von ihrem Anteil an der Bevölkerung entfernt ist. Trotz steigender Tendenz sind Frauen bislang auf allen politischen Ebenen wie auch in Führungspositionen auf beruflicher Ebene deutlich unterrepräsentiert. Bei der Wahl von 1998 wurden 207 Frauen in den Bundestag gewählt; bei einer Gesamtzahl von 669 Abgeordneten entspricht dies 31 %. 2002 wurden 194 Frauen in den 15. Deutschen Bundestag gewählt. Bei insgesamt 603 Abgeordneten entspricht dies einem Anteil von rund 32 %.

Für Konstanz finden die Gemeinderatswahlen im Zeitraum von 1989-2004 Berücksichtigung.

Entwicklung in Konstanz:

Der Anteil der Frauen an allen Mandatsträgern im Kommunalparlament hat sich in Konstanz im dargestellten Zeitraum nur unwesentlich verändert. Bei der zurückliegenden Wahl 2004 wurden von 40 zu vergebenden Mandaten 12 an Frauen und 28 an Männer vergeben. Die Frauen haben damit einen Anteil von 30 % an allen kommunalen Mandatsträgern.



Einschätzung des Trends:

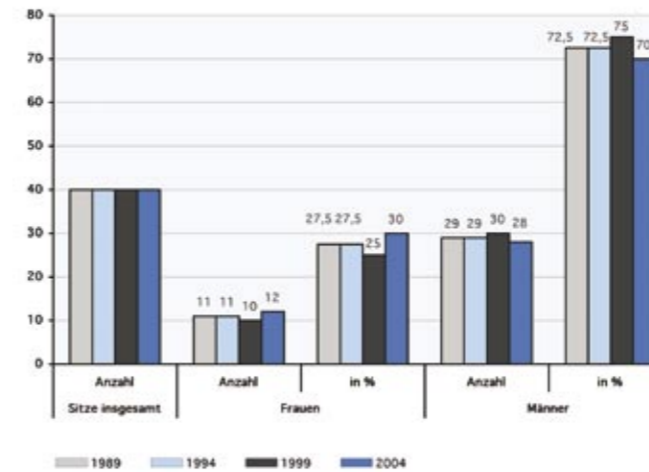
Bei den dargestellten vier Kommunalwahlen in Konstanz haben kaum signifikante Verschiebungen im Hinblick auf den Frauenanteil im Gemeinderat stattgefunden. Immerhin ist der Anteil von der letzten Wahlperiode im Jahr 1999 von 25 % auf 30 % bei der Wahl 2004 angestiegen.

Jedoch spiegelt der Anteil der weiblichen Mandatsträger in Konstanz wie bei den weiblichen Abgeordneten im Bundestag und den Länderparlamenten nicht ihren Anteil an der Bevölkerung wider. Auch in Konstanz ist die lokale Politik eher eine Domäne der Männer.

Verglichen mit dem durchschnittlichen Wert des Frauenanteils von 18,6 % in den Kommunalparlamenten von Baden-Württemberg im Jahr 1999, nimmt Konstanz allerdings eine vordere Position ein.

Abbildung D 4 - 1

Anzahl von Frauen im Kommunalparlament absolut und Anteil in Prozent aller Mandatsträger bei den Kommunalwahlen von 1989-2004



Datenquelle: Statistisches Landesamt (LIS).

Weiterführende Literatur:

Bundeszentrale für politische Bildung [Hrsg.]: Kommunalpolitik. - Informationen zur politischen Bildung 242, Bonn BpB 1998, Neuauflage.

Zielbereich: Verstärkter Einsatz kinder- und jugendspezifischer Beteiligungsformen

INDIKATOR D 5:

Spezifischer Einsatz von Beteiligungsformen in der Kinder- und Jugendarbeit

Definition des Indikators:

Zu diesem Indikator gibt es keine konkret darstellbaren Messgrößen.

Insofern beschränkt sich der Nachhaltigkeitsbericht in diesem Zusammenhang auf eine beschreibende Darstellung.

Diese Beschreibung soll eine Einsicht vermitteln, inwiefern die konkrete Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Belangen, die für diese Altersgruppe bedeutsam ist, in Einrichtungen und Projekten der städtischen Kinder- und Jugendarbeit ermöglicht wird.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Die Shell-Jugendstudien der letzten Jahre oder auch der regelmäßige Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts (DJI) in München haben gezeigt, dass das politische Interesse von Jugendlichen immer geringer wird. Das betrifft nicht nur die Kenntnis über die Instanzen und Abläufe der institutionalisierten Politik, sondern auch die Bereitschaft, sich in herkömmlicher Weise für das Gemeinwesen zu engagieren. Politisches Desinteresse und mangelnde Bereitschaft, sich mit gesellschaftlichen Fragen auseinander zu setzen, mag man beklagen. Diese Haltung ist jedoch nicht allein bei Jugendlichen festzustellen. Gravierender erscheint in diesem Kontext eine mangelnde Identifikation mit demokratischen Prinzipien.

Nur wer gelernt hat, dass sich der Einsatz für die eigenen Belange lohnt und man über Beteiligung Erfolge erzielt, wird sich auch weiterhin einbringen wollen. Auch diesen Umstand dokumentieren diverse Jugendstudien.

In diesem Zusammenhang ist es entscheidend, Kinder und Jugendliche ins öffentliche Leben mit einzubeziehen und Beteiligungsmöglichkeiten für sie zu schaffen, die ihrem Entwicklungsstand angemessen sind.



Je früher Kinder und Jugendliche demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten vermittelt bekommen, desto eher lernen sie demokratische Verfahrensweisen kennen, die für das gelingende Zusammenleben und die nachhaltige Weiterentwicklung des Gemeinwesens wichtig sind.

Demokratisches Lernen ist hierbei nicht mit trockener Institutionenkunde gleichzusetzen, sondern vollzieht sich handlungs- und praxisorientiert im Alltag und ausgerichtet auf die Interessen von Kindern und Jugendlichen.

Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist es zu begrüßen, wenn die nachwachsende Generation möglichst früh und umfassend an Entscheidungen, die sie unmittelbar betreffen, beteiligt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es keiner institutionalisierten Form der Einbindung, sondern vieler kleiner Bausteine in unterschiedlichen Zusammenhängen, in denen Partizipation mit Leben gefüllt wird.

Entwicklung/Situation in Konstanz:

Es ist konzeptioneller Bestandteil der Konstanzer Kinder- und Jugendeinrichtungen bzw. der Kinder- und Jugendarbeit, angemessene und umfassende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in ihrer täglichen Arbeit vorzusehen, die sich u.a. auf Öffnungszeiten, Raum- und Programmgestaltung beziehen. Ob Theken- und DJ-Dienste, Disco- und Veranstaltungsgruppen, Speisen- und Getränkezubereitung, BesucherInnen-sitzungen zur Raum- und Programmgestaltung, die Möglichkeiten, sich je nach Neigung und Interessen einzubringen, sind vielseitig.

Darüber hinaus werden Beteiligungsformen auf Stadtebene unterstützt, die sich auf einrichtungsübergreifende Fragen und auf Fragen der Stadtteilentwicklung beziehen, die Kinder und Jugendliche betreffen. Anregungen und Vorschläge sollen in der Planung Berücksichtigung finden. Beispiele hierfür sind die Beteiligung von Kindern bei der Spielplatz- und Freiraumplanung bzw. -gestaltung oder das Engagement Jugendlicher im Rahmen der Zukunftswerkstatt

Fürstenberg/Wollmatingen und der daraus resultierenden Umsetzung konkreter Projektideen, wie dem "Jugendraum im Sägewerk", dem Unterstand auf dem Berchenspielplatz oder der Einbindung und Beteiligung im Rahmen der Entstehung des Neubaus "Jugendtreff Berchen".

Stadtteilbezogene und einrichtungsübergreifende Beteiligung von Kindern wird auch im Rahmen thematischer Spielmobilaktionen umgesetzt. Durch gezielte Spiel-, Frage- und Forscheraktionen werden die Kinder zu aktiver Einmischung motiviert. Die Ergebnisse finden Eingang in weitere Planungen.

Seit 1998 werden Konstanzer Jugendliche durchschnittlich einmal im Jahr zu stadtteilübergreifenden **Jugendhearings** mit vorher festgelegten thematischen Schwerpunkten eingeladen. Die Vorbereitung und Umsetzung der Veranstaltung wird vom Stadtjugendring Konstanz, dem Konstanzer Schülerparlament und der Abteilung Kinder- und Jugendarbeit des Sozial- und Jugendamtes getragen. Im Rahmen der Veranstaltungen wird die Jugend zum Austausch und Diskurs mit VertreterInnen der Kommunalpolitik, der Jugendarbeit und der Verwaltung eingeladen.

Mittels der skizzierten unterschiedlichen Beteiligungsinstrumentarien soll Kindern und Jugendlichen ein möglichst vielfältiges und breites Spektrum an Erfahrungsfeldern angeboten werden, in denen sie je nach individuellen Möglichkeiten an Interessenartikulation, eigenverantwortliches Handeln und Selbstorganisation herangeführt werden.

Um die Beteiligungsformen und -möglichkeiten beständig zu reflektieren, sich wandelnden Gegebenheiten anzupassen und sie zu optimieren, ist eine stetige Auseinandersetzung mit dem Thema erforderlich. In diesem Zusammenhang hat sich die Stadt Konstanz um Aufnahme in ein Projekt der Bertelsmann-Stiftung beworben, das sich in Kooperation mit der Universität Zürich mit der Erhebung und Bewertung von Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in ausgewählten Kommunen beschäftigt.

Weiterführende Literatur:

Bundesministerium für Familie Senioren, Frauen und Jugend [Hrsg.] (bearbeitet durch das Deutsche Jugendinstitut München): **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune**. München 1999.

Bundesministerium für Familie Senioren, Frauen und Jugend [Hrsg.] (bearbeitet durch das Deutsche Jugendinstitut München): **Partizipation ein Kinderspiel? – Beteiligungsmodelle in Kindertagestätten, Schulen, Kommunen und Verbänden**. München 2001.

Bundesministerium für Familie Senioren, Frauen und Jugend [Hrsg.]: **Partizipation von Kindern und Jugendlichen als gesellschaftliche Utopie? Ideale – Erfahrungen – Perspektiven**. Dokumentation des Bundeskongresses am 12./13. November 2001. Bonn, Berlin November 2002.

Hoffmann-Lange, Ursula u. a.: **Jugend und Demokratie in Deutschland**. DJI-Jugendsurvey 1. Opladen 1995, Leske und Budrich.

Zielbereich: Förderung der Teilnahme von SeniorInnen am öffentlichen Leben

INDIKATOR D 6:

Wahlbeteiligung bei der Wahl zum Stadtseniorenrat in Prozent der Wahlberechtigten

Definition des Indikators:

Wahlberechtigt für die Wahl des Stadtseniorenrates sind alle Personen, die am Wahltag 60 Jahre oder älter sind.

Der Stadtseniorenrat ist ein gemeinderätliches Gremium ohne Beschlussfassungsrecht. Er übernimmt beratende Funktion im Hinblick auf Fragen, die SeniorInnen betreffen.

Zu diesem Indikator gilt es zu sagen, dass er die Teilhabe von SeniorInnen am öffentlichen Leben auf einen Einzelaspekt fokussiert und deshalb als Hilfsindikator angesehen werden muss.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Allein schon mit Blick auf die demografische Entwicklung in Deutschland ist es notwendig, die SeniorInnen verstärkt dazu zu animieren, sich mit ihrer Lebenserfahrung in die Gestaltung des Gemeinwesens einzubringen. Der Anteil der über 65-jährigen an der Bevölkerung wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Schon deswegen werden Themen, die vom Lebensalter dieser Menschen mitgeprägt sind, einen größeren Raum in der öffentlichen Diskussion einnehmen.

In der Agenda 21 und ihren Leitbegriffen geht es zentral um den Aspekt der Generationengerechtigkeit. Es gilt folglich in Zukunft, die Belange und Bedürfnisse der unterschiedlichen Generationen ernst zu nehmen und nicht gegeneinander auszuspielen. Gerade in bürgerschaftlich organisierten Agenda-Gruppen besteht die Möglichkeit dazu, dass verschiedene Generationen sich austauschen und über eine gelingende Zukunft unter Bewahrung der natürlichen Grundlagen gemeinschaftlich nachdenken.



Entwicklung in Konstanz:

Bei den ersten Wahlen zum Stadtseniorenrat hat es diesem Gremium offensichtlich an öffentlicher Bekanntheit gemangelt. Nur durch diesen Umstand ist die geringe Wahlbeteiligung von 9,3 % wohl zu erklären.

In den folgenden Wahljahren lag die Beteiligung um die 30 %, bei der letzten erfassten Wahl im Jahr 2001 genau bei 30,1 %.

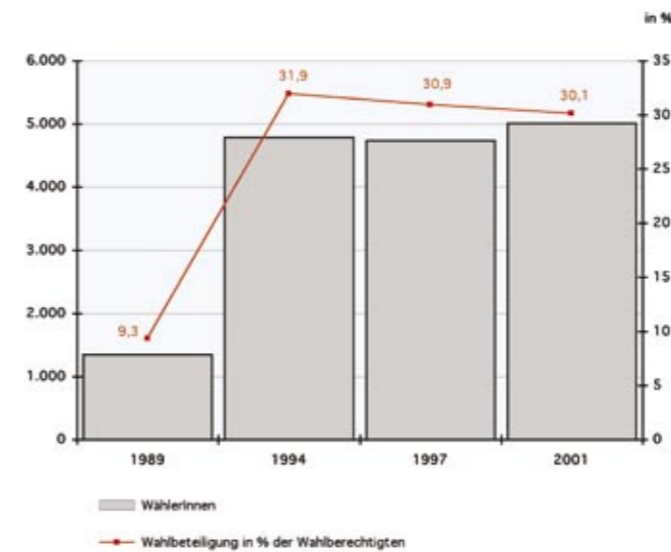
Einschätzung des Trends:

Die Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Stadtseniorenrat liegt in den dargestellten Wahljahren unter den bereits vergleichsweise niedrigen Beteiligungsquoten der Konstanzer Bevölkerung an Kommunalwahlen (vgl. Indikator D 2).

Das kann zum einen ein Hinweis darauf sein, dass dieses speziell auf Fragen von SeniorInnen ausgerichtete Gremium in dieser Altersgruppe zu wenig bekannt ist. Auf der anderen Seite sind geringe Wahlbeteiligungen noch unter 40 % immer auch ein Indiz dafür, dass der gewählten politischen Vertretung kein hohes Macht- und Gestaltungspotential zuerkannt wird.

Abbildung D 6-1

Wahlbeteiligung bei der Wahl zum Stadtseniorenrat in Prozent der Wahlberechtigten bei den Wahlen 1989-2001



Datenquelle: Stadt Konstanz, Hauptamt, Abteilung Statistik und Wahlen.

Zielbereich: Förderung der Teilnahme am Nachhaltigkeitsprozess und an kommunalen Bürgerbeteiligungsprozessen

INDIKATOR D 7:

Im Rahmen der Lokalen Agenda 21 geleistete ehrenamtliche Arbeit in Stunden pro Jahr und Anzahl der Agenda-Interessierten

Definition des Indikators:

Für die Ermittlung der an den Inhalten der Agenda 21 interessierten Personen wurden die Verteilerlisten sämtlicher in Konstanz aktiven Agenda-Gruppen, die dem Agenda-Büro der Stadt Konstanz bei der Einladung zum jeweils letzten offiziellen Termin innerhalb eines Jahres vorlagen, herangezogen.

Auf diesen Listen befinden sich alle Personen, die prinzipiell Interesse an der Mitarbeit in einer Agenda-Gruppe bekundet haben. Diese Personenzahl entspricht nicht der Zahl der dauerhaft Aktiven, die aber je nach Stadtteil, Thema und Projektstand auch höchst unterschiedlich ist.

Bei der Erfassung der geleisteten Arbeitsstunden fand folgende Berechnung Anwendung:

Die offiziellen Gruppentreffen, zu denen durch das Agenda-Büro eingeladen wurde, wurden pro Jahr und Agenda-Gruppe zusammengestellt und mit zwei Stunden Zeitdauer je Treffen veranschlagt.

Hinzu genommen wurden die Termine der Veranstaltung Plenum „Nachhaltiges Konstanz.“

Dabei kam eine Überschlagsrechnung für die jährlich geleisteten Stunden im Rahmen der Lokalen Agenda 21 in Konstanz zustande.

Da die Gruppen sich z. B. für Arbeitseinsätze, Formulierung von Stellungnahmen oder Vorbereitung von Veranstaltungen etc. ohne offizielle Einladung treffen, ist schätzungsweise von der doppelten Stundenzahl auszugehen.

Eine Quantifizierung ist für diesen Teil der Arbeit außerhalb der offiziellen Termine nicht zu leisten, da keine Aufzeichnungen vorliegen.

Für 2004 werden nur die Zahlen bis Anfang Juni des Jahres dargestellt.



Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Die Lokale Agenda 21 ist als partizipativer Prozess angelegt und muss eine möglichst breite Bürgerbeteiligung anstreben, wenn der langfristige Erfolg sichergestellt werden soll. Dies lässt sich nicht an einem bestimmten Zielwert festmachen, sondern muss in Abhängigkeit von der konkreten Situation diskutiert werden. Es kommt darauf an, die Entwicklung insgesamt sowie bei den verschiedenen, in der Kommune in Angriff genommenen Projekten zu beobachten. Ein alarmierendes Zeichen ist sicherlich, wenn die Zahl der Teilnehmer sinkt, die Treffen seltener und die Projekte weniger werden. Umgekehrt sind stabile oder steigende Teilnehmerzahlen und regelmäßige Sitzungen und damit ein konstanter oder zunehmender Indikatorwert ein positives Zeichen für die Vitalität des Agenda-Prozesses in einer Kommune.

Entwicklung in Konstanz:

Dem Anspruch, den Prozess der Lokalen Agenda 21 in Konstanz auf die Basis einer breiten bürgerschaftlichen Beteiligung zu stellen, wurde mit der Durchführung von umfassenden Beteiligungsverfahren in allen Stadtteilen Rechnung getragen.

Die Grafik zeigt eine deutliche Steigerung der Agenda-Aktivitäten vom Beginn der Lokalen Agenda 21 mit der ersten stadtteilbezogenen Zukunftswerkstatt in Petershausen 1999 bis zum Jahr 2003, in dem die von städtischer Seite geplanten Beteiligungsverfahren in den Stadtteilen ihren vorläufigen Abschluss fanden.

Dies ist nicht zwangsläufig mit der zunehmenden Zahl an Beteiligungsmöglichkeiten zu erklären, da im Verlauf des Prozesses Projekte und damit auch konkrete Teilhabe abgeschlossen wurden. Im Jahr 2003 konnten 252 Agenda-Interessierte erfasst werden. Die bei offiziellen Terminen ehrenamtlich erbrachten Stunden im Rahmen der lokalen Nachhaltigkeitsdiskussion beliefen sich auf 137 (vgl. Indikatordefinition).

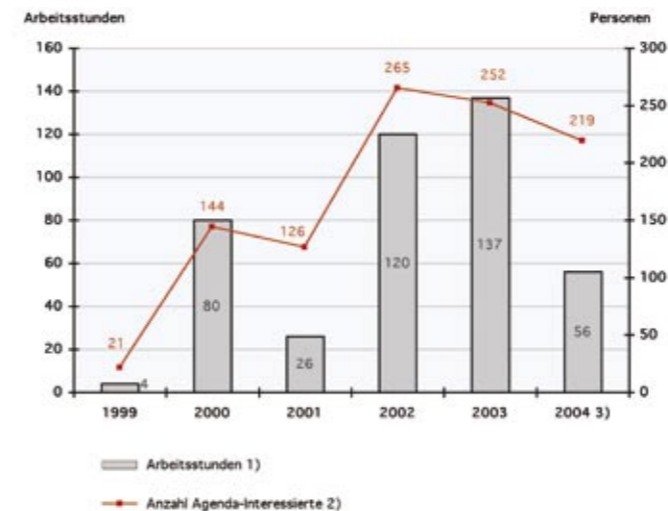
Einschätzung des Trends:

Zum momentanen Zeitpunkt Mitte 2004 spiegeln die vorliegenden Zahlen ein sehr reges Interesse an Inhalten der Lokalen Agenda 21 und nachhaltiger Stadtentwicklung wider. Durch die Zukunftswerkstätten (siehe Ergänzungsindikator zu D 7) konnten viele Menschen dafür gewonnen werden, sich mit Fragen einer zukunftsfähigen Entwicklung von Konstanz und ihres unmittelbaren Lebensumfeldes zu beschäftigen.

In ganz Deutschland zeigt sich momentan, dass Lokale Agenda 21-Prozesse und damit auch eine verstärkte Bürgerbeteiligung nur stabilisiert und dauerhaft auf eine breite Basis der Akzeptanz gestellt werden können, wenn sich professionelle Organisationsformen in den Kommunen herausgebildet haben. Wie sich die langfristige Entwicklung in Konstanz darstellen wird, kann erst in kommenden Erhebungen zur Beteiligung im Rahmen der Lokalen Agenda 21 festgestellt werden.

Abbildung D 7 - 1

Geleistete Arbeitsstunden¹⁾ im Rahmen der Lokalen Agenda 21 und Agenda-Interessierte²⁾ 1999-2004



1) Gemäß Agenda-Gruppen-Sitzungen, zu denen offiziell über das Agenda-Büro eingeladen wurde und Termine Plenum „Nachhaltiges Konstanz“ ab 2002.

2) Anzahl der interessierten BürgerInnen auf den Verteilerlisten der Agenda-Gruppen bei der letzten Sitzung des jeweiligen Jahres, ohne Agenda-Gruppe „Klein Venedig“.

3) Bis Juni 2004.

Datenquelle: Eigene Erhebung.

Weiterführende Literatur:

Stadt Konstanz, Projektgruppe Lokale Agenda 21 [Hrsg.]: Lokale Agenda 21 Konstanz – konkrete Beiträge zur zukunftsfähigen Entwicklung. Konstanz, Juni 2003.

Häusler, Richard: Nachhaltiges Qualitätsmanagement – Strategien für Agenda-Prozesse. München 2004 Ökom Verlag.

Münchner Projektgruppe für Sozialforschung, Universität Bremen – ZWE „Arbeit und Region“, B.A.U.M Consult GmbH: Bedingungen institutioneller Stabilisierung lokaler Agenda 21 - Prozesse. In: Komma 21 Bayern – Netzwerk für nachhaltige Kommunalentwicklung, herausgegeben vom Bayerischen Landesamt für Umweltschutz, Augsburg Agenda Bausteine Ausgabe Nr. 6, Dezember 2001.

Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg [Hrsg.]: Wettbewerb – Konkrete Projekte zur Lokalen Agenda 21 – 2000. Stuttgart Oktober 2002.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit [Hrsg.]: Lokale Agenda 21 und nachhaltige Entwicklung in deutschen Kommunen – 10 Jahre nach Rio: Bilanz und Perspektiven. Berlin Dezember 2002.

Stadt Friedrichshafen Amt für Umwelt und Naturschutz [Hrsg.] (Stottele, T., Engel, T. R., Schmidt, B. und Schock, J.): Umwelt- und Nachhaltigkeitsbericht 2003 der Stadt Friedrichshafen. Friedrichshafen Dezember 2003, S. 133-134.

Zielbereich: Förderung der Teilnahme am Nachhaltigkeitsprozess und an kommunalen Bürgerbeteiligungsprozessen

ERGÄNZUNGSINDIKATOR 1 zu D 7:

TeilnehmerInnen an Zukunftswerkstätten im Rahmen der Lokalen Agenda 21 – nach verschiedenen Gruppen

Definition des Indikators:

Der Indikator umfasst die TeilnehmerInnen an den stadtteilbezogenen Zukunftswerkstätten bzw. modifizierter Beteiligungsverfahren in Konstanz, die im Rahmen der Lokalen Agenda 21 im Verlauf der Jahre 1999 – 2003 durchgeführt wurden. Dabei bleibt die Projektwoche vom 07.-14. April 2000 in Dingelsdorf im Zuge der bürgerorientierten ländlichen Entwicklungsplanung (PRA) unberücksichtigt. Aufgrund der damals angewandten Methodik, der sogenannten „Küchentischgespräche“ liegen keine genauen Teilnehmerzahlen vor.

Unterteilt wird die Zusammenstellung in folgende Bereiche:

- Frauen
- Männer
- Jugendliche unter 18 Jahren

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Artikel 28 der Agenda 21 fordert die Kommunen explizit dazu auf, eine Lokale Agenda 21 vor Ort zu entwickeln und sich gemeinsam mit den BürgerInnen den Fragen einer zukunftsfähigen und dauerhaft umweltgerechten Stadtentwicklung im 21. Jahrhundert zu stellen.

Die Delegierten der Rio-Konferenz von 1992 (und der Nachfolgekonzferenz 2002 in Johannesburg) gingen davon aus, dass das Nachdenken über Zukunftsfähigkeit in zentralen kommunalen Handlungsfeldern nicht allein der Verwaltung und der Politik vorbehalten bleiben sollte. Vielmehr geht es darum, in wichtige Zukunftsentscheidungen eine möglichst breite Öffentlichkeit einzubeziehen und mit ihr das Für und Wider von Entwicklungen in einer Stadt zu diskutieren. Zentrale Felder der nachhaltigen Kommunalentwicklung wie die lokale und regionale Wirtschaftsstruktur, Frauenförderung und Förderung von Kindern und Jugendlichen, Klimaschutz und Energie, Flächeninanspruchnahme, Naturschutz, Nachhaltige Wasserbewirtschaftung,



Mobilität und nachhaltiges Konsumverhalten – um nur einige zentrale Handlungsfelder zu nennen – sollen nicht nur in Expertenzirkeln sondern auch innerhalb einer breiten Öffentlichkeit diskutiert werden.

Auf diesem demokratischen Weg soll konkret darüber befunden werden, was Nachhaltigkeit in den einzelnen Feldern bedeutet und wie sie ausgestaltet werden kann. Die Leitgedanken der Nachhaltigkeit wie Generationengerechtigkeit und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sollen möglichst vielen Menschen zugänglich gemacht werden.

Mittlerweile gibt es eine große Bandbreite der unterschiedlichsten Bürgerbeteiligungsverfahren (siehe Literaturhinweise), um die Menschen in den Kommunen stärker an den wichtigen Zukunftsentscheidungen teilhaben zu lassen. Welche Methoden angewandt werden, ist dabei situationsabhängig. Entscheidend für das Gelingen ist primär eine professionelle, neutrale Moderation und Kommunikationsleitung.

Entwicklung in Konstanz:

In Konstanz hat man sich bewusst für die Methode der Zukunftswerkstatt entschieden, um die Diskussion um nachhaltige Entwicklung auf der überschaubaren Ebene des Stadtteils anzustoßen. Der Indikator erfasst selbstverständlich nur eine Momentaufnahme, da es sich um einmalige Veranstaltungen im jeweiligen Stadtteil handelt und der Prozess der umfassenden Bürgerbeteiligung in den Zukunftswerkstätten von vorne herein zeitlich begrenzt war.

Für die Zukunft wären spezifische Beteiligungsformen zu einzelnen Fragestellungen der nachhaltigen Kommunalentwicklung in Konstanz zu überdenken und zielgerichtet einzusetzen.

Insgesamt haben an den Beteiligungsverfahren im Rahmen der lokalen Agenda 21 in Konstanz 415 Personen teilgenommen. Davon waren 225 Männer und 191 Frauen.

31 Jugendliche unter 18 Jahren waren an den Zukunftswerkstätten beteiligt.

Einschätzung des Trends:

Von einem Trend kann aufgrund der zeitlichen Begrenzung der Beteiligungsverfahren nicht gesprochen werden: Es wird die absolute Teilnehmerzahl abgefragt.

Im Vergleich zur Zusammensetzung des Konstanzer Gemeinderats als zentrales politisches Entscheidungsgremium fällt auf, dass mit den Bürgerbeteiligungsverfahren vergleichsweise mehr Frauen die Möglichkeit erhalten, sich politisch zu artikulieren und an demokratischen Prozessen teilzuhaben (siehe Indikator D 4).

Auffällig ist darüber hinaus, dass der Anteil der Jugendlichen als TeilnehmerInnen an Zukunftswerkstätten sehr gering ist.

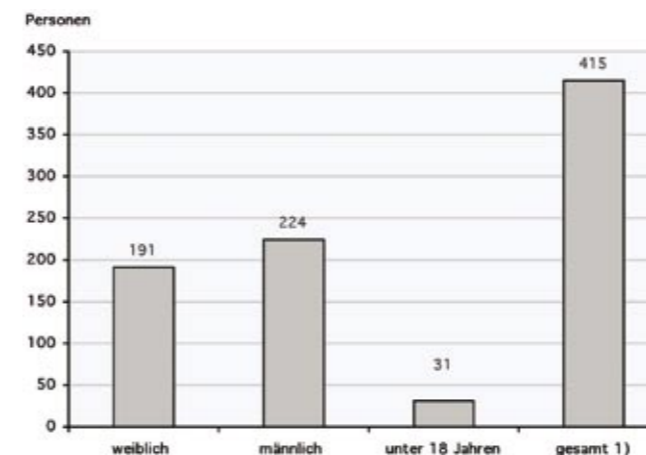
Dies gilt in Konstanz sowohl für diese Art des Beteiligungsverfahrens als auch für die konkrete Mitarbeit in Agenda-Gruppen, ist aber auch deutschlandweit für Agenda-Prozesse zu beobachten.

Um Jugendliche für Debatten zur lokalen Nachhaltigkeit gewinnen zu können, bedarf es ganz spezifischer Formen der Einbeziehung.

Bei der Zukunftswerkstatt in Fürstenberg und Wollmatingen ist dies in Zusammenarbeit von Agenda-Büro, Mobiler Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit an Schulen gelungen.

Allein 28 von insgesamt 31 Jugendlichen, die an Zukunftswerkstätten teilgenommen haben, konnten durch die Betreuung und eine angemessene Methodik dazu animiert werden, zwei Tage lang an diesem Beteiligungsverfahren teilzunehmen.

Abbildung Ergänzungsindikator D 7 - 1 TeilnehmerInnen an Zukunftswerkstätten in Konstanz gesamt¹⁾ und nach bestimmten Gruppen unterteilt



1) ohne PRA in Dingelsdorf.

Datenquelle: Eigene Erhebung.

Weiterführende Literatur:

Stadt Konstanz, Projektgruppe Lokale Agenda 21 [Hrsg.]: Dokumentation zu den Zukunftswerkstätten Petershausen, Fürstenberg/Wollmatingen, Allmannsdorf/Staad, Litzelstetten, Dettingen und zum Zukunftsforum Innenstadt.

Ley, Astrid, Weitz, Ludwig [Hrsg.]: Praxis Bürgerbeteiligung – Ein Methodenhandbuch. Herausgegeben von der Stiftung Mitarbeit und Agenda-Transfer Bonn 2003.

Born, Manfred u.a.: Neue Formen der Bürgerbeteiligung – ein praktischer Handlungsleitfaden für Städte und Gemeinden. Herausgegeben von econtur – internationale Agentur für nachhaltige Projekte, Bremen Juli 2000.

Häusler, Richard; Schadt, Magdolna: Moderation ist alles – Die Zukunftstechnik für Agenda-Prozesse und kommunale Bürgerbeteiligung. Bonn 2000, Wissenschaftsladen Bonn.

CAF – Agenda-Transfer [Hrsg.]: Methoden der BürgerInnenbeteiligung. Bonn, Oktober 1999.

Internet:

www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de
www.agenda-transfer.de



Zielbereich: Förderung der Teilnahme am Nachhaltigkeitsprozess und an kommunalen Bürgerbeteiligungsprozessen

ERGÄNZUNGSINDIKATOR 2 zu D 7:

Bürgerbeteiligung im Stadtmarketing nach Mitgliedern in Themengruppen

Definition des Indikators:

Am Beginn des Stadtmarketing-Prozesses in Konstanz 1999 stand die Erarbeitung eines Leitbildes für die Stadt.

In verschiedenen Themengruppen wurden unter breiter Beteiligung der Bürgerschaft die Hauptzielsetzungen und Leitlinien für die mittelfristige Entwicklung herausgearbeitet und schriftlich fixiert.

Ziel nach der Ausarbeitung des Leitbildes war es, Projekte innerhalb der verschiedenen Themenfelder zu definieren und unter Beteiligung von BürgerInnen umzusetzen.

Dokumentiert wird mit diesem Indikator das bürgerschaftliche Engagement im Stadtmarketing-Prozess, konkretisiert in der Mitgliederzahl von Projektgruppen. Die einzelnen Projektgruppen beziehen sich auf die in der Grafik dargestellten Themenfelder.

Dargestellt werden die Daten zweier Stichproben. Da die Projektdatenbank der Stadtmarketing Konstanz GmbH laufend dem neuesten Stand angepasst wird, ist es nicht möglich, einen Verlauf der projektbezogenen Bürgerbeteiligung im Stadtmarketing nachzuzeichnen.

Als Grundlagen der Erhebung dient eine Projektliste mit Stand vom 15.02.2000.

Zur Erfassung möglichst aktueller Zahlen wurde die Projektdatenbank mit Stand vom Juni 2004 herangezogen.

Die Anzahl der Mitglieder bezogen auf verschiedenen Themengruppen werden einander gegenübergestellt.

Zielsetzung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung:

Entsprechend dem Profil und Ziel von Stadtmarketing-Prozessen, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Attraktivität von Städten zu fördern, steht der Gedanke der ökonomischen Nachhaltigkeit im Vordergrund der Bemühungen von Stadtmarketing.



Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird als Basis der Kommunalentwicklung verstanden. Im Unterschied zur klassischen Wirtschaftsförderung, bei der die konkrete Unternehmensansiedlung und -pflege im Vordergrund steht, wird heute versucht, auch den sogenannten „weichen“ Standortfaktoren ein stärkeres Gewicht zu verleihen. Stadtmarketing-Prozesse stellen dabei den Aspekt der städtischen Lebensqualität ins Zentrum ihrer Bemühungen. Das Image von Städten durch gezielte Projekte und Maßnahmen zur Steigerung der Lebensqualität in der Außen- wie in der Innenperspektive zu verbessern, ist Strategie und Ziel des Ansatzes zugleich.

Unter diesem allgemeinen Zielhorizont finden auch verstärkt Instrumente zur Einbeziehung der städtischen Bevölkerung Anwendung. Wie in den Beteiligungsverfahren im Rahmen der Lokalen Agenda 21 soll die Kompetenz, die Kreativität und die Erfahrung der BürgerInnen genutzt werden, um eine Attraktivitätssteigerung herbeizuführen.

Durch die Kooperation von Lokaler Agenda 21 und Stadtmarketing-Prozessen können Synergien genutzt werden.

Die Lokale Agenda 21 wird bereichert durch die Marketing- und Managementstrategien aus dem Bereich des Stadtmarketing.

Umgekehrt kann das Nachhaltigkeitsprinzip dem Stadtmarketing Hinweise für eine ganzheitliche konzeptionelle Ausrichtung liefern.

Unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten interessant ist u. a. die Fragestellung, wie unter dem Aspekt der Erhaltung der Wirtschaftskraft eine Reduzierung des Ressourcenverbrauchs möglich wird und ein Konsumverhalten im Sinne der Ressourcenschonung gesellschaftlich zu verankern ist.

Hier bieten die beiden Ansätze Stadtmarketing und Lokale Agenda 21 sich ergänzende, befruchtende Beiträge.

Entwicklung in Konstanz:

Die Daten der beiden Stichproben belegen, dass die Entwicklung der Bürgerbeteiligung im Stadtmarketing je nach Projektarbeit im jeweiligen Themenfeld differenziert gesehen werden muss.

Starke Zuwächse bei der Beteiligung gab es im Themenfeld **Kultur, Tourismus, Einzelhandel und Innenstadtvermarktung** von 54 auf 154 Personen. Dies erklärt sich nach Aussagen des Projektmanagements der Stadtmarketing GmbH primär durch die hohe Mitgliederzahl in der Projektgruppe **Freie Kultur Konstanz**.

Zuwächse gab es auch im Themenbereich Umwelt mit der Projektgruppe **Grün in Konstanz** von 3 auf 25 Personen.

Zurückgegangen sind die Mitgliederzahlen in den Themenfeldern **Infrastruktur und Verkehr** so wie **Soziales, Gesundheit, Sport und Freizeit**.

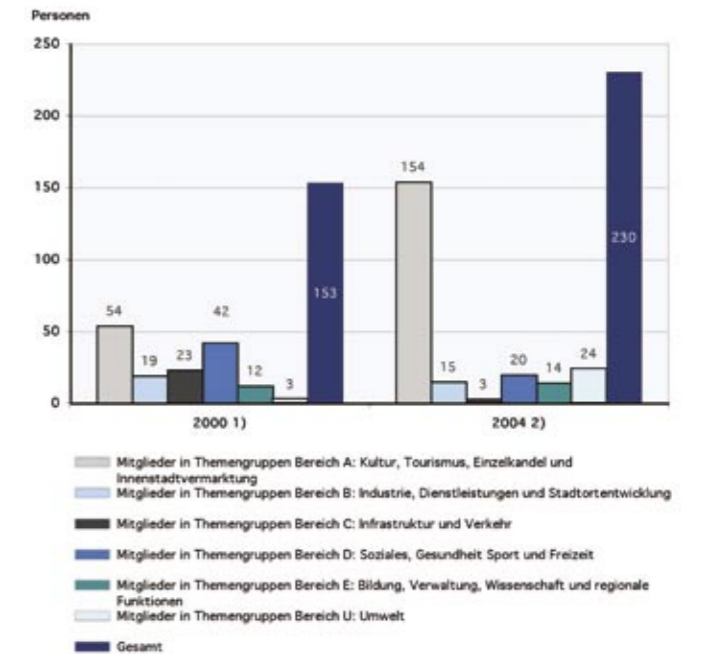
Insgesamt ist die Mitgliederzahl in den verschiedenen Themenbereichen von 153 Personen im Jahr 2000 auf 230 Personen 2004 angewachsen.

Einschätzung des Trends:

Die Entwicklung der Bürgerbeteiligung im Stadtmarketing kann im Vergleich der Daten aus dem Jahr 2004 zu den Zahlen von 2000 positiv bewertet werden.

Deutlich wird, dass sich der Zuwachs vor allen Dingen auf spezifische Themengruppen konzentriert, während andere Themenbereiche auf kein so starkes Interesse wie zu Anfang des Stadtmarketing-Prozesses mehr stoßen.

Abbildung Ergänzungsindikator D 7 - 2
Bürgerbeteiligung in Themengruppen des Stadtmarketing-Prozesses im Vergleich der Jahre 2000 und 2004



1) nach Projektliste vom 15.02.2000.

2) nach Projektdatenbank Stand Juni 2004.

Datenquelle: Stadtmarketing Konstanz GmbH.

Weiterführende Literatur:

Stadtmarketing Konstanz GmbH [Hrsg.]: **Dokumentation der Leitbildmoderation in den offenen Arbeitskreisen**. Konstanz, Stand April 1999.

Grabow, Busso; Holbach-Grömming, Beate: **Stadtmarketing – eine kritische Zwischenbilanz**. Berlin, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) 1998, Difu-Beiträge zur Stadtforschung Nr. 25.

Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg, Agenda-Büro [Hrsg.]: **Verknüpfung der Lokalen Agenda 21 mit anderen kommunalen Prozessen**. Arbeitsmaterialie 25, Karlsruhe Februar 2003.

Leitbild der Stadt Konstanz, Konstanz November 1999.

Tabellarische Zusammenfassung



Tabellarische Zusammenstellung der Indikatorergebnisse


Die nachfolgende tabellarische Zusammenfassung der einzelnen Indikatorergebnisse lehnt sich an die richtungsweisende Internetpräsentation von Umweltdaten der Stadt Dresden (www.dresden.de/index.html?node=7602), bzw. des dortigen Umweltamtes, an. Mit dem sogenannten **ecoTREND** wird die Entwicklung bestimmter Indikatoren über einen längeren Zeitraum sichtbar gemacht. Dresden hat im Jahr 1996 am **Modellprojekt kommunale Naturhauswirtschaft** teilgenommen, das heute den Namen **ecoBUDGET** trägt.


In diesem Projekt wurden spezielle Indikatoren (Budgetindikatoren, Vermögensindikatoren, Stadtentwicklungsindikatoren) zusammengetragen und aufgestellt. Die Kenndaten werden laufend angepasst (vorläufig nur bis 2001 abrufbar) und transparent im Internet veröffentlicht.


„Für die Budgetindikatoren ist der direkte Vergleich mit der Zielvorgabe möglich, bei den anderen Indikatoren kann am **ecoTREND** die Entwicklung über mehrere Jahre abgelesen werden. So können von jedem Bürger oder vom Stadtrat Schlussfolgerungen für das eigene Handeln gezogen werden.“¹

Auch die Stadt Friedrichshafen hat diese zusammenfassende Form der Auswertung für ihren Umwelt- und Nachhaltigkeitsbericht 2003 eingeführt.

Unter der Rubrik **Trend** gibt dabei die Pfeilrichtung die Entwicklung im Sinne der Nachhaltigkeit an. Dabei bedeuten:


 = positiver Trend

 = gleichbleibender Trend

 = negativer Trend

Unter der Rubrik **Handlungsbedarf** haben folgende Symbole die angegebene Bedeutung:

 = großer Handlungsbedarf

 = Handlungsbedarf









 = kein Handlungsbedarf

Handlungsbedarf kann sich dabei sowohl aus der Trendentwicklung des einzelnen Indikators heraus, als auch unter Berücksichtigung eines allgemeinen Sachverhalts, ergeben. Hierauf wird in der Spalte „Hintergrund“ verwiesen.

Beispielweise besteht auch bei einigen positiven Ergebnissen Handlungsbedarf, um das erreichte Niveau im Sinne der Nachhaltigkeit zu erhalten.

¹ Zitat von der oben angegebenen Internetseite.

Nachhaltigkeitsdimension A - Ökologie

Kernindikator	Ergänzungsindikator	Trend	Handlungsbedarf	Hintergrund
A 1: Abfallmengen in kg je Einwohner und Jahr		→		Gesamt- und Restmüllmengen auf relativ hohem Niveau stagnierend; Vergleich mit anderen Kommunen oder Land schwer möglich, da unterschiedliche statistische Erhebung
A 2: Jahresmittelwerte und Grenzwertüberschreitungen der Luftschadstoffe Stickstoffdioxid (NO ₂), Ozon (O ₃) und Schwebstaub bzw. Feinstaub (PM 10)		↗	 Kein derzeitiger Handlungsbedarf, aber Maßnahmen zur Luftreinhaltung sind beizubehalten und ggf. anzupassen	Gute Luftqualität im Zeitverlauf, was die beobachteten Schadstoffe anbelangt
A 3: Bodenflächen nach Nutzungsarten in Prozent der Gesamtfläche (Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche)		↘		Flächenverbrauch von 1989-2001 um 4,2 % gestiegen. Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche von 1993-2001 liegt um 0,7 % über Landesdurchschnitt
	Siedlungsdichte – Einwohnerzahl in Bezug zur Siedlungs- und Verkehrsfläche	→		Siedlungsfläche überproportional zum Bevölkerungszuwachs angestiegen
A 4: Wasserverbrauch der privaten Haushalte in Liter pro Einwohner und Tag		↗		Klare Tendenz zu weniger Wasserverbrauch. Konstanz liegt z. T. deutlich unter den durchschnittlichen Landeswerten
	Reinigungsleistung der Kläranlage nach Schadstoffen	↗	 Reinigungsleistung erhalten	Reinigungsleistung in Ordnung. Grenzwerte werden eingehalten
A 5: Stromverbrauch der privaten Haushalte in Mio kWh absolut und in kWh je Einwohner		→		Stromverbrauch privater Haushalte stagniert auf hohem Niveau, in den letzten Jahren sogar steigende Verbrauchszahlen
	Energieverbrauch kommunaler Liegenschaften	Zeitraum vor allem bei der Erhebung des Stromverbrauchs zu kurz, um eindeutige Trendaussage treffen zu können (weiter zu beobachten)	 Es besteht grundsätzlicher Handlungsbedarf bei der energetischen Sanierung von Gebäuden	Kommunen haben Chance im Klimaschutz vorbildlich zu sein, mit Ausstrahlung auf private Investitionen. Steigender Wärmeenergieverbrauch z.T. auf unterschiedliche Erhebung rückführbar. Energetische Sanierung bei historischen Gebäuden schwierig

Kernindikator	Ergänzungsindikator	Trend	Handlungsbedarf	Hintergrund
	Einsatz erneuerbarer Energien – Anteil erneuerbarer Energien am eigenerzeugten Strom in Prozent im Jahr 2002	↗ kein Trend, nur für 2002 gültig		Positives Ergebnis mit einem Anteil von über 50% Strom aus regenerativen Energien am eigenerzeugten Strom. Unzureichende Quantifizierungsmöglichkeit des fremderzeugten Stroms
	Einsatz erneuerbarer Energien – potentieller Anteil des eingespeisten Stroms aus Fotovoltaik-Anlagen am Stromverbrauch privater Haushalte	↗		Hohe Zuwachsraten seit 1999 auf allerdings immer noch geringem Gesamtniveau. (Potential 2003: 0,3% des Stromverbrauchs privater Haushalte in Konstanz)
A 6: Anzahl der PKW je 1.000 Einwohner		↗		Positiv im Vergleich mit Kreis- und Landesdurchschnitt Ba-Wü.; Indikator sagt nichts über tatsächliche Verkehrsbelastung in bestimmten Stadtteilen aus
	Beförderungsfälle im ÖPNV	→		Schwankend im Zeitverlauf, gut ausgebautes ÖPNV-System in Konstanz. Verstärkte Werbung für ÖPNV auch durch Agenda-Aktive
	Länge des Radverkehrsnetzes in Konstanz in km absolut und bezogen auf Siedlungs- und Verkehrsfläche	↗	 Weiterer Ausbau in best. Abschnitten geplant	Anstieg der Gesamtlänge und des auf die Siedlungs- und Verkehrsfläche bezogenen Werts
A 7: Anzahl und Größe der gemeldeten Flächen an Natura 2000-Gebieten		Kein Trendindikator		Hoher Flächenanteil an Natura 2000-Gebieten auf der Gemarkung Konstanz; Anteil ist nicht beliebig nach oben zu verändern

In der Nachhaltigkeitsdimension A – Ökologie sind vor allem der annähernd der Zielvorgabe der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg (LfU) entsprechende Trinkwasserverbrauch in Konstanz (LfU: 100 l/Ew*d; Konstanz: 111 l/Ew*d im Jahr 2001) und die vergleichsweise geringe PKW-Dichte hervorzuheben. Die gute Luftqualität in der Stadt ist ebenso positiv zu vermerken, wie die den Erfordernissen des Trinkwasserspeichers Bodensee und den Standards entsprechenden Reinigungsleistungen der Kläranlage. Hier müssen die laufenden Anstrengungen aber weiterhin aufgebracht werden, um die positive Entwicklung beizubehalten.

Kritisch sind die auf relativ hohem Niveau stagnierenden Stromverbrauchsmengen und Abfallmengen zu sehen. Im Bereich der erneuerbaren Energien wurde in den letzten Jahren zwar ein stetiger Zuwachs erzielt, im Vergleich zum Stromverbrauch sind die eingespeisten Strommengen jedoch noch sehr gering. Hoher Handlungsbedarf besteht im Bereich der nach wie vor ungebremsten Flächeninanspruchnahme durch Siedlungsaktivität. Hier kann in Zukunft nur ein funktionierendes System des Flächenmanagements gezielte Verbesserung im Sinne der nachhaltigen Bodennutzung bringen.

Nachhaltigkeitsdimension B - Ökonomie

Kernindikator	Ergänzungsindikator	Trend	Handlungsbedarf	Hintergrund
B 1: Arbeitslosenzahlen nach bestimmten Bevölkerungsgruppen absolut und in Prozent aller Arbeitslosen und lokale Nichtbeschäftigtenquote in Prozent		→	 Genereller Handlungsbedarf, aber kaum Handlungsmöglichkeiten der Kommunen	Konjunkturell bedingte Schwankungen; auch in Konstanz keine generelle Erholung des Arbeitsmarktes festzustellen (allgemein strukturell bedingt)
B 2: Anteil der Anbieter überwiegend regionaler Lebensmittel auf dem Wochenmarkt		↗		Positiv ist die überwiegende Mehrzahl der Anbieter von regionalen Lebensmitteln auf dem Wochenmarkt und die Existenz des Bauernmarktes (Erhebungsdatum beachten)
	Verwendung regional erzeugter Lebensmittel in der Gastronomie	↗ Keine Trendaussage möglich, da nur Stichprobe	 Verwendung regional erzeugter Lebensmittel ist ausbaufähig	Erfreulich sind die Pilotprojekte zur Verwendung regionaler Lebensmittel in der Gastronomie (z. B. Lieferservice Bodensee e. V.)
B 3: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen		↗ Trend zu einem höheren Anteil des Dienstleistungssektors	 kaum Einflussmöglichkeiten der Kommunen	Trend zu einem höheren Dienstleistungsanteil ist nicht per se negativ zu beurteilen; Indikator schwer durch Kommune zu beeinflussen
	Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in kleinen und mittleren Betrieben im Vergleich zur Anzahl in Großbetrieben im Landkreis Konstanz	→		Landkreisdaten zeigen eine relativ ausgeglichene Wirtschaftsstruktur, was die Betriebsgrößen anbelangt; Indikator nur schwer, wenn überhaupt über Ansiedlungspolitik kommunal zu beeinflussen. Großbetriebe ermöglichen i. d. R. höhere Steuereinnahmen
B 4: Preisindex der Mieten		↗ bis 2001 Trendumkehr 2001-2004	Handlungsbedarf entsteht, wenn Trend zu höheren Mieten sich fortsetzt	Positive Mietentwicklung für einen exemplarischen Wohnungstyp bis 2001 (gilt nur für Neuvermietungen). Laut Mietspiegel ab diesem Zeitpunkt Trendumkehr. Entwicklung ist weiter zu verfolgen.

Kernindikator	Ergänzungsindikator	Trend	Handlungsbedarf	Hintergrund
B 5: Kommunale Schulden je Einwohner in Euro		↗	 Kein akuter Handlungsbedarf; generelle Zielsetzung: weitere Schuldenreduzierung	Kontinuierliche Abnahme der Verschuldung pro Einwohner. „Rentierliche Schulden“ (siehe Text zu B 5) der kommunalen Unternehmen nicht mit einbezogen
	Zuführungsrate vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt	→		Außer 1997 lag die Zuführungsrate dauerhaft über der Pflichtzuführung
B 6: Anzahl der Unternehmen mit Öko-Audit		→ Kein Trend beschreibbar, nur für 2003 gültig	 Von Seiten der Kommunen nur durch Zertifizierung der Eigenbetriebe zu beeinflussen	7 Unternehmen waren 2003 nach EMAS zertifiziert. Ob Zuwachs erfolgt, muss weiter evaluiert werden

Bei der **Nachhaltigkeitsdimension B – Ökonomie** fallen einige Indikatoren auf, die nur sehr schwer von konkreten kommunalen Entscheidungen zu beeinflussen sind. Beispielsweise besteht genereller Handlungsbedarf bei der Arbeitslosigkeit. Genau dieser Indikator ist mit Entscheidungen der Kommunalpolitik aber nur sehr bedingt beeinflussbar.

Positiv ist die Entwicklung des Finanzhaushalts der Stadt Konstanz zu beurteilen. Hier hat über den Betrachtungszeitraum hinweg ein kontinuierlicher Schuldenabbau je Einwohner bezogen auf den Kernhaushalt stattgefunden. Die regionalen Selbstversorgungsmöglichkeiten sind zufriedenstellend, wobei die Verwendung regionaler Lebensmittel in Gastronomie und Großküche ausbaufähig erscheint. Bei der Miete für einen bestimmten Wohnungstyp lässt sich laut dem aktuellen Mietspiegel der Stadt Konstanz eine deutliche Teuerung feststellen, nachdem die Mieten in den 90er Jahren (nach RDM-Immobilienpiegel) konstant bzw. leicht zurückgehend waren. Ein Beobachtung dieser Entwicklung in den nächsten Jahren sollte erfolgen.

Nachhaltigkeitsdimension C - Gesellschaft, Soziales, Chancengleichheit

Kernindikator	Ergänzungsindikator	Trend	Handlungsbedarf	Hintergrund
C 1: Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt – absolut und Anteil an der Gesamtbevölkerung in Prozent		→	 Genereller Handlungsbedarf (Neuregelung Arbeitslosengeld II bleibt abzuwarten)	Im Vergleich zum Land Ba-Wü. höhere Sozialhilfequote; Quoten der einzelnen Gruppen entsprechen 2003 z. T. Landesdurchschnitt (Kinder und Jugendliche darunter, Ausländer darüber)
C 2: Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Auszubildenden je 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte		→	 Genereller Handlungsbedarf, aber von Kommune schwer beeinflussbar	Zahl in den letzten Jahren wieder steigend, aber noch unter dem Niveau von 1990
	Jugendarbeitslosigkeit absolut und Anteil in Prozent an der Gesamtbeschäftigung	→	 Von Kommune schwer beeinflussbar	Quote schwankt, aber insgesamt auf relativ niedrigem Niveau
	Kommunale Ausgaben für Bildungseinrichtungen absolut und in Prozent des städtischen Haushalts	→		Gleichbleibend in Zeiten schwieriger kommunaler Finanzlagen; Bildung ist eine zentrale Zukunftsinvestition
	Weiterbildung – Anzahl der TeilnehmerInnen an den Fortbildungseinrichtungen vhs Konstanz-Singen und Gewerbeschule Konstanz	→		Zahlen der TeilnehmerInnen von Weiterbildungsmaßnahmen stagnierend; Entwicklung in den nächsten Jahren ist zu beobachten
C 3: Zahl der SchulabgängerInnen ohne Hauptschulabschluss an Konstanzer Haupt- und Realschulen absolut und in Prozent aller SchulabgängerInnen an den genannten Schularten		→	 Handlungsbedarf in einzelnen Schulen ist gezielt zu ermitteln	Zahlen liegen im Landesdurchschnitt von Ba-Wü. 2003 (bei dem allerdings alle Schularten mitberücksichtigt sind)
C 4: Anteil von ausländischen SchülerInnen an weiterführenden Schulen		↘		Leicht abnehmender Anteil von ausländischen SchülerInnen an weiterführenden Schulen (vorwiegend im Gymnasialbereich)

Kernindikator	Ergänzungsindikator	Trend	Handlungsbedarf	Hintergrund
C 5: Zahl der Zu- und Fortzüge je 1.000 Einwohner und Wanderungssaldo		↗		Positives Wanderungssaldo bei einer für Universitätsstädte üblichen Fluktuation. Zielkonflikt mit einem sparsamen Flächenverbrauch (A3)
	Altersgliederung der Bevölkerung	→		Relativ stabil in den verschiedenen Altersgruppen. Bedenklich ist der Rückgang des Anteils der 25 bis 40-jährigen
C 6: Komunale Ausgaben für Kultur je 1.000 Einwohner		↗	 Handlungsbedarf unter dem Aspekt Konstanz als kulturelles Oberzentrum zu erhalten	Steigende Ausgaben je 1.000 EW (Berechnungsgrundlage beachten). Finanzielle Ausstattung der Kommunen ist einzubeziehen
C 7: Anzahl kultureller Einrichtungen		↗ kein Trend beschreibbar, nur für 2003/04 gültig		Hohes Engagement freier Kulturträger feststellbar. Dynamik in der Entstehung neuer Vereine und Initiativen schwer darstellbar
	Anzahl der verkauften Theater- und Kinokarten in Relation zum Sitzplatzangebot	→		Relativ konstante Zahlen auf angemessenem Niveau
C 8: Bekannt gewordene Straftaten je 1.000 Einwohner		→		Keine gravierenden Veränderungen. Konstanz liegt über dem Landesdurchschnitt, was mit Gemeindegröße und evt. Grenzlage zusammenhängt.
	Verkehrsunfälle mit Personenschäden je 1.000 Einwohner	→	 Kein akuter Handlungsbedarf, aber Verkehrssicherheit wichtiger Aspekt	Keine gravierenden Ausschläge nach oben oder unten. Unfallzahlen 2002 liegen im Landesdurchschnitt Ba-Wü.

Kernindikator	Ergänzungsindikator	Trend	Handlungsbedarf	Hintergrund
C 9: Anteil der Beschäftigten der Stadt Konstanz mit mindestens 50 % Minderung der Erwerbsfähigkeit und gleichgestellter Personen an der Gesamtzahl städtischer Beschäftigter		↗	 Genereller Handlungsbedarf zur Integration von Behinderten	Anteil der (schwer-) behinderten Beschäftigten bei der Stadt Konstanz steigend
	Arbeitslose Schwerbehinderte absolut und Arbeitslosenquote der Beschäftigten mit mindestens 50 % Minderung der Erwerbsfähigkeit	→	 Von Kommune schwer beeinflussbar	Arbeitslosenquote der schwerbehinderten Menschen stagnierend bzw. schwankend. 2002/03 leicht zurückgehend. Entwicklung ist in den nächsten Jahren zu verfolgen
C 10: Versorgungsquote bei Krippen, Kindergärten und Ganztageseinrichtungen nach Altersgruppen in Prozent		→ Zeitraum zu kurz, um eindeutige Trendaussage treffen zu können	 Vor allem in Bezug auf Ganztagesbetreuung für 0 bis 3-jährige und Schulkinder bis 10 Jahren weiterer Handlungsbedarf	Geringe Versorgungsquoten bei Ganztageseinrichtungen in Deutschland allgemein. Konstanz liegt z. T. deutlich über den Versorgungswerten in Ba-Wü. Verbesserung der Situation durch Beschluss GR im Juli 2004
C 11: Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit absolut und in Prozent des kommunalen Haushalts		↗		Steigende Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit (der Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder ist in diesen Ausgaben nicht enthalten)

Die Nachhaltigkeitsdimension C – Gesellschaft, Soziales, Chancengleichheit beinhaltet ein Fülle von Parametern zur nachhaltigen Entwicklung in diesem Bereich, die zentral sind für die Darstellung der nachhaltigen Kommunalentwicklung, bei denen aber gleichzeitig wiederum genau zu differenzieren ist, welche konkreten Einflussmöglichkeiten Gemeinderat und Verwaltung auf bestimmte Entwicklungen haben.

Herauszuheben ist vor allen Dingen die Attraktivität von Konstanz als Wohnort. Dies zeigt die allgemeine Bevölkerungszunahme bedingt durch ein kontinuierlich positives Wanderungssaldo. Kritisch zu sehen ist hier nur der prozentuale Rückgang der Gruppe der 25 bis 40-jährigen und der mit dem Bevölkerungswachstum einhergehende Flächenverbrauch.

Positiv sind auch die Entwicklungen im Kulturbereich und im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit. Hier präsentiert sich Konstanz als Stadt mit hohem kulturellen Anspruch und Weitblick für die nachfolgenden Generationen.







Ein positiver Trend zeichnet sich auch bei der Quote der behinderten Beschäftigten bei der Stadt Konstanz ab.

Die Arbeitslosenquote von behinderten Menschen liegt jedoch nach wie vor verglichen mit anderen Gruppen höher. Ob der Rückgang der vergangenen beiden Jahre zu einem dauerhaften Trend wird, muss sich zeigen.

Die Sozialhilfequote ist in den letzten Jahren in etwa auf dem selben Niveau geblieben. Sie liegt über dem Landesdurchschnitt von Baden-Württemberg, in einigen Vergleichswerten aber darunter.

Erfreulich ist, dass der Anteil von unter 18-jährigen an den Leistungsberechtigten für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt 2003 deutlich unter dem Vergleichswert von Baden-Württemberg lag. Demgegenüber steht der im Landesvergleich höhere Anteil von sozialhilfebeziehenden Ausländern an allen Sozialhilfeempfängern in Konstanz.
 Bedenklich ist der Rückgang von ausländischen SchülerInnen an weiterführenden Schulen im dargestellten Zeitraum.
 Die Versorgungsquote mit Ganztagesplätzen für Kinder befindet sich trotz Verbesserungen in den letzten Jahren insbesondere für die Altersgruppe der 0 bis 3-jährigen noch auf geringem Niveau. Hier hat der Gemeinderat im Juli 2004 eine Anpassung und damit eine Verbesserung der Versorgungsquoten beschlossen.

Nachhaltigkeitsdimension D - Partizipation, Bürgerbeteiligung

Kernindikator	Ergänzungsindikator	Trend	Handlungsbedarf	Hintergrund
D 1: Zahl der eingetragenen Vereine je 1.000 Einwohner		↗		Zahl der Vereine je 1.000 EW im Zeitraum 1993-2003 kontinuierlich steigend
	Kommunale Zuschüsse an Vereien, Verbände und Selbsthilfegruppen je 1.000 Einwohner	↗		Zahl der Zuschüsse steigend trotz angespannter Finanzsituation in den Kommunen
D 2: Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen und Bürgerentscheiden in Prozent der Wahlberechtigten		↘		Konstanz liegt bei der Wahlbeteiligung an Kommunalwahlen durchgehend unter dem Landesdurchschnitt von Ba-Wü.
D 3: Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in Prozent des kommunalen Haushaltes		→	 Kein akuter Handlungsbedarf; langfristige Anhebung denkbar	Gleichbleibendes Niveau; viele Kommunen engagieren sich finanziell überhaupt nicht in diesem Sektor (jeweilige Finanzlage ist zu berücksichtigen)
	Fairer Handel – Entwicklung der Absatzzahlen des fair gehandelten Kaffees „Konstanzer Mischung“	↗	Handlungsbedarf kann nicht angegeben werden	Grundsätzlich positiv, da steigende Absatzzahlen zu verzeichnen. Aber Absatzzahlen könnten für eine Stadt in der Größe von Konstanz insgesamt höher liegen
D 4: Anzahl von Frauen im Kommunalparlament absolut und Anteil in Prozent aller Mandatsträger		→	 Genereller Handlungsbedarf	Anteil der Frauen liegt klar über dem Landesdurchschnitt Ba-Wü., entspricht aber nicht dem Anteil von Frauen an der Wohnbevölkerung
D 5: Spezifischer Einsatz von Beteiligungsformen in der Kinder- und Jugendarbeit (beschreibend)		Keine Trendaussage darstellbar; Indikator Darstellung erfolgt beschreibend	 Handlungsbedarf, wenn Beteiligungsniveau und -formen beibehalten bzw. optimiert werden sollen	Konkrete Beteiligung erfolgt im Rahmen der laufenden Kinder- und Jugendarbeit

Kernindikator	Ergänzungsindikator	Trend	Handlungsbedarf	Hintergrund
D 6: Wahlbeteiligung bei der Wahl zum Stadt seniorenrat in Prozent der Wahlberechtigten		↘		Wahlbeteiligung liegt noch unterhalb der Beteiligung bei Kommunalwahlen. Beratende Funktion und damit politische Einflussnahme des Gremiums ist zu bedenken
D 7: Im Rahmen der Lokalen Agenda 21 geleistete ehrenamtliche Arbeit in Stunden pro Jahr und Anzahl der Agenda-Interessierten		↗	 Wenn Beteiligungsniveau gehalten oder ausgebaut werden soll; Jugendliche zu wenig angesprochen	Anzahl der Agenda-Aktiven und geleistete Arbeit im Rahmen der Lokalen Agenda 21 seit 1999 kontinuierlich gestiegen
	TeilnehmerInnen an Zukunftswerkstätten im Rahmen der Lokalen Agenda 21 – nach verschiedenen Gruppen	Keine Trendaussage möglich und beabsichtigt, da nur Momentaufnahme (bis zum Abschluss aller Zukunftswerkstätten)	Momentaufnahme, daher kein Handlungsbedarf	415 TeilnehmerInnen an allen Zukunftswerkstätten (ohne die Projektwoche in Dingelsdorf)
	Bürgerbeteiligung im Stadtmarketing nach Mitgliedern in Themengruppen	↗	 Wenn Beteiligungsniveau gehalten oder ausgebaut werden soll	Anzahl der TeilnehmerInnen in den Themengruppen von 2000-2004 gestiegen. Verschiebungen innerhalb der Themengruppen

Positiv innerhalb der **Nachhaltigkeitsdimension D – Partizipation, Bürgerbeteiligung** ist vor allem das rege Vereinsleben in Konstanz zu erwähnen. Hier ergab sich bezogen auf die Einwohnerzahl ein kontinuierlicher Anstieg an Vereinen in den letzten Jahren. Positiv ist auch das bürgerschaftliche Engagement für die Nachhaltigkeit in den Agenda-Gruppen zu beurteilen. Seit dem offiziellen Start der Lokalen Agenda 21 im Jahr 1999 ist die Zahl der Agenda-Aktiven und der geleisteten Arbeitsstunden im Verlauf der durchgeführten Zukunftswerkstätten deutlich angestiegen. Auch in den Themengruppen des Stadtmarketing hat sich die Anzahl der TeilnehmerInnen im Vergleich der Jahre 2000 und 2004 erhöht. Dabei ist zu bedenken, dass der dargestellte Zeitraum eine Phase des hohen bürgerschaftlichen Engagements war, das nur durch

eine professionelle Unterstützung dauerhaft beständig sein wird. Kritisch gesehen werden muss die Wahlbeteiligung bei Gemeinderatswahlen in Konstanz. Sie liegt zu jedem Wahltermin unter den Vergleichszahlen von Baden-Württemberg. Auch im Handlungsfeld der Integration sind Fortschritte erzielt worden (steigender Anteil von behinderten Beschäftigten bei der Stadt Konstanz, vergleichsweise hoher Prozentsatz von Frauen im Gemeinderat) was aber nicht bedeutet, dass hier in Zukunft keine Verbesserungen mehr anzustreben sind.

Ausblick



Zusammenfassung und Ausblick

Die vorhergehende tabellarische Zusammenstellung erlaubt einen Überblick darüber, in welchem Zielbereich und dazugehörigen Indikatoren Handlungsbedarf im Sinne einer stärkeren Ausrichtung auf Nachhaltigkeit besteht.

Bei manchen Zielbereichen wird sich die Frage ergeben, ob sie mit den verwendeten Indikatoren umfassend abgebildet werden konnten, oder ob für die zukünftige Abfrage von Nachhaltigkeitsindikatoren und eine dementsprechende Berichterstattung bestimmte Indikatoren anzupassen, bzw. neu zu erheben sind. Indikatorensysteme sind nicht statisch konzipiert, sondern Zielbereiche und die entsprechenden Indikatoren bedürfen einer politischen und öffentlichen Auseinandersetzung.

Der erste Konstanzer Nachhaltigkeitsbericht soll die Grundlage hierfür liefern.

Allerdings muss berücksichtigt werden, dass die Indikatoren andererseits nicht beliebig ausgewählt wurden, sondern gerade die Kernindikatoren versuchen, die wesentlichen Nachhaltigkeitsdimensionen abzubilden. Hierzu hat u. a. die FEST in Heidelberg wesentliche wissenschaftliche Vorarbeit geleistet, auf die Kommunen nun zurückgreifen können.

Folglich sind die Indikatoren auch nicht beliebig austauschbar, allerdings ist ihre Aussagekraft genau zu prüfen.

Dies ist eine weitere Aufgabe in Zusammenarbeit mit den Aktiven des Agenda-Prozesses in Konstanz.

Des Weiteren gibt es für einige Zielbereiche wünschenswerte Indikatoren, zu denen die Datenverfügbarkeit jedoch nicht oder noch nicht gewährleistet ist. Hier wäre – wenn möglich – eine Anpassung auch des kommunalen statistischen Datenmaterials in Teilen sinnvoll und wünschenswert.

Es wäre von Vorteil, das jetzt zur Verfügung stehende Datenmaterial jährlich zu ergänzen und die Entwicklung in den Kernindikatoren in tabellarischer Übersicht dem Gemeinderat zur Information vorzulegen.

Jährlich einen Bericht in der vorliegenden Form herauszubringen, entspräche jedoch nicht der Zeitdimension, die mit dem Nachhaltigkeitsgedanken verbunden ist: Ausschlaggebend für einen großen Teil der Indikatoren ist die Betrachtung längerer Zeiträume (z. B. Entwicklung des Flächenverbrauchs, Preisindex der Mieten, Integration ins Bildungssystem, kommunale Schulden, demokratisches Engagement und im Nachhaltigkeitsprozess etc.).

Es ist vorgesehen, den Nachhaltigkeitsbericht zusammen mit dem Umweltbericht regelmäßig fortzuschreiben und der Öffentlichkeit vorzustellen.

Eine tabellarische Zusammenstellung der Kernindikatoren als Übersicht wird jährlich angestrebt.

Mit Indikatorensystemen zur Messung kommunaler Nachhaltigkeit bekommen die politischen Gremien ein Instrument an die Hand, das Ihnen die Möglichkeit gibt, wichtige Entscheidungen vor dem Hintergrund einer zukunftsfähigen Entwicklung zu treffen. Außerdem besteht dort, wo der direkte Einfluss der kommunalen Entscheidungsträger aufgrund eigener Zuständigkeit möglich ist, die Chance, Fehlentwicklungen entgegenzusteuern, die nicht im Sinne der Nachhaltigkeit sind. Maßnahmen und weitere Projekte können ergriffen werden, die die Zukunftsfähigkeit der Stadt Konstanz in allen im Bericht dargestellten Dimensionen stärken.

„Wenn Sie nicht über die Zukunft nachdenken, können Sie keine haben.“¹

¹ John Golsworthy

Kontakt

Projektleitung Lokale Agenda 21

Martin Wichmann
Stadt Konstanz, Amt für Stadtplanung und Umwelt
Untere Laube 24
78459 Konstanz
Fon: 07531/900-506
E-Mail: WichmannM@stadt.konstanz.de

Geschäftsstelle Agenda-Büro der Stadt Konstanz

Oliver Finus
Fon: 07531/900-538
E-Mail: FinusO@stadt.konstanz.de
Internet: www.konstanz.de/stadtinfo/agenda21/index.htm

Literatur

Zur Nachhaltigkeit allgemein

BUND, Misereor [Hrsg.]: **Zukunftsfähiges Deutschland – ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung.** Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Basel 1996, Birkhäuser.

Umweltbundesamt (UBA) [Hrsg.]: **Nachhaltiges Deutschland – Wege zu einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung.** Berlin 1997, Erich Schmidt Verlag, 2. durchgesehene Auflage.

UBA [Hrsg.]: **Nachhaltige Entwicklung in Deutschland – Die Zukunft dauerhaft umweltgerecht gestalten.** Berlin 2002, Erich Schmidt Verlag.

Gege, Maximilian: **Die Zukunftsanleihe. Wie Deutschland ein Modell für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand werden kann.** München 2004, Ökom Verlag.

Meadows, D., Meadows D., Randers, J.: **Die neuen Grenzen des Wachstums – Die Lage der Menschheit: Bedrohung und Zukunftschancen.** Stuttgart 1992, Deutsche Verlagsanstalt.

Von Weizsäcker, Ernst Ullrich: **Erdpolitik – Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt.** Darmstadt 1994, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 4. aktualisierte Auflage.

Von Weizsäcker, Ernst Ullrich; Lovins, Amory B.; Lovins, L. Hunter: **Faktor Vier – Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch.** München 1995, Droemer Knauer Verlag.

Petschow, U. (u. a.): **Nachhaltigkeit und Globalisierung.** Herausforderungen und Handlungsansätze. 1998, Springer-Verlag.

Renn, O.; Knaus, A.; Knastenholz, H.: **Agenda 21. Vision: Nachhaltige Entwicklung,** Frankfurt a. M. 1999, Campus-Verlag.

Rogall, Holger: **Akteure der nachhaltigen Entwicklung.** München 2003, ökom Verlag.

Die Bundesregierung [Hrsg.]: **Perspektiven für Deutschland – Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung**. Berlin April 2002.

Zur Lokalen Agenda 21

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) [Hrsg.]: **Lokale Agenda 21 und nachhaltige Entwicklung in Deutschen Kommunen – 10 Jahre nach Rio: Bilanz und Perspektiven**. Berlin 2002.

BMU und UBA [Hrsg.]: **Handbuch Lokale Agenda 21 - Wege zur nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen**. Berlin Juni 1998.

BMU und UBA [Hrsg.]: **Lokale Agenda 21 im europäischen Vergleich**. Bonn, Berlin Mai 1999.

Hermann, Winfried u. a. [Hrsg.]: **Lokale Agenda 21 – Anstöße zur Zukunftsfähigkeit. Handreichung für eine reflektierte Handlungspraxis**. Stuttgart 2000, Kohlhammer Verlag.

Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg [Hrsg.]: **Lokale Agenda 21 in Baden-Württemberg**. Stuttgart 2002.

Zum Thema Nachhaltigkeitsindikatoren

Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg u. a. [Hrsg.]: **Leitfaden „Indikatoren im Rahmen einer lokalen Agenda 21“**. Herausgegeben im Jahr 2000. Bezugsquelle: FEST, Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg.

Diefenbacher, Hans u. a.: **Indikatoren nachhaltiger Entwicklung in Deutschland - Ein alternatives Indikatorensystem zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie**. Herausgegeben von der FEST Heidelberg, Texte und Materialien Reihe B Nr. 30, Heidelberg Juni 2004.

Landesanstalt für Umweltschutz (LfU), Agenda-Büro [Hrsg.]: **Einstiegsinfo kommunale Nachhaltigkeitsindikatoren**. Karlsruhe April 2004, Arbeitsmaterialie 32.

UBA [Hrsg.] (Bearbeitet durch Heiland, S.; Tischer, M.; Döring, Th.; Pahl, Th.; Jessel, B.): **Indikatoren zur Zielkonkretisierung und Erfolgskontrolle im Rahmen der Lokalen Agenda 21**. Berlin Oktober 2003.

Agenda-Transfer [Hrsg.]: **Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit**. Bonn Juli 2003.

Forum Umwelt und Entwicklung [Hrsg.]: **Wie zukunftsfähig ist Deutschland? Entwurf eines alternativen Indikatorensystems**. Bonn 1997, Eigenverlag.

Konkrete Nachhaltigkeitsberichte als Vergleichsmöglichkeit

Stadt Friedrichshafen Amt für Umwelt und Naturschutz [Hrsg.] (Stottele, T., Engel, T. R., Schmidt, B. und Schock, J.): **Umwelt- und Nachhaltigkeitsbericht 2003 der Stadt Friedrichshafen**. Friedrichshafen Dezember 2003.

Stadt Radolfzell Umweltamt [Hrsg.] (bearbeitet durch Steffen Jenner): **Nachhaltigkeitsbericht für die Gemeinde Radolfzell – 2002**. Radolfzell September 2002.

Fachstelle für Stadtentwicklung, Präsidialdepartement der Stadt Zürich [Hrsg.]: **Zürich – Stadt mit Weitsicht – Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich**. Zürich April 2004.

Fachspezifische Literaturhinweise finden sich unter den jeweiligen Indikatoren.

Internet

www.konstanz.de/stadinfo/agenda21/index.htm

www.lfu.baden-wuerttemberg.de/lfu/abt2/agenda/index.html
(Agenda-Büro, LfU, Baden-Württemberg)

www.statistik-bw.de/LokaleAgenda

www.lfu.baden-wuerttemberg.de/lfu/abt2/umweltdaten2003

www.nachhaltigkeitsbeirat-bw.de/

www.bodensee-agenda21.net
(Bodensee-Agenda 21)

www3.stzh.ch/internet/fste/home/nachh_entw_top/nachhaltigkeitsbericht.html
(Nachhaltige Stadtentwicklung in Zürich)

www.agenda21.de/
(Lohnenswerte Lokale Agenda 21-Seite in Hannover; einer der ersten Agenda-Prozesse in Deutschland)

www.duh.de/neu/index.php
(Zum Wettbewerb Zukunftsfähige Kommune)

<http://indikatoren.ecolog-institut.de>
(Zu kommunalen Nachhaltigkeitsindikatoren)

www.indikatoren-nrw.de
(kommunale Nachhaltigkeitsindikatoren in Nordrhein-Westfalen)

www.agendatransfer.net/agenda-service/index.php
(Agenda-Transfer: nationale Nachhaltigkeitsagentur in Bonn)

www.gute-beispiele.net/
(Gute Beispiele nachhaltiger Entwicklung, eine Initiative von Agenda Transfer)

www.agenda21-netzwerk.de/
(Agenda 21 – Netzwerk in Deutschland)

www.umweltbundesamt.de/rup/lokale-agenda.html
(Lokale Agenda-Seite des Umweltbundesamtes)

www.bundesregierung.de/Politikthemen/-/11405/Nachhaltige-Entwicklung.htm
(Nationale Nachhaltigkeitsstrategie und Fortschrittsbericht 2004)

www.nachhaltigkeitsrat.de/
(Nationaler Rat für nachhaltige Entwicklung)

www.nachhaltigkeit.aachener-stiftung.de/
(Lexikon zur Nachhaltigkeit)

www.staedte-der-zukunft.de/
(Städte der Zukunft; ein Projekt des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung)

Danksagung

Der erste Nachhaltigkeitsbericht für Konstanz könnte nicht in dieser Form vorliegen, wenn nicht viele KollegInnen der Stadtverwaltung und externe Stellen die Projektgruppe Lokale Agenda 21 bei der Datenerhebung unterstützt und die fachliche Richtigkeit der Ergebnisse und Texte überprüft hätten. Ihnen allen gilt unser herzlicher Dank!

Stadt Konstanz

Amt für Stadtplanung und Umwelt

Mechthild Kreis, Stadtplanung
Ulrich Aster, Verkehrsplanung
Indikatoren A 3 und A 5
Sebastian Mayr, Praktikant Abteilung Umwelt (Endredaktion)

Amt für Wohnungswesen

Udo Singer, Helmut Bechtold
Indikator B 4

Hauptamt

Abteilung Statistik und Wahlen
Dr. Roland Jeske
Indikator D 6

Hochbau- und Liegenschaftsamt

Michael Fuchs
Indikator A 5 (Ergänzung)

Integrationsbeauftragte

Elke Cybulla
Indikatoren C 3 und C 4

Kämmerei

Berno Frank
Indikatoren B 5, C 2, C 6, C 14, D 1, D 3

Kulturamt

Uwe Schurer, Abteilung Schulverwaltung
Indikatoren C 3 und C 4
Angelika Braumann, Abteilung Kulturverwaltung
Indikatoren C 6 und C 7

Personalamt

Veronika Klaiber, Ralf Kleiner
Indikator C 9

Sozial- und Jugendamt

Eberhard Baier, Jugendhilfeplanung
Gabriele Wensky, Abteilung Tageseinrichtungen für Kinder
Jürgen Herbst, Abteilung Sozialhilfe
Indikatoren C 1 und C 13

Wirtschaftsförderung

Susanne Schmücker
Indikatoren B 2 und B 3

OB-Büro

Charlotte Biskup
Indikatorenauswahl

Entsorgungsbetriebe Konstanz (EBK)

Ulrike Hertig
Indikatoren A 1 und A 4 (Ergänzung)

Stadtwerke GmbH

Reinhard Düsterhöft, Jürgen Böhringer, Energieberatung
Indikator A 5 (Ergänzung)
Ralph Stöhr, Verkehr – Tarifwesen
Indikator A 6 (Ergänzung)

Stadtmarketing GmbH

Friedhelm Schaal, Geschäftsführer
Christiane Jungfer-Hübner, Projektmanagement
Indikator D 7 (Ergänzung)

Externe Stellen

Agentur für Arbeit Konstanz

Gabriele Gahr-Hofmann
Indikator B 1

Amtsgericht Konstanz

Manfred Huntscha, Geschäftsleiter
Indikator D 1

Handwerkskammer Konstanz

Sonja Walker, Abteilung Bildungsmanagement
Gewerbe-Akademie
Jürgen Pietrek, Abteilung Servicezentrum – Kosten
Finanzen
Indikator C 3 (Ergänzung)

Polizeidirektion Konstanz

Friedrich Bezikofer
Indikator C 9

Scala FTB GmbH Konstanz

Detlef Rabe, Geschäftsführer
Indikator C 6, C 7 (Ergänzung)

vhs Konstanz-Singen

Reiner Schmid
Indikator C 3 (Ergänzung)

Anmerkung zur Bevölkerungsstatistik:

Amtliche Einwohnerzahl:
Da die kommunalen Melderegister gemäß Volkszählungsgesetz nach der Volkszählung 1987 nicht bereinigt werden durften, weicht die kommunale Einwohnerzahl (eigene Fortschreibung) von der amtlichen Einwohnerzahl des Statistischen Landesamtes ab.
Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden zur Darstellung von Indikatoren in diesem Nachhaltigkeitsbericht ausschließlich Bevölkerungszahlen der amtlichen Statistik, d.h. des Statistischen Landesamtes herangezogen (vgl. Stadt Konstanz, Statistisches Taschenbuch, 2003/2004, S. 20).



